



25. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 23. Februar 2011

Mitteilungen des Präsidenten2232

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 15/1000 und 15/1300

erste Lesung

In Verbindung mit:

Mittelfristige Finanzplanung 2010 bis 2014 mit Finanzbericht 2011 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 15/1001

Und:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2011

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 15/1002 und 15/1354

erste Lesung

Und:

Die Landesregierung muss das Vertrauen der Kommunen zurückgewinnen – Desaströse Umverteilung im GFG 2011 stoppen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1325

Sowie:

Gesetz zur Änderung des Wasserentnahmeentgeltgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/977

erste Lesung 2232

Haushaltsgesetz 2011 2232

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans..... 2232
Karl-Josef Laumann (CDU) 2239
Norbert Römer (SPD) 2243
Reiner Priggen (GRÜNE) 2248
Dr. Gerhard Papke (FDP) 2253
Bärbel Beuermann (LINKE) 2260
Ministerpräsidentin Hannelore Kraft 2263
Andreas Krautscheid (CDU) 2270
Hans-Willi Körfges (SPD)..... 2274
Mehrddad Mostofizadeh (GRÜNE) 2277
Angela Freimuth (FDP) 2280
Rüdiger Sagel (LINKE) 2282
Minister Dr. Norbert Walter-Borjans..... 2286

Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 ... 2288

Minister Ralf Jäger 2288
Bodo Löttgen (CDU) 2289
Marc Herter (SPD) 2293
Mehrddad Mostofizadeh (GRÜNE) 2295
Horst Engel (FDP)..... 2298
Özlem Alev Demirel (LINKE) 2300
Minister Ralf Jäger 2302
Peter Biesenbach (CDU) 2305
Hans-Willi Körfges (SPD)..... 2306
Horst Engel (FDP)..... 2308
Rüdiger Sagel (LINKE) 2309
Minister Ralf Jäger 2310

Wasserentnahmeentgeltgesetz..... 2311

Minister Johannes Rammel 2311
Lutz Lienenkämper (CDU) 2312
André Stinka (SPD)..... 2312
Hans Christian Markert (GRÜNE) 2313

Kai Abruszat (FDP)	2314
Rüdiger Sagel (LINKE)	2315
Minister Johannes Remmel	2316

Ergebnis	2316
----------------	------

2 Strukturwandel im rheinischen Braunkohlerevier begleiten und gezielt fördern

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1316	2316
--	------

Josef Wirtz (CDU)	2316
Thomas Eiskirch (SPD)	2317
Wibke Brems (GRÜNE)	2318
Dietmar Brockes (FDP)	2319
Michael Aggelidis (LINKE)	2320
Minister Harry Kurt Voigtsberger	2321

Ergebnis	2322
----------------	------

3 Zwangsoouting in nordrhein-westfälischen Justizvollzugsanstalten beenden und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung stärken!

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1324	2322
--	------

Dr. Robert Orth (FDP)	2322
Harald Giebels (CDU)	2323
Sven Wolf (SPD)	2324
Dagmar Hanses (GRÜNE)	2325
Anna Conrads (LINKE)	2326
Minister Thomas Kutschaty	2327

Ergebnis	2328
----------------	------

4 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 41 der Landesverfassung

Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 15/1311	2328
--	------

Rüdiger Sagel (LINKE)	2328
Christian Weisbrich (CDU)	2329
Stefan Zimkeit (SPD)	2330
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)	2331
Angela Freimuth (FDP)	2332
Michael Aggelidis (LINKE)	2333

Ergebnis	2334
----------------	------

5 Organspende – positive Entwicklung der Transplantationen in NRW muss gefördert werden

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1315	2334
--	------

Hubert Kleff (CDU)	2334
Günter Garbrecht (SPD)	2335
Arif Ünal (GRÜNE)	2336
Dr. Stefan Romberg (FDP)	2337
Wolfgang Zimmermann (LINKE)	2338
Ministerin Barbara Steffens	2339

Ergebnis	2340
----------------	------

6 Gesetz zur Anhebung des Eingangs- und des Spitzenamtes in der Laufbahn des Justizwachtmeisterdienstes des Landes Nordrhein-Westfalen und zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1268 erste Lesung	2340
--	------

Minister Thomas Kutschaty	2340
---------------------------------	------

Ergebnis	2341
----------------	------

7 Gesetz zur Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe im Besoldungs- und Versorgungsrecht

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1269 erste Lesung	2341
--	------

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans	2341
---	------

Ergebnis	2342
----------------	------

8 In den Ausschüssen erledigte Anträge

Übersicht 6 gemäß § 79 Abs. 2 GeschO Drucksache 15/1326	2342
---	------

Ergebnis	2342
----------------	------

9 Beschlüsse zu Petitionen

Übersicht 15/92342

Ergebnis2342

Entschuldigt waren:

Norbert Post (CDU)

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU)
(ab 18:15 Uhr)

Maria Westerhorstmann (CDU)

Hubertus Kramer (SPD)

Michael Scheffler (SPD)

Dr. Carolin Butterwegge (LINKE)
(ab 14:00 Uhr)

Beginn: 10.32 Uhr

Präsident Eckhard Uhlenberg: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie zu unserer heutigen, der 25. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen, herzlich willkommen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **sechs Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Meine Damen und Herren, der Chef der Staatskanzlei hat mir mit Schreiben vom 26. Januar 2011 den ersten Nachtrag zur **Haushaltssatzung des Landesverbandes Lippe für das Haushaltsjahr 2010** sowie die Durchschrift des Genehmigungserlasses des Innenministers übersandt. Gemäß § 10 des Gesetzes über den Landesverband Lippe vom 5. November 1948 bitte ich um **Kenntnisnahme**. – Diese stelle ich hiermit fest. Die Unterlagen können im Archiv des Landtages eingesehen werden.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 15/1000 und 15/1300

erste Lesung

In Verbindung mit:

Mittelfristige Finanzplanung 2010 bis 2014 mit Finanzbericht 2011 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 15/1001

Und:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2011

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 15/1002 und 15/1354

erste Lesung

Und:

Die Landesregierung muss das Vertrauen der Kommunen zurückgewinnen – Desaströse Umverteilung im GFG 2011 stoppen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1325

Sowie:

Gesetz zur Änderung des Wasserentnahmeentgeltgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/977

erste Lesung

Zur Einbringung und Vorstellung der Haushaltsgesetze und der mittelfristigen Finanzplanung erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Dr. Walter-Borjans das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung legt Ihnen heute den Haushaltsentwurf für das Jahr 2011 vor. Mit diesem Haushalt vollziehen wir die dringend notwendige Kurskorrektur hin zu Zukunftssicherung und Gerechtigkeit. Mit dieser Kurskorrektur ist die neue Landesregierung angetreten.

Kurskorrektur bedeutet für uns: Vorbeugung jetzt, anstelle von Reparaturkosten in der Zukunft. Das ist die intelligente Form der Schuldenbremse,

(Beifall von der SPD – Lachen von der CDU)

weil wir nur so auf Dauer die Ausgaben nachhaltig senken sowie Wirtschaftskraft und Einnahmen stärken.

Wir investieren im Jahr 2011 1,1 Milliarden € in die Zukunft unseres Landes und setzen mit 500 Millionen € ein klares Signal, ein Sparsignal, für verantwortungsbewusstes Haushalten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Lachen von der CDU)

Wie wichtig die Kurskorrektur ist, das zeigen die Ergebnisse von fünf Jahren kurzatmiger Haushaltskosmetik und pauschalen Kürzungen zulasten von Bildungsgerechtigkeit, Bildungsqualität und sozialer Gerechtigkeit. Ein Blick in die finanziell ausgetrockneten Städte und Gemeinden reicht, um zu sehen,

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

wohin Sie die Lasten verschoben haben, und zwar ohne im eigenen Haus wirklich für Ordnung gesorgt zu haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Seit Juli 2010 hat das Land eine neue Regierung. Das ist auch gut so. Der Regierungswechsel fiel allerdings in eine turbulente Zeit. Ein Grund dafür ist, dass wir in Nordrhein-Westfalen nach Jahren eines eher verhaltenen Wirtschaftswachstums 2009 mit minus 5,8 % einen Absturz von nie gekanntem Ausmaß und ein Jahr darauf mit einem Plus von 3,4 % einen ungewöhnlich sprunghaften Anstieg erlebt haben. Eine gleichmäßige Entwicklung und ein wirtschaftliches Gleichgewicht sehen anders aus.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich will das einmal mit einem Bild beschreiben: Wenn jemand von einer Leiter fällt, danach überraschend schnell wieder auf die Beine kommt und dann die Leiter wieder ein Stück hoch geht, ist das sehr erfreulich. Aber von der größten akrobatischen Leistung des letzten halben Jahrhunderts zu reden, nur weil man wieder auf die Beine gekommen und auf dem Weg nach oben ist, ist mehr als gewagt.

So ist das auch mit der wirtschaftlichen Erholung. Sie kommt gut voran, viel schneller, als wir alle erwartet haben, aber wir sind noch nicht wieder auf der Leitersprosse, von der die Wirtschaftsleistung abgestürzt war. Und einen sicheren Stand hat sie auch noch nicht.

Tatsache ist: Wir leiden immer noch unter den dramatischen Einbrüchen, die uns die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise in den letzten Jahren beschert hat. Die Wirtschaft hat – trotz aller erfreulichen Tendenzen und Prognosen – die schärfste Rezession nach dem Krieg noch nicht wieder wettgemacht. Das bestätigt auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 2010/2011. Da stellt er fest:

„Das tatsächliche Bruttoinlandsprodukt liegt somit immer noch unter dem Produktionspotenzial ...“

Der Aufschwung, über den so viel gesprochen und geschrieben wird, ist zwar erfreulich – wir freuen uns natürlich auch in Nordrhein-Westfalen darüber –, aber zum gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht gehört nicht ein kurzzeitig hohes, sondern ein stetiges Wachstum. Nach einem so tiefen Einschnitt – ich habe es schon gesagt: 5,8 % weniger im Jahr 2009 und danach wieder 3,4 % mehr – brauchen wir noch einige Zeit, bis die Wirtschaft und die Steuereinnahmen wieder auf dem alten Niveau angekommen sind, bevor überhaupt zu beurteilen ist, ob wir auf einem stetigen Wachstumspfad sind. Deshalb bestehen wirklich weitere erhebliche Risiken für den Aufschwung.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das sehen viele namhafte Wissenschaftler so, nicht nur das von uns schon in der Vergangenheit zitierte und um Stellungnahme gebetene renommierte Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung,

(Lachen von Dr. Jens Petersen [CDU])

das sich im Übrigen seine Meinung nicht nur auf Grundlage eigener Überlegungen gebildet hat, sondern das sich auf die Deutsche Bundesbank, die Europäische Kommission, den Internationalen Währungsfonds und das Bundesministerium für Finanzen beruft.

Den Sachverständigenrat habe ich bereits genannt. Eine Reihe weiterer renommierter Stellen hat sich zu diesem Fragenkomplex geäußert. Das DIW zum Beispiel warnt am 12. Januar 2011 vor zu viel Euphorie – ich zitiere –:

„Nach den vorangegangenen massiven Einbrüchen haben Aufholeffekte einen großen Teil zum starken Wachstum beigetragen ...“

Also haben die Aufholeffekte nach dem Verlust in den Vorjahren zunächst einmal den Wirtschaftsaufschwung begründet.

Das ifo-Institut spricht am 14. Dezember des vergangenen Jahres von einem merklich geringeren Wachstum in der Zeit nach 2010.

Das IWH Halle verweist am 16. Dezember 2010 auf außenwirtschaftliche Risiken – Zitat –:

„Die größten Risiken für die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland sind nach wie vor die Schulden- und Vertrauenskrisen einiger Länder des Euroraums und die Unsicherheit über die Entwicklung in den USA.“

Das HWWI betont am 21. Dezember 2010:

„Die Finanzkrise ist bei Weitem noch nicht ausgestanden. Banken- und Staatsschuldenkrisen in anderen Ländern dauern an. ... Für all diese Probleme sind nachhaltige Lösungsansätze noch nicht gefunden. Eine Verschärfung dieser Krisen ist somit nicht auszuschließen.“

Die Aufstockung des europäischen Rettungsfonds macht diese Brisanz noch einmal deutlich.

Ich verhehle nicht, dass es auch andere Positionen zu dieser Frage gibt. Eine Produktionslücke – so wird da argumentiert – sei noch kein Beleg für eine Störungslage. Außerdem sei der Arbeitsmarkt bislang noch glimpflich davongekommen.

Ich finde es wichtig, sich mit unterschiedlichen Sichtweisen zu einem so wichtigen Thema auseinanderzusetzen. Aber diese Auseinandersetzung hat für die Landesregierung und für mich ein klares Ergebnis: Eine Wirtschaftsentwicklung im Schlingerkurs der letzten Jahre und mit den Risiken, wie wir sie in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland, in Europa und weltweit zu meistern haben, ist von Steitigkeit und damit von einem Gleichgewicht noch weit entfernt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zustimmung von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Deshalb ist die Annahme eines gestörten gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts nicht nur absolut vertretbar, sondern sie ist folgerichtig.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wer in diesem Parlament etwas anderes behauptet, streut den Menschen aus durchsichtigen Motiven Sand in die Augen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Ich füge ein weiteres Zitat an. Der Kölner Finanzwissenschaftler Michael Thöne, ein durchaus kritischer Begleiter der Haushaltspolitik der Landesregierung, hat den Haushalt zwar nicht rundum in Bausch und Bogen gelobt, aber im „WDR“ auf folgende Frage

„Die Opposition im Landtag nennt auch den Haushalt für 2011 verfassungswidrig. Sehen Sie das ähnlich?“

eine unmissverständliche Antwort gegeben.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Ja, dann kann nichts mehr schiefgehen!)

Er hat gesagt – ich zitiere –:

„Der Finanzminister hat recht, wenn er sich auf eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts beruft. Insofern ist eine Neuverschuldung, die über den Investitionen liegt, gerechtfertigt.“

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund und nach den anderen zitierten Expertenmeinungen ist es kein Wunder, dass sich weitere sechs von 16 Bundesländern bei der Aufstellung ihrer Haushalte für das Jahr 2011 auf eine noch andauernde Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts berufen und mit dieser Begründung die Kreditverfassungsgrenze ihrer jeweiligen Länder überschreiten, darunter Hessen und Niedersachsen.

Wenn Sie sich den Haushaltsentwurf 2011 für Nordrhein-Westfalen genauer ansehen, fällt Ihnen auf: Auch wir müssen in diesem Jahr wie in den vergangenen Jahren auch die Regelobergrenze des Art. 83 der Landesverfassung für die Kreditaufnahme überschreiten, obwohl wir dank der in der zweiten Hälfte des Jahres 2010 angelaufenen wirtschaftlichen Erholung nach aktuellen Schätzungen mit zusätzlichen Steuereinnahmen gegenüber der Steuerprognose von November 2010 rechnen können.

Deshalb geht der Ihnen vorliegende Haushaltsentwurf von Gesamtsteuereinnahmen für 2011 in Höhe von 38,8 Milliarden € aus, also von 500 Millionen € mehr, als im ursprünglichen Haushaltsentwurf auf Basis der November-Steuerschätzung eingeplant war. Die Steuereinnahmen des Landes liegen aber immer noch um 3,3 Milliarden € bzw. abzüglich der Ausgleichszahlungen für den Wegfall der Kraftfahr-

zeugsteuer um 1,4 Milliarden € unterhalb des Haushaltsabschlusses 2008.

Bevor weitere Einzelheiten aus dem Entwurf zur Sprache kommen, will ich noch ein paar andere wichtige Rahmenbedingungen ansprechen. Weil es sinnvoll ist, einen Haushalt nicht erst am Ende des Jahres zu verabschieden, ist es richtig, den Entwurf jetzt einzubringen, jetzt zu diskutieren und den aktuellen Änderungsbedarf mit dem dafür vorgesehenen Instrumentarium der Ergänzungsvorlage zu berücksichtigen.

Es war auch richtig, den Entwurf nicht vor der mündlichen Anhörung vor dem Verfassungsgerichtshof des Landes einzubringen,

(Zurufe von der CDU)

auch wenn das umfangreiche Druckwerk nach der Anhörung faktisch nicht mehr geändert werden konnte. Das kann man aber mit einer Ergänzung jederzeit bewerkstelligen; das haben wir jetzt auch getan. Es hätte sich aber einfach nicht gehört, wenige Tage vor der Anhörung zum Nachtragshaushalt 2010 vor dem Verfassungsgerichtshof den Entwurf hier im Parlament zu diskutieren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Schon die Erkenntnisse, die wir seit dem Beschluss des Kabinetts am 21. Dezember des vergangenen Jahres für den Etatentwurf 2011 gewonnen haben, bieten Anlass, den Entwurf zu ergänzen. Das tun wir. Dafür ist das Instrument der Ergänzungsvorlage auch geschaffen worden.

Wir reden übrigens durchweg über erfreuliche Gründe für die Ergänzung. Denn zum einen kennen wir zwischenzeitlich zumindest den vorläufigen Haushaltsabschluss des Haushaltsjahres 2010. Die günstige Entwicklung der Steuereinnahmen im vergangenen Jahr lässt die Annahme zu, dass wir auch im Jahr 2011 von einem höheren als dem im November 2010 geschätzten und prognostizierten Wert ausgehen können.

Deshalb können wir den Ansatz bei den Einnahmen um eine halbe Milliarde Euro erhöhen mit dem Effekt, dass wir damit in voller Höhe die Neuverschuldung, die noch im ursprünglichen Entwurf steht, senken können.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ebenso erfreulich sind die ersten Ergebnisse nach der Durchforstung vieler einzelner Haushaltstitel. Unter dem Strich schaffen wir eine Verbesserung von 130 Millionen €. Auch dieser Betrag fließt in die Senkung der Neuverschuldung ebenso wie eine zusätzliche globale Minderausgabe in der Größenordnung von 100 Millionen €.

Angesichts der Minderausgaben im Haushaltsjahr 2010 gehen wir selbst bei vorsichtiger Schätzung davon aus, dass am Ende dieses Jahres insgesamt 500 Millionen € zu sparen sind – zusammen mit der

schon im Haushaltsentwurf eingeplanten globalen Minderausgabe von 270 Millionen €.

Die Neuverschuldung sinkt einschließlich der Haushaltsverbesserungen durch die Ergänzungsvorlage gegenüber dem ursprünglichen Entwurf von 7,8 auf 7,1 Milliarden €.

Turbulent ist die Phase der Haushaltsaufstellung zweifellos auch wegen der Klage gegen den Nachtragshaushalt 2010. Es ist das Recht der Opposition zu klagen. Anders aber, als Sie es darzustellen versuchen, geht es bei diesem Verfahren nicht um ein Strafgericht und schon gar nicht darum, einen Prozessgegner zu kriminalisieren oder zu diffamieren. Es geht darum, eine Entscheidung zu unterschiedlichen Rechtsauffassungen zu bekommen. Das ist ein völlig normales Verfahren, das die alte Landesregierung in der vergangenen Legislaturperiode bestens kennengelernt hat.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Es ist gut, dass der Spruch des Verfassungsgerichtshofs auch in diesem Fall Klarheit schaffen wird. Wie auch immer das Urteil ausfällt, werden wir es respektieren.

Ich wünsche mir natürlich sehr, dass das Gericht den Beschluss des Landtags, zweckbestimmte Rücklagen zu bilden, bestehen lässt, weil wir Risiken in nie gekanntem Ausmaß vor der Brust haben.

Hessen führt übrigens bei einer etwa gleichhohen Kreditfinanzierungsquote 613 Millionen € von etwa 1,5 Milliarden € an Haushaltsverbesserungen des vergangenen Jahres einer Rücklage zu, nämlich einem sogenannten kommunalen Schutzschirm. Hessen hatte dabei mit 21,5 Milliarden € einen Haushalt, der etwa 40 % des Haushalts von Nordrhein-Westfalen ausmacht.

Nur am Rande sei erwähnt, dass der hessische Finanzminister seine Abschlusszahlen eine Woche nach mir bekanntgegeben und dafür viel Beifall erhalten hat, obwohl es derselbe Meldezeitpunkt an den Bund war wie für uns.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Bei uns ist die Rücklagenbildung ein Fall für das Verfassungsgericht. Ich hoffe, das Gericht hält den Weg, den auch Hessen geht, offen. Wenn es zu einem anderen Urteil kommt, werden wir die sich daraus ergebenden Änderungen selbstverständlich vornehmen. Ich kann aber nur wiederholen, was ich auch den Richtern gesagt habe: Leichter würde es dann gewiss nicht, einen soliden Konsolidierungspfad zu ebnen.

(Widerspruch von Christian Möbius und von Andreas Krautscheid [CDU])

Was wir jetzt nicht an Rücklagen bilden, droht uns mit Wucht und zur Unzeit zu treffen. Wir haben nicht die Wahl, ob die Lasten überhaupt entstehen. Wenn wir jetzt nicht kontrolliert vorsorgen, überrollen sie

uns zu einem späteren Zeitpunkt. Wir können sie dann sicher nicht so kontrollieren, als wenn wir dafür Vorsorge getroffen hätten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Denn sicher ist: Der Schaden, für den wir Geld zur Seite gelegt haben, hängt nicht vom Handeln dieser Landesregierung ab. Er ist lange vorher entstanden.

Es ist nicht ehrenrührig, über den richtigen Weg für den Umgang mit diesem Schaden zu sprechen und zu streiten – wenn es sein muss, auch vor Gericht –, solange das gemeinsame Interesse an der Schadensbegrenzung im Mittelpunkt steht. Wenn es aber, wie ich es in den letzten Wochen mitbekommen habe, erkennbar nicht mehr um die Sache geht, sondern um das Wundenlecken, weil man selbst die Macht verloren hat,

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Widerspruch von der CDU und von der FDP)

wenn keine noch so abstruse Lügentheorie mehr zu abwegig ist, um in die Schlagzeilen zu kommen, ist nach meinem Geschmack eine Grenze überschritten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, Sie diffamieren seit Wochen das ernsthafte Bemühen um einen verantwortungsvollen Umgang mit den nie dagewesenen Belastungen, wie sie uns mit dem Themenkomplex WestLB bevorstehen. Das ist nicht nur nicht hinnehmbar, sondern die Strategie der Verzerrung, der Skandalisierung und der anschließenden Empörung darüber ist am Ende auch ein Sicherheitsrisiko für die Finanzverfassung des Landes.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Sören Link [SPD]: Genau so ist es! –
Widerspruch von Christian Möbius [CDU])

Warum ist dieser Haushalt, so wie wir ihn vorlegen, ein stabilisierender Faktor für die Finanzen des Landes? Was sind die Weichenstellungen für Zukunftssicherheit und Gerechtigkeit?

Dazu muss man vielleicht – und das will ich kurz – noch einmal darauf hinweisen, dass ein Haushalt – der Hinweis ist immer wieder notwendig – nicht auf einem weißen Blatt Papier entsteht, als ob vorher nichts da gewesen wäre. Ein Haushalt ist zuallererst die Fortschreibung der Zeit davor, auch nach einem Regierungswechsel. Es ist schon skurril, wenn man dann von einer Opposition beschimpft, kritisiert wird, die selbst für das Jahr 2011 mit einer Nettokreditaufnahme von ursprünglich 6,6 Milliarden € kalkuliert hat, und in der Aufstellung dieses Haushalts schon ein ganzes Stück weit gekommen war.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Dabei hatten Sie die im Mai prognostizierten Steuer-rückgänge gar nicht eingerechnet. Für den Tarifabschluss hatten Sie gerade mal 1 % kalkuliert,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: So ist das!)

obwohl Sie wissen, dass jedes weitere Prozent 220 Millionen € in den Haushalt an Ausgaben bringt,

(Sören Link [SPD]: Ehrbare Kaufleute!)

und Sie hatten enorme Lasten verschoben. Ich nenne nur die 300 Millionen €, die Sie den Kommunen aufgebürdet haben, um sich selbst zu entlasten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Zuruf von der SPD: Daran waren Sie beteiligt,
Herr Palmen!)

Unsere Planung – das kann ich Ihnen versichern – ist, was den Tarifabschluss angeht, auf einer sicheren Seite. Das bedeutet aber auch, dass ein erheblich größerer Anteil von Ausgaben in diesem Haushalt steckt. Es stimmt: Seit dieser Planung haben sich auch die Steuereinnahmen besser entwickelt,

(Zuruf von der CDU: Ach!)

aber es ist kein Problem, dezidiert vorzurechnen, dass Sie, selbst wenn Sie das alles in die Konsolidierung gesteckt hätten, im günstigsten Fall bei einer Neuverschuldung von immer noch ein ganzes Stück über 6 Milliarden € gelandet wären.

(Bernhard Schemmer [CDU]: Stimmt doch nicht!)

Dann haben Sie noch gemeinsam mit den Regierungskoalitionsfraktionen 350 Millionen € für die Kommunen beschlossen, und man kann annehmen, dass auch das in diesen Haushalt gekommen wäre, wenn Sie in der Verantwortung wären.

Dann reden wir am Ende über 500 bis 600 Millionen € Unterschied, die wir für mehr Vorsorge und weniger Reparatur in diesen Haushalt einstellen. Das ist einmal ein Prozent des Haushaltsvolumens. Wenn man die Diskussionen in den letzten Wochen betrachtet, musste man denken, da ginge es um Leben und Tod.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sozialraub!)

Aber es geht um wirklich wichtige Korrekturen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Der Haushaltsentwurf, den ich heute vorlege, muss zwangsläufig auf der übernommenen Struktur aufbauen. Mit den von uns vorgenommenen Korrekturen hat er ein Ausgabevolumen von 55,8 Milliarden €, gut 1 Milliarde € für den Politikwechsel für Kommunen, für Betreuung und Bildung, für ökologische Erneuerung. Das wird sich für uns alle in Zukunft auszahlen.

Ich habe schon davon gesprochen: 350 Millionen € stellen wir an Konsolidierungshilfen zusätzlich bereit, um unsere notleidenden Kommunen wieder handlungsfähig zu machen. Ich habe eben Hessen

zitiert. Sie sehen, es ist kein Problem, das nur Nordrhein-Westfalen hat, und dieser Bedarf – davon kann man sich in jeder Stadt, in jedem Ort ein Bild machen – ist drängend.

Mit den bereits mit dem Nachtrag 2010 angesetzten und etatisierten Mehrausgaben für das GFG 2010 in Höhe der 300 Millionen €, die wir den Gemeinden zurückgegeben haben, stehen sich die Gemeinden dann also 650 Millionen € besser als unter der alten Landesregierung.

Um 242 Millionen € stocken wir die Mittel für die frühkindliche Bildung auf: für eine qualitativ bessere und für eine gebührenfreie Betreuung im letzten Jahr vor der Einschulung.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Für die geplante Abschaffung der Studiengebühren, die für das Jahr 2011 zunächst mit einem halben Betrag angesetzt ist, stehen dann 125 Millionen € zur Verfügung.

Bessere Bildung ist ein Markenzeichen von Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Damit das so wird, haben uns die Bürger im Mai 2010 auch gewählt.

(Zuruf von der CDU)

Es ist kein Zufall, dass der Einzelplan des Ministeriums für Schule und Weiterbildung mehr als 25 % des Gesamthaushalts ausmacht. Wer sich in der Opposition heute hinstellt und sich den Heiligenschein der Haushaltssanierung aufsetzt, der sollte so ehrlich sein und die Gründe für die zeitweise Abnahme der Neuverschuldung in den vergangenen Jahren, vor allen Dingen 2007/2008, nennen.

Die Senkung der Ausgaben war nämlich nicht der Grund.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Denn die hat es in den 20 Haushaltsjahren, die jetzt hinter uns liegen, in genau drei Fällen gegeben. Einer davon war das Jahr 2005/2006, weil Sie im Jahr 2005 den Haushalt aufgeblasen haben und im Jahr 2006 etwas dahinter zurückfielen. In allen anderen Fällen – in 17 von 20 Jahren – sind die Ausgaben in diesem Haushalt gestiegen.

Das hat auch Gründe: zum Beispiel die Tarifsteigerungen, von denen ich eben gesprochen habe, oder auch die Versorgungsausgaben. Der allergrößte Teil des Haushalts ist nicht direkt beeinflussbar. Wir haben 21,9 Milliarden € für Personal, also knapp 40 % der Gesamtausgaben. Davon entfallen allein auf die Kernbereiche Schule, innere Sicherheit, Justiz- und Finanzverwaltung rund 90 %. Das sind 90 % in Bereichen, in denen niemand ernsthaft eine Kürzung vorschlägt. Oder gibt es jemanden, der weniger Lehrer, weniger Polizisten, weniger Le-

bensmittelkontrolleure, weniger Personal in den Justizvollzugsanstalten will?

(Dennis Maelzer [SPD]: Dahinten sitzen sie!)

Damit sind zwangsläufig aber auch Folgen verbunden. Heute schon stellen die Pensionen mit 5,5 Milliarden € jeden zehnten Euro, den wir im Landeshaushalt ausgeben. Jedes Jahr kommen für Pensionen und Beihilfen rund 300 Millionen € hinzu. Im Jahr 2030 werden die Pensionen schon knappe 8 Milliarden € ausmachen, und zwar ohne Berücksichtigung von Besoldungserhöhungen.

Das Defizit im Landeshaushalt war und ist nicht nur eine Frage hoher Ausgaben, sondern auch eine mangelnder Einnahmen,

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

übrigens auch deshalb nicht, weil Nordrhein-Westfalen – das muss man noch einmal allen Zuhörerinnen und Zuhörern sagen – die niedrigsten Ausgaben pro Einwohner unter allen Bundesländern hat.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Auf die Einwohnerzahl umgerechnet gibt Nordrhein-Westfalen mit diesem Haushalt 3.111 € pro Person aus. In Bayern sind es 3.392 €, in Hessen sind es 3.494 €, in Niedersachsen 3.141 €, in Baden-Württemberg 3.271 €. Bei den anderen sieht das nicht anders aus.

Das, meine Damen und Herren, macht die weitere Drosselung von Ausgaben bei uns noch schwieriger als anderswo. Wir sind bereits in einem Bereich angelangt, der – nimmt man die absoluten Zahlen Nordrhein-Westfalens mit mehr als einem Fünftel der deutschen Bevölkerung – nach draußen immer als riesig dargestellt wird. Bezieht man das aber auf jeden Einwohner, wird man feststellen: Das Ausgabeniveau dieses Haushalts liegt deutlich unter dem Niveau der anderen.

(Unruhe von der CDU – Lachen von Dr. Gerhard Papke [FDP])

– Ja, ja, das ist in den letzten fünf Jahren passiert. Vorher war das wesentlich höher. – Für das Protokoll möchte ich nur anmerken, dass das keine ernst gemeinte Äußerung war.

Das, meine Damen und Herren, macht also die weitere Drosselung von Ausgaben schwieriger als anderswo. Ich sagte es bereits. Trotzdem werden wir uns alle Ausgabenpositionen dezidiert vorknöpfen, um die Wirtschaftlichkeit der Aufgabenerfüllung zu durchleuchten und gegebenenfalls Aufgaben auch zur Disposition zu stellen.

Anders als es immer wieder suggeriert wird, hat Nordrhein-Westfalen auch nicht die höchsten Schulden, weder bezogen auf die Neuverschuldung noch auf den Schuldenstand. Nach den derzeitigen Erhebungen beträgt die Nettokreditemächtigung pro Einwohner in Nordrhein-Westfalen 405 €. In

Rheinland-Pfalz sind es 447 €, im Saarland 508 €. Von Ländern wie Bremen, Berlin und Schleswig-Holstein will ich gar nicht sprechen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Alles sozialdemokratisch regiert! – Widerspruch von der SPD)

– Saarland! Schleswig-Holstein! – Ich hoffe, Sie haben in diesen Ländern nach den nächsten Wahlen Anlass, dass wir das für eine wahre Aussage halten können.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Im Übrigen würde ich gerne noch hinzufügen: Im Bund, den Sie ja immer als das Flaggschiff der Haushaltskonsolidierung bezeichnen, sind 16 % des Haushalts Kredite, 13 % sind es demgegenüber im nordrhein-westfälischen Haushalt.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Wenn Nordrhein-Westfalen im bundesweiten Vergleich bei den Pro-Kopf-Ausgaben gut dasteht, aber gleichzeitig zwischen den Einnahmen und den Ausgaben ein solches Defizit klafft, wie wir es haben, dann kann in den Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen etwas nicht stimmen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Diese Feststellung ist schmerzhaft. Sie ist aber nicht rot oder grün, sie ist auch nicht schwarz oder gelb, sondern sie gilt für uns alle, nicht nur in Nordrhein-Westfalen. Wollen wir über die Schuldenbremse nicht nur reden, sondern sie wirklich erreichen, geht das nicht allein mit beherzten Sparanstrengungen; dazu gehört dann auch eine stabile Entwicklung der Einnahmen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Deshalb muss Landespolitik dafür sorgen, dass die Steuereinnahmen mit den Aufgaben Schritt halten und der Bund die Lasten trägt, die er den Länder und Kommunen verursacht, statt mit seiner eigenen Haushaltskonsolidierung weitere Löcher in unsere Haushalte zu reißen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Die Landesregierung wird ihren Beitrag dazu leisten: mit Initiativen im Bundesrat, mit einer vorsorgenden Politik, die Reparaturkosten in der Zukunft vermeidet.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Da sind wir ja mal gespannt!)

Wir müssen heute die Weichen dafür stellen, dass morgen gut ausgebildete Bürgerinnen und Bürger ein gutes Einkommen haben und deshalb viele Steuern zahlen, anstatt ohne Ausbildung und ohne

Perspektive die sogenannten Pflichtaufgaben im Land und in den Gemeinden explodieren zu lassen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Die Erträge einer solchen vorsorgenden Politik der Landesregierung können sich derzeit noch nicht in der mittelfristigen Finanzplanung niederschlagen. Diese Finanzplanung sieht auf der Basis des Kabinettsbeschlusses vom 21. Dezember 2010 vor, dass die Neuverschuldung schrittweise auf 6,6 Milliarden € im Jahr 2014 zurückgeht. Die Verbesserungen auf der Steuereinnahmenseite wie auch auf der Ausgabenseite im Rahmen der Ergänzungsvorlage sind hierbei noch nicht eingerechnet. Auch in den vergangenen Jahren ist es so gewesen, dass die mittelfristige Finanzplanung auf dem Urentwurf eines Haushalts basiert und Verbesserungen in dieser mittelfristigen Finanzplanung noch keine Rolle spielen, obwohl man absehen kann, dass die Verbesserungen, die wir jetzt für das Jahr 2011 vorsehen, auch in den nächsten Jahren in dieser Größenordnung erwartet werden können.

Haushaltspolitik ist kein geeigneter Schauplatz für aufgeplusterte Gesten, schon gar nicht von Leuten, die in der Regierung selber keine gute Leistung geboten haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Zuruf von der CDU: Reden Sie von sich?)

Ich finde es schon interessant, dass wir im Haushalts- und Finanzausschuss immer wieder über Listen sprechen, die viele kleine Einzeleinsparungen umfassen und als „Peanuts-Listen“ bezeichnet werden.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)

Ich zitiere noch einmal den Kölner Finanzwissenschaftler Thöne, der selbst gesagt hat: Haushalte, vor allen Dingen Länderhaushalte, ist viel Kleinklein. – Schaut man sich einmal die Einsparungen von 960 Millionen € im vergangenen Jahr an, die Sie als diese „plötzlich gefundene Milliarde ansehen“, muss man sich vergegenwärtigen, aus wie viel tausenden Haushaltstiteln dieser Betrag zusammengekommen ist. Genau darum geht es. Wir alle wissen doch, dass es nicht den einen großen Geldsack gibt, den man nur sehen und finden muss. Dann hätten die Vorgänger doch alle etwas völlig falsch gemacht. Es geht vielmehr darum, dass man sich jeden einzelnen Titel anguckt, Titel zur Disposition stellen muss, um sich dann zu entscheiden, was man sich leisten kann und was nicht. Aber auch richtige Einnahmen müssen hinzukommen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dieser Aufgabe stellen wir uns ebenso wie der Herausforderung, nachfolgenden Generationen nur solche Lasten zuzumuten, von denen die, die nach uns kommen, auch etwas haben. Um das Bild von Herrn Laumann aufzugreifen, der gerne davon redet, dass diese Regierung unseren Kindern Schuldscheine in

den Tornister steckt. Abgesehen vom Begriff „Schuldschein“, der in jedem normalen Unternehmen „Kredit“ heißt, ist das eine Angelegenheit, zu der ich gern etwas sage.

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

– Die Wortwahl „Schuldschein“ zeigt doch die Absicht, die dahintersteht und die diese Haushaltsdebatte mittlerweile seit einem halben Jahr begleitet.

(Beifall von der SPD)

Ich kann nur noch einmal sagen: Wir, meine Damen und Herren, haben die verdammt Pflicht, auch in der Finanzpolitik auf Nachhaltigkeit zu achten und die Aufgaben des Landes mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler so wirtschaftlich wie möglich zu erledigen. Aber wir haben eben auch diese Aufgaben zu erledigen. Sparsames Aufgabenerledigen heißt nicht sparen und alle Aufgaben vergessen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Am Ende messen uns die Menschen nämlich auch daran, ob wir die Aufgaben erledigt haben. Und das muss man sparsam machen.

(Dr. Wilhelm Droste [CDU]: Koste es, was es wolle!)

– Nein, nicht koste es, was es wolle. Es geht darum, dass man seine Aufgaben erledigt, dass man die Einnahmen dafür erzielt und dass man wirtschaftlich handelt. Aber wer Sparen als Drosseln, als Hähnezudrehen bezeichnet und schaut, ob die anderen möglicherweise die Kosten übernehmen, die man selber verursacht hat, der ist nicht jemand, der eine nachhaltige und langfristige solide Finanzpolitik macht.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Um das Bild von Herrn Laumann noch einmal zu strapazieren, sage ich: Im Zweifel ist uns ein Kind mit einem kreditfinanzierten Tornister lieber als ein Kind ohne Tornister.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Damit wird auch noch einmal deutlich, dass wir allen Anlass haben, einmal über die Frage nachzudenken, was denn eigentlich Investitionen in die Zukunft sind. Ist das nur Beton? Ist das nur die Landebahn eines Flughafens? Ist das nur eine Autobahn oder ein Schienenstrang? Oder ist es nicht auch die Investition in die Köpfe, die dazu beiträgt, dass dieses Land morgen die Leistungsfähigkeit hat, sprudelnde Steuerquellen zu erschließen? Daher sollte man da nicht sofort mit Steuersenkungen kommen, sondern sagen: Damit werden die Investitionen in diese Generation und in die nächsten Generationen dann auch finanziert. – Ich danke Ihnen sehr.

(Langanhaltender lebhafter Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Finanzminister. – Wir treten damit in die Beratung ein. Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die CDU-Fraktion der Fraktionsvorsitzende Herr Laumann das Wort.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Mit oder ohne Tornister?)

Karl-Josef Laumann (CDU): Ohne! – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit vielen Monaten redet die Landesregierung davon, dass der heutige Tag, Frau Ministerpräsidentin, Ihr großer Tag sein sollte – Ihr erster, wie Sie es in vielen Interviews genannt haben, Gestaltungshaushalt.

(Karl Schultheis [SPD]: Leisten Sie einmal Ihren Beitrag dazu!)

Es sollte Ihr schönster Tag nach der Vereidigung als Ministerpräsidentin werden.

Und was haben wir erlebt? Einen Finanzminister im Klein-Klein! Sie haben mehr gewirkt wie ein Buchhalter als ein Finanzminister des größten Bundeslandes mit einer klaren politischen Vision.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Besser als Ihr ehemaliger „ehrbarer Kaufmann“!)

Frau Kraft, ich sage voraus: Gleich werden Sie in diese Debatte gehen, weil Sie Ihren Finanzminister mal wieder aus der Kurve holen müssen.

(Heiterkeit von der CDU – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Es ist aber so, dass die Menschen Ihre Finanzpolitik durchschaut haben.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ihre schon lange!)

Das Gerede von der neuen, präventiven Finanzpolitik ist mittlerweile im Land als Etikettenschwindel bekannt. Diese präventive Finanzpolitik ist nichts Neues. Es ist die alte bequeme rot-grüne Schuldenpolitik, die hier frech als neu und präventiv verkauft wird.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Diese Politik geht auf Kosten der politischen und gesellschaftlichen Gestaltungsspielräume. Sie geht auf Kosten der nachfolgenden Generationen.

(Mehrhad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sie wollen doch gar nicht gestalten!)

Sie geht auf Kosten der sozialen Gerechtigkeit.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das sagt der Richtige!)

Alle anderen Regierungen in Deutschland und Europa verabschieden sich von der alten Schuldenpolitik. Selbst die Griechen machen das.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das stimmt doch gar nicht! Das macht doch Ihre Bundesregierung!)

In Deutschland und Europa erklärt nur die nordrhein-westfälische Landesregierung das alte Schuldenmachen offen und selbstbewusst zum Regierungsprogramm. 160 Milliarden € an Schulden sieht Ihre mittelfristige Finanzplanung bis 2014 vor.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Und Ihre 150!)

Frau Kraft, das sind 30 Milliarden € mehr als heute. Das sind 12 Milliarden € mehr, als Helmut Linssen in der schwersten Wirtschaftskrise veranschlagt hatte. Diese 30 Milliarden € müssen unsere Kinder und Kindeskinde abstoßern. Das, was Sie hier planen, hat mit Nachhaltigkeit und Vorsorge nichts zu tun.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Frau Kraft, Sie wollten sich als Vertreterin einer neuen, nachhaltigen Finanzpolitik Ansehen erwerben. Mit diesem Ruf wollten Sie Ihren ersten politischen Gestaltungshaushalt einbringen. So hatten Sie es geplant.

Stattdessen tragen Sie mittlerweile den Titel „Schuldenkönigin“. Dieser Titel passt auch zu diesem Haushalt.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

So hatten Sie den heutigen Tag nicht geplant, glaube ich. Aber so wird es wenigstens ein Tag, an dem die Wahrheit nicht unter die Räder kommt.

Ich komme zu dem zweiten Grund, warum die Landesregierung den heutigen Tag am liebsten aus dem politischen Kalender streichen würde. Die Regierung Rüttgers hatte unstrittig Erfolge bei der Haushaltskonsolidierung.

(Lachen von Rüdiger Sagel [LINKE] – Rüdiger Sagel [LINKE]: Das ist jetzt eine Lachnummer! 23 Milliarden € Schulden in fünf Jahren haben Sie gemacht, und das bei steigenden Steuereinnahmen!)

Die Regierung Rüttgers war nach Jahrzehnten die erste Regierung in Nordrhein-Westfalen, die den Mut zu einer neuen, nachhaltigen Finanzpolitik hatte.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Sie hat bewiesen, dass man gleichzeitig verantwortungsvoll sparen und vorbeugend politisch gestalten kann.

(Karl Schultheis [SPD]: Wo haben Sie denn gespart? Wo war das denn?)

Sie wissen durch viele Umfragen auch, dass diese Finanzpolitik bei den Bürgerinnen und Bürgern nach wie vor ein hohes Ansehen genießt.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie haben doch Wahrnehmungsstörungen!)

Wenn Sie eine nachhaltige Politikerin wären, Frau Kraft, dann hätten Sie im vergangenen Sommer angekündigt, dass Sie diese nachhaltige Haushaltspolitik Ihres Vorgängers fortsetzen wollen, dann hätten Sie nämlich schon mittlerweile die Kassenbücher für 2010 schließen können, dann hätten Sie den Haushaltsabschluss 2010 als Erfolg feiern können, dann wäre dem Land das peinliche Schauspiel einer Regierung erspart geblieben, die sich über gefundene Milliarden nicht freuen konnte. Aber Sie waren auch nicht klug, Frau Kraft, letzten Endes diesen Schritt zu gehen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ihre Absicht war von Beginn an die Diskreditierung der Regierung Rüttgers, auch und gerade auf dem Gebiet der Haushaltspolitik.

(Karl Schultheis [SPD]: Sie haben sich selbst diskreditiert!)

Sie wollten um jeden Preis der Regierung Rüttgers die absurde Neuverschuldung in die Schuhe schieben, die Sie als Startkapital für Ihren Politikwechsel letzten Endes haben wollten.

(Beifall von der CDU)

Sie wollten den Bürgerinnen und Bürgern weismachen, dass das finanzpolitische Ansehen der Regierung Rüttgers nicht etwa hart erarbeitet war, sondern nur durch Tricks und Täuschung erschlichen wurde.

(Karl Schultheis [SPD]: Genau so!)

Sie haben von Abschlussbilanz-Betrug gesprochen. Sie haben von toten Hühnern gesprochen, die Helmut Linssen angeblich über den Zaun geworfen hat.

(Zurufe von der SPD)

Aber Ihre ganze Strategie der finanzpolitischen Diskreditierung der Regierung Rüttgers ist wie ein Kartenhaus zusammengebrochen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Es gibt die toten Hühner nicht, und es gibt keinen Abschlussbilanz-Betrug. Im Gegenteil: Gemessen an den Herausforderungen der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise ist die haushaltspolitische Abschlussbilanz der Regierung Rüttgers, also der Haushaltsabschluss 2010, glänzend.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [LINKE]: Eine Bilanzfälschung!)

Die maßlose Neuverschuldung, über die das Verfassungsgericht zu befinden hat, ist Ihre Neuverschuldung, Frau Kraft, und nicht unsere. Aus der für die Landesregierung nicht freundlichen Berichterstattung, was die Finanzpolitik angeht, in den letzten Wochen ist mir ein Artikel aus der „FAZ“ vom 27. Januar sehr im Gedächtnis geblieben. Ich zitiere:

„An Frau Krafts Finanzpolitik wird deutlich: Das rot-grüne Projekt ist der Versuch, die Wirklichkeit zu zermahlen.“

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sie zitieren wenigstens im Gegensatz zu Ihrem Kollegen!)

Ich habe in der „FAZ“ noch nie ein solches vernichtendes Urteil gelesen wie über Ihre Finanzpolitik hier in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [LINKE]: Doch über Herrn Guttenberg!)

Ich füge hinzu: Eine Regierung, die die Wirklichkeit nicht mehr wahrnimmt, eine Regierung, die dabei ist, die Wirklichkeit zu zermahlen, hat keine Zukunft. Aber ich möchte auch darum bitten, dass man die Vergangenheit in dieser Frage nicht so unter die Räder kommen lässt, wie Sie es hier seit Wochen, was die Bilanz der Haushaltspolitik der schwarz-gelben Regierung angeht, versuchen.

(Ministerin Barbara Steffens: Was?)

Deshalb ist es gut, dass Ihr Versuch misslungen ist, der Regierung Rüttgers die Schulden in die Schuhe zu schieben, die Sie machen wollen, die Schulden, die die Regierung Rüttgers nie machen wollte und im Übrigen auch nie gemacht hat.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das stimmt doch gar nicht!)

Für Ihren Haushalt 2011 ist das ein Problem. Denn damit ist die Möglichkeit weggefallen, mit Bezug auf den Haushalt 2010 von einer Senkung der Neuverschuldung zu sprechen. Aber das ist jetzt Ihr Problem. Sie haben das selbst zu verantworten. In ihrer Regierungserklärung hat die Ministerpräsidentin einen neuen Stil des Regierens versprochen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Gott sei Dank!)

Ich finde, es hat keinen Stil, wenn die Ministerpräsidentin heute einen seit Wochen gedruckten Haushalt einbringen lässt, von dem sie selbst seit Langem weiß, dass er Makulatur ist.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich finde, es hat keinen Stil, wenn Sie diesem Haushalt schon heute bei seiner Einbringung eine Ergänzung beilegen lassen, die ebenfalls Makulatur ist. Ich finde, es hat keinen Stil, wenn Sie heute bei der Einbringung des Haushaltes schon eine weitere Haushaltsergänzung für die Zeit nach dem 15. März ankündigen.

(Beifall von der CDU)

Was Sie hier dem Landtag als Haushaltsplan vorlegen, hat die Qualität von Altpapier, ist aber kein vernünftiger Stil gegenüber dem Haushaltsgesetzgeber in diesem Land.

(Beifall von der CDU)

Ich finde es ist wichtig, dass wir erst in seriöse Haushaltsberatungen eintreten, wenn wir das Urteil am 15. März bekommen

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Arbeitsverweigerung!)

und wenn die daraus zu folgernden Konsequenzen für die Nachträge klar sind.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Warum Sie heute diesen Haushalt einbringen, das ist ganz klar. Sie wollen formal eine Haushaltsberatung eröffnen, weil Sie Angst haben, dass Sie ansonsten nicht mehr vor der Sommerpause zu einem verabschiedeten Haushalt kommen und die vorläufige Haushaltsführung fortsetzen müssen. Wenn Sie Stil hätten, dann hätten Sie mit dieser Haushaltsdebatte das Urteil aus Münster abgewartet. Ich glaube, das wäre auch nicht zu viel verlangt gewesen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Deswegen sage ich ganz klar: Meine Fraktion wird sich erst nach dem 15. März mit diesem Haushalt beschäftigen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist ja Arbeitsverweigerung!)

Wir werden uns erst dann mit diesem Haushalt beschäftigen, wenn wir auch die aus dem 15. März folgenden Ergänzungsvorlagen haben, weil eine Haushaltsberatung der einzelnen Titel ansonsten wenig Sinn macht.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Arbeitsverweigerer!)

Ich glaube, dass es deswegen heute gar nicht möglich ist, diesen Haushalt ernsthaft zu beraten. Es kann heute nur darum gehen, sich mit der großen Richtung Ihrer Politik auseinanderzusetzen, die wahrscheinlich Ihren Widerhall in dem Haushalt, den Sie dann endgültig vorlegen werden, wiederfinden wird.

In der Regierungserklärung von Frau Kraft steht: „Man muss jetzt den Mut haben, in Vorbeugung, in Betreuung und in Bildung zu investieren.“ Am vergangenen Freitag haben Sie, Frau Kraft, das Dialogforum „Zukunft NRW“ im Internet gestartet. Darin laden Sie die Bürgerinnen und Bürger ein, Fragen zum Haushalt 2011 direkt an Sie persönlich zu richten.

In der Presseerklärung zum Dialogforum sagten Sie: Wir müssen endlich den Mut haben, gezielt in die Zukunft unserer Kinder zu investieren, statt mit immer höheren Ausgaben nur soziale Fehlentwicklungen zu reparieren. Das ist der Obersatz der neuen Landesregierung, der den Politikwechsel auf den Punkt bringen soll. „Man muss jetzt den Mut haben“ – das hört sich so an, als seien alle anderen Regierungen in Deutschland und Europa im Tiefschlaf.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von den Koalitionsfraktionen, kennen Sie jemanden, der nicht ge-

nau wie Sie für Vorbeugung, Betreuung und Bildung ist? Wo leben Sie eigentlich? Was glauben Sie, warum die Vorgängerregierung 8.400 neue Lehrerstellen geschaffen hat?

(Zurufe von der SPD: Oh! – Rüdiger Sagel [LINKE]: Lehrer-Lüge!)

Was glauben Sie, warum die Vorgängerregierung die frühkindliche Bildung massiv gefördert hat? Was glauben Sie, warum die Vorgängerregierung die Hauptschulinitiative gestartet hat?

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ich dachte, Sie wollten sparen!)

Was glauben Sie, warum sich die Vorgängerregierung mit dem Werkstattjahr um die Jugendlichen gekümmert hat, die keine Lehrstelle finden konnten?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Was glauben Sie, warum Sie abgewählt worden sind?)

Was glauben Sie, warum die Vorgängerregierung neue Fachhochschulen auf den Weg gebracht und den Hochschulen mehr Gestaltungsspielräume auch durch die Studiengebühren gegeben hat?

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Fakt ist, dass die Regierung Rüttgers von 2005 bis 2010 5 Milliarden € mehr in die Bereiche Schule, Kindergarten und Vorbeugung gesteckt hat als die Regierung zwischen 2000 und 2005, die damals von Rot-Grün geführt worden ist.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ihr Politikwechsel besteht doch nicht darin, dass Sie jetzt mehr tun, sondern der liegt ganz woanders. Sie wollen für die Vorbeugung, Betreuung und Bildung Geld ausgeben, das Sie nicht haben. Sie wollen einen Freibrief für das Schuldenmachen ohne Rücksicht auf die Verfassung und das Gebot der Nachhaltigkeit. Das ist Ihr Politikwechsel. Damit stehen Sie alleine.

(Beifall von der CDU)

Zu fragen ist allerdings: Was sollen die teuren Symbolprojekte Ihrer Landesregierung: die Abschaffung der Studienbeiträge und das beitragsfreie Kindergartenjahr? Mit Vorbeugung, Betreuung und Bildung hat das auf jeden Fall nichts zu tun.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Wenn die besserverdienenden oder wohlhabenden Familien bei Studiengebühren und Kindergartenbeiträgen entlastet werden

(Karl Schultheis [SPD]: Absoluter Quatsch!)

und der Landeshaushalt dadurch belastet wird, bringt das irgendetwas für die Bildung? Hat

irgendjemand außer den Besserverdienenden einen Vorteil davon?

(Beifall von der CDU – Dennis Maelzer [SPD]: Das ist doch lächerlich!)

Die Regierung will auf 400 Millionen € Einnahmen aus Studienbeiträgen und Kindergartenbeiträgen verzichten. Das sind Geschenke an diejenigen, die diese Beiträge stemmen können.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das Gegenteil ist der Fall! – Zuruf von der SPD: Wie bei den Hotels!)

Die sozial Schwächeren, die Familien und Kinder aus den sogenannten bildungsfernen Schichten haben davon nichts, außer dass sie diese Geschenke an die Besserverdienenden letzten Endes über Steuern mitbezahlen müssen.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Karl Schultheis [SPD]: Unfug! Absoluter Unfug! – Rüdiger Sagel [LINKE]: Völliger Quatsch!)

Eine Regierung, die so etwas macht und gleichzeitig noch über Steuererhöhungen nachdenkt, um das verschenkte Geld wieder reinzubekommen, ist plan- und konzeptlos.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Meine Fraktion wird für diese Politik keine Stimme geben.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Von Ihrer Lobby werden wir das kassieren, Herr Laumann!)

Wir werden Alternativen aufzeigen, wie vorbeugende Bildung und Betreuung wirklich und nicht nur scheinbar weiter nach vorne gebracht werden kann.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Die politischen Gestaltungsspielräume, vor allem die sozial- und bildungspolitischen, werden maßgeblich von der Wirtschaftskraft Nordrhein-Westfalens beeinflusst. Wer nicht von wirtschaftlicher Vernunft redet, sollte bei sozialer Gerechtigkeit schweigen. Sie haben keine erkennbare und berechenbare Wirtschaftsorientierung und kein wirtschaftspolitisches Konzept. Ein klares Bekenntnis zum Industrieland Nordrhein-Westfalen fehlt. Die Wirtschaft hat in der Regierung Nordrhein-Westfalens keinen Gesprächspartner mehr. Sie wissen, dass die Stimmung in der Wirtschaft zu Ihrer Politik beim Nullpunkt angekommen ist.

(Karl Schultheis [SPD]: In welcher Kneipe waren Sie?)

Ich will noch einmal die bekannte Presse über Herrn Voigtsberger zitieren: Sie machen dem industriellen Kernland in Deutschland und Europa alles andere als Ehre. Ich will auf den entscheidenden Punkt hinweisen: Frau Kraft möchte einen Freibrief für Schulden, angeblich um vorbeugende Politik zu machen. Gleichzeitig fehlt ihrer Regierung eine kla-

re positive Wirtschaftsorientierung. Das ist der Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen, der unser Land zurückwerfen wird.

Ihr Kollege Olaf Scholz in Hamburg ist mit einem klaren Bekenntnis zu einer seriösen Finanzpolitik

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

und einem klaren Bekenntnis zur wirtschaftlichen Notwendigkeit zum Beispiel der Elbvertiefung in den Wahlkampf gezogen.

(Zurufe von der SPD)

In Nordrhein-Westfalen ist die SPD aus sich heraus zu vergleichbaren klaren Bekenntnissen nicht mehr in der Lage,

(Beifall von der CDU und von der FDP)

weil sie der schwächere Koalitionspartner der Grünen ist und sich von den Enthaltungspolitikern der Linken abhängig gemacht hat.

(Beifall von der CDU)

Ein substanzielles wirtschaftspolitisches Konzept, das die Linken durchwinken und dem SPD und Grüne zustimmen, wird es nicht geben. Frau Kraft, das ist das kleine politische Einmaleins Ihrer Regierung.

Es gibt einige wirtschaftspolitische Aktivitäten der Landesregierung: den Windkrafterlass, den Entwurf zum Klimaschutzgesetz, die Verlängerung und Erhöhung des Wasserentnahmeentgeltes,

(Zuruf: Sehr gut!)

den Plan zur Einführung eines Kieseuros, den Plan zur Erhöhung der Grunderwerbssteuer, den Plan zur Verhinderung von Datteln. Wenn man das Klimaschutzgesetz genau liest, dann gibt es damit auch den Plan zur Beendigung der Braunkohlenverstromung in Nordrhein-Westfalen. Bei all diesen Aktivitäten führen die Grünen die Feder. Sie bestimmen die Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen. Dabei führen sie die SPD – so habe ich den Eindruck – am Nasenring durchs ganze Land.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Laumann, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Der Kollege Yüksel würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen.

Karl-Josef Laumann (CDU): Nein, ich möchte jetzt im Zusammenhang vortragen.

(Karl Schultheis [SPD]: In welchem Zusammenhang? – Heiterkeit von der SPD und von den GRÜNEN)

Die Tendenz ist klar: Herr Remmel will die Renaturierung des Industrielandes Nordrhein-Westfalen. Wenn Sie das laufen lassen, Frau Kraft, dann läuft Ihnen die Industrie irgendwann davon. Dann können Sie alles vergessen, was Sie im Internet und bei Ihrer „TatKraft“-Tour über Vorbeugung, Bildung und Betreuung hören und erzählen.

Die CDU nimmt den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ernst. Aber darunter ist nicht der Schutz der Natur vor den Menschen zu verstehen. Darunter ist der Schutz der Natur für die Menschen zu verstehen. Wer die Natur vor den Menschen schützen will, der würde am liebsten einen riesigen Schutzzaun um die ganze Natur ziehen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Mein Gott!)

Das ist das Ideal von Herrn Remmel. Er will ganz Nordrhein-Westfalen und sogar ganz Deutschland zum Naturschutzgebiet machen. Das ist im Übrigen nachzulesen in einer Rede, die der Minister gehalten hat.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Wer den Schutz der Natur für die Menschen will, der will ganz etwas anderes. Er weiß, dass die Menschen die Natur durch Arbeit und Technik verändern müssen, damit sie zur Lebensgrundlage wird. Aber er will, dass die Natur immer nur so verändert wird, dass auch nachfolgende Generationen sie noch zur Lebensgrundlage machen können. Er will die Nutzung der Natur, aber das nachhaltig.

(Beifall von der CDU)

Dieses ist eindeutig die Position der CDU.

(Beifall von der CDU)

Wir akzeptieren nicht, dass jemand, der die Renaturierung des Industrielandes Nordrhein-Westfalen will, die Wirtschaftspolitik unseres Landes bestimmt.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Das ist keine Wirtschaftspolitik. Das ist in Wahrheit ein Morgenthau-Plan für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Frau Kraft, Sie sind wirtschaftspolitisch völlig konturlos. Sie haben die erfolgreichen Initiativen der Vorgängerregierung, die „Allianz pro Industrie und Nachhaltigkeit“ sowie den Dialog „Wirtschaft und Umwelt“, eingestellt. Seit Herbst vergangenen Jahres kündigen Sie eine gemeinsame Akzeptanzinitiative von Wirtschaft und Politik an. Passiert ist nichts. Sie tun nicht, was Sie sagen, und Sie sagen nicht, was Sie tun in Fragen der Wirtschaftspolitik.

Die Wirtschaft ist jetzt dabei, ohne Sie eine Initiative für den Industriestandort auf den Weg zu bringen. Sie knüpft dabei an die Pläne an, die in bewährter Zusammenarbeit mit der Vorgängerregierung ausgearbeitet worden sind.

Wenn die Landesregierung so weitermacht, haushaltspolitisch unseriös und wirtschaftspolitisch konzeptlos, dann wird es nötig sein, dass über die Frage, welche Richtung unser Land einschlägt, abgestimmt wird, und zwar nicht im Internet, sondern an den Wahlurnen unseres Landes. – Schönen Dank.

(Langanhaltender Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Laumann. – Für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Herr Römer das Wort.

Norbert Römer (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Das war ja gerade die Rede eines Fraktionsvorsitzenden, Herr Kollege Laumann, der sich in der Opposition offensichtlich gut eingerichtet hat.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Kleinkarierte Pepita ist dagegen großes Karo: Kleinkarierte, manchmal auch maßlose Kritik, rückwärts-gewandt, keine Perspektive für die Menschen. Ich habe darauf gewartet, dass Sie irgendwann einmal etwas nach vorne sagen würden. Herr Laumann, Ihr Kurs heißt ganz offensichtlich: Mit Volldampf in die Vergangenheit. – Davon haben die Menschen die Nase voll.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das, was Sie gerade an Mätzchen mit Blick auf die Haushaltsberatungen von sich gegeben haben, grenzt an Arbeitsverweigerung. Ich kann nur die Schlussfolgerung ziehen: Sie haben Angst davor, sich der politischen Auseinandersetzung über den richtigen Weg in Nordrhein-Westfalen zu stellen. Sie flüchten sich in juristische Auseinandersetzungen, warten auf irgendwelche Urteile und scheuen die Auseinandersetzung über den politisch richtigen Weg im Parlament und in den Ausschüssen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dann will ich noch etwas zu Hamburg sagen. Ich wundere mich ja schon, dass Sie dieses Wahlergebnis Ihrer Partei in Hamburg ganz offensichtlich verdrängen, so wie Sie vieles verdrängen. Olaf Scholz, Herr Kollege Laumann, war ein Sozialdemokrat, bleibt ein Sozialdemokrat, wird Erster Bürgermeister in Hamburg, und das Wahlergebnis Ihrer Partei ist um mehr als die Hälfte geschrumpft, weil auch in Hamburg die Menschen begriffen haben: Mit der CDU in Hamburg ist kein Staat zu machen. – Das gilt auch in Nordrhein-Westfalen, Herr Laumann.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Zuruf von Andreas Krautscheid [CDU])

Das war gerade schon erkennbar. Ihre Antworten für die Zukunft sind von gestern. Ihr Rezept, Herr Kollege Laumann – das haben Sie ja noch einmal eindrucksvoll dargestellt –, ist das Rezept der ge-

scheiterten Regierung Rüttgers. Sie müssen sich endlich, Herr Kollege Laumann, auch daran gewöhnen – das gilt für ganz lange Zeit, das wird eine ganz lange Strecke werden –: Die Regierung Rüttgers ist nicht mehr. „Privat vor Staat“ ist nicht mehr. Die Menschen hatten und haben die Nase voll von Ihrer falschen Politik. Die haben Sie abgewählt und wieder auf die Oppositionsbänke geschickt. Da gehören Sie auch hin. Ihre Rede war dafür ein weiterer Beleg.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir legen heute den ersten eigenen Haushalt der rot-grünen Regierungskoalition vor mit unseren Akzenten. Wir leiten – darauf hat der Finanzminister hingewiesen – die dringend notwendige Kurskorrektur ein. Wir setzen auf Vorsorge und Nachhaltigkeit. Wir setzen auf Zukunft. Deshalb investieren wir auch in die Zukunft bei den Kindern, bei den Familien, bei den Städten und Gemeinden und bei der Bildung.

So, meine Damen und Herren, kommt unser Land nach vorne. So bekommen die Menschen neue Perspektiven. So legen wir die Grundlagen für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum und für ökologische Erneuerung. Das brauchen die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Das wollen die Menschen auch in unserem Land.

(Beifall von der SPD)

Denn diese Politik für die Zukunft führt uns raus aus der immer noch nicht überwundenen Krise in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das ist eine vernünftige Weichenstellung. Diese Politik der rot-grünen Landesregierung unter der Führung von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft ist eine Politik für die Menschen, damit es denen Schritt für Schritt besser geht. Das ist dann auch eine gute Politik für Nordrhein-Westfalen. Wir jedenfalls stellen die Menschen in den Mittelpunkt unseres Handelns, nicht den Markt, nicht diffuse Wirtschaftsinteressen, keine Konzerne und schon gar nicht die schwarz-gelbe Ideologie „Privat vor Staat“. Wir machen Politik für die Menschen, meine Damen und Herren. Um die geht es.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Deshalb fangen wir ganz vorne an, nämlich bei den Kindern. Deren Zukunftschancen sind die Grundlagen für unseren Wohlstand heute und morgen. Vorne bei den Kindern anzufangen und sie zu fördern, ist gut für das Land und für die Menschen. Es ist vor allen Dingen gut für das spätere wirtschaftliche Wachstum, das daraus resultieren wird.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ja, ich gebe es gerne zu: Wir legen einen zukunftsorientierten Haushalt in schwieriger Zeit vor. – Wir

haben den Mut zur Zukunft. Wir wissen, nach dem schlimmsten und tiefsten Absturz unserer Wirtschaft in der Geschichte unseres Landes geht es langsam wieder aufwärts. Die Konjunktur hat wieder angezogen. Das freut uns. Wir klopfen auch auf Holz, dass dies anhält und mehr Menschen wieder Arbeit bekommen. Die Menschen müssen Arbeit mit Perspektive und mit anständiger Bezahlung bekommen, damit sie auch von ihrem Arbeitseinkommen leben können und zwar richtig leben können. Das ist unser Ziel.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Deshalb wollen wir Tariftreue und Mindestlöhne und kämpfen gegen die Auswüchse beim Leih- und Zeitarbeitsmarkt. Das ist unsere Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Herr Kollege Laumann, die Produktionslücke, die durch den drastischen Absturz unserer Wirtschaft verursacht wurde, ist längst noch nicht geschlossen, schon gar nicht in allen Branchen. Unsere gesamte Wirtschaft ist längst noch nicht im Gleichgewicht. Da gibt es noch viel zu tun. Wir müssen uns noch kräftig ins Zeug legen und gemeinsam in die Zukunft investieren: Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften.

Herr Kollege Laumann, diese Art sozialpartnerschaftlicher Zusammenarbeit – ganz in der Tradition unseres Landes und in der Tradition von Johannes Rau – werden wir wieder mit Leben füllen. Es kommt in Nordrhein-Westfalen auf richtige sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit mit allen Beteiligten an, Herr Kollege Laumann. Das wird die Ministerpräsidentin in großer Verantwortung gemeinsam mit denjenigen, die in der Wirtschaft Verantwortung tragen, mit den Gewerkschaften, aber auch mit den Umweltverbänden in Nordrhein-Westfalen machen. Das ist unsere Allianz für die Zukunft. Das ist eine Allianz für nachhaltiges Wachstum, Herr Kollege Laumann, im Gegensatz zu Ihrer Politik.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Unser Haushalt hat eine klare Linie und eine Ausrichtung nach vorne. Er basiert für lange Zeit auf einem Dreiklang; der Finanzminister hat darauf hingewiesen: Zukunftsinvestitionen, Sparmaßnahmen und Einnahmeverbesserungen. Das ist der Weg für die Zukunft. Mit unseren Zukunftsinvestitionen für nachhaltige, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung zu sorgen, sparen, wo es notwendig und vernünftig ist, und dafür zu sorgen, dass der Staat mit stetigen und auskömmlichen Einnahmen seiner Verantwortung für die Menschen nachkommen kann – das ist ganz entscheidend.

Herr Kollege Laumann, ich habe gerade ein bisschen gezuckt, als Sie sich über den Haushaltsentwurf hergemacht haben. Ich dachte immer, Sie stünden mit beiden Beinen fest auf dem Boden und mitten in der Wirklichkeit. Dass die Gebührenfreiheit

für das letzte Kindergartenjahr und die Abschaffung der Studiengebühren nur Besserverdienenden zugutekommen würden, sagen Sie. Kennen Sie eigentlich die Situation in Arbeitnehmerhaushalten, Herr Kollege Laumann? Wir werden jedenfalls nicht nachlassen, diese finanziellen Barrieren auf dem Weg der Bildungschancen für Kinder wegzuräumen. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das ist ein vernünftiger Weg für die Zukunft, Herr Kollege Laumann.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich bin ganz erstaunt darüber, wie Sie Ihre Forderungen mit Ihrer Vorstellung vom Sparen in Einklang bringen wollen. In Ihrer Partei reden viele darüber und wollen inzwischen auch fordern, dass es ein verbindliches Vorschuljahr, ein verpflichtendes Lernjahr in Kombination von Kindergarten und Grundschule geben soll. Herr Kollege Laumann, lassen Sie sich doch einmal von denjenigen, die ein bisschen Ahnung davon haben, sagen, was dieser Spaß kostet. Es ist besser, wir steigen in die Gebührenfreiheit ein und machen vor allen Dingen das, was wir uns vorgenommen haben, nämlich Qualitätsverbesserung in den Kindertagesstätten. Das ist ganz entscheidend und hilft den Kindern – und nicht solche Spinnereien wie von Ihnen, die nur Geld kosten und nichts Neues bringen, Herr Kollege Laumann.

(Beifall von der SPD)

Sie haben sich in diesem Parlament schon eine Reihe von Forderungen geleistet, für Sie sie keine Mehrheit bekommen haben. 90 Stimmen sind 90 Stimmen, die für Sie immer noch reichen. Ich stelle fest, mit Ihren Anträgen zum Gemeindefinanzierungsgesetz, zur Wohnraumförderung und zum Ausbau medizinischer Fakultäten bezogen auf den ländlichen Raum legen Sie insgesamt noch knapp eine halbe Milliarde Euro dazu. Herr Kollege Laumann, was soll es eigentlich, sich dann hier hinzustellen, um diesen Haushaltsplanentwurf für 2011 kleinkariert in der Weise zu kritisieren, wie Sie das hier gemacht haben?

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich will gerne noch einmal aufnehmen, welchen Weg Sie gegangen sind. Ich werde der positiven Bilanz, die Sie uns vorzulegen versucht haben, die Wirklichkeit entgegenstellen. Ja, Sie haben viel privatisiert und viele Risiken auf die Menschen verlagert – auch finanzielle Risiken. Sie haben mit der Einführung von Studiengebühren dafür gesorgt – ich wiederhole es noch einmal –, dass Hürden beim Zugang zu Bildung als öffentlichem Gut aufgebaut worden sind. Sie haben dafür gesorgt, dass Bildung immer mehr zu einer Ware geworden ist. Sie haben dafür gesorgt, dass immer mehr junge Menschen aus Angst vor späterer Verschuldung auf ein Studi-

um verzichten. Daran können Sie nicht vorbeisehen, Herr Kollege Laumann.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Studiengebühren haben nichts, aber überhaupt nichts mit Chancengerechtigkeit zu tun. Das ist im Übrigen auch keine Maßnahme gegen den drohenden Fachkräftemangel. Deshalb können Sie ganz sicher sein: Wir werden diesen bildungspolitisch falschen und fatalen Schritt morgen revidieren. Wir werden dafür sorgen, dass der Zugang zum Studium keine Frage des Geldbeutels mehr ist, meine Damen und Herren. Das werden wir tun. Wir sagen, was wir tun, und wir tun, was wir sagen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben sich über Ihre Bilanz im Zusammenhang mit frühkindlicher Bildung ausgelassen. Ich will Ihnen noch einmal sagen, was in der Wirklichkeit angekommen ist.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

– Herr Kollege Laumann, beim Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren hat Nordrhein-Westfalen rund 20.000 Plätze weniger, als das Land eigentlich haben sollte.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

20.000 Plätze weniger, Herr Kollege Laumann, als das Land eigentlich haben sollte! Die Regierung Rüttgers, Herr Kollege Laumann, hat ihren Beitrag zu den Investitionsmitteln nicht geleistet. Die Regierung Rüttgers hat Bundesmittel vereinbarungswidrig nicht weitergeleitet. Das ist Ihnen inzwischen auch ins Stammbuch geschrieben worden, auch gerichtlich, Herr Kollege Laumann.

(Beifall von der SPD – Zustimmung von der LINKEN)

Das Land hat Aufgaben, ohne Mittel dafür zu hinterlegen, an die Kommunen übertragen. Das Land hat im Übrigen – das erleben wir jetzt bei den vielen Veranstaltungen mit den Erzieherinnen und Erziehern, mit den Trägerinnen und Trägern von Einrichtungen – die vorhandenen Plätze überhaupt nicht auskömmlich finanziert. Sie haben eine Finanzierungslücke hinterlassen, die wir reparieren müssen, Schritt für Schritt. Und wir werden das tun, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben den Kommunen fast 3 Milliarden € weggenommen, Mittel vorenthalten, Aufgaben übertragen, ohne die finanziellen Mittel dafür zu hinterlegen. Sie haben ihnen vor allen Dingen auch Mittel weggenommen, um Ihre eigene Landeskasse schönzumachen. Das, Herr Kollege Laumann, ist die Bilanz: Fast 3 Milliarden € Raubzug durch die kommunalen Kassen! Auch das werden wir nach

und nach reparieren. Wir brauchen nur ein bisschen Zeit dazu, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben sich zum Wirtschaftsstand Nordrhein-Westfalen ausgelassen. Ich will Ihnen noch einmal sagen, was Sie uns mit Ihrem Privatisierungswahn, mit Ihrer Ideologie hinterlassen haben:

Sie haben uns eine Arbeitsschutzverwaltung hinterlassen, die ihrem gesetzlichen Auftrag, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor den Gefahren am Arbeitsplatz zu bewahren, überhaupt nicht mehr nachkommen kann. Ihre eigene Verantwortung, Herr Kollege Laumann, in Ihrer Zeit als Minister! Auch das gehört mit zur Bilanz.

Sie haben die Versorgungsverwaltung so kommunalisiert, dass wir nun jedes Jahr 16,2 Millionen € mehr und dann auch noch eine Einmalzahlung von 6 Millionen € leisten müssen.

Sie haben die Umweltverwaltung so zersplittert, dass sie ihre Aufgaben kaum noch wirksam wahrnehmen kann. Denken Sie mal an Envio, an andere aktuell bekannt gewordene Firmen, die mit dem Leben ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter spielen konnten und gespielt haben, weil es zu wenig Kontrolle geben konnte, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben das Personal bei den Eichämtern so ausgedünnt, dass eine effektive Kontrolle der Unternehmen und des Handels – die beschweren sich darüber, Herr Kollege Laumann – überhaupt nicht mehr stattfinden kann, nicht mehr möglich ist. Das trifft dann auch die Verbraucherinnen und Verbraucher. Auch das müssen und werden wir reparieren, Schritt für Schritt, Herr Kollege Laumann. Das ist Ihre Hinterlassenschaft.

Dann sage ich Ihnen noch, was wir in unseren Gerichten vorfinden. Sie haben uns eine Justizverwaltung hinterlassen, in der wir ca. 350 Richter, knapp 100 Staatsanwälte, knapp 300 Stellen im gehobenen Dienst, Amtsanwälte, knapp 300 Stellen im mittleren Dienst, knapp 50 Stellen im einfachen Dienst zu wenig haben. 1.000 Stellen in unserer Gerichtsbarkeit, die nach dem Ende Ihrer Regierungszeit fehlen, Herr Kollege Laumann! Auch das gehört mit zu Ihrer Bilanz. Wir werden das nach und nach reparieren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Und dann will ich noch eines zu den Schulden sagen: 130 Milliarden €, Schuldenhöchststand in Nordrhein-Westfalen, haben Sie uns hinterlassen. 130 Milliarden €! Sie haben in den fünf Jahren Ihrer Regierungszeit 23,5 Milliarden € zu diesem Höchststand beigetragen,

(Christian Möbius [CDU]: Falsche Zahlen!)

in einer Zeit, wo Steuereinnahmen gesprudelt sind. So viel zu Ihrer nachhaltigen Haushaltspolitik, Herr Kollege Laumann! Davon lassen wir die Finger. Das machen wir nicht weiter, vor allen Dingen nicht kontinuierlich wie Sie.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Christian Möbius [CDU]: Falsche Zahlen!)

Ja, wir schlagen einen anderen Weg ein. Ich weiß, für diesen Weg, auch in schwierigen Haushaltszeiten in die Zukunft zu investieren, werden wir noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten haben. Ja, machen wir! Die Ministerpräsidentin vorneweg, die gesamte Landesregierung, die Fraktionen, wir stellen uns da, wo es notwendig ist, meine Damen und Herren, auch in den Wind, haben keine Angst vor der Auseinandersetzung. Im Gegensatz zu Ihnen! Herr Kollege Laumann, Sie – auch Sie persönlich – habe ich nie in Auseinandersetzungen, die notwendig sind, wenn es um die Frage der Akzeptanz für Industrie- und Infrastrukturmaßnahmen geht, im Umgang mit Bürgerinitiativen kennen gelernt. Ich habe das in meiner Oppositionszeit gemacht. Mir brauchen Sie das nicht zu erzählen. Ich hätte mir gewünscht, dass die Landesregierung dann auch Gesicht gezeigt hätte: bei Kraftwerksvorhaben, bei der CO-Pipeline und anderen Sachen.

(Zustimmung von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Sich hier hinzustellen und mit dem Finger auf uns zu zeigen, selbst aber vor der Verantwortung weggelaufen zu sein, das ist nicht seriös. Lassen Sie das sein! Fassen Sie sich an die eigene Nase!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich mache Ihnen das sehr deutlich. Unser Ziel heißt: In Nordrhein-Westfalen bleibt zukünftig kein Kind mehr zurück. Dafür setzen wir mehr Geld – ja: mehr Geld! – für die Förderung unserer Kinder ein: vor der Schule, in der Schule und nach der Schule. Wir treiben – darauf können Sie bauen – den Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren konsequent voran. Wir werden Nordrhein-Westfalen, Herr Kollege Laumann, vom letzten Platz im Länderranking Schritt für Schritt nach vorn führen. Wir werden den Rechtsanspruch von Eltern ab dem Jahr 2013 erfüllen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich gebe das gerne zu: Wir werden dabei auch die Qualität in den Kindertagesstätten unseres Landes konsequent verbessern. Deshalb unterziehen wir das sogenannte Kinderbildungsgesetz einer Generalrevision. Wir beteiligen im Gegensatz zu Ihnen die Betroffenen in diesem Prozess: die Erzieherinnen und Erzieher, ihre Interessenvertretungen, die Eltern, die Trägerinnen und Träger von Einrichtungen, die Wohlfahrtsverbände und auch die Kommunen. Aber wir nehmen vor allen Dingen die Erzieherinnen und Erzieher mit, weil die in der täglichen

Praxis mit den Unzulänglichkeiten Ihres Gesetzes umgehen müssen. Denen sagen wir: Wir machen aus euch Beteiligte in diesem Prozess. – Und die sind dankbar und froh, sie kommen in Scharen zu diesen Veranstaltungen von Ministerin Ute Schäfer und von den Fraktionen, weil sie merken: Das ist endlich eine Politik, die bei den Menschen ansetzt und nicht bei irgendwelchen Interessen, Herr Kollege Laumann.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ja, wir haben eine andere Vorstellung von Fortschritt in unserem Land,

(Zuruf von der CDU: Ja, das stimmt!)

eine völlig andere Vorstellung als Sie. Unsere Vorstellung von Fortschritt heißt: Wir bekommen Fortschritt in Wirtschaft und Gesellschaft nur dann hin, wenn es auch sozialen Fortschritt für die Menschen gibt, damit sie ihn erfahren – das ist unser Fortschrittsbegriff. Und an den kommen Sie mit Ihrer rückwärtsgewandten Politik überhaupt nicht heran, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Herr Kollege Laumann, ganz selbstverständlich – da brauchen Sie keine Sorgen zu haben – werden wir in den Haushaltsberatungen auch das, was der Verfassungsgerichtshof angekündigt hat, nämlich am 15. März sein Urteil zu fällen, einbeziehen – ruhig, analysiert, gründlich aufgearbeitet und, wenn es nötig sein sollte, auch mit Vorschlägen versehen.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Bis dahin sollten Sie sich aber nicht der Arbeit verweigern. Bis dahin sollten Sie mitmachen. Sie sollten endlich das tun, was Sie angekündigt haben; ich habe heute vergeblich darauf gewartet: Sie haben doch öffentlich angekündigt, einen Haushaltsentwurf 2011 vorlegen zu wollen, der die verfassungsmäßige Grenze der Investitionen nicht überschreitet. Dann kommen Sie doch endlich mal damit! Wo sind denn Ihre Sparvorschläge? Legen Sie die Alternativen auf den Tisch und lassen Sie uns darüber reden!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Zuruf von der CDU)

Ja, der Finanzminister hat es eindrucksvoll dargestellt: Das, was wir in diesem Haushalt 2011 an Maßnahmen treffen, sind zukunftsorientierte Maßnahmen, die dafür sorgen werden, dass wir in Nordrhein-Westfalen nachhaltig konsolidieren und vor allen Dingen die Weichen für nachhaltiges Wirtschaftswachstum stellen. Das ist der Punkt, wenn wir sagen: Wir wollen, dass kein Kind und kein Talent mehr zurückbleibt. Das ist unser Beitrag zum drohenden Fachkräftemangel, Herr Kollege Laumann. Damit werden wir die Weichen für eine vernünftige Zukunft stellen. Und dafür kriegen wir Unterstützung aus der Wirtschaft, vom Handwerk, vom

Mittelstand, von den Gewerkschaften – im Gegensatz zu Ihrer Politik, Herr Kollege Laumann.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Zuruf von der CDU)

Lassen Sie uns doch einmal gemeinsam darüber reden! Lassen Sie uns darüber reden, ob der veraltete Investitionsbegriff noch einer ist, der in die Zukunft trägt. Alle, selbst die „Financial Times“, kommen doch inzwischen auf den Gedanken, zu sagen: Das sind Investitionen in die Zukunft, die sich auch wirtschaftlich rechnen.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

– Herr Kollege Laumann, verlassen Sie doch endlich einmal Ihre Scheuklappenpolitik, verlassen Sie die ausgetretenen Gräben und gehen Sie mit uns in eine Debatte um die Zukunft dieses Landes! Das erwarte ich von Ihnen als Opposition.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir gehen in drei Schritten vor, das beweist dieser Haushalt. Erstens. Wir werden und wir müssen jetzt in die Zukunft der Menschen investieren. Herr Kollege Laumann, niemand hat doch Verständnis dafür, dass wir notwendigerweise viele Milliarden Euro, möglicherweise auch aus dem nordrhein-westfälischen Haushalt, zur Stabilisierung der Finanzmärkte und zur Rettung von Banken aufbringen können, aber dann, wenn es um die Zukunft der Kinder und ihre Bildungschancen geht, sagen, es sei kein Geld in der Kasse. – Das geht nicht, das ist eine falsche Politik, das können die Menschen nicht verstehen, und deshalb gehen wir diesen Weg auch nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir werden zweitens eine konsequente Aufgabenkritik vornehmen. Ihre Rasenmäher-Methode, über die Personalhaushalte zu fahren, hat doch nur zur Arbeitsverdichtung geführt. Genau hingucken, wo Aufgaben sind, auf die wir verzichten können, dann aber auch politisch darüber streiten, diskutieren und entscheiden, dass sie verzichtbar sind – das werden wir neben klarer Aufgabenkritik tun, das ist eine vernünftige Vorgehensweise. Dabei haben wir auch die Personalräte und die Gewerkschaften an unserer Seite, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Drittens. Wir werden uns im Bund und selbstverständlich auch mit unseren eigenen Möglichkeiten für Einnahmeverbesserungen einsetzen,

(Zuruf von der CDU: Mit neuen Steuern! –
Gegenruf von Hans-Willi Körfges [SPD]:
Zum Beispiel auch damit!)

weil wir doch alle erleben, was das heißt. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden wir in diesem Jahr knapp 39 Milliarden € Steuereinnahmen in Nord-

rhein-Westfalen zu verzeichnen haben – 38,8, vielleicht auch 38,7 oder 38,9 Milliarden €.

Das sind über 3 Milliarden € Steuereinnahmen weniger als im Jahr 2008. Und wir alle erleben doch, was es bedeutet, keine auskömmlichen Einnahmen zu haben, um die staatliche Verantwortung wahrnehmen zu können. Und deshalb wird das mit Blick auf 2013 gemacht und auch umgesetzt werden, weil die Menschen – das sage ich Ihnen noch einmal in aller Klarheit – die Nase von Schwarz-Gelb voll haben.

Wir werden auch dafür sorgen – auch schon vorher über den Bundesrat, wenn es uns mit Initiativen möglich sein wird, ebenso, wie in Berlin, wenn wir wieder in der Regierungsverantwortung sind –, dass es eine bessere Finanzausstattung für den Bund, aber auch für die Länder und vor allem für die Kommunen gibt. Der Bund muss endlich seiner Verantwortung für die kommunalen Finanzen nachkommen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Auch daran sollten wir endlich gemeinsam arbeiten. Nicht nur im nordrhein-westfälischen Landtag die Hand heben, Herr Kollege Laumann, wenn es um eine solche Entscheidung geht, sondern auch mit-helfen, das in Berlin durchzusetzen, egal, wer dort regiert! Die Kommunen brauchen eine nachhaltige Unterstützung, sonst kommen sie nicht aus der Schuldenfalle heraus. Wir können im Land nicht allein unseren Beitrag leisten, wir brauchen eine gemeinsame Vorgehensweise. Dazu lade ich Sie ganz herzlich ein. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Langanhaltender Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Fraktionsvorsitzende Reiner Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Kollege Laumann, einige Anmerkungen vorab zu Ihnen. Sie haben den Finanzminister mit einem Buchhalter verglichen. Aber ich muss Ihnen ehrlich sagen: Weite Teile Ihrer Aussagen, besonders zum Schluss, kamen mir vor wie die Rede eines Nebenerwerbslandwirts.

(Lachen und Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Damit will ich nichts gegen Buchhalter und Nebenerwerbslandwirte sagen, um das klarzustellen. Beides sind anständige Berufe; das hat damit nichts zu tun. Aber ich habe hier das erste Mal einen Beitrag zur Elbvertiefung gehört und habe mich schon gefragt: Was will uns Kollege Laumann mit der Elbvertiefung sagen? Was hat er damit vor? Dann haben Sie die Passagen zum Naturschutz über weite Stre-

cken abgelesen. Da habe ich gedacht: Die Überschrift ist „Serengeti darf nicht sterben“. – Das hat nichts mit der Realität in Nordrhein-Westfalen zu tun.

(Lachen und Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wenn wir uns bemühen – ich will mich beim Naturschutz auf einen Punkt beschränken –, in Ostwestfalen, in der Senne, einen zweiten Nationalpark hinzubekommen, der um ein Vielfaches – das sage ich als Aachener – wertvoller ist als der, den wir in der Eifel geschaffen haben, aufbauend auf konsensualen Beschlüssen des Landtags, und damit etwas für Generationen schaffen, bringen wir, nachdem die Engländer jetzt angekündigt haben, dass sie gehen – was viele von uns vermutet haben –, und zwar relativ schnell, etwas zustande, was auch infolge des langsam zurückgehenden Tourismus in den dortigen alten Kurorten wichtig ist. Ich kenne das selber noch aus meiner Zeit im Landesverband Lippe, wie in den Kurorten das Publikum langsam wegstirbt. Wir schaffen einen Nationalpark als Tourismusattraktion, als Attraktion dafür, dass dort in dem Fremdenverkehrsbereich langfristig etwas aufgebaut werden kann, und gleichzeitig schützen wir eine der wertvollsten Flächen, die wir in Nordrhein-Westfalen haben. Das hat nichts mit „Serengeti darf nicht sterben“ zu tun, sondern das ist ein ökonomisch und ökologisch absolut sinnvolles Projekt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Günter Garbrecht [SPD]: Sehr richtig!)

„Morgenthauplan für NRW“: Das Gegenteil von dem, was wir machen, ist hier skizziert worden.

Ich will dazu noch einiges anfügen. Sie haben immer nur ein Kraftwerk im Kopf: Datteln. Wir haben das Konsortium der Stadtwerke begleitet und unterstützen es jetzt bei der Aufgabe, die alten Verbindungen der Fernwärme von 1981 – Fernwärmeschiene Ruhr, Fernwärmeschiene Niederrhein – im Ruhrgebiet mit Kraftwärmekopplung, mit Fernwärmeversorgung in den Ballungszentren optimal zu ergänzen, weil das ökonomisch und ökologisch vernünftig ist.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Da ist der Umweltminister sehr aktiv. Wir sind, um das auch mal ganz klar zu sagen, dabei, den Neubau von sechs modernen, großen Gaskraftwerken in Nordrhein-Westfalen intensiv zu begleiten, 3.400 Megawatt insgesamt, sechs Standorte, die wir als Ergänzung schnell regelbarer Kraftwerke dringend brauchen, um das, was sogar Ziel Ihrer Bundesregierung ist, 40% erneuerbarem Strom 2020, dann zu begleiten genau in den notwendigen Regel- und Lastpfaden. Sechs große Blöcke, 3.400 MW, all das wird vorangetrieben und bearbeitet. Das ist nicht

Morgenthau, das sind zukunftsfähige Kraftwerke in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Gleichzeitig haben wir sechs weitere Kohleblöcke, die im Bau sind. Das mag dem Einzelnen an der einen oder anderen Stelle nicht passen, sie sind im Bau. Ein Standort, an dessen Planungsmurks Sie hauptverantwortlich mit schuld sind, wird beklagt, ist vor Gericht. An der Frage hängen Sie sich immer auf, und alles andere blenden Sie aus. Das hat mit der Realität hier nichts zu tun.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Die ganze Debatte findet vor dem Hintergrund statt, dass es in Nordrhein-Westfalen mit der Wahl letztes Jahr im Mai tatsächlich einen Politikwechsel gibt. Der Politikwechsel umfasst viele Bereiche; ich will und kann sie nicht alle aufzählen und will mich deswegen auf ein paar Punkte konzentrieren. Er umfasst sehr stark den Bildungsbereich. Er umfasst den Bereich der demokratischen Teilhabe; zu dem in diesen Tagen ein Gesetz in der Diskussion ist. Er umfasst das Mitbestimmungsgesetz und vieles andere. Er umfasst aber auch vier Punkte, an denen deutlich wird – das hat mit dem Haushalt zu tun –, dass das Mantra der alten Landesregierung vorbei ist: Das Mantra „Privat vor Staat“ ist vorbei.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Es ist erkannt worden, dass das, gerade von der FDP immer vorgebracht, nicht trägt.

Das FDP-Mantra „Steuersenkung um jeden Preis“ ist vorbei, weil es eine Politik zulasten des Landes ist.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Und es ist vorbei mit der organisierten Kommunalfeindlichkeit aus der Landesregierung sowohl in Bezug auf die Bereicherung des Landes zulasten der Kommunen als auch in Bezug auf die von der FDP immer ausgeprägt vorgetragenen Aversionen gegen Stadtwerke. All das ist mit der neuen Landesregierung Geschichte.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Zu den Stadtwerken haben wir das entsprechende Gesetz schon eingebracht. Das war das erste, was wir eingebracht haben, weil wir es vorher versprochen hatten.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Es ist final beschlossen; es gilt jetzt. Damit haben wir den Stadtwerken tatsächlich den Raum im Wettbewerb mit den großen Energieversorgern geschaffen, statt sie abzuwürgen, wie es das strategische Ziel der FDP war.

Die Bereicherung zulasten der Kommunen: Kollege Römer hat eben von 3 Milliarden € gesprochen. Wir haben es an vielen Stellen erlebt. Zwei Verfas-

sungsgerichtsverfahren hat die alte Landesregierung verloren, weil sie bei ihrem Konsolidierungskurs, den sie machen wollte, die Kommunen in ihrer Notsituation immer weiter heruntergestoßen hat, bis sie nicht mehr handlungsfähig waren.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Natürlich haben wir in dem Verfassungsgerichtsverfahren zwei Positionen, die genau darauf zurückzuführen sind und Ihre politische Erblast sind. Das sind zum einen die 370 Millionen KiFöG, bei denen das Gericht geurteilt hat, dass Sie gegen das Konnexitätsgebot verstoßen haben und den Kommunen die Summe zusteht. Wir haben sie in eine Rücklage eingestellt. Es mag sein – weil wir das Gesetz, um den Betrag auszuzahlen, noch nicht gemacht haben –, dass es formale Probleme gibt. Aber nichtsdestotrotz ist das, was aus dem KiFöG-Konnexitätsurteil folgt, Ihre Erblast und muss deswegen richtigerweise auch bei Ihnen eingestellt werden.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Der gleiche Punkt ist der Einheitslastenausgleich. Auch da sind 375 Millionen in die Rücklage eingestellt. Ein Gerichtsurteil haben Sie sich in der Angelegenheit vom Verfassungsgericht schon eingefangen, und die zweite Klage läuft doch. 97 Kommunen sind gegen das, was Sie 2010 angestellt haben, vor Gericht gezogen. Die Wahrscheinlichkeit, dass die wieder gewinnen, ist aus unserer Sicht sehr hoch. Deswegen haben wir die Rücklage eingestellt. Auch da gibt es möglicherweise das Problem, dass das entsprechende Gesetz noch nicht da ist. Trotzdem ist es ein Teil Ihrer Altlasten und nichts, was wir aus Freude machen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zu dem Mantra von den Steuersenkungen um jeden Preis will ich ganz klar sagen: Einer der ganz erfolgreichen Punkte ist doch, dass nach dem Mai 2010 diese Politik im Bundesrat keine Mehrheit mehr hat. Und diese Mehrheit wird sie Woche für Woche weiter verlieren.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich bin jetzt im elften Jahr im Landtag. Ich habe bislang noch kein Gesetz erlebt, mit dem der Bund die Länder so schlimm belastet hat wie mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das Sie Anfang des vergangenen Jahres verabschiedet haben, mit einer Belastung in Höhe von jährlich 880 Millionen € für Nordrhein-Westfalen. Begünstigte waren Mövenpick und andere im Hinblick auf die Hoteliersteuern, die – als ein Hauptmotiv – reichlich an die FDP gespendet haben.

(Beifall von den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Quatsch!)

Sie tun ja immer so, als würde man das alles wegsparen können. Um es auf den Punkt zu bringen: Diese 880 Millionen €, die Sie leichtfertig weggege-

ben haben, gegen die Peter Harry Carstensen und andere CDU-Ministerpräsidenten erst einen harten Widerstand geleistet haben, kosten uns, wenn wir dieses Geld einsparen wollten, 17.000 Stellen. 17.000 – das ist die gesamte Justiz in Nordrhein-Westfalen. Dass das nicht geht, weiß jeder, auch wenn man manchmal denkt, die eine oder andere Stelle wäre über.

Diese Landesregierung – das findet sich auch herausgehoben im neuen Haushalt – verfolgt in drei Bereichen neue Ziele. Der erste Schwerpunkt ist, die Kommunen in der dramatischen Notlage zu unterstützen. Das ist etwas ganz anderes als die zynische Politik, die die FDP lange betrieben hat. Innenminister Ingo Wolf, dem ich persönlich – bei aller Auseinandersetzung muss das sein – für den weiteren beruflichen Lebensweg in Berlin alles Gute wünsche, war der kommunalfeindlichste Innenminister, den wir jemals in Nordrhein-Westfalen hatten.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Die zynische Haltung, man müsse die Kommunen zum Sparen zwingen, ist, als wenn ich jemandem, der am Ertrinken ist, sage, er müsse das Schwimmen lernen, anstatt ihm zu helfen. Dieser Zynismus hat hier immer geherrscht.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich möchte aber auch etwas Positives sagen. Vor wenigen Monaten haben wir, CDU, SPD und Grüne, einen gemeinsamen Antrag gestellt in der Erkenntnis, dass die Kommunen keine Chance haben, wenn nicht der Bund 50 % der Soziallasten – bisher waren es 25 % – übernimmt. Die Kommunen können alles wegsparen, sie haben aufgrund der dramatisch gestiegenen Soziallasten überhaupt keine Chance, wieder hochzukommen, wenn sich nicht der Bund dieser Realität stellt. Das haben wir zusammen beschlossen.

Ich persönlich fand es sehr interessant, dass Herr Laumann genau in dieser Debatte einige bemerkenswerte Sätze gesagt hat. Er hat gesagt: Wenn die Gesellschaft immer mehr Aufgaben auf den Staat verlagert, weil sie damit nicht klarkommt, dann kann der Staat nicht mit weniger Geld auskommen. – Das ist für jeden von uns klar. Das war auch die klare Ansage: Mehr Geld kann nicht weitere Steuersenkungen heißen. Das war die Trennung von „Privat und Staat“. Da haben Sie richtigerweise einen inhaltlichen Schnitt gemacht.

Ich kann nur immer wieder sagen: Wir alle müssen uns zusammen aufstellen. Auch wenn drei Fraktionen hier der Meinung sind, dass das in Berlin so passieren muss. Wir alle müssen dafür kämpfen, dass die Berliner das auch machen, weil die Berliner meinen, dass das Geld, das sie haben, ihr Geld ist. Wir werden auf allen Parteitagen für Mehrheiten sorgen müssen, damit im Bund tatsächlich etwas passiert.

Das zweite wichtige Ziel neben dem, die Kommunen zu unterstützen, ist – das hat auch der Kollege Römer eben gesagt –: Wir wollen kein Kind mehr zurücklassen. Wir wollen mehr in Bildung und Ausbildung investieren. Das ganz langfristige Ziel – das bekommen wir nicht kurzfristig hin – ist: Die Ausbildung der Kinder, von der Kita bis zum Studium, bis zur Berufsausbildung, darf nicht mehr vom Geldbeutel, vom sozialen Status der Eltern abhängig sein.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Es muss eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft sein. Das ganz langfristige Ziel ist also, die Ausbildung von Kindern gebührenfrei zu machen.

Ich möchte Ihnen das anhand eines anschaulichen Beispiels erläutern. Frau Löhrmann, Frau Beer und ich waren in Finnland und haben uns Schulen angesehen, beispielsweise eine Schule in Helsinki, wo es eine nette kleine Kantine gab, in der die Kinder Mittag essen konnten. Ich habe gefragt, wie die Bezahlung des Essens erfolgt, ob die Eltern derjenigen Kinder, die mehr Geld verdienen, etwas mehr, zahlen und die Kinder der ärmeren Leute das Essen umsonst bekommen. Die Schulleiterin hat mich ganz stolz angesehen und gesagt: Wir haben seit 1950 ein Gesetz, wonach jedes Kind, das hier in die Schule geht, ein kostenloses gesundes Mittagessen bekommt. Ein Nachsatz lautete: Und die Kinder, die zu Hause morgens kein Frühstück bekommen, können hier ein Butterbrot erhalten. Daraufhin habe ich mich für die Schule, in der meine Kinder sind, geschämt, weil wir das hier nicht hinbekommen.

Ein Ziel ist also – das bekommen wir nicht kurzfristig hin; das funktioniert nicht in ein paar Jahren, aber an dem Ziel müssen wir arbeiten – , dass ein Kind, dessen Eltern arbeitslos sind, sich nicht schämen muss – ich weiß selber, wie es ist, wenn man zu Hause nicht sagt, dass man einen Malkasten braucht –, sondern dass jedes Kind eine Ausbildung und damit die Chance im Leben bekommt, die es haben soll.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD –
Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Dahinter steht nicht nur ein sozialpolitisches, sondern auch ein ökonomisches Interesse unseres Landes, nämlich alle Talente zu nutzen, die wir haben, um es ganz klar zu sagen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD –
Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Wir machen nun erste Aufschläge. Diese können wir nicht unendlich machen. Niemand von uns redet von einer grenzenlosen Verschuldung. Wir wissen genau, dass wir alles das, was wir uns wünschen und notwendig wäre, nicht so schnell hinbekommen. Aber wir machen erste Aufschläge. Und ein

erster Aufschlag ist die Abschaffung der Studiengebühren.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von Gunhild Böth [LINKE])

Ich weiß doch, wovon ich rede. Es gibt drei Modelle. Die FDP hat immer die Meinung vertreten, Bildung müsse etwas wert sein, müsse auch etwas kosten. Dabei hat sie ein bestimmtes Klientel und eine Selektion der Gesellschaft im Auge, nach der nur bestimmte Leute in der Gesellschaft eine Chance haben sollen. Andere sollen in einer Dienstleistungsgesellschaft etwas anderes machen.

(Ralf Witzel [FDP]: Unverschämt!)

– Ja, Sie haben so viele Unverschämtheiten in die Debatten gebracht. Ich bringe es jetzt einmal auf den Punkt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Das ist nicht unser Modell.

Daneben gab es das Modell der nachgelagerten Studiengebühren.

Beide Modelle führen dazu, dass Kinder aus ärmeren Familien diese Chance nicht haben. Das gilt aber nicht nur für Kinder aus ärmeren Familien, sondern auch für Kinder aus Familien, die nicht in der Sozialhilfe sind, die aber Angst davor haben, in die Verschuldung, in Belastung hineinzukommen, und sich deswegen nicht einbringen. Das wollen wir nicht. Wir wollen, dass die Potenziale, die Chancen, die in diesen Familien liegen, genutzt werden können.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Herr Kollege Laumann, Sie haben gesagt, wir würden das nur für die Kinder von Millionären machen.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

– Doch, das haben Sie eben gesagt. Ganz bestimmt. Ich glaube nicht, dass Sie das so meinen, aber ich spreche Sie aufgrund Ihres persönlichen Referenten an, den ich sehr schätze. Ich erinnere mich an eine Debatte mit ihm. Ihre Mitarbeiter werden zwar nicht schlecht bezahlt, aber sie sind keine Millionäre. Er war wissenschaftlicher Referent, gehörte zur mittleren Einkommensschicht und hat gesagt: Ich habe drei Kinder im Studium und muss immer noch 1.000 € für jedes Kind oben drauflegen. Das kann man nicht mehr durchhalten.

(Widerspruch von Karl-Josef Laumann [CDU])

Auch über diese Leute reden wir an der Stelle.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN -Zuruf von Serdar Yüksel [SPD])

Das sind auch die Leute, deren Kinder eine Chance haben sollen. Es ist nicht nur eine soziale Wohltat; das sage ich ganz klar. Uns droht ein Fachkräftemangel; das wissen wir. Wir haben erkennbare soziale Barrieren, die die Aufnahme eines Studiums erschweren. Von 100 Akademikerkindern studieren 71, während von 100 Nichtakademikerkindern nur 24 studieren. Das zeigt völlig klar, was auch ein wesentlicher Grund ist.

Wir haben eine Studienanfängerquote in Höhe von 36 % eines Jahrgangs der Jugendlichen. Die OECD hat 2008 33 Staaten untersucht. Dabei kam sie auf einen Durchschnitt von 57 % Studienanfänger pro Jahrgang. Europaweit liegt der Schnitt bei 55 %. Wir liegen auf Platz 29 in dieser Rangliste der 33 Länder. Dadurch ist völlig klar, dass wir zu wenige Jugendliche in die Hochschulen bekommen. Vor dem Hintergrund drohenden Fachkräftemangels wird das noch deutlicher.

Ich nenne Norwegen und Finnland als kleine europäische Länder mit Quoten über 70 %. Mit Blick darauf muss es unser Ziel sein, die Erhöhung des Studierendenanteils hinzubekommen. Daraus generieren sich auch positive wirtschaftliche Effekte. Denn die Menschen mit Hochschulabschlüssen haben ein geringeres Risiko, arbeitslos zu werden. Sie sorgen für mehr wirtschaftliche Vitalität und stellen eine bessere wirtschaftliche Prosperität her. Das muss unser Ziel sein. Das ist kein Geschenk.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von Gunhild Böth [LINKE])

Weil es immer kritisiert wird, will ich das beitragsfreie Kindergartenjahr ansprechen. Dabei wird öfter argumentiert, es gehe nicht nur um diejenigen, die arbeitslos oder auf Sozialhilfe angewiesen, die von Gebühren befreit sind. Wenn man sich anschaut, welche Eltern welche Stundenkontingente buchen, kann man feststellen: Die Schicht, die darüber liegt, die kein hohes Einkommen hat und die für ihre Kinder etwas Gutes tun will, bucht 25 Stunden, weil sie sich mehr nicht erlauben kann, aber den Kindern das geben will, was sie sich gerade noch leisten kann. Sie kann nicht mehr als 25 Stunden zahlen, weil sie ein Einkommen hat, das knapp über der Grenze liegt.

Es kann nicht unser Ziel sein, dass diese Kinder keine Chance auf Ausbildung und Bildung haben. Wir wissen, wie wichtig für alle die Betreuung von unter Dreijährigen oder die Betreuung im Kindergarten ist. Alle sollen diese Chance haben.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von Gunhild Böth [LINKE])

Auch das ist eine Qualitätsverbesserung; das sage ich ganz klar. Denn mit einer konstanteren Auslastung der Kindertagesstätten wird auch das Angebot besser. Deswegen machen wir es – und nicht aus verbotenen ideologischen Gründen.

Bei vielen weiteren Notwendigkeiten können wir auch eine Kosten-Nutzen-Bilanz herstellen. Wir brauchen qualifizierte Ausbildung statt zermürbender Warteschleifen. Es nützt nichts, Leute in Warteschleifen müde zu machen, denn sie sind hinterher immer noch nicht fitter für den Arbeitsmarkt. Unter Umständen ist es sinnvoller, Geld in die Hand zu nehmen, um diesen Leuten eine qualifizierte Ausbildung zu ermöglichen – das ist auch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels zu sehen –, damit sie am wirtschaftlichen Leben teilnehmen können, anstatt in eine Endlosschleife staatlicher Transferleistungen einzutreten.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich will mit den Kosten der Inobhutnahme einen weiteren Punkt ansprechen. Das betrifft Kinder, die von Familien weggehen müssen, weil die Familien nicht mehr mit ihnen klarkommen: 45.000 Fälle in Nordrhein-Westfalen, 1,15 Milliarden € Kosten. Eltern sagen: Ich komme mit dem Kind nicht mehr klar. Nehmt es in ein Heim oder gebt es in eine andere Familie.

Dieser Bereich wächst am stärksten und verursacht den Kommunen, abgesehen von den Kindergärten, die meisten Kosten. An der Stelle Geld in die Hand zu nehmen und dafür zu sorgen, dass das nicht passiert, ist auch eine Maßnahme, bei der wir Geld investieren, um die ansonsten notwendigen Reparaturen zu reduzieren.

Wir haben in diesem Bereich eine Steigerung von 20 %. Ich nenne Ihnen das Gegenbeispiel einer Kommune in NRW; wir haben es heute Morgen noch einmal recherchiert. Vertreter des Jugendamtes der Stadt Dormagen machen Hausbesuche bei den Eltern Neugeborener und erläutern das Präventionsprogramm zur Vermeidung von Kinderarmut. Damit haben sie 2006 begonnen und seitdem zum Beispiel auf Sprachförderung, Familienhilfen und finanzielle Hilfen für arme Familien zur Wahrnehmung von Förderangeboten für die Kinder hingewiesen. Seit fünf Jahren verfährt man dort so in der Praxis; nun sieht man folgende Ergebnisse:

Erstens. Weniger Kinder müssen in Pflegefamilien. Das heißt, Kosten für die Inobhutnahme werden vermieden. Das ist das Teuerste.

Zweitens. 25 % weniger Kinder müssen die Förderschule besuchen. Auch das ist ein gutes Ergebnis.

Drittens. Die Grundschulen melden eine verbesserte Kompetenz bei den Erstklässlern aus sozial schwächeren Milieus.

Viertens. Es gibt einen Rückgang der Inobhutnahmen entgegen dem Bundestrend, der unablässig steigt.

Die gesamten Ausgaben für Hilfen zur Erziehung sind dort in fünf Jahren um 10 % gestiegen, während sie in Nordrhein-Westfalen im Schnitt um 30 %

gestiegen sind. Das ist präventive Investition, um langfristige Folgeschäden zu vermeiden und den Kindern zu helfen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Die Landesregierung hat bei Prognos eine Untersuchung in Auftrag gegeben, damit wir optimal prüfen können, wo sich solche Maßnahmen am besten rechnen. Denn wir wollen das Geld nicht rauswerfen, sondern genau wissen, wo wir es am besten einsetzen. Ich bin gespannt auf die Ergebnisse der Studie. Dann werden wir das weiter diskutieren und es in den nächsten Jahren zu nutzen versuchen. Das ist der richtige Weg im Interesse der Menschen in unserem Land.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich sage ganz klar: Was wir machen müssen, ist kein Freibrief für Verschuldung. Das machen wir nicht. Wir wissen, dass Einsparungen notwendig sind.

(Dr. Wilhelm Droste [CDU]: Wo denn?)

Wir wissen aber auch, dass Ihre pauschale Personalkürzung von 2 %, dieser Unfug, den Sie gemacht haben, genau dazu geführt hat – ich bringe es auf den Punkt –, dass die technischen Dienste bei den Regierungspräsidenten nicht mehr in der Lage waren, gefährliche emittierende Betriebe zu kontrollieren.

Die Transformatorenfirma Envio in Dortmund hat ihre Mitarbeiter lebensgefährlich verletzt. Dort gibt es Leute mit einem 25.000-fach höheren PCB-Wert im Blut. Sogar eine schwangere Frau – das konnten wir neulich in „Westpol“ sehen – hat erhöhte Werte. Das Zeug ist so gefährlich, und wir konnten nicht mehr kontrollieren, was da passiert. Das war ein Teil Ihrer Personalpolitik.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Zuruf von der FDP: Das ist bei Ihnen alles nicht passiert!)

Unser Landtagspräsident Uhlenberg und auch Regierungspräsident Diegel haben sich an die alte Landesregierung gewandt und sie gewarnt, dass sie nicht mehr kontrollieren können. – Das war Ihre Rasenmäherpolitik.

Sie haben per Saldo doch gar keine Stellen eingespart; das müssen Sie doch ehrlich sagen. Was Sie dort gespart haben, haben Sie in den Bildungsbereich gegeben. Wir wissen alle: Bei den Dimensionen, vor denen wir stehen, werden wir die Haushaltsprobleme nicht über die Ausdünnung des Personals lösen können.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

In den Bereichen, die ich eben geschildert habe, braucht man Menschen, die sich um andere kümmern. Insofern müssen wir schauen, was in den Strukturen möglich ist. Dabei ist Personalabbau

nicht tabu. Aber die Position, wir könnten bei den 170.000 Lehrerstellen oder bei den 45.000 Stellen für Polizisten nennenswert abbauen, ist eine Illusion. Diejenigen, die sich damit beschäftigen, wissen genau, dass das nicht geht.

Trotzdem ist es notwendig, die Strukturen zu untersuchen, zu prüfen, zu optimieren und einzusparen, wo wir es können. Der Aufgabe werden wir uns auch stellen. Wir haben gestern Abend noch im Koalitionsausschuss intensiv darüber geredet. Dann wird man die Ergebnisse Punkt für Punkt umsetzen.

(Zuruf von Andreas Krautscheid und von Olaf Lehne [CDU])

Wir müssen die Einnahmen auf beiden Ebenen verbessern; das sage ich ganz klar. Wir müssen auf Landesebene schauen, wo wir Einnahmen generieren können. Das müssen wir auch anpacken, um die Verschuldung zu reduzieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dabei sage ich – das hat Kollege Römer eben auch angesprochen –: Ohne eine Änderung beim Bund werden wir – sowohl was die Kommunen angeht, als auch was das Land angeht – keine Chance haben. Darum müssen wir auch kämpfen und Mehrheiten herstellen.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Wir halten keine weiteren Belastungen durch den Bund mehr aus. Die Steuerentlastungspolitik des Bundes der letzten Jahre kostet das Land Nordrhein-Westfalen auf Dauer 2 Milliarden € pro Jahr.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Genau so ist es! – Zuruf von Sören Link [SPD])

Wenn wir darüber reden, wo die Verschuldungsgrenzen liegen, wissen wir auch, wo wir stünden, wenn das nicht passiert wäre. Insofern haben wir keine Luft, an der Stelle noch mehr zuzulassen.

(Zuruf von Sören Link [SPD])

Herr Kollege Laumann, Sie haben angekündigt, einen alternativen Haushalt für das Jahr 2011 zu liefern, der mit einer maximalen Verschuldung von 3,8 Milliarden € auskommt. Das ist ambitioniert, denn das heißt gegenüber dem vorliegenden Haushaltsentwurf, dass Sie Kürzungsvorschläge in Höhe von 3,3 Milliarden € liefern müssen. Selbst wenn ich Ihnen zugestehe, dass wir in den Haushaltsentwurf Projekte eingestellt haben – die wir auch vertreten –, die Sie nicht wollen wie etwa die Befreiung von den Studiengebühren, das, was wir bei den Kindern machen, und die Entlastung der Kommunen, selbst wenn Sie das abziehen, müssen Sie Einsparvorschläge von über 2 Milliarden € liefern, um diese 3,8 Milliarden € zu erreichen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Herr Laumann, dann wird es konkret: Über 2 Milliarden € entsprechen über 40.000 Stellen. Ich bin wirklich gespannt. Was Sie eben gemacht haben, war Arbeitsverweigerung. Sie haben gesagt: Bevor das Verfassungsgerichtsurteil nicht da ist, können wir gar nicht darüber debattieren.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Solange will er nicht darüber debattieren!)

– Er will nicht debattieren. Ich könnte auch sagen: Wir haben demnächst zwei sitzungsfreie Wochen, und danach kommt das Urteil.

Aber Ihre Arbeitsnotwendigkeit wird sein, diese mehr als 2 Milliarden € in ganz konkreten Einsparvorschlägen auf der Grundlage des vorgelegten Haushaltsentwurfs zu liefern. Das wird eine spannende Debatte. Ich freue mich, das mit Ihnen kontrovers auszutragen. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Für die FDP-Fraktion spricht nun deren Fraktionsvorsitzender, Herr Dr. Papke.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Finanzminister, was Sie dem Hohen Haus heute mit Ihrer Einbringungsrede zum Landeshaushalt 2011 wieder einmal geboten haben, macht einen fast sprachlos.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Das wäre schön!)

Ich habe ein paar Sätze notiert – ich zitiere den Finanzminister –:

Vorbeugung jetzt anstelle von Reparaturkosten in der Zukunft: Das ist die intelligente Form der Schuldenbremse, weil wir so die Ausgaben nachhaltig senken.

Herr Finanzminister, haben Sie einen Blick in Ihren Haushalt und in die mittelfristige Finanzplanung geworfen?

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Wenn Sie zustimmend nicken, kann ich Ihnen nur sagen: Sie betreiben ganz bewusst die Sinnentleerung von Sprache, wenn Sie mit solchen Überschriften das begleiten, was Sie dem Parlament vorgelegt haben.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, Sie sind munter unterwegs in dieselbe Richtung. Ich lese heute in Ihrem Interview in der „Süddeutschen Zeitung“ – ich darf wiederum zitieren –: „Keiner bezweifelt, dass unsere

Politik sich rechnen wird.“ Frau Ministerpräsidentin, alle bezweifeln, dass sich Ihre Politik rechnen wird.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Wie kommen Sie auf diese Idee? Das erinnert mich mit Verlaub ein bisschen an den Geisterfahrer, der sich darüber wundert, dass so viele auf der falschen Fahrbahn fahren. Das ist die Mentalität.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Im Übrigen darf ich Ihnen auch noch sagen: Ich finde es sehr unangemessen, dass Sie in Ihrem Interview die Sensibilität des Verfassungsgerichts bei der Beachtung der Gewaltenteilung anmahnen.

(Christian Möbius [CDU]: Das ist der Hammer!)

Das Verfassungsgericht, das höchste Gericht unseres Landes, braucht von der Landesregierung keinen Nachhilfeunterricht in Sachen Gewaltenteilung.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Christian Möbius [CDU]: Sehr richtig!)

Das steht Ihnen nicht zu.

Es wäre überhaupt angemessen gewesen, wenn die Landesregierung mit der Einbringung des Haushaltes bis nach dem 15. März gewartet hätte.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Bis Weihnachten oder bis wann?)

Doch einmal mehr hat sie es – das passt sich in die Vorgehensweise gegenüber den Verfassungsrichtern ein, die wir in den letzten Monaten erlebt haben – am nötigen Respekt vor dem Verfassungsgericht missen lassen. Herr Finanzminister, Sie haben das höchste Gericht unseres Landes ein weiteres Mal brüskiert.

Die Strategie, die sich hinter dem Hauruckverfahren bei der Haushaltsberatung verbirgt, ist klar ersichtlich: Die Landesregierung will den Haushalt 2011 unter Volldampf durchziehen, um ein aus ihrer Sicht leidiges und brandgefährliches Thema möglichst schnell parlamentarisch abzuräumen. Das ist die politische Strategie, die hinter diesem Hauruckverfahren steht.

Aber, Frau Ministerpräsidentin, auch der Kapitän der „Titanic“ war mit Volldampf unterwegs, als er auf den Eisberg fuhr.

(Beifall von der FDP)

Das Ende vom Lied war, dass das Schiff mit Mann und Maus untergegangen ist. Das ist eine Torchlusspanik Ihrer Regierung, die Sie mit diesem Parforceritt in der Haushaltspolitik unter Beweis stellen.

Im Übrigen ist es eine Unverschämtheit gegenüber dem Parlament, hier einen Beratungsplan vorzuschlagen, mit dem die selbstverständlichen, in Jahrzehnten respektierten Beratungsrechte des Parla-

ments beim Landeshaushalt schlichtweg überrollt werden sollen.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Zuruf von der SPD)

– Schauen Sie sich das mal an. Die vorläufige Zeitplanung, die dem Parlament vorgelegt worden ist, ist ohne eine ganze Reihe von Sondersitzungen überhaupt nicht einzuhalten. Mit der regulären Ausschussberatung könnte das Parlament Ihren Haushaltsentwurf nicht begleiten.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ihre Obfrau hat dem Verfahren komischerweise aber zugestimmt!)

Ich kann Ihnen jetzt schon sagen: Auch das werden wir nicht mit uns machen lassen.

Ich darf im Übrigen darauf hinweisen: Wir werden im Mai die nächste Steuerschätzung bekommen. Im letzten Jahr lagen die Ergebnisse der regionalisierten Steuerschätzung für Nordrhein-Westfalen erst am 21. Mai vor. Schon am 19. Mai wollen Sie aber den Haushalt in 3. Lesung verabschieden.

(Zuruf von der FDP: Warum wohl?)

Das zeigt einmal mehr, wie absurd das gesamte Verfahren ist. Je nachdem, was die Steuerschätzung konkret erbringt,

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

können Sie gewissermaßen auf der Zielgeraden der Haushaltsberatung gleich wieder die nächste Ergänzungsvorlage einbringen, Herr Finanzminister.

(Zuruf von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans)

– Ja, wissen Sie, das ist keine seriöse Form der Haushaltsberatung. Herr Finanzminister, wir machen das hier normalerweise anders.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Nein, so haben wir das nie gemacht, Frau Ministerpräsidentin. Aus Sicht des Parlaments kann ich Ihnen sagen: Wir bestehen darauf, dass den Abgeordneten des Landtags Nordrhein-Westfalen die nötige Zeit eingeräumt wird, um in der fachlichen Intensität, die angemessen ist, diesen Haushalt zu begleiten.

(Beifall von der FDP –Vereinzelt Beifall von der CDU)

Zu dem Wirrwarr in der Haushaltspolitik passt außerdem, dass Sie, Herr Finanzminister, am Montag noch eine mittelfristige Finanzplanung haben verteilen lassen, die schon wieder obsolet war. In Ihrer mittelfristigen Finanzplanung stehen nämlich immer noch die 7,8 Milliarden €, von denen Sie ja inzwischen abgewichen sind.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Mein Gott! Das kann doch nicht wahr sein!)

Ihre Vorlagen sind schon Makulatur, wenn sie aus der Druckmaschine laufen. Meine Damen und Herren, noch nie hat ein Finanzminister ein derartiges Chaos in der Haushaltspolitik des Landes angerichtet wie Sie, Herr Minister Walter-Borjans.

(Beifall von der FDP)

Jetzt komme ich – das ist ganz wesentlich in der Debatte heute – mal zur mittelfristigen Finanzplanung. Diese mittelfristige Finanzplanung bis 2014, die Sie vorgelegt haben, sieht vor, dass es in 2014 immer noch 6,6 Milliarden € neue Schulden geben wird.

(Mehrstad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wie im letzten Jahr auch!)

Das heißt, damit überschreiten Sie nicht nur in diesem Jahr die in der Landesverfassung enthaltene Kreditgrenze, sondern laufen schnurstracks in einen Bruch des Grundgesetzes hinein. Denn im neuen Artikel 109 des Grundgesetzes heißt es in Satz 3:

Die Haushalte der Länder sind so aufzustellen, dass im Haushaltsjahr 2020 die Vorgabe aus Artikel 109 Abs. 3 – also: Verbot der Einnahmen aus Krediten – erfüllt wird.

Wie Sie es schaffen wollen, bis 2020 einen Landeshaushalt – das ist die Vorgabe des Grundgesetzes! – ohne neue Kredite vorzulegen, wenn Sie 2014 noch 6,6 Milliarden € Schulden aufnehmen, das müssen Sie, Herr Finanzminister, uns hier bitte einmal erklären.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Darauf hat das Parlament, darauf hat auch die Öffentlichkeit ein Anrecht.

Sie werden es uns nicht erklären. Denn die Wahrheit ist: Sie pfeifen auf das Verschuldungsverbot des Grundgesetzes. Sie planen eiskalt den nächsten systematischen Verfassungsbruch für die nächsten Haushaltsjahre bis 2014 und darüber hinaus.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Eiskalte Planung!)

Das ist die Realität.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Noch nie hat eine Landesregierung die Verfassung unseres Landes und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland so eiskalt ignoriert wie Ihre Landesregierung das in der Haushaltspolitik macht, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Sie müssten eigentlich jedes Jahr mindestens 700 Millionen € einsparen, um die Neuverschuldung bis 2020 auf null herunterzufahren. Dann lägen Sie in 2014 bei 4,3 Milliarden €. Das wäre schon nicht sonderlich ambitioniert – wahrlich nicht –, aber selbst das nehmen Sie sich nicht einmal vor. Sie verabschieden sich regierungsamtlich von der

Haushaltskonsolidierung und machen aus Ihrer Verschuldungsorgie noch eine Staatsphilosophie, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Das ist die traurige Realität.

Aber ich sage Ihnen: Wenn das Vertrauen der Menschen verloren geht, dass eine Regierung mit Ihrem Steuergeld sorgfältig wirtschaftet, dann ist eine solche Regierung bald am Ende. Das werden Sie noch zu spüren bekommen. In eine solche Regierung haben die Menschen kein Vertrauen.

Wir sehen in dem neuen Haushaltsentwurf und eben auch nicht in der mittelfristigen Finanzplanung auch nur einen Ansatz dafür, dass Sie bereit wären, von Ihrer sogenannten Präventionspolitik abzuweichen. Ihre Botschaft, Frau Ministerpräsidentin, lautet nach wie vor: Die Schulden von heute sind die Einnahmen von morgen. Man muss heute nur genug Geld ausgeben, dann tilgen sich die Schulden morgen gewissermaßen von selbst.

(Ralf Witzel [FDP]: Wie im Märchen!)

Ihre bizarre Strategie hat Ihnen nun wirklich bundesweit nach nur einem Dreivierteljahr Ihrer Amtszeit den Ruf einer nationalen Schuldenkönigin eingebracht, und, Frau Ministerpräsidentin, diesen Ruf haben Sie sich nun wirklich redlich verdient.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Auf eine solche Idee, Verschuldungspolitik zum Prinzip der eigenen Regierung zu erheben, ist vor Ihnen – nicht nur in Nordrhein-Westfalen – wirklich noch niemand gekommen, Frau Ministerpräsidentin. Ich garantiere Ihnen, dieser Feldversuch zulasten unseres Landes und zulasten unserer Landesfinanzen wird danebengehen. Ich hoffe sehr, dass Sie die letzte Ministerpräsidentin/der letzte Ministerpräsident sind, die/der auf die Idee gekommen ist, eine solche Verschuldungspolitik zu organisieren.

(Beifall von der FDP)

Es ist doch, meine Damen und Herren, eine Milchmädchenrechnung zu glauben, man könne komplexe soziale Probleme mit komplexen sozialen Ursachen gewissermaßen mit immer höheren Staatsschulden einfach hinwegspülen – das ist ja das, was Sie sagen –, als lösten sich alle sozialen Probleme, die wir haben und an denen wir arbeiten müssen, gewissermaßen in nichts auf, wenn man nur genügend schuldenfinanzierte Milliarden in diese Bereiche hineinpumpt. – So funktioniert Politik doch nicht. Dafür sind die Probleme viel zu komplex.

Sie beklagen etwa die steigenden Ausgaben für den Jugendstrafvollzug und erklären das mit der Perspektivlosigkeit der Jugendlichen, weil in Nothauskommunen im Ruhrgebiet Schwimmbäder und Büchereien geschlossen werden müssen. Ihr Rezept lautet: Man muss den Kommunen nur genug

Geld geben, dann brauchen wir auch keine Strafvollzugsanstalten mehr.

So etwas haben wir bisher immer nur von den Linken und von Herrn Sagel gehört, Frau Ministerpräsidentin. Ich glaube, das ist einer Regierung unangemessen.

Das gilt natürlich auch für die Abschaffung der Studienbeiträge, die diese Woche ebenfalls auf der Agenda steht und die die Vertreter der Koalitionsfraktionen hier gerade noch einmal untermauert haben. Jeder weiß doch, dass 249 Millionen € nicht ausreichen werden. Das weiß sogar Herr Sagel. Und das will schon etwas heißen.

Im Wintersemester 2009/2010 gab es 502.279 Studierende und 77.600 Studienanfänger. Im Wintersemester 2010/2011 sind es bereits fast 519.000 Studierende und mehr als 88.000 Studienanfänger. Dennoch prügeln Sie die Abschaffung der Studienbeiträge durch, zulasten der Hochschulen, zulasten der Lehre, zulasten der Studierenden in Nordrhein-Westfalen.

Das, was Sie zur Begleitung organisieren, ist schon bemerkenswert. Ich habe gesehen, dass die SPD-Fraktion schon bald zu einer Fete zur Abschaffung der Studienbeiträge einlädt.

(Zuruf von der SPD: Na klar!)

Ich darf zitieren: Für Getränke, Live-Musik und Lichteffekte, so schreibt Herr Römer, haben wir selbstverständlich gesorgt.

(Lachen von der FDP)

Für Getränke, Live-Musik und Lichteffekte! – Herr Kollege Römer, das reicht nicht aus, um ein Land in eine gute Zukunft zu führen. Das reicht auch nicht aus, um der Verantwortung gegenüber unseren Studierenden gerecht zu werden.

(Beifall von der FDP)

Lichteffekte, Live-Musik und Gratisgetränke reichen nicht aus!

Sie werden eine Mehrheit für die Abschaffung der Studienbeiträge bekommen. Natürlich bekommen Sie diese Mehrheit. Sie werden auch eine Mehrheit für den Haushalt 2011 bekommen. Herr Walter-Borjans kann in den Haushalt hineinschreiben, was er will. Die Linken werden zustimmen. Das ist doch völlig klar.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Da irren Sie sich, Herr Papke. Er kann nicht hineinschreiben, was er will!)

Herr Sagel hat zu den Studienbeiträgen im HFA noch einmal dargelegt, dass dieses Gesetz schlecht sei. Ich darf Herrn Sagel zitieren: Die Lehre wird sich real verschlechtern! – Gleichzeitig haben die Linken zugestimmt.

(Lachen von der FDP)

Herr Kollege Zimmermann, weil Sie neu sind, darf ich es Ihnen vielleicht noch einmal sagen:

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie haben das nicht verstanden!)

Sie üben das Abstimmungsverhalten im Parlament einer pluralistischen Demokratie noch ein. In einem Parlament wie dem Landtag Nordrhein-Westfalen muss man nicht immer mit der Regierung stimmen. Es ist zulässig, dass man – wenn man einer anderen Auffassung ist – auch gegen die Regierung stimmt. Hier darf man anderer Meinung sein.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Das haben wir schon getan! Sie merken es nicht!)

Deshalb habe ich die herzliche Bitte, endlich mit diesem pseudo-revolutionären Kasperletheater aufzuhören.

(Beifall von der FDP)

Die Wahrheit ist doch: Sie sind kusch, winken alles durch, was Ihnen die Landesregierung vorsetzt, ob es die Studienbeiträge, der Haushalt 2011 ist, was auch immer. Sie pumpen sich auf, machen Ihre Zweifel öffentlich. Hinterher enthalten Sie sich oder stimmen zu. Gelegentlich machen Sie auch beides parallel, Herr Kollege Zimmermann. Diese Show, die Sie hier veranstalten, hat, glaube ich, mittlerweile ihren Reiz verloren.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, wir fordern Konsolidierungspolitik ein.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Dazu haben Sie fünf Jahre lang Zeit gehabt!)

Die Ministerpräsidentin behauptet immer wieder, Konsolidierung sei in der Vergangenheit nicht erfolgreich gewesen, könne es auch gar nicht. Für meine Fraktion sage ich hier noch einmal: Wir haben unter Beweis gestellt, dass Konsolidierungspolitik in Nordrhein-Westfalen erfolgreich sein kann. Natürlich haben wir das!

(Beifall von der FDP – Lachen von der LINKEN)

Oder wie würden Sie es sonst bezeichnen, wenn wir von 2005 bis 2008 die Nettokreditaufnahme von 6,6 Milliarden € auf 1,1 Milliarden € gesenkt haben? Ist das keine Konsolidierung?

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das sind neue Schulden!)

Ja, Herr Finanzminister, wir haben Unterstützung durch die konjunkturelle Belebung und erhebliche Steuermehreinnahmen gehabt. Diese Unterstützung haben Sie jetzt aber doch auch!

(Beifall von der FDP)

Schütteln Sie doch nicht den Kopf. Sie befinden sich doch in einer vergleichbaren Situation. Der Unterschied: Wir haben die gute Konjunktur zur Konsolidierung genutzt. Sie pfeifen auf die gute Konjunktur

und machen stattdessen immer höhere Schulden. Das ist nicht legitimierbar und nicht darstellbar, Herr Finanzminister.

Frau Ministerpräsidentin hat immer wieder behauptet, wir hätten doch gar keinen Stellenabbau betrieben, sondern lediglich 2.000 Stellen eingespart.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: 2.417 exakt!)

– Das ist falsch. Wir haben 14.337 Stellen in der allgemeinen Landesverwaltung eingespart.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Ach so?)

– In der Tat. Wir haben mehr als 8.000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer eingestellt, Frau Ministerpräsidentin. Doch, das haben wir.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Ich verbitte mir Ihren Zuruf, das wäre auch gelogen.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Ist es auch!)

Sparen Sie sich solche Begriffe, die zudem unparlamentarisch sind. Ich leite Ihnen gerne noch einmal den Lehrerstellenhaushalt 2010 zu. Sie werden erkennen, dass wir mehr als 8.000 zusätzliche Lehrerstellen in unserem letzten Haushalt hatten, Frau Ministerpräsidentin. Bezeichnen Sie so etwas nicht als „Lüge“. Das wäre wiederum eine Lüge. Kommen Sie jetzt nicht mit dem Spruch, Lehrerstellen sind keine Lehrer. Gerade haben Sie bestritten, dass wir 8.000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen haben. Jetzt sagen Sie: Lehrerstellen, ja, aber keine Lehrer!

Wissen Sie, weshalb wir nicht alle Stellen sofort besetzen konnten? – Weil wir so viele zusätzliche Lehrer eingestellt haben, dass der Markt leergefegt war. Unter Ihrer rot-grünen Vorgängerregierung hat doch niemand mehr auf Lehramt studiert, weil die jungen Menschen überhaupt keine Perspektive mehr hatten.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Soweit ganz konkret zu der Frage, wo man sparen kann. Der Personalabbau in der allgemeinen Landesverwaltung müsste weitergehen, meine Damen und Herren, natürlich. Dann könnte man in dieser Wahlperiode 12.000 Stellen einsparen. Wir hatten über 14.000 Stellen eingespart. So ehrgeizige Ziele will ich von Ihnen gar nicht verlangen. Würde man 12.000 Stellen einsparen, würde das zu einer Einsparung von 600 Millionen € führen. Sagen Sie also nicht, es gäbe keine Sparmöglichkeiten mehr.

Sie wollen nicht einsparen. Sie wollen sich dieser Aufgabe nicht unterziehen. Das ist Realität.

(Beifall von der FDP)

Frau Ministerpräsidentin, eine solche Totalverweigerung gegenüber jedweder Haushaltskonsolidierung führt unser Land in den Staatsbankrott. Sie sind auf dem Weg, die Finanzen unseres Landes so zu zerrütten, dass es möglicherweise Generationen dauern

wird, bis die Scherben, die Sie in Nordrhein-Westfalen aufhäufen, bereinigt sind. Das ist die große Sorge, die wir haben, wenn wir Ihre verantwortungslose Verschuldungspolitik zu bewerten haben.

(Beifall von der FDP – Rüdiger Sagel [LINKE]: Da kriegen wir richtig Angst!)

Bemerkenswert ist ja: Der Finanzminister hat unter dem Damoklesschwert des VGH doch kalte Füße bekommen – zum einen, als er seine berühmten 1,3 Milliarden €, die er eigentlich noch länger verstecken wollte, unter der Bettkante hervorgezogen hat, um das Verfassungsgericht zu besänftigen, und zum anderen, als er justament am 15. Februar, also am Tag der Verhandlung vor dem Verfassungsgericht, der Öffentlichkeit mitgeteilt hat, die Landesregierung plane Einsparungen von 222 Millionen €.

Ein bisschen Sparminister Walter-Borjans wollten Sie dann doch noch sein; nur ein klein wenig; aber ein bisschen sparen könne auch nicht schaden, haben Sie sich gedacht.

Tatsache ist: Von diesen 222 Millionen € werden nur rund 600.000 € wirklich eingespart. Der Rest sind Verschiebungen in die Zukunft und Anpassungen an einen verringerten Bedarf.

Wir werden im weiteren Beratungsverlauf auch noch herausarbeiten, wo von SPD und Grünen ordentlich etwas draufgelegt wird. Manche grüne Spielwiese, mit der wir uns intensiv auseinandergesetzt haben, als wir bis 2005 Opposition waren,

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Sie sind wieder Opposition!)

spricht sofort wieder. Beispielsweise hätte ich darauf wetten können, dass bei der ersten Gelegenheit die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen von den Grünen wieder einen ordentlichen Schluck aus der Pulle bekommt. Diese Wette hätte ich gewonnen: 2 Millionen € mehr für die Stiftung Umwelt und Entwicklung. Die alten Spielwiesen werden jetzt also gnadenlos – völlig egal, wie die allgemeine Haushaltslage aussieht – wieder bedient.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Kindergärten sind Spielwiesen! Sehr richtig!)

Dazu gehört auch, dass Sie 12 Millionen € weniger für den Bau von Landesstraßen ausgeben wollen, aber die Mittel für den Ausbau von Radwegen an Landesstraßen um 140 % erhöhen. Das glaubt man eigentlich gar nicht, wenn man die Verkehrliche Situation in Nordrhein-Westfalen kennt und weiß, wie viele Hunderttausend Mitbürgerinnen und Mitbürger seit Jahren und Jahrzehnten darauf warten, dass endlich Umgehungsstraßen realisiert werden, die die Verstopfung und die Verpestung von Innenstädten beheben können.

Trotzdem sorgen die Grünen jetzt dafür, wie wir es schon bis 2005 erlebt haben, dass die Mittel gezielt

verknappt werden. Die Autofahrer, die demnächst auf alten, maroden Landesstraßen im Stau stehen, haben wenigstens einen guten Ausblick auf die Baumaßnahmen neben der Landesstraße; denn dort werden dann die neuesten, modernsten und breitesten Radwege der ganzen Republik gebaut. Das ist die Verkehrspolitik der neuen Landesregierung!

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, ich muss doch noch auf Ihre Initiative „TatKraft“ eingehen. Vorausschicken will ich, dass wir in Bezug darauf, wie Sie als Ministerpräsidentin Ihren Repräsentationspflichten nachkommen, keine Erbsenzählerei betreiben werden. Wir fangen auch nicht ohne Not eine Debatte über Imagekampagnen von Ministerpräsidenten an. Nach dem, was Sie vor fünf Jahren hier veranstaltet haben, müssen Sie sich aber natürlich schon gefallen lassen, dass Sie auch an den eigenen Maßstäben gemessen werden. Da sind wir uns wohl alle einig. Wer eine so harte, zum Teil ehrabschneidende Kampagne gegen die damalige Regierung gefahren hat wie Sie,

(Beifall von der FDP und von der CDU – Sigrid Beer [GRÜNE]: Papkes Märchenstunde! Das darf nicht wahr sein!)

der ist auch nicht im Stadium der Unschuld, meine Damen und Herren.

Im Rahmen dieser Haushaltsdebatte will ich dann doch auf einen Punkt hinweisen. Sie haben über Tage den Eindruck verbreitet, die Regierung spare bei sich selbst. Ich habe das mit Interesse verfolgt. In einer Presseerklärung der Landesregierung hieß es: „So verzichten die Ministerpräsidentin und alle Ministerinnen und Minister auf ein Drittel ihrer Verfügungsfonds.“ Da habe ich gedacht: Alle Achtung! Das ist einmal eine Maßnahme. Die fangen mit dem Sparen bei sich selber an.

Dann ging es weiter: Die Ministerpräsidentin spart bei Konzerten. Ich zitiere: „NRW-Ministerpräsidentin ... will ... bei den Repräsentationsausgaben der Landesregierung sparen.“ Das Sommerkonzert wird gestrichen. – Das finde ich eigentlich schade. Es war eine musikalisch sehr ...

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Nicht jedes Jahr! Sie müssen schon richtig vorlesen!)

– Dann wird es eben nur alle zwei Jahre stattfinden. – Frau Ministerpräsidentin, Sie haben jedenfalls die Botschaft gesetzt, dass Sie bei den Repräsentationsausgaben sparen.

Nachdem die CDU auf die erhöhten Mittel im Haushalt der Staatskanzlei für Ihre „TatKraft“-Kampagne hingewiesen hatte, habe ich gelesen – das wollte ich zuerst gar nicht glauben –, dass Ihr Regierungssprecher darlegt, die „TatKraft“-Kampagne koste pro Tag nicht, wie von der CDU behauptet, 40.000 €,

sondern nur 20.000 €. So Ihr Regierungssprecher! Daraufhin habe ich die Einladung für Ihre „TatKraft“-Kampagne am 16. März 2011 zur Hand genommen, die ich freundlicherweise auch bekommen habe.

(Minister Ralf Jäger: Dann gehen Sie mal hin! Das lohnt sich!)

Nach Auskunft der Landesregierung sprechen wir hier also über eine Maßnahme, die den Steuerzahler 20.000 € kosten soll. Ich darf das Programm einmal vorlesen:

- 19:00 Uhr Grußwort der Oberbürgermeisterin
- 19:10 Uhr Gespräch mit Ministerpräsidentin Kraft über ihren „TatKraft“-Tag mit einem Familienberater
- Im Anschluss ist ein kleiner Empfang im Festsaal der Stadthalle Mülheim an der Ruhr vorgesehen.

Sie berichten über Ihr Gespräch mit einem Familienberater, und das kostet die Steuerzahler 20.000 €, Frau Ministerpräsidentin?

(Beifall von der FDP und von der CDU – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft – Minister Ralf Jäger: Dann gehen Sie doch mal hin!)

Das scheint ja das teuerste Gespräch mit einem Familientherapeuten in der gesamten Landesgeschichte zu werden!

(Heiterkeit und Beifall von der FDP und von der CDU)

Ich habe auch vor, mir das eventuell einmal anzuschauen, wenn es terminlich passt, weil mich interessiert, wie Sie mit den knappen Mitteln der Steuerzahler angemessen umgehen, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Wer die Vorgängerregierung so massiv attackiert hat, wie Sie das beim Thema „Verfügungsmittel/Repräsentationsaufgaben“ über Monate gemacht haben, der muss sich, bitte schön, die Frage gefallen lassen, weshalb Ihre Sitzung mit einem Familienberater in der Stadthalle Mülheim 20.000 € kosten muss.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Peinlich!)

Das ist doch wohl eine sehr legitime Frage.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Aber Sie haben ja gleich Gelegenheit, dazu Stellung zu beziehen.

Zum Schluss will ich noch einmal auf die Steuererhöhungen zu sprechen kommen, die von den Vertretern der Koalition hier lautstark eingefordert worden sind – immer mit Blick auf den Bund: Die müssen endlich tätig werden!

Herr Kollege Priggen, ich war überrascht, dass Sie nichts zu Ihrer eigenen Initiative gesagt haben; denn wir haben letzte Woche mit Erstaunen zur Kenntnis nehmen müssen, dass Sie urplötzlich für eine massive Erhöhung der Grunderwerbsteuer trommeln. Davon ist heute in der Debatte aber noch gar nicht die Rede gewesen.

(Zurufe von der CDU – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Ja, das kommt noch. Aber das muss doch auch in die Haushaltsberatungen eingepasst werden.

Wir sind schon der Auffassung: Wenn es um die Frage der Einnahmeverbesserung geht, können sich die Vertreter der Koalitionsfraktionen nicht hierhin stellen und sagen, die Bundesregierung in Berlin müsse einmal die Steuern erhöhen. Vielmehr müssen Sie dem Parlament dann bitte auch Rechenschaft darüber ablegen, was Ihre Regierung in der Steuererhöhungspolitik plant, Frau Ministerpräsidentin. Das gehört doch in die Debatte.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Das können Sie ja gleich noch nachtragen.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Wir waren auch überrascht, weil der Finanzminister auf die Frage meiner Kollegin Freimuth vor wenigen Wochen noch ausdrücklich erklärt hat, die Regierung plane nicht die Erhöhung der Grunderwerbsteuer.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das steht zurzeit nicht zur Debatte!)

– Ach so. „Das steht zurzeit nicht zu Debatte“, heißt: Vier Wochen später kommt dann die Erhöhung der Steuer.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das ist eine andere Debatte! Die müssen wir noch führen!)

– Ja, ich bin noch nicht so richtig drin in der feinsinnigen Dialektik der Präsentation Ihrer Regierungspolitik.

(Beifall von der FDP)

Ich darf noch einmal Ihren Zuruf zusammenfassen, Frau Ministerpräsidentin. Wenn Ihre Regierung sagt, zurzeit steht eine Steuererhöhung nicht zur Debatte, kann das bedeuten, dass drei Wochen später die Steuererhöhung vor der Tür steht. Das ist ein klares Ergebnis dieser Debatte. Da können sich die Bürgerinnen und Bürger ja noch auf einiges gefasst machen – wie auch in anderen Bereichen.

Wir müssen und werden uns kritisch mit der geplanten Erhöhung der Wassersteuer um bis zu 67 % pro Kubikmeter auseinandersetzen. Wir werden uns auseinandersetzen mit der geplanten Erhöhung der fiktiven Hebesätze für die Grundsteuer A, die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer im GFG.

Das wird – mein Kollege Engel wird dazu nachher noch Stellung beziehen – zu einer massiven steuerlichen Mehrbelastung des Mittelstandes und der Mittelschicht in unseren Städten und Gemeinden führen, meine Damen und Herren.

Hier drücken Sie den Kommunen, die sich bisher bemüht haben, sorgsam zu wirtschaften, mit Gewalt Steuererhöhungen auf.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wenn Sie nämlich unter den fiktiven Hebesätzen bleiben, werden sie durch geringere Zuweisungen des Landes bestraft. Es ist ein Skandal, eine solche Steuererhöhungspolitik auf breiter Front durchzudrücken, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das werden wir auch nicht durchgehen lassen – genauso wenig wie diese Kiessteuer. „Rheinische Post“: Rot-Grün bedroht Kieswerke.

Ich möchte jetzt nicht noch auf das Klimaschutzgesetz eingehen. Damit werden wir uns noch intensiv zu befassen haben. Wie man hört, hat sich auch die Landesregierung noch nicht auf eine gemeinsame Haltung verständigt. Vielleicht werden Sie ja, Herr Wirtschaftsminister Voigtsberger, die Öffentlichkeit in blankes Erstaunen versetzen, indem Sie beim Thema Klimaschutzgesetz den Grünen mal mutig in den Arm fallen.

Sie könnten einen richtigen Überraschungscoup landen, wenn Sie schon bei der Kabinettsbefassung, bevor ein gemeinsamer Entwurf das Licht der Welt erblickt, deutlich machen würden, dass Sie zum ersten Mal in Ihrer Amtszeit doch für die Interessen der Industrie in Nordrhein-Westfalen zu kämpfen bereit sind.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist letztlich noch nicht beratungsfähig, weil jeder weiß: Nach dem 15. März werden wir neue Vorgaben für die Haushaltspolitik aus Münster zu erwarten haben.

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Aus Sicht der Parlaments wäre es auch richtig gewesen, das Urteil abzuwarten, damit wir als Haushaltsgesetzgeber – das sind wir als Parlament – Orientierungen, zukünftige Weisungen des Verfassungsgerichtes – von denen wir nicht wissen, ob sie kommen; es ist aber auch nicht auszuschließen, dass sie kommen – in die weitere Beratung mitnehmen könnten.

Die Haushaltspolitik, meine Damen und Herren, dieser Landesregierung ist ein Fass ohne Boden. Sie entbehrt jedweder Struktur, jedweder Strategie.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Dieser Landeshaushaltsentwurf 2011 ist ein weiteres Dokument des Scheiterns Ihrer Landesregierung, Frau Ministerpräsidentin. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Papke. – Für die Fraktion Die Linke spricht nun die Fraktionsvorsitzende, Frau Beuermann.

Bärbel Beuermann (LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Besucher und Besucherinnen auf der Tribüne! Die Linke in Nordrhein-Westfalen steht für soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Investitionen in die Zukunft unserer Kinder und der Menschen in unserem Land.

Aber, meine Damen und Herren, wir haben in Nordrhein-Westfalen sehr hohe laufende Ausgaben und schieben große Schuldenberge vor uns her. Diese resultieren aus der verfehlten Steuersenkungspolitik auf Bundesebene, aber auch hier im Lande durch den unverantwortlichen Schuldenaufbau von Schwarz-Gelb in der vergangenen Legislaturperiode.

(Beifall von der LINKEN)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, Sie haben den Schuldenstand in nur fünf Jahren um 23 Milliarden € auf insgesamt 130 Milliarden € hochgetrieben – eine wahrhaft haushaltspolitische Meisterleistung, muss ich wirklich sagen. Dafür haben Sie die Quittung vom Wähler und von den Wählerinnen bekommen.

Diese Meisterleistung, die Sie da in einer einzigen Legislaturperiode abgeliefert haben, ist vor allem auch vor einem anderen Hintergrund bemerkenswert. Sie würden lieber heute als morgen eine Schuldenbremse mit null Verschuldung hier in Nordrhein-Westfalen einführen. Und da Sie das nicht hinkriegen, versuchen Sie, über das Landesverfassungsgericht eine Schuldenbremse durch die Hintertür durchzusetzen. Ihre Wandlung vom Saulus zum Paulus ist ganz und gar nicht glaubwürdig und auch nicht an der Sache orientiert. Sie spielen hier das Unschuldslamm – heute Schuldenbremse –, gestern waren Sie noch der Schuldenmacher. Wer soll Ihnen das eigentlich abnehmen?

(Beifall von der LINKEN)

Die Menschen hier in Nordrhein-Westfalen ganz gewiss nicht.

Ich will mich dem aktuellen Haushaltsentwurf zuwenden. Der nun von der SPD/Grünen-Minderheitsregierung vorgelegte Haushaltsentwurf und die Ergänzungsvorlage scheinen nicht nur Ausdruck eines bloßen Regierungswechsels zu sein. Wir erkennen

und anerkennen durchaus eine grundsätzliche politische Kurskorrektur in Richtung der Prinzipien Vorsorge und Nachhaltigkeit.

Offenbar ist mit dem Haushalt 2011 endlich einmal eine Anerkennung des Tatbestandes verbunden, dass sich Zukunftsinvestitionen in gesellschaftlich sinnvolle Projekte nicht immer innerhalb eines Kalenderjahres bzw. eines Haushaltsjahres rechnen und auch nicht immer aus der Portokasse finanzieren lassen.

Auch wenn auf den ersten Blick zunächst nur zarte Pflänzchen sichtbar sind: In diesem Punkt der Vorsorgeorientierung und Nachhaltigkeit sehen wir eine Schnittmenge mit unserer Politik, mit einer linken Politik.

Man kann einen Haushalt finanzpolitisch nicht nur kurzfristig auf Sicht fahren, sondern wir haben vor allem die Pflicht, über den Tellerrand hinauszuschauen. Man kann nicht alles gleichsam aus dem Stand finanzieren und freudig auf eine Liquiditätskasse zurückgreifen. Das ist angesichts der Steuerpolitik in ganz Deutschland nicht die finanzpolitische Realität, schon gar nicht in Nordrhein-Westfalen. Wenn wir den Staat, die Landesregierung und auch uns als Parlament insgesamt als aktiv handelnden Teil im Gesamtgefüge einer Wirtschafts- und Finanzpolitik verstehen, dann müssen wir auch die mittelfristigen Wirkungen von Ausgaben und Investitionen ins Augenmerk nehmen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Wir als Linke verstehen darunter zum Beispiel Investitionen und Ausgaben in die Bildung der nachwachsenden Generationen und damit in Bildung für alle ohne Gebühren oder Beiträge,

(Beifall von der LINKEN)

Gebührenfreiheit von der Kita über die Schule bis zur Hochschule sowie Aus- und Weiterbildung, in die Bereitstellung von bezahlbarem und gutem Wohnraum, in die Handlungsfähigkeit der Kommunen durch eine verbesserte Finanzausstattung, in den öffentlichen Nahverkehr mit günstigen Tickets für wenig und normal verdienende Menschen sowie nicht erwerbstätige Menschen wie zum Beispiel Hartz-IV-Betroffene – wir verstehen darunter die Teilhabe aller Menschen am sozialen Leben –,

(Beifall von der LINKEN)

in eine Verbesserung der gesamten öffentlichen Daseinsvorsorge. Die konkreten Investitionen von heute sind im Ergebnis der gesellschaftliche Reichtum von morgen und von uns allen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der LINKEN)

Wir sprechen von notwendigen Ausgaben für die Zukunftsvorsorge, die sich mittelfristig selbst finanzieren wird. Hier, meine Damen und Herren, gibt es eine gemeinsame Schnittmenge mit der Minder-

heitsregierung von SPD und Grünen. Wir Linke sehen den Staat in einer aktiv handelnden Rolle, der durch Interventionen nachteilige wirtschaftliche Entwicklungen ausgleicht bzw. korrigiert.

(Beifall von der LINKEN)

Wir teilen nicht die Auffassung der neoliberalen Vertreter, die den Staat am liebsten in der Nachtwächterrolle sehen wollen und ihn nur als unproduktiven Sektor und als Kostgänger der Privatwirtschaft betrachten.

(Beifall von der LINKEN)

Wir Linke werden den gerade vorgelegten Haushaltsentwurf noch im Einzelnen zu prüfen und zu bewerten haben. Hier steht im Vordergrund, inwieweit die Einzelpläne tatsächlich dem hohen und verkündeten Anspruch einer Neuausrichtung der Politik standhalten. SPD und Grüne müssen sich an ihren eigenen Wahlversprechen messen lassen.

Bekanntermaßen haben wir dazu dezidierte Vorstellungen. Meine Damen und Herren, wir werden im Rahmen der Haushaltsberatungen sehr konkrete Projekte von unserer Seite benennen. Wir werden unsere Projektlisten inklusive Gegenfinanzierungsvorschlägen einbringen. Wir erwarten in diesem Zusammenhang von der Minderheitsregierung eine ernsthafte und seriöse Auseinandersetzung mit den Vorschlägen der Linken und werden unser Verhalten zum Haushalt 2011 schlussendlich von der Berücksichtigung unserer Vorschläge abhängig machen.

(Beifall von der LINKEN)

Wir werden Sie, Frau Ministerpräsidentin Kraft, beim Wort nehmen und prüfen, ob Ihren Worten auch Taten folgen.

(Armin Laschet [CDU]: Kampfansage!)

– Wir werden es sehen!

Sie, Frau Kraft, haben in der Öffentlichkeit – ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin – für eine Abkehr von der Kurzfristigkeit des Denkens plädiert. Sie wollen sich den langfristigen Herausforderungen stellen. Das wollen Sie mit einer neuen Finanzpolitik bis zuweilen einer präventiven Finanz- und Haushaltspolitik in Nordrhein-Westfalen anpacken. Da liegen wir tendenziell eher näher beieinander als auseinander; denn eine wirklich nachhaltige Finanzpolitik muss die passive und aktive Zukunftsvorsorge gleichermaßen im Auge behalten.

Entscheidend für uns Linke ist aber, ob der von Ihnen geäußerte Anspruch, Frau Ministerpräsidentin, dann auch der Wirklichkeit entspricht. Dabei kommt es nicht immer auf den letzten Euro an, der für bestimmte Maßnahmen zur Verfügung gestellt wird. Es kommt darauf an, ob mit Ihnen und Ihrer Minderheitsregierung ein tatsächlicher Politikwechsel,

der sicherlich von uns allen gewollt ist, auch glaubwürdig vollzogen werden kann und wird.

(Beifall von der LINKEN)

Dieser Politikwechsel muss für die Kinder, für die betroffenen Menschen, für die Studentinnen und Studenten, aber auch ganz konkret in Alltagssituationen erfahrbar sein. Sie müssen sich mit dem Gedanken vertraut machen, dass sich die Linke dabei mit ihren eigenständigen Vorstellungen und Vorschlägen als Korrektiv versteht und auch wiederfinden will.

(Beifall von der LINKEN)

Ich möchte an dieser Stelle noch auf einige grundsätzliche Fragestellungen zu sprechen kommen: Die Linke steht zu ihrer finanzpolitischen Verantwortung und sieht auch im Haushalt 2011 Einsparpotenziale. Gleichzeitig lassen wir Linke uns aber die Handlungs- und Gestaltungsspielräume nicht aus der Hand nehmen. Die öffentlichen Haushalte der Länder sind generell strukturell unterfinanziert. Hier ist nur mittelfristig eine Veränderung durch eine gerechtere Steuerpolitik der Bundesregierung und eine gleichzeitige Einnahmeverbesserung auf allen Ebenen möglich.

(Beifall von der LINKEN)

In Sondereinheit auf Landesebene stehen in Nordrhein-Westfalen kaum Stellschrauben zur Verbesserung der Einnahmeseite zur Verfügung. Das sehen wir auch so. Die Linke fordert deshalb erneut dazu auf, den geltenden Grunderwerbssteuersatz von 3,5 auf 5 % anzuheben.

(Beifall von der LINKEN)

Viele andere Bundesländer haben diesen Schritt bereits vor Jahren gemacht. Durch die Anhebung wäre mit Mehreinnahmen in Höhe von mindestens 450 Millionen € in Nordrhein-Westfalen zu rechnen, die als zusätzliche Finanzmittel im Haushalt zur Verfügung stünden. Dabei müsste die im vergangenen Jahr wieder eingeführte Beteiligung der Kommunen an diesen Mehreinnahmen erhalten bleiben.

(Beifall von der LINKEN)

Ein kompletter Verbleib der zusätzlichen Einnahmen im Landeshaushalt, wie kürzlich von den Grünen ins Spiel gebracht, wird von den Linken entschieden abgelehnt.

(Beifall von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, die Länder müssen zur Erfüllung ihrer Aufgaben mit ausreichender Finanzkraft ausgestattet werden. Für durchgreifende Verbesserungen auf der Einnahmeseite liegen die Entscheidungskompetenzen ausschließlich in den Händen der Bundesregierung aus CDU und FDP, die hier im Haus auch vertreten sind. Wenn dort ein Steuersenkungskonzept nach dem anderen veranaltet wird, muss man sich über die Finanzierungs-

krise der öffentlichen Haushalte nicht mehr wundern. Es gibt Berechnungen, wonach in der Dekade von 2000 bis 2010 allein durch Steuerrechtsänderungen jährlich ca. 50 Milliarden € an staatlichen Steuerausfällen zusammenkommen. So viel also zur Relevanz und Dimension der Entscheidungen auf Bundesebene.

Die zum Januar 2010 eingeführte Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf Hotelübernachtungen hat uns allen vor Augen geführt, wie weit CDU und FDP die Menschen in ihrem alltäglichen Leben, die zum Teil ums Überleben kämpfen, aus den Augen verloren haben und wie weit sie sich tatsächlich auch von den Realitäten in diesem Land entfernt haben.

(Beifall von der LINKEN)

Es muss endlich die Vermögenssteuer angepackt werden. Die Erbschafts- und Schenkungssteuer muss grundlegend novelliert werden. Bei der Einkommenssteuer muss der Spitzensteuersatz erhöht werden. Der Körperschaftssteuerumsatz ist zu erhöhen und vieles mehr. Warum wird das nicht angegangen?

(Beifall von der LINKEN)

Eine höhere Besteuerung derjenigen, die sich finanziell keine großen Sorgen machen müssen, ist nicht nur vertretbar, sondern aus Gerechtigkeitsgründen geradezu geboten. Insgesamt ließen sich damit auf einfache Weise ohne ökonomische Verwerfungen jährlich – bitte hören Sie diese Zahl – 75 Milliarden € an Mehreinnahmen erzielen, die für eine sinnvolle gesellschaftliche Verwendung eingesetzt werden könnten.

(Beifall von der LINKEN)

Die Finanzkrise, meine Damen und Herren – das wissen wir alle in diesem Haus –, ist allgegenwärtig. Warum werden Milliarden an verlorenen Finanzhilfen für Banken bereitgestellt, die von uns Bürgern und Bürgerinnen zu zahlen sind, aber warum wird keine Finanztransaktionssteuer eingeführt?

(Beifall von der LINKEN)

Warum sollen Umsätze an den Finanzmärkten nicht besteuert werden, wo doch auf alles Steuern erhoben wird, sogar, wie Sie wissen, 7 % auf Milch, eigentlich einem Grundnahrungsmittel. So wie alle anderen Wirtschaftszweige muss auch die Finanzbranche eine Mehrwertsteuer für ihre Produkte und Dienstleistungen zahlen. Man begibt sich in der Bundesregierung freiwillig und fahrlässig dieser Einnahmequelle. Das ist nicht weiter zu verantworten.

Private Schulden werden auf diese Weise vollständig sozialisiert. Wo bleibt eigentlich der Grundsatz „Wer bestellt hat, der soll auch bezahlen“? Wo bleibt das Verursacherprinzip?

(Beifall von der LINKEN)

Wer kein Eigenkapital hat, der kann auch keine Geschäfte machen. Große Luftnummern wurden in Auftrag gegeben, und die Rechnung wird der Gemeinschaft ausgestellt. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen nun das bezahlen, was sie nicht bestellt haben. Das ist genauso, als wenn Sie einmal in einem Versandhauskatalog geblättert haben, und siehe da, Sie kriegen dann die Rechnung nur fürs Gucken. Das geht nicht.

Heute in Zeiten der flächendeckenden staatlichen Banken- und Unternehmensrettungen haften die für das kapitalistische System als systemrelevant bezeichneten Akteure nicht einmal mit ihrem Eigenkapital. Die Banken – das wissen wir alle – machen wohlfeil weiter wie bisher.

Wer der Allgemeinheit finanzielle Lasten in dieser Dimension aufzwingt, ist ihr auch eine Erklärung schuldig. Warum reden eigentlich immer nur Politiker und Experten, die in der Regel für das Finanzdesaster wenig können? Warum kommen eigentlich nicht die Vertreter der notleidenden Banken in die erste Reihe und stehen Rede und Antwort? Wir veranstalten diesen Staat hier gemeinsam. Bei den Milliardensummen wäre vielleicht einmal eine kleine Aussprache am Küchentisch mehr als angebracht.

Darum fordern wir Linken auch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu den Vorgängen und Verantwortlichkeiten in der WestLB.

(Beifall von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor: Niemandem in Nordrhein-Westfalen kann man erklären, dass für die immensen Verluste der WestLB und deren Bad Bank Milliarden an Finanzierungsmitteln aus dem Haushalt mobilisiert werden können, aber für die Menschen in NRW und für die Verbesserung ihrer Lebenssituationen keine oder nicht genügend Gelder zur Verfügung stehen nach dem Motto: Für die Banken ist Geld da, für die Menschen nicht.

An einer glaubwürdigen Auflösung dieses Widerspruchs zwischen der Sozialisierung der Verluste der WestLB und der Verwendung öffentlicher Gelder zugunsten von sozialer Gerechtigkeit wird sich auch die Zukunft dieser Minderheitsregierung entscheiden.

Meine Damen und Herren, wenn wir die Kritikpunkte von CDU und FDP hören, wie zum Beispiel heute Morgen im Radio, so klingen diese zusammengefasst so: Die Altpapierkarawane der Schuldenkönigin zieht weiter.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Aber, meine Damen und Herren von CDU und FDP, wie hätte denn Ihr Haushalt ausgesehen,

(Zuruf von der CDU: Das kann ich Ihnen sagen!)

den Sie diesem Haus vorgelegt hätten? Ich kann es Ihnen auch sagen – hören Sie zu! –: Faule neoliberale Privatisierungseier verpackt in weitere Schulden und Schleimspuren an das Kapital.

(Beifall von der LINKEN – Andreas Krautscheid, Armin Laschet und Karl-Josef Laumann [CDU] strecken ihre geballten Fäuste nach oben.)

– Genau so! Mann, Herr Laumann, lassen Sie uns einmal die „Internationale“ zusammen singen. Ich kann Ihnen auch den Text besorgen, wenn Sie den nicht haben.

Aber ernsthaft, meine Damen und Herren: Am 16. September 2010 habe ich Sie, Frau Kraft und Frau Löhrmann, gebeten, zum Wohle der Menschen in Nordrhein-Westfalen respektvoll und verantwortungsvoll mit dem Regierungs- und auch dem Politikwechsel umzugehen. Diese Aufforderung hat weiterhin Bestand. Ich glaube, uns allen ist klar, dass Hamburg nicht Nordrhein-Westfalen ist. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Beuermann. – Als nächste Rednerin hat für die Landesregierung die Ministerpräsidentin, Frau Hannelore Kraft, das Wort. Bitte schön.

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war heute eine interessante Debatte. Wie üblich geht auch die Ministerpräsidentin in die zweite Runde. Ich habe dann die Gelegenheit, die letzten Beiträge zu kommentieren. Was uns Herr Laumann heute zum Besten gegeben hat, war einerseits ein bisschen überraschend, andererseits auch nicht. Ich habe nicht mitgezählt, aber die am meisten verwendeten Begriffe waren „Regierung Rüttgers“ und „Vorgängerregierung“. Ich verstehe, dass Sie vor allem und sehr gerne über die Vergangenheit reden. Es geht aber jetzt um die Zukunft unseres Landes. Die müssen wir gestalten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Deshalb sollten wir auch nicht in den Auseinandersetzungen des Gestern bleiben. Wir sollten anhand der vorgelegten Haushaltsentwürfe darüber diskutieren, was das Beste für unser Land und für die Menschen in diesem Land ist. Um diese Frage geht es.

Sie haben einige Schlagworte genannt. Ich würde gerne ein bisschen mehr Sachlichkeit einkehren lassen. Sie können mich gerne mit dem Begriff „Schuldenkönigin“ bezeichnen. Die Wahrheit ist aber, wenn es um die Frage geht, wer die meisten Schulden in diesem Land macht, dann müssen Sie den Titel am nächsten Montag mit zu Ihrer Kollegin Frau Dr. Merkel nehmen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Bleiben wir bei aller Liebe bei den Tatsachen: Die Kreditfinanzierungsquote des Bundes ist schlechter als die des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Investitionsquote des Bundes ist schlechter als die von Nordrhein-Westfalen. Eine ähnlich hohe Bindung von Personalkosten hat der Bund ebenfalls nicht. Bleiben wir also bei den Tatsachen, lieber Herr Kollege Laumann.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Lassen Sie mich eines noch zur Klarstellung sagen. Ich gehe nach den Themen vor, die Sie angesprochen haben. Sie sagen, die CDU-Fraktion wird sich erst nach dem 15. März einbringen. Sie behaupten, wir hätten angekündigt, nach dem 15. März eine Ergänzung vorzulegen. Das haben wir nicht angekündigt.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Doch!)

– An welcher Stelle haben wir das getan? Wir haben mit der heutigen Einbringung eine Ergänzung vorgelegt. Ich bin sehr froh darüber, dass wir diese Ergänzung mitdiskutieren können. Ich halte das für richtig und komme nachher noch einmal im Detail darauf zurück.

Was uns das Verfassungsgericht aufgeben wird, schauen wir uns wahrscheinlich gemeinsam erst einmal in aller Ruhe an. Niemand kann sagen, wie das Urteil aussehen wird. Aber um was es geht, wissen wir. CDU- und FDP-Fraktion sind nach Münster gegangen, weil sie der Auffassung sind, die Kreditverschuldungsgrenze wäre einzuhalten gewesen; es läge keine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts mehr vor. Das ist der eine Punkt, den Sie dort angeprangert haben. Der zweite ist, das wir aus Ihrer Sicht Rücklagen aus Schulden gebildet haben. Zu beiden Punkten haben wir hier häufiger diskutiert.

Zur Kreditverfassungsgrenze kann ich Ihnen nur raten: Schauen Sie genau hin, welchen Stand Sie selbst hinterlassen haben! Das gehört zur Redlichkeit. Mir liegt ein wunderbarer Vermerk vor, der am 24. Juni vom Finanzministerium zum Verfahren und zum erreichten Verhandlungsstand bei der Haushaltsaufstellung 2011 erstellt wurde. Darin steht unter V – ich zitiere –: Im laufenden Haushaltsjahr wird die Kreditverfassungsgrenze um fast 2,875 Milliarden Euro überschritten. – Zu dem Zeitpunkt kannten Sie zugegebenerweise die Steuermehreinnahmen noch nicht. Das sind aber keine 2,5 Milliarden Euro; darüber sind wir uns einig. Jetzt kommt der entscheidende Satz: Auch im Finanzplanungszeitraum bis 2014 gibt es trotz restriktiver Annahmen für die Ausgabenentwicklung keine Einhaltung der Kreditverfassungsgrenze.

(Zuruf: Hört, hört!)

– Hört, hört!

Etwas weiter heißt es: Nach Überwindung der Wirtschaftskrise wird man den Ausnahmestatbestand nicht mehr leicht heranziehen können, um die Überschreitung der Kreditverfassungsgrenze zu rechtfertigen.

Das sind die Dinge, die Sie uns hinterlassen haben. Dies ist übrigens in einer wunderbaren mittelfristigen Finanzplanung dokumentiert, die der werthe Kollege der FDP immer aus seinem Gedächtnis zu streichen versucht. Darin steht eine konstante jährliche Nettoneuverschuldung in Höhe von 6,5 Milliarden Euro, aber kein Weg, wie man die Schulden auf null bringen sollte.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich komme gleich noch näher auf die Details zurück.

Lieber Herr Kollege Laumann, ich fand es schon spannend, dass Sie über Hamburg sprechen und Olaf Scholz in den Himmel loben. Sie tun das offensichtlich, ohne das Parteiprogramm gelesen zu haben. Er tut das, was wir auch tun, nämlich wirtschaftliche Kompetenz mit einer klaren Zukunftspolitik zu verbinden. Sie besteht aus der Abschaffung von Kitagebühren und einer Abschaffung von Studiengebühren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das ist der richtige Weg. Den gehen wir genauso konsequent. Dass Sie damit überdecken wollen, dass Sie dort eine krachende Niederlage erlitten haben, sei Ihnen an dieser Stelle erlaubt.

Schmunzeln musste ich aber ehrlich gesagt auch, als Sie über Ökologie geredet haben. Da bin ich ganz beim Kollegen Priggen. Da musste ich wirklich schmunzeln. Wir beide hatten den Eindruck, hier spricht jetzt der neue Naturphilosoph. Lieber Kollege Laumann, vielleicht kann daraus noch einmal ein Dokortitel werden. Das soll heutzutage relativ einfach sein. Das könnte ja sein.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

– Scherz beiseite!

Sie haben heute über viele Dinge geredet. Auch der Kollege der FDP hat über viele Dinge gesprochen, über die wir in den nächsten Tagen noch diskutieren, über die Abschaffung der Studiengebühren zum Beispiel. Er hat übrigens vergessen, dass die FDP im Saarland da mitgestimmt hat. Wir reden auch noch über Grunderwerbsteuer und Ähnliches. Diese Debatten werden in den nächsten Tagen folgen.

Lassen Sie uns heute doch einmal über den Haushalt reden. Von Ihnen beiden habe ich dazu relativ wenig gehört. Herr Kollege Laumann, was sagen Sie denn eigentlich? Glauben Sie, dass eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts noch vorliegt?

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Nein!)

– Sie glauben das nicht? Das ist schon einmal eine Aussage.

Ich habe dazu am 19. Februar in den „Aachener Nachrichten“ die Nachricht gefunden – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –: Herr Laumann kündigte an, seine Fraktion werde bis zu diesem Zeitpunkt einen alternativen Haushaltsentwurf vorlegen – also bis zum 19. Mai –, dessen Nettokreditaufnahme die zulässige Verfassungsgrenze von etwa 4 Milliarden € nicht überschreite.

(Zustimmung von Karl-Josef Laumann [CDU])

Herr Kollege Laumann, darauf sind wir sehr gespannt!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zuruf: Genau!)

Bleiben Sie dabei bitte nicht im Ungefähren. Sie reden so gerne über das Sparen. In der letzten Legislaturperiode ist das aber nicht so richtig gelungen. Kommen Sie doch jetzt einmal – wie es bei uns im Ruhrgebiet heißt – mit Butter bei die Fische. Sagen Sie den Bürgerinnen und Bürgern, was das konkret bedeutet. Sagen Sie, welche Kürzungen jetzt vorzunehmen sind, zu denen Sie offensichtlich in den letzten fünf Jahren keinen Mut hatten. Auch das gilt es einmal festzuhalten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Den Mut hatten Sie offensichtlich nicht.

Dann rechnen wir einmal ein bisschen. Ich muss jetzt einmal die Konzentration bemühen. Ein paar Zahlen in einer Haushaltsdebatte sind aber wahrscheinlich auch richtig und wichtig.

Wir legen jetzt einen Haushalt inklusive Ergänzung mit einer Nettoneuverschuldung in Höhe von 7,1 Milliarden Euro vor. Wenn Sie die Verfassungsgrenze erreichen wollen, müssen Sie bei 3,77 Milliarden Euro – machen wir es glatt – bei 3,8 Milliarden Euro landen. Dann könnten wir die Verfassungsgrenze einhalten. Nehmen wir von den 7,1 Milliarden Euro einmal gedanklich die 1,1 Milliarden Euro unseres Politikwechselfpakets weg, welches auf Vorbeugung, Bildung und Kinder ausgerichtet ist.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Das haben wir auch gemacht!)

Ich nehme mal von den 7,1 Milliarden diese 1,1 Milliarden herunter, bleiben noch 6 Milliarden €. Allerdings hätte ich von Ihnen, Herr Kollege, dann gerne eine Aussage zu den 350 Millionen € für die Kommunen, die Sie im Antrag mitbeschlossen haben. Soll ich die drinlassen oder herausnehmen? Wollen Sie die oder wollen Sie die nicht? Oder machen Sie das hier nur als Bekenntnis bei irgendwelchen Abstimmungen im Landtag, und wenn es um Daten

und Fakten im Haushalt geht, wollen Sie nicht mehr mitmachen? Das würde ich gerne wissen. Also!

(Lebhafter Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Gehen wir die Nummer mal weiter durch. Wir sind jetzt von 7,1 Milliarden gedanklich bei 6 Milliarden € angekommen. Es bleibt eine Lücke von 2,2 Milliarden €, die in 2011 zu schließen ist – übrigens von dem Zeitpunkt an, zu dem der Haushalt verabschiedet ist, von dem Sie beide ja sagen, das könnte zeitlich noch so weit hinten stattfinden. Auch das gehört zur Redlichkeit dazu.

Nehmen wir mal das weg, was gesetzlich festgelegt ist, und gucken auf das, was theoretisch flexibel möglich ist. Als erste Maßnahme müsste ich sofort einen Einstellungsstopp verhängen. Keine 2011 freiwerdende Stelle dürfte dann wiederbesetzt werden. Wir reden hier immerhin über 8.200 Stellen oder eine Einsparungssumme von rund 200 Millionen €. Das wären 5.002 Lehrerinnen und Lehrer weniger, 1.476 Polizistinnen und Polizisten weniger – ich rede über reale Zahlen; wir wissen ja, wer in Pension geht –, 820 Richter, Staatsanwälte und Justizvollzugsangestellte weniger, 738 Finanzbeamte weniger – es gibt ja einige hier im Haus, die das gerne sehen würden –,

(Heiterkeit von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

und 164 Stellen weniger bei der restlichen Verwaltung. – Die Überschrift von Freitag „Junge Polizisten beginnen ihre Ausbildung“ gäbe es dann nicht mehr.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Wir haben auch Polizisten eingestellt!)

Die Überalterung bei der Polizei würde fortschreiten. Wir hätten weniger Sicherheit, und wir hätten vor allem weniger Bildung.

Herr Kollege Laumann, das müssen Sie sich jetzt schon gefallen lassen. Hören Sie doch in Ruhe zu. Ich habe Ihnen auch zugehört.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Herr Laumann, was sagen Sie denn?)

Es kämen 200 Millionen € zustande, wenn ich diese 8.200 freiwerdenden Stellen in 2011 nicht mehr besetzen würde.

Wir sind uns sicher einig: Mit 200 Millionen € haben wir die Lücke von 2,2 Milliarden € noch nicht hinlänglich geschlossen. Also müssten wir auch noch an die kompletten Systeme der Landesförderprogramme heran. Das ist ja immer die schöne Politik der FDP: Förderung, Subvention, das brauchen wir alles nicht. – Das ist ja immer Ihre Linie.

2011 reden wir für diesen Bereich über ein Gesamtvolumen von 1,47 Milliarden €. Da wir nur die Hälfte des Jahres 2011 einstellen könnten, wären das knapp 730/740 Millionen €. Das hieße: offener

Ganztag 370 Millionen €, frühkindliche Bildung 240 Millionen €, Kulturbereich mit 130 Millionen €. „Kein Kind ohne Mahlzeit“ wäre dann weg mit 70 Millionen €, Hochwasserschutz 40 Millionen €, Stadterneuerung 110 Millionen €, Familienbildung 20 Millionen €. – Geht das? Ich sage Ihnen: Das geht nicht!

(Lebhafter Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Wenn Sie das wollen, dann müssen Sie das sagen. Denn das ist das, was die Menschen draußen und in diesem Landtag von Ihnen wissen wollen. Sie wollen wissen, wie Sie konkret auf die Kreditverfassungsgrenze kommen.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Genau!)

Ich habe gesagt „Pauschal kürzen geht nicht“, weil ich politisch der Auffassung bin, dass das nicht geht. Aber abgesehen davon bestehen ja auch Verpflichtungsermächtigungen, liegen Verträge zugrunde, sodass das kurzfristig eh alles nicht möglich wäre. Aber selbst wenn! Diese beiden großen Blöcke, Einstellungsstopp und Streichung aller Förderprogramme, bringen roundabout 1 Milliarde €. Die Lücke lag bei 2,2 Milliarden €. Es bleibt also noch etwas übrig.

Wo gehen wir dann heran? Dann gehen wir doch auch an die landesgesetzlichen Leistungen heran, lieber Kollege Papke. 1,2 Milliarden € Ersatzschulfinanzierung, 1,34 Milliarden € U3-Betreuung. Oder wollen wir an den Maßregelvollzug mit 250 Millionen € oder an die Kinder- und Jugendförderung mit 100 Millionen €? Was darf's denn sein, meine Herren?

(Zurufe)

Sie müssen Alternativen auf den Tisch legen. Sie können hier nicht einfach immer nur in Überschriften reden. Die Zeiten sind vorbei, meine Herren!

(Lebhafter Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Sie tun so, als wäre das alles morgen herstellbar. Dann reden wir mal über Daten und Fakten, über das, was im Haushalt festgelegt ist, wo man gar nicht herankommen kann.

(Zurufe)

– Ja, das ist das, wo wir sparen können. An allen diesen Positionen können wir theoretisch sparen. Wir reden hier mal Tacheles!

(Michael Aggelidis [LINKE]: Herr Laumann, warum schweigen Sie so? Sagen Sie was!)

Es gebe noch eine Möglichkeit. Die will ich nicht außer Acht lassen.

(Fortgesetzt Zurufe)

– Vielleicht kann ich irgendwann Ruhe haben. – Wir machen das hier ganz ruhig. Wir hätten noch eine

Möglichkeit. Den Hochschulpakt II zwischen Land und Bund könnten wir kündigen.

(Ministerin Svenja Schulze: Oh!)

– Ja, die Frau Wissenschaftsministerin zuckt zusammen.

(Heiterkeit)

Das brächte 2011 Einsparungen von rund 28 Millionen €, in den Folgejahren von 2012 bis 2015 allerdings 551 Millionen €. Das ist schon eine Hausnummer. Aber das Problem ist: Wenn wir das machen, gehen uns 580 Millionen € vom Bund durch die Lappen, die wir als Kofinanzierung dazubekommen würden. Im Übrigen hätten wir dann für die 90.000 zusätzlichen Studierenden, die wir in den nächsten Jahren erwarten, nicht genug Plätze. Den Aufschrei, der dann durchs Land ginge, kann ich mir gut vorstellen.

(Armin Laschet [CDU]: Was tragen Sie da eigentlich vor? – Gegenruf von der SPD: Das sind die realen Zahlen!)

– Das sind die Flexibilitätén. Herr Laschet, ich kann mir vorstellen, dass Ihnen das nicht passt, wenn es konkreter wird. Machen wir es ganz konkret!

(Zurufe von der CDU)

Unser Haushalt hat knapp 40 % Personalkosten. Oder wollen Sie auch noch kündigen?

(Armin Laschet [CDU]: Sie sind die Ministerpräsidentin!)

– Lassen Sie mich doch mal zu Ende reden. Ich war eben doch auch ganz ruhig. Ich kann verstehen, dass Sie sich aufregen, denn genau das ist jetzt Ihr Problem. Das kann ich gut verstehen.

(Lebhafter Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Wir haben etwas über 40 % Personalkosten im Haushalt. Falls Sie den Einstieg nicht mitbekommen haben: Ich gehe jetzt im Einzelnen die Positionen durch, wo es theoretisch Möglichkeiten gäbe, aus den Ausgaben auszusteigen. Zuletzt war ich beim Hochschulpakt. Wenn die Wissenschaftsministerin jetzt nicht ganz bleich wird, dann kann ich auch noch sagen: Die Verpflichtung, die wir den Hochschulen gegenüber eingegangen sind, ist auch gerade ausgelaufen. Die könnten wir auch gleich noch aufkündigen. – Nur, um das Szenario darzustellen!

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Nein – das heißt, lieber Herr Kollege: Es kann nicht gelingen, in diesem Jahr auf die Verfassungsgrenze herunterzukommen – abgesehen davon, dass ich das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht nach wie vor für gestört halte.

(Lebhafter Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Ihr Fraktionsvorsitzender sagt, a) es sei nicht gestört, b) Sie wären in der Lage, mit dem Haushalt 2011 auf 3,77 Milliarden € herunterzukommen. Deshalb muss man da, glaube ich, ein bisschen in die Details hineingehen. Aber das Problem ist ja, dass Sie die Frage gar nicht beantworten wollen, woher die Einsparungen kommen sollen. Und wenn, dann müssten Sie zweitens auch die Frage beantworten, warum Sie diese Einsparungen in den letzten fünf Jahren nicht vorgenommen haben. Diese Frage müssten Sie dann auch beantworten.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Das ist der Grund, warum ich Ihnen hier in aller Ruhe vorwerfe ...

(Karl-Josef Laumann [CDU]: 7 Milliarden € Schulden jetzt oder 1 Milliarde € 2008! – Gegenrufe von der SPD: Ah! – Weitere Zurufe)

– Das wird eine ganz interessante Rechnerei. Warum ich Ihnen das alles aufliste, der Vorwurf, den ich Ihnen mache: Es ist scheinheilig zu behaupten, eine Verfassungsgrenze könnte in diesem Jahr eingehalten werden. – Das ist scheinheilig. Oder Sie müssen dieses Land kaputtsparen. Und Sie werden die Frage beantworten müssen, ob Sie das wollen oder nicht. Das ist die Frage, die Sie beantworten müssen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Ich habe alles aufgelistet, was überhaupt theoretisch an Einsparungen denkbar wäre, wo wir nicht vertraglich oder gesetzlich verpflichtet sind, das können wir mal beiseite packen. Oder Einsparungen durch Personal, denn „Kündigungen“ als Stichwort habe ich in diesem Hause noch von niemandem gehört, nicht mal von der FDP.

Noch toller aber wird es dadurch, dass Sie zeitgleich auch noch in sämtlichen Anträgen, die ich in den letzten Wochen miterlebt habe, immer weitere Mehrausgaben fordern.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Richtig!)

Was habe ich da nicht alles gehört: Einzelne Straßenbauprojekte in den Wahlkreisen der wertvollen Kollegen aus der CDU-Fraktion – die FDP ist da nicht so kommunal verankert. 200 Millionen € Aufstockung der Mittel für die soziale Wohnraumförderung – lieber Herr Kollege Laumann, das ist Ihr Antrag von September 2010. 23,5 Millionen € Mehrausgaben für Ihren Antrag „Erfolgreiches Werkstattjahr weiter fortführen“.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Wo sind das denn Mehrausgaben?)

Oder nehmen wir die medizinische Fakultät in OWL unter dem Stichwort „Ärztmangel und medizinische Versorgung“ – hier reden wir über 45 Millionen €

Jahr für Jahr plus einmalig 32 Millionen €. Oder reden wir über Ihr schulpolitisches Konzept, wo für die drei teuersten Maßnahmen, die Sie darin vorgesehen haben, 22.500 Lehrer gebraucht würden, das Ganze mal 50.000 €, was round about 1 Milliarde € mehr macht. – Das ist keine Politik, das sind keine Vorgehensweisen, die Sie in irgendeiner Weise qualifizieren, in Zukunft dieses Land zu regieren, es tut mir sehr leid.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Zuruf von der CDU)

Worum es geht, ist, wie wir NRW nach vorne und die Schulden wirklich auf null bekommen, wie wir wirklich eine Konsolidierung schaffen. Das geht über eine oberflächliche Diskussion, wie sie hier manchmal im Stile eines Wahlkampfes geführt wird, eben weit hinaus. Da muss man schon in die Details einsteigen.

Wir wollen auch Schulden abbauen, wir werden das auch tun.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

– Wir haben in diesem Haushaltsentwurf immerhin 500 Millionen € an Einsparungen drin. Die habe ich von Ihnen in den letzten Haushalten in dieser Größenordnung nicht gesehen, um das mal ganz offen zu sagen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Um was es mir aber wirklich geht: Es ist scheinheilig, zu behaupten, es ginge. Es ist genauso scheinheilig, damit nach Münster zu marschieren. Und jetzt rede ich über den Punkt: Es wäre möglich, die Verfassungsgrenze einzuhalten.

Es ist – das habe ich beim letzten Mal deutlich dargestellt – für mich noch scheinheiliger, zu behaupten, Sie hätten für die WestLB eine Rücklage aus Schulden finanziert, da es nie Überschüsse im Haushalt gab. Aber die jetzige Regierung darf es jetzt nicht tun, auch wenn es als Vorsorge für die Lasten aus der Bad Bank gedacht ist, von denen wir wissen, dass sie auf uns zukommen. – Das ist der andere Teil.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Nein, wir müssen darüber reden, was passiert, wenn Sie damit fortfahren, in dieser Weise Politik zu machen. Was passiert dann eigentlich in diesem Land? Was passiert, wenn Sie zum Verfassungsgericht laufen? – Sie geben im Grunde die Kompetenz dieses Parlaments ab. Sie entmündigen das Parlament.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Oh!)

Denn die politischen Entscheidungen sollen demnächst beim Verfassungsgericht getroffen werden –

das ist es, was da gerade abläuft. Natürlich dürfen Sie dort hingehen, niemand hält Sie davon ab.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Werter Herr Kollege, bleiben Sie ganz ruhig. Ich behaupte ja nicht, Sie dürften nicht gehen. Ich sage, Sie können das tun, das ist Ihr Recht. Wir haben auch in mehreren Fällen beim Verfassungsgerichtshof geklagt.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

– Ich habe Ihnen eben ganz ruhig zugehört, ich wundere mich, dass Sie so aufgeregt sind. – Ich sage nicht, Sie dürften nicht zum Verfassungsgericht gehen. Ich sage nur: Seien Sie sich sehr bewusst darüber, welche Veränderungen für das Parlament und dessen Gestaltungskraft daraus erwachsen werden. Sie geben im Zweifelsfall politische Gestaltungskompetenz nach Münster ab. Das ist die Warnung, die ich an dieser Stelle aussprechen möchte. Sie müssen sich darüber im Klaren sein, wenn Sie das tun. Denn das ist keine lapidare Sache.

(Beifall von der SPD)

Im Übrigen möchte ich noch sagen: Sie sind nach Münster gegangen, wobei diese Klage, die Sie dort vorgebracht haben – in einem Satz zusammengefasst – inhaltlich eine Selbstanklage darstellt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zuruf von Bernd Krückel [CDU])

Mein Appell ist: Lassen Sie uns hier, in diesem Landtag, über den richtigen Weg streiten. Lassen Sie uns darüber streiten, wie wir wirklich zu null Schulden kommen! Denn dieser Weg war, als Sie die Regierung abgegeben haben, nun wahrlich nicht erkennbar, Stichwort „mittelfristige Finanzplanung“.

Aber auch ein anderes Stichwort will ich Ihnen nicht vorenthalten. Was hat mein Vorgänger im Amt dazu gesagt, wie er auf null Schulden kommen will? – Ich zitiere aus „DerWesten“ vom 19. August 2009, Überschrift: „Rüttgers fordert drei Prozent Wachstum“: „Um die Wirtschaft dauerhaft in Schwung zu bringen ... Die durchschnittliche Wachstumsrate von 1,5 Prozent werde auf lange Sicht nicht ausreichen, um die öffentlichen Finanzen in Ordnung zu bringen.“ – Und er will dann auf 3 % hoch.

Als studierte Ökonomin verstehe ich etwas von Wirtschaft, und ich glaube nicht daran, dass wir über die nächsten zehn Jahre durchschnittlich 3 % Wirtschaftswachstum pro Jahr haben. Das war die Hoffnungspolitik, die Sie hinterlassen haben; das war eines der Probleme.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zuruf von der CDU)

Lassen Sie uns hier über den richtigen Weg streiten. Lassen Sie uns darüber streiten, und zwar mit Daten und Fakten unterlegt: Wie kommt man auf einen Schuldenstand von null herunter? – Und da

bleibe ich bei meiner tiefsten Überzeugung: Der Weg, der eingeschlagen wurde und von unseren Vorgängerregierungen, auch Rot-Grün damals, massiv verfolgt worden ist, war nicht falsch. Aber er hat am Ende nicht zum Ziel geführt, sondern wir haben immer wieder, in jedem Jahr, neue Nettoneuverschuldung aufgetürmt.

Für einen Weg Richtung null muss man auf die Strukturen schauen. Dazu gehört eine gezielte Politik, die auf Prävention, auf Bildung, auf Kinder, auf Vorbeugung setzt, damit die horrenden Sozialausgaben, die uns auf allen politischen Ebenen die Luft abdrehen, in Zukunft gar nicht mehr in dieser Größenordnung entstehen. Das ist der richtige Weg.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das hat zwei Effekte. Die Ausgaben werden nicht mehr in dieser Form anfallen, und die Einnahmen werden steigen. Wenn wir es schaffen, wie es Kollege Priggen dankenswerterweise ausführlicher dargestellt hat, dass wir mehr Kinder zu besseren Abschlüssen führen, haben wir ein steigendes Wirtschaftswachstum, eine steigende Wirtschaftskraft und damit auch steigende Einnahmen in diesem Land. Und die brauchen wir ganz dringend, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Dr. Carolin Butterwege [LINKE])

Dabei reden wir nicht nur über Sozialpolitik, dabei reden wir über Wirtschaftspolitik. Denn das, was unseren Unternehmen in diesem Land am meisten Sorgen macht, ist der sich abzeichnende Fachkräftemangel. Da haben wir keine Zeit mehr, die richtigen Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Das müssen wir heute tun; ansonsten versündigen wir uns an der Zukunft unserer Kinder. Lassen Sie uns hier darüber reden, ob wir gezielt in Kinder, Bildung und Vorbeugung investieren, ob wir die Zukunft stärken oder ob wir unseren Kindern die Zukunft verbauen, die soziale Spaltung vergrößern und die Kommunen flächendeckend in den Ruin treiben. Das war nämlich die Politik, die wir in diesem Land nicht fortsetzen wollten.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Dr. Carolin Butterwege [LINKE])

Das ist die Wahl, vor der die Menschen stehen. Wenn Sie nicht damit einverstanden sind, dass ich den Haushalt im Internet mit den entsprechenden Instrumenten diskutiere, weil Sie sagen, das müssen die Menschen in diesem Land entscheiden, steht es Ihnen jederzeit frei, hier im Plenum einen entsprechenden Antrag zu stellen – jederzeit. Wenn Sie nicht mehr hier diskutieren, sondern die Bürgerinnen und Bürger entscheiden lassen wollen, müssen Sie es sagen. Wir jedenfalls sehen dieser Auseinandersetzung sehr gelassen entgegen, weil die meisten Bürgerinnen und Bürger sehr genau wissen, dass das der richtige Weg für unser Land ist, auf Kinder, Bildung und Vorbeugung zu setzen.

(Armin Laschet [CDU]: Nein!)

Sie sehen nicht ein, dass wir Banken mit Hunderten von Milliarden retten und kein Geld mehr für Bildung da ist. Das wissen die Bürgerinnen und Bürger sehr genau.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Diese Maßnahmen sind geeignet. Ich sage es noch einmal deutlich: Wir sind der Auffassung, dass nach wie vor eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts vorliegt. Das hat der Finanzminister ausgeführt. Wir sind auch der Auffassung, dass die Maßnahmen, die wir mit diesem Haushalt in die Wege geleitet haben, zur Abwehr dieser Störung dienen.

(Zuruf von der CDU)

– Das nervt doch. Hören Sie mal zu! Ich habe doch eben auch zugehört.

(Sören Link [SPD]: Schreien ersetzt kein Argument, auch Ihres nicht!)

Ich berufe mich auf keinen Geringeren als den Sachverständigenrat, der sich in seinem Jahresgutachten 2010/2011 in Kapitel 1, Seite 5 bis 6, explizit und ausführlich für zusätzliche Investitionen in Bildung und Innovation ausspricht. Ich zitiere:

„Die Wachstumsstrategie muss darauf gerichtet sein, einem immer noch möglichen Abrutschen der deutschen Volkswirtschaft auf einen niedrigen Wachstumspfad nicht nur entgegenzuwirken, sondern – mehr noch – die Chancen auf einen höheren Wachstumspfad zu verbessern. Dies kann mit Hilfe von Zukunftsinvestitionen in Form von Bildungsanstrengungen und Innovationen bewerkstelligt werden:

Eine Bildungsoffensive muss zum einen das allgemeine Bildungsniveau in Deutschland, welches im internationalen Vergleich nur mittelmäßig abschneidet, anheben. Zum anderen besteht die Notwendigkeit, Chancengleichheit, insbesondere für Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Elternhäusern, bei der Erlangung höherer Bildungsabschlüsse herzustellen. Bildungsinvestitionen sollten möglichst früh im Bildungszyklus einsetzen, beispielsweise in Form eines verpflichtenden Vorschuljahres, flächendeckender Ganztagschulen und eines flexibleren Übergangs zwischen einzelnen Bildungsabschnitten.“

(Armin Laschet [CDU]: Ja, aber nicht Beitragsfreiheit für Besserverdienende!)

„Diese Maßnahmen kommen nicht zuletzt Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund zugute.“

So weit der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 2010.

(Armin Laschet [CDU]: Das macht ihr doch alles nicht!)

Das ist genau das, was wir machen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Dr. Carolin Butterwegge [LINKE])

Im Gegensatz zu Ihnen haben wir ein klares Konzept. Unsere Finanzpolitik ruht auf drei Säulen.

(Lachen von der CDU)

Alle drei zusammen machen die Stabilität aus.

Erste Säule: Einnahmeverbesserung. Im Land ist das nur schwer möglich. Wir werden alles diskutieren, was an Einnahmemöglichkeiten denkbar ist. Das diskutieren wir und werden es auch weiter tun. Eines aber auch hier als klare Aussage: Wir brauchen an dieser Stelle auch den Bund. Denn es gibt eine strukturelle Unterfinanzierung nicht nur der Kommunen, sondern auch der Länder im gesamtwirtschaftlichen Gefüge der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Deshalb sind wir uns auch einig – auch wenn wir das hier nicht entscheiden können und über den Bundesrat leider noch immer keine gestaltende Mehrheit haben; wir bauen auf die nächsten Landtagswahlen –, dass es sinnvoll wäre, die Einnahmen insgesamt zu erhöhen, um einen handlungsfähigen Staat garantieren zu können. Wir reden über Vermögensteuer, wir reden über die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, weil wir der Auffassung sind, dass in diesem Land starke Schultern mehr tragen können und mehr tragen müssen, und dabei bleiben wir.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Dr. Carolin Butterwegge [LINKE])

Wir wissen auch, dass wir uns allein auf gute Konjunkturdaten, wie es Herr Rüttgers vorgehabt hat, nicht verlassen können. Wir brauchen strukturelle Verbesserungen auf der Einnahmeseite, ganz besonders bei den Kommunen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle Folgendes einfügen, weil in Berlin gerade Hartz IV verhandelt wird. Das, was jetzt für die Kommunen dabei herauskommt – mit der Spitzabrechnung läuft es hoffentlich so, dass wir nicht in die Konnexitätsfalle laufen –, versuchen wir zum Teil gegen die Kolleginnen und Kollegen aus CDU und FDP in Berlin durchzusetzen. Wenn uns das gelingt, heißt das immer noch nicht, dass wir die Kommunen auf einen sicheren Pfad geführt haben. Wir brauchen noch mehr Unterstützung des Bundes bei den Soziallasten der Kommunen, damit wir sie in eine sichere Zukunft führen können. Auch das muss man heute deutlich sagen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Dr. Carolin Butterwegge [LINKE])

Die zweite Säule neben der Einnahmeverbesserung ist der Begriff Sparen, das ist die Aufgabenkritik, das ist die Hebung von Effizienzreserven, wie ich das immer nenne. Wir haben in diesem Haushalt einschließlich Ergänzungsvorlage 500 Millionen € Einsparungen. Wir fangen bei uns an, Herr Papke. Dass Ihnen das nicht gefällt, kann ich nachvollziehen. Aber bleiben Sie auch da ein bisschen gelassener, und machen Sie die Klappe manchmal nicht ganz so weit auf – mit Verlaub –, wenn ich das mal ganz freundschaftlich sagen darf!

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU und von der FDP)

Herr Kollege Papke, wenn Sie meine „TatKraft“-Termine angreifen, müssen Sie sich erst einmal schlau machen, wie das abläuft und wie das geht. Das kann ich von Ihnen erwarten. Ich lade Sie sehr gerne ein.

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Ich weiß nicht, ob Sie schon einmal eine Veranstaltung organisiert haben. Sie müssen Einladungen ausschicken, Sie müssen einen Raum mieten, Sie brauchen eine Lichanlage und eine Tonanlage. Denn es kommen ein paar Hundert Leute, auch wenn Ihnen das nicht gefällt. Das findet nämlich einen relativ guten Zuspruch; übrigens kommen auch viele Kollegen aus FDP- und CDU-Ratsfraktionen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Dr. Gerhard Papke [FDP]: 20.000 €?)

Da sitzen auch viele aus Vereinen und Verbänden. Das ist ja auch der Sinn des Ganzen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: 20.000 €?)

Dass Sie sich darüber ärgern, dass ich mit diesen „TatKraft“-Tagen etwas tue, was – mit Verlaub – auch Ihnen vielleicht einmal gut täte, nämlich ein bisschen an die Basis in unserem Land zu gehen,

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Lachen von Ralf Witzel [FDP])

also dorthin zu gehen, wo die Menschen sind, und mit ihnen einen Arbeitstag zu durchleben und zu erleben, und dass Sie das anprangern, kann ich verstehen, weil es für Sie wahrscheinlich brandgefährlich ist, dass ich daraus natürlich immer wieder Handlungsansätze für die Politik mitnehme.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Für 20.000 €? Das sind doch Luxusveranstaltungen! – Gegenrufe von der SPD)

– Luxusveranstaltungen? Nein, Herr Kollege Papke.

(Ralf Witzel [FDP]: Für wie viel tausend Menschen denn als Besucher? – Weitere Zurufe)

– Da kommen jeweils ein paar Hundert Menschen hin. – Herr Kollege Papke, mit Luxusveranstaltungen meinen Sie wahrscheinlich die „Petersberger

Convention“ unter Ihrer Regierung, wo eine Veranstaltung 500.000 € gekostet hat.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Es sind keine opulenten Veranstaltungen. Es kommen ein paar Hundert Leute, und anschließend gibt es als Bewirtung etwas zu trinken und eine Laugenbrezel, und es wird nicht, wie bei Ihnen, zum Teil noch die Übernachtung der Gäste mitbezahlt. Wir gehen an diese Bereiche heran. Wir haben eingespart. Wir haben unsere eigenen Repräsentationsfonds gekürzt. Auf diese Idee sind Sie nicht gekommen. Sie wollten Ihre Politik immer nur vermarkten: Wenn es keine Inhalte gibt, braucht man halt bessere Überschriften. Das ist das Problem.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Da wir gerade bei Einsparungen sind: Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kollege Papke – das gehört auch dazu –, haben wir nach dem Regierungswechsel keine neuen Stellen geschaffen. Auch das war bei Ihnen anders.

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

Wir werden diesen Weg der Einsparungen weitergehen.

Die erste Säule waren die Einnahmeverbesserungen. Die zweite Säule waren die Aufgabenkritik und das Sparen. Wir haben Effizienzteams eingesetzt, die durch die einzelnen Ressorts gehen und sich sehr genau anschauen werden, welche Aufgabe wir in Zukunft nicht mehr machen werden, von welcher Aufgabe man sich trennen kann, wo sich das Land zurückziehen kann. Wir werden das aber in verantwortungsvoller Weise tun und nicht Projekte von heute auf morgen absterben lassen, sondern Brücken bauen. Deswegen geht manches nicht in 2011, sondern wird erst ab 2012 auf die Schiene gesetzt.

Die dritte Säule sind Investitionen in die Zukunft. Wir brauchen die Entlastung der Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen. Für uns ist wichtig: Vorbeugen ist besser als Heilen. Das war übrigens einhellige Meinung aller Fraktionen im Abschlussbericht der Enquetekommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für eine effektive Präventionspolitik in Nordrhein-Westfalen im Jahre 2010. Die Enquetekommission hat am Ende erklärt – übrigens mit Unterschrift von uns allen im Landtag –: Präventionsprogramme rechnen sich, helfen langfristig, Geld zu sparen, und sind deutlich preiswerter als spätere Interventionen.

Hier kann man nur sagen: Die Enquetekommission hat den richtigen Weg gewiesen. Diesen Weg werden wir einschlagen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dass insbesondere Investitionen in den Bildungs-
bereich im Zentrum stehen müssen, steht hoffentlich in

diesem Hause außer Frage. Lieber Herr Kollege Papke, manchmal sollte man dem eigenen Parteifreund zuhören. Ich zitiere Christian Lindner, der ja früher einmal in diesem Hause war, in der „Rheinischen Post“ vom 28. Januar:

„Die Zeit drängt aber, weil die Schuldenbremse bei den Ländern zum Strick werden könnte, an dem die Bildung aufgehängt wird. Die Länder haben schließlich kaum andere Einsparmöglichkeiten als bei der Bildung. Dazu darf es aber nicht kommen.“

Ich kann nur sagen: Die Schuldenbremse darf keine Bildungsbremse werden. Dafür werden wir in diesem Land sorgen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Gunhild Böth [LINKE])

Dass diese Politik der richtige Weg ist, um die Schulden auf null zu bringen, nämlich indem wir dafür sorgen, dass teure Reparaturausgaben nicht mehr anfallen, die Ausgaben damit sinken und gleichzeitig die Wirtschaftskraft und die Einnahmen steigen, das werden wir gerne in diesem Hause und, wenn Sie möchten, auch in einem Wahlkampf draußen mit den Bürgerinnen und Bürgern zur Debatte stellen. Ich bin mir sicher, dass dieser Weg für Nordrhein-Westfalen der richtige ist. Diesen Weg werden wir weiter beschreiten. – Vielen Dank.

(Langanhaltender Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, nun hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Krautscheid das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter Krautscheid.

Andreas Krautscheid (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerpräsidentin Kraft, sollten sich – wir wollen es ja nicht ausschließen – für irgendwelche Menschen in Nordrhein-Westfalen mit Ihrer Regierungsübernahme im letzten Jahr Wünsche, Hoffnungen oder Erwartungen verbunden haben, dann sind die spätestens heute Morgen bitter enttäuscht worden.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Die ersten 25 Minuten haben Sie die Rede gehalten, die wir eigentlich heute Vormittag von Ihrem Finanzminister erwartet haben:

(Beifall von der CDU und von der FDP)

viel Klein-Klein und Entschuldigungen, warum man nicht sparen kann oder will.

Ich will eine Bemerkung vorwegschicken, weil die tiefer geht als die Finanzthemen: Sie haben heute erneut – das zieht sich durch Ihre Äußerungen,

auch heute in der „Süddeutschen Zeitung“ – ein bemerkenswertes Rechtsverständnis erkennen lassen, nämlich die spürbare Larmoyanz durch die innere Abwehr gegen den Spruch aus Münster. Das ist der erkennbare Widerwille, sich von Richtern auf den verfassungsgemäßen Weg zurückverweisen zu lassen. Sie sind heute Morgen wieder hart an der Kante entlang gesegelt und haben uns davor gewarnt, unsere verfassungsmäßigen Rechte wahrzunehmen.

Frau Ministerpräsidentin, es geht nicht darum, Ihren politischen Gestaltungsspielraum einzuengen, sondern es geht darum festzustellen, dass Sie Ihren Gestaltungsspielraum in verfassungswidriger Art und Weise missbraucht haben.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Widerspruch von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft – Ministerin Sylvia Löhrmann: Quatsch!)

Darum geht es. Das ist unser gutes Recht.

Das ist Ihr erster eigener Haushalt. Damit ist also auch das Märchen von der Erblast ab heute beendet.

(Minister Ralf Jäger: Das hätten Sie gerne!)

Es ist schon sehr erstaunlich, was sich in den letzten sieben Monaten seit Ihrer Regierungsübernahme getan hat. Ob es Ihre Amtsführung ist, ob es die Finanzen, die Wirtschaft oder die Arbeit sind – man kann über die Regierungszeit der letzten sieben Monate eigentlich nur eine Überschrift setzen: Das Markenzeichen dieser Landesregierung heißt „rapider Vertrauensverlust“.

(Beifall von der CDU)

Frau Kraft, Münster ist nicht nur für Ihren Finanzminister peinlich, sondern es passiert viel mehr. Es ist nämlich so, dass Ihnen in diesen Tagen quasi der geistige Überbau über Ihre Finanz- und Ihre Regierungspolitik unter den Fingern zerbröselt.

(Widerspruch von der SPD)

Wir haben in den letzten Tagen ein bemerkenswertes Wendemanöver erlebt; Zickzack kann man es nennen. Erst platzieren Sie den Marketingbegriff der sozialpolitischen Vorsorge, der letztlich nur eine Tarnkappe für fehlenden Sparwillen darstellt. Denn Sie wollen aus zwei Gründen nicht sparen: Zum einen wissen Sie ganz genau, dass Sie ohne horrend neue Schulden Ihre Wahlversprechen nicht erfüllen können. Zum Zweiten wissen Sie: Wenn Sie anfangen zu sparen, gehen Ihre Hilfstruppen auf der Linken zum Teufel.

(Alle Plätze der Abgeordneten der LINKEN sind leer. – Zuruf von der CDU: Die sind schon weg! – Heiterkeit von der CDU und von der FDP – Weitere Zurufe)

– Die sind schon auf der Flucht, jawohl.

(Bärbel Beuermann [LINKE] [auf dem Weg zu ihren Platz]: So kann man sich irren!)

Meine Damen und Herren, wir haben das Lied heute Morgen wieder gehört. Sie haben 20 Minuten lang begründet, warum Sie nicht sparen können. Sie haben eigentlich gesagt, dass Sie nicht sparen wollen.

In den letzten Tagen passierte Folgendes: Nach Münster stellt sich in den Interviews immer drängender die Frage nach dem Sparwillen. Dann haben Sie wohl gedacht, ich muss irgendwie die Ecke flankieren und abpuffern, und dann haben Sie mitgeteilt, Sie wollten jetzt doch ein bisschen sparen, einige Dinge für die Galerie. Und dann haben Sie einige Dinge ins Feld geführt, die ich gegenüber dem Parlament nur als Volksverdummung und als Unverschämtheit bezeichnen kann.

(Beifall von der CDU)

Ich nehme ein Beispiel aus dem Interview im „Spiegel“ vom 7. Februar 2011, in dem Sie nach Ihren Sparanstrengungen gefragt werden. Da teilen Sie mit, dass Sie zum Beispiel beim digitalen Polizeifunk 60 Millionen € einsparen könnten. Jetzt legen Sie uns einen Haushalt auf den Tisch, in dem wir statt 60 Millionen € noch 30 Millionen € finden. Und dabei steht die Bemerkung: „wegen verzögertem Mittelabfluss“.

(Zuruf von der CDU: Unglaublich!)

Meine Damen und Herren, so sehen Sparbemühungen aus: Sie geben das Geld nur später aus. Das ist Volksverdummung, die Sie betreiben.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU und von der FDP)

Das führt zu dem massiven Vertrauensverlust, den Ihre Regierung zu konstatieren hat und der sich durch viele Themen zieht. Ich kann verstehen, dass man nach sieben Monaten – vor allen Dingen, wenn man so unerwartet ins Amt gekommen ist wie Sie –

(Heiterkeit von der CDU)

seinen Stil noch nicht richtig gefunden hat.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft verlässt die Regierungsbank. – Dr. Jens Petersen [CDU]: Angenehmen Feierabend! – Weitere Zurufe)

Es ist doch normal, dass eine Regierung erst ihren Repräsentationsstil und die Art ihres Außenauftritts finden muss.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Sie haben die Macht verloren, bevor Sie das gefunden haben! – Weitere Zurufe)

– Herr Körfges, wenn Sie dazwischenrufen, will ich Ihnen ein Beispiel aus einem Bereich nennen, der mir sehr wichtig ist. Man könnte sagen, es handele

sich um eine Petitesse, aber daran zeigt sich der fehlende Stil dieser Landesregierung.

(Minister Ralf Jäger: Fehlender Stil? Bei uns?)

Auf der Berlinale war Sonntagabend einer der Top-abende. Zum ersten Mal seit vielen Jahren hatte dort ein nordrhein-westfälischer Film Premiere: Pina Bausch – eine großartige Hommage an eine nordrhein-westfälische Künstlerin von Wim Wenders.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: „Pina“ heißt er!)

Der Bundespräsident war im Saal bei der Premiere. Die Bundeskanzlerin war im Saal bei der Premiere. Und Frau Kraft war beim Abendessen in der Landesvertretung. Das ist stilllos. Das ist eine verschenkte Chance für das Land Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich habe wahrlich – Herr Körfges, wir beide haben uns oft darüber unterhalten – schöne Stunden zum Thema Imagekampagne in diesem Saal, wenn auch auf einer anderen Bank, verbracht. Deswegen weiß ich, dass das oft ein schmaler Grat ist. Frau Kraft, Sie haben eben die Petersberg-Konferenzen angesprochen.

Dazu sage ich Ihnen Folgendes, weil es mich traurig macht: Man kann über die Themen und die Schwerpunkte, die eine Regierung setzt, immer streiten. Uns war das Thema Benelux wichtig. Deswegen haben wir Konferenzen veranstaltet. Nehmen Sie es bitte zur Kenntnis: weil es wichtig für Nordrhein-Westfalen war. Das Ergebnis dieser jahrelangen Bemühungen und auch von diesen Konferenzen war, dass die Regierungschefs von den Niederlanden, von Belgien und von Luxemburg auf den Petersberg gekommen sind, um Nordrhein-Westfalen in den neuen Beneluxvertrag als Partner aufzunehmen. Das ist ein außenpolitischer Erfolg.

(Minister Guntram Schneider: Stimmt nicht!)

Bitte nehmen Sie diesen Ball auf! Wir wären froh, wenn Sie daran weiterarbeiten würden und dieses Feld nicht so brach liegen ließen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Krautscheid, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche.

(Andreas Krautscheid [CDU] winkt ab.)

– Keine Zwischenfragen.

Andreas Krautscheid (CDU): Ich will einen weiteren Punkt ansprechen, der persönliche Repräsentation und Stil angeht, was auch mir viele schöne Stunden in diesem Raum beschert hat. Ich sage noch einmal: Man kann darüber diskutieren. Aber ich finde, man sollte das Parlament dabei nicht an

der Nase herumführen. Ich rede von der eben von Frau Kraft verteidigten „TatKraft“.

(Minister Ralf Jäger: Ei, ei, ei!)

– Herr Jäger, ich habe mit großer innerer ...

(Minister Ralf Jäger: Unglaublich! Jetzt sind wir aber auf einem Niveau! Das kann ich nicht nachvollziehen!)

– Ich sage Ihnen gleich, warum ich das erwähne. Mir geht es nicht um das Geld, sondern um die Einstellung dahinter. – Herr Jäger, ich habe mit großer innerer Bewegung in einer unserer großen Regionalzeitungen gelesen, dass Frau Kraft am letzten oder vorletzten „TatKraft“-Tag in einer Arztpraxis selbst ein Pflaster aufgeklebt hat.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] – Zurufe von der CDU und von der FDP: Ui! – Weitere Zurufe)

Das hat mich sehr berührt. – Man kann darüber nachdenken, ob es schlechter Stil ist, eine Parteikampagne übergangslos mit Steuergeldern weiterzufinanzieren.

(Minister Ralf Jäger: Ach Gott! – Weitere Zurufe)

Aber, Frau Kraft, eines akzeptiere ich nicht, und das ist Ihre Begründung.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth)

Da führen Sie uns – vorsichtig ausgedrückt – an der Nase herum. Sie sagen, Sie bräuchten die 20.000 € pro Tag, um die Bürgerkontakte herzustellen.

(Zustimmung von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Nein, die 20.000 € brauchen Sie, um abends eine Veranstaltung zu machen, auf der Sie der interessierten Öffentlichkeit darüber berichten, wie es in der Arztpraxis war.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Ach, Quatsch!)

Die Wahrnehmung von Bürgerkontakten, die Wahrnehmung von Arbeitnehmerwirklichkeit in diesem Land ist ein selbstverständlicher Teil Ihres gut bezahlten Jobs.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Dafür brauchen Sie keine 20.000 €!

(Minister Ralf Jäger: Ihre Häppchenkongresse mit Sekt waren teurer! Das ist stilllos, Herr Krautscheid!)

Dieser Vertrauensverlust zieht sich durch alle Ressorts. Wir haben heute Morgen ein gutes Beispiel gehabt. Herr Walter-Borjans, ich weiß, dass Sie verdammt viele schwierige Baustellen haben. Davor habe ich auch Respekt. Man muss es nicht gut ge-

funden haben; aber wenn Helmut Linssen den Haushalt eingebracht hat, hat er nicht wie Sie heute Morgen wie ein deprimierter Buchhalter geklungen.

(Lachen von der CDU – Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist unverschämt!)

Das war anders.

(Beifall von der CDU)

Es war eine politische Linie erkennbar. Ich finde bei aller Wertschätzung, man spürt Ihnen immer noch an, dass Sie diesen Job eigentlich nicht wollten, sondern dass Sie etwas anderes eigentlich lieber gemacht hätten.

(Beifall von Christian Weisbrich [CDU])

Sie mussten den Job übernehmen, weil sich kein anderer gefunden hat.

(Lachen von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft – Minister Ralf Jäger: Sie haben doch Phantomschmerzen, Herr Krautscheid!)

Ich finde, man merkt Ihnen sympathischerweise gelegentlich an, dass Sie sich bei dieser Schuldenorgie persönlich unwohl fühlen. Man merkt Ihren Reden hier im Parlament wirklich an, dass Sie das eigentlich nicht schätzen.

(Beifall von der CDU)

Deswegen habe ich eine Bitte, die ernst gemeint ist, weil ich Sie persönlich schätze:

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Er soll zu Ihrer Partei übertreten!)

– Sie wissen, dass ich da genau trenne.

Wenn wir uns ihre Vorgänger im Amt anschauen – ob Sie Diether Posser, Herrn Schleußer und auch Helmut Linssen nehmen –, da waren sicher auch Schlitzohren dabei. Aber die Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen genossen bundesweit immer Respekt. Und ich möchte nicht, dass in nächster Zeit der Finanzminister unseres Bundeslandes bundesweit als Lachnummer gilt.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich habe eine Bitte: Wir haben heute Mittag über Agenturmeldung aus Berlin gehört, dass der Bundesfinanzminister angedeutet hat, dass durch weiter erhöhte Steuereinnahmen die Neuverschuldung unter Umständen weiter gesenkt werden kann. Wissen Sie mehr für Nordrhein-Westfalen, als wir heute Morgen gehört haben?

(Zuruf von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans)

Man muss ja nachfragen, wie der Schuldenstand und die Planung gerade sind. Wenn es so ist, dass Sie Anzeichen dafür haben, dass es noch besser läuft, als Sie geplant haben, also mehr reinkommt, sagen Sie es diesem Parlament bald

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das haben wir doch mit der Ergänzungsvorlage gemacht!)

und vergessen Sie nicht, in Münster anzurufen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Dieser Vertrauensverlust zieht sich in den sieben Monaten quer durch alle Ressorts. Wir haben einen Kommunalminister, der die kommunalen Kollegen in den Wahnsinn treibt, indem er Sie einen Tag vor Heiligabend mit einer völlig neuen und für sie katastrophalen Finanzplanung versorgt.

(Minister Ralf Jäger: Wir haben nur die Daten aktualisiert!)

– Bei euch nennt man das Datenaktualisierung.

(Lachen von der CDU)

Reden Sie mal mit den Kämmerern, Herr Jäger. Die sehen das etwas anders.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Wie gesagt: Sie sind dabei, Ihr Vertrauen zu zerstören.

(Minister Ralf Jäger: Sie haben sich nicht getraut! Ihr habt das verpennt!)

Das gilt mit Verlaub zum Beispiel auch für das Ressort Wirtschaft des Kollegen Voigtsberger. Für die Theaterfreunde: Das erinnert mich zunehmend an „Warten auf Godot“. Er ist immer unterwegs, kommt aber nie an.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU)

Man hat dem armen Mann aus koalitionspolitischen Eitelkeiten heraus ein Monsterressort gebastelt. Er kümmert sich um alles, nur nicht ordentlich um die Wirtschaft. Reden Sie mal mit Industrie- und Handelskammern, mit den Handwerkern, mit den Familienunternehmen. Da kommt ein katastrophales Echo auf die Führung dieses Hauses zurück. Der Mann macht seine Termine nach dem Motto: Ich komme ein bisschen später, dafür gehe ich etwas früher.

(Lachen von der CDU)

So ungefähr muss man sich dann auch die Kommunikationsstörungen zwischen Wirtschaft und Regierung in Nordrhein-Westfalen vorstellen. Herr Wirtschaftsminister, ändern Sie Ihre Amtsführung, sonst schaden Sie dem Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Widerspruch von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ich nenne nur einzelne Beispiele aus den letzten Wochen für den Vertrauensverlust auf ganzer Linie. Nehmen wir den verehrten Kollegen Schneider.

Lieber Herr Minister, Sie sind wirklich ein netter Mensch.

(Lachen von der CDU – Minister Guntram Schneider: Wir sind nur nette Menschen, Herr Krautscheid!)

Bei Ihnen bewahrheitet sich wieder die alte Erkenntnis: Minister werden ist nicht schwer, Minister sein dagegen sehr.

(Lachen von der CDU – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Wir wissen, dass Sie sich eine Belohnung dafür verdient hatten, die Gewerkschaften im Wahlkampf bei der Stange zu halten. Ich finde es auch amüsant zu lesen, dass Sie beim heimlichen Rauchen auf der Behördentoilette erwischt worden sind.

(Lachen von der CDU – Minister Guntram Schneider: Ach du lieber Gott!)

Jeder blamiert sich so gut, wie er kann. Aber als Fazit von sieben Monaten Amtsführung bei Ihnen kann ich eigentlich nur Folgendes sagen – das muss man ehrlich konstatieren –: 1. Mai kann der Mann super. Sein Problem sind nur die anderen 364 Tage im Jahr.

(Lachen und Beifall von der CDU und von der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was haben wir heute Morgen erlebt? Einen Haushalt, der schon Altpapier ist, einen Überbau, der massiv bröseln und keine Ideen erkennen lässt. Man missachtet Hinweise des obersten Gerichts, man täuscht mit Marketingtricks über fehlenden Sparwillen hinweg, die Häuser werden schlecht geführt.

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Welche Häuser?)

Meine Damen und Herren, die Zeit ist längst vorbei, sich auf Startschwierigkeiten berufen zu können.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft begibt sich von ihrem Platz zum Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion Norbert Römer.)

– Jetzt organisiert die Ministerpräsidentin gerade eine Gegenrede. Darauf freue ich mich auch schon.

(Lachen von der CDU – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Nicht von sich auf andere schließen!)

Dieser Landesregierung hat die Presse im Herbst attestiert, sie hätte schwach angefangen. Heute kann man sagen: Sie hat danach stark nachgelassen.

(Lachen von der CDU)

Unter dem Strich kann man leider sagen: Diese Landesregierung wird in schwieriger Zeit ihrer Aufgabe nicht gerecht. Der beste Beweis dafür ist dieser Haushalt.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, da das meine letzte Rede in diesem Parlament ist

(Zurufe von der SPD: Oh! – Minister Ralf Jäger: Das sind Reden, die ich nicht vermissen werde!)

– ich nehme Ihre Enttäuschung als Kompliment; Sie werden das verstehen –,

(Beifall von der CDU)

will ich noch etwas sagen: Bei all denen, denen ich bei diesen Raufereien, die ich sehr geschätzt habe, versehentlich zu feste auf die Füße gestiegen bin, entschuldige ich mich. All diejenigen, denen ich absichtlich feste auf die Füße gestiegen bin, bitte ich um Verständnis. Das gehört aus meiner Sicht dazu.

(Britta Altenkamp [SPD]: Immer wieder gerne!)

Ich habe vielen zu danken, die trotz aller Auseinandersetzungen hier nachher immer noch in der Lage waren, gemeinsam mit mir in der Landtagskantine zu Mittag zu essen. So soll es sein.

Ich wünsche mir für das Parlament, das ich wirklich sehr schätzen gelernt habe, dass es lebendig bleibt und dass es gute Debatten führt. Ich wünsche viel Glück. Ihr werdet es euch noch verdienen müssen, und die werden es brauchen. – Danke schön.

(Langanhaltender Beifall von der CDU und von der FDP – Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke schön, Herr Krautscheid. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Körfges.

Hans-Willi Körfges (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Krautscheid, wir Rheinländer müssen zusammenhalten: Ich weiß, in welcher Jahreszeit Sie Ihre angeblichen Ausführungen zum Haushalt gehalten haben. Das war jahreszeitlich angemessen und zeigt, dass Sie sicherlich, was das Unterhaltungsniveau angeht, eine gewisse Qualität haben, beweist allerdings auch eins, und zwar sehr deutlich: Sie wollten nicht zum Haushalt reden – das haben Sie gut gemacht –, denn davon haben Sie keine Ahnung, sehr geehrter Herr Krautscheid.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Darüber hinaus will ich noch auf ein paar andere Dinge, die angesprochen worden sind, eingehen. Herr Krautscheid hat zumindest – das will ich ihm nicht nehmen – versucht, im Ansatz mal andere Politikfelder zu streifen nach dem Motto: Wenn wir uns

mit dem Haushalt schon ein bisschen schwertun, dann reden wir mal über das eine oder andere.

Mich hätte gefreut, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir uns an dieser Stelle zum Beispiel hätten unterhalten können über das, was die Regierung und die sie tragenden Fraktionen im Bereich des Kommunalwirtschaftsrechts auf den Weg gebracht haben – da haben wir nicht nur Dinge in Ordnung gebracht, da haben wir ganz aktiv für unsere Kommunen etwas gemacht –, oder aber über das LPVG; ich bin sehr dankbar, dass Signale auch aus Richtung der CDU kommen, dass da viele Ansätze gesehen werden.

Sie haben es vorgezogen, sich in Dingen zu ergehen, die ich für ausgesprochen schwierig halte. Über die Petersberger Veranstaltungen und den Kostenaufwand ist etwas gesagt worden. Wir haben zu unseren Oppositionszeiten immer etwas zu Repräsentationsaufwendungen gesagt. Ich kann nur ausführen: Die Ministerpräsidentin hat an der Stelle vorbildlicher Weise Zeichen gesetzt, und anders als Sie in Ihrer Regierungszeit hat diese Regierung da gespart und macht jetzt so etwas wie „TatKraft“.

Dass der Kollege Papke davon keine Ahnung hat, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann ich nachvollziehen. Da geht es um Arbeit, und dafür scheint er kein Spezialist zu sein.

(Beifall von der SPD)

Darüber hinaus geht es darum, die Nähe zu den arbeitenden Menschen in unserem Land nicht nur zu imitieren, wie Sie das immer versucht haben, sondern für einen gewissen Zeitraum durch Übernahme von Tätigkeiten auf Augenhöhe dann auch die notwendigen Erkenntnisse mit in den politischen Alltag zu nehmen, die wir brauchen, um eine vernünftige Politik zu machen. Das ist eine Veranstaltung, die viele Kolleginnen und Kollegen aus meiner Fraktion auch regelmäßig machen. Vieles von dem, was wir da erfahren, gerade bezogen auf Dinge, die im Haushalt eine Rolle spielen, bezogen auf Bildung, bezogen auf Pflege, bezogen auf Betreuung, haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, offensichtlich nicht erfahren dürfen, weil Sie so etwas nicht machen.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Ich kann nur sagen: Es wäre für Sie hilfreich, sich auch einmal an die Basis zu begeben und auch einmal mit den Menschen, die von unserer Politik betroffen sind, auf Augenhöhe zu reden und nicht immer nur von hier oben, von dem erhöhten Podest aus.

(Armin Laschet [CDU]: Was ist das denn?)

Darüber hinaus will ich an der Stelle zum Haushalt ein paar Dinge sagen, die mir aufgefallen sind, zum Beispiel die vehemente Diskussion über die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, die bis jetzt stattgefunden hat. Wir mussten Sie quasi zu

einer Aussage quälen. Das ist von hier vorne passiert. Herr Laumann hat ein ebenso unbestimmtes wie klar zu vernehmendes Nein, ein „Nee, geht wohl nicht; Störung liegt nicht vor“ hier vorgebracht.

Meine Damen und Herren, wenn das die Form von Finanzpolitik ist, mit der Sie dann unter Umständen auch weiteres juristisches Vorgehen begründen wollen, dann ist das ein bisschen zu leicht, dann ist das ein bisschen zu einfach. Wir haben unbestritten eine Störung der gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtssituation im Jahr 2010. Im Prinzip kann das jeder, der lesen kann und auch den Diskussionen in unterschiedlichen Parlamenten gefolgt ist, begründen, und das ist begründet worden.

Diese Störungslage ist trotz sich abzeichnender deutlicher konjunktureller Belebung noch nicht behoben. Wenn Sie 5,4 % Wirtschaftswachstum im Jahre 2009 einbüßen, dann wieder auf „drei Komma und ein bisschen“ kommen, dann heißt das – da hilft auch ein wenig die einfache Mathematik – noch lange nicht, dass die Störung wieder beigelegt ist. Im Gegenteil: Es gibt deutliche Indizien dafür, dass die Störungslage nach wie vor besteht. Da bitte ich zum Beispiel bei den Steuereinnahmen und auch bei dem, was Sie uns hinterlassen haben, doch einmal genau hinzuschauen.

Lassen Sie mich jetzt einfach mal ein bisschen Revue passieren, was in fünf Jahren schwarz-gelber Regierungsverantwortung hier bezogen auf die Entwicklung des Schuldenstands stattgefunden hat. Sie haben übernommen – da will ich mich mit Ihnen jetzt wirklich nicht um kleine Millionenbeträge streiten, obwohl wir es alle zusammen nötig hätten, uns gerade um die kleineren Beträge zu kümmern – bei round about 106,5 Millionen €, Sie haben hinterlassen, obwohl Sie die steuerstärksten Jahre in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen in dieser Regierungszeit hatten, einen Schuldenstand von 130 Millionen € – und das, meine Damen und Herren, bei Voraussetzungen, wie es keine andere Regierung, besonders nicht die Regierung, der Sie gefolgt sind, gehabt hat.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dann hinterlassen Sie uns eine mittelfristige Finanzplanung – und es grenzt beinahe an Unverschämtheit, was hier eben erzählt worden ist; der von Ihnen so respektierte und auch mit Ehrentiteln belegte ehemalige Finanzminister selbst hat das schwarz auf weiß hinterlassen, nach der Sie auf Dauer die Schuldengrenze der Verfassung nicht werden erreichen können. Sie sind immer oberhalb von 6 Milliarden € in den Prognosen von Helmut Linssen geblieben.

Wissen Sie, was Herr Linssen gemacht hat? Ganz spannend; dazu rate ich nicht vor Verfassungsgerichten. Der hat sich dann irgendwann im Jahr 2007 überlegt: Mit der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts – damals war es ein größeres

Problem, das zu erklären – klappt das nicht. Dann haben wir die Figur der objektiven Unmöglichkeit – Herr Kollege Weisbrich verbreitet sich darüber gern mal – von einem Wissenschaftler kennengelernt nach dem Motto: Wir versuchen erst gar nicht, die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts hier in Erwägung zu ziehen, wir versuchen auch nicht, die Schuldengrenze einzuhalten, wir erfinden mal eine neue, juristisch bis dahin noch nicht akzeptierte Figur, nämlich die Figur der objektiven Unmöglichkeit.

Meine Damen und Herren, das ist nicht vorbildlich. Das verdient keinerlei Respekt. Das war einfach eine sehr plumpe Art und Weise, sich seinerzeit an einer Problematik unseres Haushalts vorbeizudrücken.

Sie deuten an, Sie wollten wieder Verfassungsgerichte anrufen. Das ist Ihr gutes Recht. Das haben wir gemacht. Das können Sie sicherlich wieder machen. Nur, lassen Sie sich vielleicht ein paar Dinge mit auf den Weg geben: Wenn Sie allen Ernstes behaupten, dass Sie 2,2 Milliarden € aus dem Haushalt zusätzlich einsparen können, hier aber nicht die Spur, nicht den Hauch einer Andeutung machen, wie das bitte konkret gehen soll, verbessert das nach meiner Ansicht nicht Ihre Chancen, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei einer gerichtlichen Prüfung standhalten zu können.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich kenne es selber: Wir haben gegen die Vorgänger-Landesregierung eine ganze Reihe von Verfahren mitgetragen und zum Teil auch angestrengt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Kann man dabei eine Erfolgsgeschichte mitnehmen, baut einen das ein bisschen auf. Aber, bitte, vertun Sie sich nicht. Das hat nichts mit fehlendem Respekt vor dem Gericht zu tun, sondern mit unserem Job: Prozesshantselei, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist kein Politik-Ersatz. Und wer Realitätsverweigerung betreibt, hat keine Haltung, sondern befindet sich in einem Zustand, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Von daher sind Sie in haushaltsrechtlichen Fragen erst dann wieder satisfaktionsfähig ... Herr Laumann hat sich schon verzogen, das würde ich an seiner Stelle auch tun; vielleicht sucht der die 2,2 Milliarden € Einsparmöglichkeiten irgendwo, die er uns versprochen hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie kommen uns mit einem Betrag von 2,2 Milliarden €, den Sie aus dem Haushaltsentwurf der Landesregierung zusätzlich zu den von Ihnen kritisierten 1,1 Milliarden € sparen wollen. Wenn Sie damit um die Ecke kommen, müssen Sie wirklich ein paar Andeutungen machen. Ich verlange keinen Alternativhaushalt. In Regierungsverantwortung haben Sie „Haushalt“ nicht gekonnt. Ich glaube, das wird in der Opposition auch nicht besser. Wenn Sie aber hingehen und

uns jede Andeutung schuldig bleiben, wie Sie das, bitte, machen wollen, kann ich nur sagen: Das ist womöglich auch respektloser Umgang, und zwar mit den Kolleginnen und Kollegen hier.

Wir haben Respekt vor der Aufgabe, die wir übernommen haben. Das gebietet dann natürlich auch, dass man mit den Ressourcen, die einem zur Verfügung gestellt sind, sorgsam umgeht. Bezogen auf das, was wir uns vorgenommen haben, ist das tatsächlich von einer neuen Denke geprägt. Die Art und Weise, wie Sie das bekämpfen, zeigt, worum es Ihnen geht: Das, was Sie als Privat-vor-Staat-Doktrin vor sich hergetragen haben, war für unser Land keine Medizin, sondern das war auch für den Haushalt unseres Landes das reine Gift, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das haben die Bürgerinnen und Bürger gemerkt. Sie haben die Auswirkungen dieser Politik zu spüren bekommen. Vor allen Dingen unserer Kommunen haben gesehen, was sie von „Privat vor Staat“ hatten; denn Ihre angeblichen Einsparerfolge sind eine ganz plumpe Art von Verschieberei von Lasten und Verantwortung auf andere ohne gleichzeitigen Kostenausgleich gewesen.

Eben ist hier von „Konnexität“ die Rede gewesen. Verfolgen Sie einmal, welche Stellen Sie angeblich eingespart haben, werden Sie feststellen, dass ganz viele dieser Stellen nicht mehr beim Land geführt werden. Die liegen jetzt bei den Kommunen. Auch die Aufgaben liegen bei den Kommunen. Nur haben Sie leider an der falschen Stelle gespart, nämlich dann, wenn es darum ging, den Aufgaben und dem Personal gegebenenfalls auch die nötigen Finanzmittel folgen zu lassen. Auf die Art und Weise spart man nicht ein, sondern auf die Art und Weise belastet man die Kommunen, die Teil unserer Landesverantwortung sind, zusätzlich.

Ein weiteres Beispiel: Enthält man den Kommunen 300 Millionen € vor, ist das zwar sparsame Politik, erhöht aber das strukturelle Defizit bei den Kommunen. Wir haben auf Grundlage eines Antrags der lieben Kolleginnen und Kollegen von der CDU eine spannende und interessante Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss gehabt. Dort hat sich tatsächlich ergeben, dass alle Sachverständigen das strukturelle Defizit unseres Landeshaushalts rund und roh bei 5 Milliarden € gesehen haben. Bezogen auf die Aufgaben, die wir haben, bedeutet das: Es fehlen 5 Milliarden € pro Jahr.

Das strukturelle Defizit unserer Kommunen – der Herr Innen- und Kommunalminister könnte es Ihnen genau vorrechnen – liegt bei über 2,4 Milliarden €. Das heißt: Land und Kommunen befinden sich in einer Schicksalsgemeinschaft Seite an Seite. Das, was Sie mit Ihrer Finanzpolitik versucht haben, war, sich auf Kosten der Kommunen einen schlanken Fuß zu machen. Das mit dem schlanken Fuß hat nicht geklappt, aber den Kommunen haben Sie richtig geschadet, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Was wir jetzt im Haushalt angehen, soll dazu beitragen, mittel- und langfristig tatsächlich Entlastungswirkungen zu spüren, und zwar auch in unserem Haushalt.

Wie gesagt: Ich kann es gerade vonseiten der FDP verstehen, dass der Ansatz des vorsorgenden Sozialstaats von Ihnen hier verunglimpft wird, weil die große Gefahr besteht, dass das funktioniert. Und wenn das funktioniert, ist Ihre neoliberale Denke beweiskräftig ad absurdum geführt.

Eins ist doch klar: Das, was Sie in den letzten Jahren exerziert haben, hat dazu geführt, dass die Strukturen in unserem Lande gelitten haben, hat aber nicht dazu geführt, dass das strukturelle Defizit auch nur annähernd gesunken wäre. Ganz im Gegenteil! Ich will die Nummer mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz nicht noch einmal auskosten. Nur, liebe Kolleginnen und Kollegen: Das, was wir an Mehraufwendungen für die Zukunft verlangen und auf den Weg bringen wollen, kostet exakt – Sie können es im Haushalt nachlesen – 1,1 Milliarden €.

Das, was Sie Hoteliers und reichen Erben hinterhergeworfen haben, summiert sich bezogen auf die Wirkungen in Nordrhein-Westfalen auf einen Betrag, der auch über 1 Milliarde € liegt. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der FDP, wir fördern lieber Chancengleichheit, junge Talente, Intelligenz in unserem Land, ehe dass wir das Geld zur Unzeit dann als Fördermaßnahme für Leute rausschmeißen, die es nicht nötig haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Da befinden wir uns an einer ganz wichtigen Stelle. Hier bekenne ich mich auch eindeutig zu unserer Mitverantwortung als der die Landesregierung mittragenden SPD-Fraktion. Ich glaube – das hat auch die Expertenanhörung ergeben –, dass die Sparpotenziale insbesondere vor dem Hintergrund von steigenden Pensionslasten und von allein durch Tarifierhöhungen steigenden Personalaufwendungen beschränkt sind. Sie sind im Haushalt zwar gegeben. Man kann aber nicht einfach mit der großen Kelle kommen und mal eben 2,2 Milliarden € abschöpfen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielmehr muss man sich der Mühe unterwerfen – Frau Prof. Dr. Färber hat es bei der Anhörung sehr schön auf den Punkt gebracht –, sich in jedem Fachausschuss und jedem Fachressort wirklich auch die kleinen Dinge genau anzugucken; denn so große Brocken sind nicht wegzusparen.

Wie bekommen wir das strukturelle Defizit tatsächlich gesenkt? Ich kann Ihnen zwei Dinge sagen. Zum einen wird diese Landesregierung – deshalb ist es für Nordrhein-Westfalen ein echter Gewinn, dass es zum Regierungswechsel gekommen ist – Steuergeschenken an Privilegierte nicht mehr zustimmen. Damit haben Sie im Bundesrat keine Chance. Das heißt aber nur, Schlimmeres zu verhindern. Wenn wir auf Dauer zu einem Ausgleich in un-

seren Haushalten kommen wollen, müssen wir uns deshalb zum anderen auch die Einnahmenseite sowohl hier in Nordrhein-Westfalen – bei aller Begehrtheit der Möglichkeiten – als auch gerade in Berlin anschauen.

Nachhaltige Finanzpolitik macht auch bezogen auf Prävention Sinn, finde ich. Wenn wir in junge Menschen investieren, vermeiden wir soziale Reparaturkosten und erhöhen gleichzeitig die Chance, dass diese jungen Menschen durch eine gute Ausbildung irgendwann auch zu guten Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern werden. Sie werden dann sicherlich mit Freude ihren Teil an den Verpflichtungen für die Allgemeinheit tragen.

Sie machen es umgekehrt. Sie verschleudern zugunsten Weniger das Geld der Allgemeinheit und machen dann mit Steuersenkungen Politik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen den Ausbau der U3-Betreuung. Wir wollen Qualität und Beitragsfreiheit für die Kitas.

(Dr. Gerhard Papke [FDP] erhebt sich, geht in Richtung Ausgang und nimmt in der hintersten Reihe der FDP-Fraktionsbänke wieder Platz.)

– Ich weiß, dass dem Kollegen Papke jetzt die Lust an der Debatte vergeht. – Wir wollen den offenen Ganzttag fördern. Wir wollen mehr Schülerbeförderungskosten übernehmen. Wir wollen die Abschaffung von Studiengebühren. Wir wollen den Kinder- und Jugendförderplan erhöhen. Außerdem wollen wir unseren Kommunen helfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, darüber streiten wir gerne mit Ihnen. Aber eins machen wir mit Sicherheit nicht: Wir lassen uns bei Haushaltsberatungen nicht auf das Niveau pseudohumoristischer Abschiedsreden herunter. Wir versuchen auch nicht, mit plumpen ideologischen Vorstellungen die Menschen in Nordrhein-Westfalen über die Realitäten in unserem Haushalt hinwegzutäuschen. – Ich bedanke mich.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Körfiges. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Von der heutigen Debatte bin ich schon ein bisschen beeindruckt. CDU und FDP haben in der Sache nichts beigetragen; das muss man sehr deutlich sagen. Es hat mich auch überrascht, welche Beispiele Sie angeführt haben, um die Ministerpräsidentin zu diskreditieren, wie das beispielsweise eben in dem Beitrag von Herrn Krautscheid versucht wurde.

Ich nehme zunächst einmal dieses Beispiel mit dem Abendessen. Kollege Klocke, der auch in Berlin zu gegen war, hat mir versichert: Es ging darum, dass die Ministerpräsidentin mit den führenden Filmschaffenden aus Nordrhein-Westfalen in der Landesvertretung zusammengesessen hat. Es gab auch nicht nur eine Uraufführung von „Pina“. Vielmehr fanden während der Berlinale insgesamt fünf Aufführungen statt. Da hat die Ministerpräsidentin die Gelegenheit genutzt, um mit den führenden Filmschaffenden in Nordrhein-Westfalen zusammenzusitzen. So viel zum Niveau von Herrn Krautscheid an dieser Stelle!

Dann wurde angefangen, hier Dönekes aus den Ministerien zu erzählen und zu schildern, wo und wie mit Mitarbeitern schlecht umgegangen worden ist. Jemand aus der gleichen Partei wie Finanzminister Schäuble, der quasi vor der Bundespressekonferenz seinen Pressesprecher entlässt, sollte einmal ganz ruhig sein, was den Umgang mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern betrifft.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

Ich bin auch sehr überrascht, dass ausgerechnet die CDU in diesem Zusammenhang das Wort „täuschen“ vorträgt, obwohl der Bundesverteidigungsminister gerade eine groteske Nummer nach der anderen in der Öffentlichkeit abzieht; die sogenannte Doktorarbeit ist ja nur die Spitze des Eisbergs.

Sehr überrascht war ich natürlich auch, dass die CDU das Wahlergebnis in Hamburg als wegweisend für Nordrhein-Westfalen feiert.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Ja, das finde ich auch! Damit können wir aber leben!)

Ich habe keine Probleme damit, dass die CDU noch einmal zusätzlich 20 % verlieren könnte.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Dann brauchen wir nicht einmal einen Koalitionspartner!)

Es überrascht mich aber schon sehr, in welche Schubladen hier einsortiert wird.

Sehr wichtig fand ich den Beitrag der Ministerpräsidentin, weil sie deutlich gemacht hat, worüber wir eigentlich reden. Wir reden nicht über Überschriften, sondern über konkrete Positionen im Haushalt mit konkreten Auswirkungen. Ich will das überhaupt nicht wiederholen; denn genau diese Debatte werden wir haarklein – das verspreche ich allen oder drohe es allen an, die sich der Auseinandersetzung stellen müssen – in jedem Ausschuss rauf und runter führen und das Ganze in einer sehr ausführlichen Anhörung im Haushaltsausschuss diskutieren. Wir werden jeden Punkt durchgehen und die Opposition und jeden Beteiligten fragen: Soll das gemacht werden, oder soll es nicht gemacht werden? – Wir werden uns nicht mehr damit abspeisen lassen, dass Leute wie Herr Laumann hier sagen: „Ach, das geht alles; warten Sie einmal ab; das geht schon“, während kein einziger – ich betone: bis heute weder hier noch im

Haushaltsausschuss auch nur einziger – Antrag auf den Tisch gelegt wird, wie es gehen soll.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Es ist zwar schon mehrfach gesagt worden; ich will aber noch einmal auf die mittelfristige Finanzplanung von Herrn Linssen hinweisen. Er hat 6,6 Milliarden € bis 2013 fortgeschrieben. Das ist von der FDP mit beschlossen worden, Herr Kollege Papke. Ich weiß gar nicht, wie Sie das wegdiskutieren können. Das ist die Realität, mit der Sie nach Hause gegangen sind. Sie haben gesagt: So weit wir blicken können, werden wir keine verfassungsgemäßen Haushalte vorlegen. – Das war die Aussage der alten Landesregierung.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Eins hat mich in Ihrem Beitrag schon fuchtig gemacht, Herr Kollege Papke: Sie sprachen wieder von Spielwiesen. Die Förderung der Betreuung von Kindern unter drei Jahren ist keine Spielwiese, sondern notwendige Voraussetzung für ein vernünftiges gesellschaftliches Zusammenleben in Nordrhein-Westfalen!

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich verwahre mich ausdrücklich dagegen, das als Spielwiese zu deklarieren.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das hat doch keiner gesagt!)

Ferner haben Sie ausgeführt, die Linksfraktion pumpe sich auf. Ich stimme Ihnen in der Analyse durchaus zu. Was Sie hier abziehen, ist aber leider überhaupt nichts anderes.

Ich habe einen Vermerk vorliegen – diesen Vermerk habe ich auch dem Kollegen Weisbrich zugestellt; ich kann ihn auch anderen geben –, in dem Ex-Finanzminister Linssen Mitte des Jahres 2010 festgehalten hat: Die reale Nettoneuverschuldung für 2011 wird 7,3 Milliarden € betragen. – Ich füge hinzu, auf welchem Niveau: 7,3 Milliarden € bei null Mehrausgaben für Personal, also ohne jegliche Besoldungserhöhung! Das ist doch – Sie sprechen immer von Rosstäuscherei oder bezeichnen Herrn Finanzminister Walter-Borjans als Büchsenspanner – Täuschung der eigenen Politik! Das ist an dieser Stelle doch ganz klar. Er ist unterfinanziert, er war unterfinanziert, und er bleibt unterfinanziert.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich lasse es mir an der Stelle auch nicht nehmen, das klarzustellen, weil Sie immer wieder diese Scharmützel betreiben. Heute im Haushaltsausschuss haben Sie erneut versucht, den Finanzminister vorzuführen. Sie haben versucht, ihm anzuflickern, dass er das Parlament nicht ausreichend informiert hätte.

Jetzt schildere Ihnen einmal den Vorwurf. Der Vorwurf lautet, dass er nach dem abgeschlossenen Be-

ratungsverfahren über den Nachtragshaushalt 2010 am 19.01. des Jahres dem Parlament nicht schon ausführlich dargelegt hat, wie der Abschluss für 2010 aussieht.

Der Tagesordnungspunkt, der zu der Debatte geführt hat, war im Übrigen die Unterrichtung des Parlaments durch die Landesregierung über die Anordnung des Verfassungsgerichtshofs, also nicht etwa ein Antrag der FDP-Fraktion oder der CDU-Fraktion.

(Angela Freimuth [FDP]: Das hat auch keiner gesagt!)

Tatsächlich ist es so gewesen, dass Finanzminister Linssen im Jahr 2009 einen dritten Nachtrag für das Jahr 2008 vorgelegt hat, der am 28. Januar 2009 beschlossen werden sollte. Am 20. Januar 2009 hat er auf einer Pressekonferenz vorgetragen, dass die Differenz bei den Ausgaben 661 Millionen € im Vergleich zu den Summen betragen wird, auf denen das Haushaltsgesetzgebungsverfahren beruhen würde. – Ich frage mich: Wo ist der Qualitätsunterschied?

Wir hatten doch für den Haushalt 2010 überhaupt keine Eingriffsmöglichkeiten mehr, aber sehr wohl im Gesetzgebungsverfahren für den dritten Nachtrag. Da hat Finanzminister Linssen dem Parlament ganz bewusst entsprechende Informationen vorgehalten.

Ich füge noch eins hinzu: Ich finde das auch gar nicht so dramatisch, denn: Eine Verbesserung bei den Haushaltsdaten gegenüber vorher ist doch eine gute Nachricht, keine schlechte Nachricht. Sie versuchen immer, aus einer guten Nachricht eine schlechte Nachricht zu machen.

Noch eine Dreistigkeit ist in dem Vortrag von Herrn Papke aufgefallen. Sie, Herr Papke, haben behauptet, wir würden mit dem jetzigen Haushaltsverfahren die Beratungsrechte des Parlamentes überrollen. – Es gab – ich war persönlich anwesend – ein gemeinsames Obleutegespräch im HFA, in dem sich alle Fraktionen auf genau dieses Beratungsverfahren geeinigt haben. Es ist frech und dreist, wenn Sie das hier als Vorwurf im Parlament vortragen.

(Beifall von der SPD)

Und nun zu Münster: Wenn Vertreter einer Regierung, die wegen Online-Überwachung, wegen des Haushaltes 2005, wegen der Wohngeldverteilung, wegen der Sperrklausel, wegen des Einheitslasten-Abrechnungsgesetzes jeweils krachende Niederlagen vor dem Verfassungsgericht kassiert hat, jetzt sagen, wir hätten ein larmoyantes Verhältnis zum Landesverfassungsgericht, dann ist das fast schon ...

Außerdem: Der Fraktionsvorsitzende der CDU hat vorgetragen, wir würden die Gestaltungsspielräume für die Zukunft verbauen. – Ich habe in dem Beitrag vom Kollegen Laumann nur feststellen können: Die CDU will überhaupt nicht gestalten. Sie hat keinen

einzelnen Aspekt genannt, bei dem sie die Politik anders gestalten will als SPD und Grüne in diesem Landtag. Es kann Ihnen ja offensichtlich auch fast egal sein, wie die Gestaltungsrechte für die Zukunft sind. Ich will das aber nicht ins Lächerliche ziehen.

Zu der Abrechnung gehört – ergänzend zu dem, was Kollege Körfges gesagt hat –, dass wir die Verschuldungspolitik von Schwarz-Gelb in den letzten fünf Jahren ausführlich diskutiert haben. Ich möchte trotzdem noch einmal ein Beispiel herausuchen. Wir haben in der letzten Woche sehr ausführlich über das Landesarchiv in Duisburg gesprochen. So viel kann man bereits am heutigen Tag feststellen: Wenn diese, ach so sparsame, ehemalige Landesregierung von FDP und CDU vernünftig gehandelt hätte, wären diesem Land – ohne auch nur den kleinsten Qualitätsverlust – 150 Millionen € an Mehrkosten für das Landesarchiv erspart geblieben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Sie haben dort, wo es Ihnen gepasst hat, wo es ins Bild passte, etwa für das Kulturhauptstadtjahr 2010, Geld zum Fenster rausgepustet, dass es nur so krachte. – Man erinnere sich, wann der Spatenstich stattfand. Am 12. April 2010 fand der Spatenstich für das Landesarchiv statt, und komischerweise war am 9. Mai Landtagswahl. Dieser Spatenstich steht damit natürlich in überhaupt keinem Zusammenhang.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Nein!)

Jetzt so zu tun, als wären Sie die großen Konsolidierer, ist absurd.

(Beifall von den GRÜNEN)

Abschließend möchte ich Ihnen Folgendes ins Stammbuch schreiben, auch wenn es Sie quält: Bei den Konjunkturpaketen I und II und beim Wachstumsbeschleunigungsgesetz sind fortlaufende Steuerentlastungen im Einkommensteuerrecht und in anderen Bereichen von insgesamt 23 Milliarden € beschlossen worden. Das trifft den Landeshaushalt Nordrhein-Westfalen jedes Jahr mit über 2 Milliarden € – 2 Milliarden €, die Sie dem Landeshaushalt entzogen haben, plus 600 bis 700 Millionen € für die Kommunen. Wenn das nicht wäre, hätten wir keine Debatten mehr über das GFG, keine Debatten mehr über die Schiefelage des Haushaltes. Das haben Sie bewusst gemacht. Sie wollten Besserverdienende entlasten.

Wir wollen Studenten und Eltern, deren Kinder Kindertagesstätten besuchen, entlasten und Zukunftsinvestitionen finanzieren. Das ist gesellschaftspolitisch der Unterschied zwischen CDU und FDP auf der einen Seite und SPD und Grünen auf der anderen. Dafür werden wir auch weiter streiten und uns in den Haushaltsberatungen darüber auseinandersetzen.

Eines möchte ich noch hinzufügen, weil Sie immer so tun, als läge keine Störung vor. Kollege Körfges hat eben darauf hingewiesen:

Professor Junkernheinrich hat in seinem Gutachten berechnet, dass die Unterfinanzierung der Kommunen bei 2 bis 2,3 Milliarden € liegt – nur um überhaupt den Status quo retten zu können und die Kassenkredite in den Griff zu bekommen, nicht um neue Investitionen zu finanzieren –, 2,3 Milliarden € an zusätzlicher Belastung. Und dazugenommen die Lasten aus der WestLB, bei denen mit hohen einstelligen Milliardenbeträgen bis zu zweistelligen Milliardenbeträgen gerechnet wird, sollen keine Störungslage für diesen Haushalt sein? Ich weiß nicht, auf welchem Stern Sie unterwegs sind. Ich glaube, die Störungslage ist vorhanden.

Die wirtschaftlichen Bedingungen, auf denen sie beruht, sind ausführlich beschrieben worden. Was die Einnahmeseite anbetrifft, haben die Ministerpräsidentin und der Finanzminister ausführlich Stellung genommen. Ich mache mir das ausdrücklich für unsere Fraktion zu eigen. Und was die sonstigen Störungslagen für dieses Land betrifft, für die CDU und FDP im Wesentlichen die Verantwortung tragen, so kommen die noch hinzu.

Die Störungslage ist gegeben. Wer das bestreitet, ist unredlich.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Mostofizadeh. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Frau Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt ist die Frage, wo anfangen?

Ich will mit dem beginnen, was vielleicht am einfachsten ist, auch wenn der Kollege Krautscheid gerade nicht da ist: Die lebenswerten Spitzen und sprachlichen Feinheiten, manchmal auch die kleinen sprachlichen Grobheiten werden dem Landtag in seinen Beratungen sicherlich fehlen.

(Beifall von Reiner Priggen [GRÜNE])

Als Nächstes zum Kollegen Körfges: Lieber Kollege Körfges, Sie haben eben vorsorgender Sozialstaat versus neoliberales Denken gegenübergestellt. Ich will dazu nur zwei Anmerkungen machen.

Zum einen: Prävention ist – völlig unstrittig – wichtig, ist auch richtig. Es gibt vieles, das im Bereich der Prävention wünschenswert ist.

Aber das muss in Maß und Balance zu den anderen Elementen passen, einer nachhaltigen und sozial verantwortungsbewussten Politik. Es muss in Relation mit dem stehen, was Menschen durch ihre Ar-

beit erwirtschaften, was sie an Mehrwert produzieren.

Deswegen will ich ausdrücklich darauf hinweisen: Für die FDP ist es immer von großer Bedeutung, auch diesen Aspekt in gleicher Weise, wenn man den Präventionsbegriff etwas weiter spannt, zwingend in den Fokus zu nehmen. Das fällt bei all den Diskussionen und Debatten um einen vorsorgenden Sozialstaat gelegentlich herunter.

Wir halten es nach unserer festen Überzeugung für den Ausdruck einer sozial verantwortungsvollen Politik, sich darum zu kümmern, dass die Menschen in unserem Land eine Beschäftigung finden, dass sie Arbeit haben, dass sie ihren Lebensunterhalt selbst ohne den Bezug von staatlichen Transferleistungen bestreiten und ihre Lebensträume durch selbst verdientes und erarbeitetes Geld realisieren und erwirtschaften können.

Dazu war auch – das will ich ausdrücklich sagen – die Maßnahme im Bereich des Familienentlastungsgesetzes – auch Wachstumsbeschleunigungsgesetz genannt – erforderlich.

Im Hinblick auf die Erbschaftsteuerreform haben wir dringend notwendige Anpassungen vorgenommen, die nicht dazu dienten, irgendwelchen großkopfer-ten Erben – was immer dieses diffuse Schlagwort bedeuten mag – etwas Gutes zu tun, sondern es ging ganz entscheidend darum, dass Unternehmensnachfolgen in einer verantwortungsvollen Art und Weise erfolgen können. Der Erbschaftsfall darf nicht dazu führen, dass gerade kleine und mittlere Unternehmen durch die Erbschaftssteuerregelung, wie sie vorher galt und wie sie die Unternehmen belastete, zerschlagen und damit Arbeitsplätze aufs Spiel gesetzt werden.

Das, lieber Herr Kollege Körfges, ist ein wesentlicher Unterschied. Ich wäre sehr dankbar – weil ich genau weiß, dass Sie die Zusammenhänge eigentlich kennen –, wenn wir versuchen könnten, die Debatten hier im Parlament mit einer gewissen Sachlichkeit zu führen.

Deswegen noch eine letzte Bemerkung zu dem Kollegen Körfges: Prozesshanserei ist kein Politikersatz. – Wie wahr, wie wahr! Ich bekenne mich ausdrücklich dazu, dass das Parlament der Haushalts-gesetzgeber ist. In einem demokratischen Rechtsstaat ist es aber – das ist hier gar nicht streitig gestellt worden; ich möchte es der guten Ordnung halber trotzdem erwähnen – nicht nur eine sich ziemende, sondern auch eine gebotene Art, parlamentarische Entscheidungen, die möglicherweise nicht mit der Verfassung in Übereinstimmung stehen, dann von der unabhängigen dritten Gewalt überprüfen zu lassen.

Als Parlament müssen wir natürlich auch mit einem gewissen Augenmerk darauf achten, dass die dritte Gewalt wiederum ihre Kompetenzen nicht überschreitet, was wir zum Beispiel bei der einen oder

anderen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts feststellen konnten. Dort haben wir quasi schon die Gesetzesformulierungen vorgefunden. Das ist sicherlich nicht angemessen.

Ich sage aber ausdrücklich: Bei dem konkreten Rechtsstreit geht es um einen sehr speziellen Fall.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Den meinte ich auch! Ich meinte 2011!)

– Ja, nun. Wir sind noch mitten im parlamentarischen Beratungsverfahren für 2011. Damit fangen wir heute gerade erst an. Ich will die Debatte darüber gar nicht führen; denn sie ist entweder wesentlich zu spät begonnen worden, oder man hätte die vier Wochen auch noch zuwarten können.

Mit Blick auf den Schweinsgalopp des Haushaltsberatungsverfahrens, Herr Kollege Mostofizadeh: Es gibt in der Tat den mehrheitlichen Wunsch, das Verfahren sehr zu beschleunigen. Wir werden im Einzelfall prüfen, ob sich der sehr ehrgeizige und ambitionierte Zeitplan tatsächlich halten lässt. Wir haben natürlich das Interesse, den Haushalt zügig zu verabschieden. Es liegt aber nicht an uns, dass er erst so spät ins Beratungsverfahren gekommen ist. Das Initiativrecht liegt ja – ich habe immer schon bedauert, dass das Initiativrecht ausschließlich bei der Landesregierung liegt ...

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Aber Sie wollen ja gar nicht beraten!)

– Herr Kollege Mostofizadeh, wir werden doch beraten. Es fängt doch jetzt gerade an. Sie sind doch jemand, der immer wieder zu Geduld und Sachlichkeit mahnt. Ich habe an dieser Stelle die herzliche Bitte, wenigstens noch die heutige Debatte abzuwarten, damit wir endlich ins Konkrete einsteigen können.

Eine Anmerkung noch, wenn wir schon bei Ihnen sind, Herr Kollege, zu der heutigen Haushalts- und Finanzausschusssitzung – für all die anderen Kollegen: Wir haben heute Morgen, fleißig, wie wir sind, schon getagt –: Der Vorwurf bzw. die Frage ging doch nicht dahin, ob die Unterrichtung von der CDU oder der FDP beantragt oder erbeten wurde. Ich habe heute Morgen klar gesagt, was meine Fraktion maßgeblich geärgert hat, nämlich: Der Finanzminister hat gegenüber dem Parlament in der Unterrichtung den nicht ganz unerheblichen Sachverhalt, dass der Abschluss für das Etatjahr 2010 ganz plötzlich, unerwartet und zu aller Freude – jedenfalls zu meiner und zur Freude der FDP-Fraktion; ich habe das immer unstreitig gestellt – um 1,3 Milliarden € besser war, nicht erwähnt, obwohl er selber die Information hatte und sie über den Bevollmächtigten bereits dem Verfassungsgericht vorgetragen wurde. Das, lieber Herr Kollege, war unser Kritikpunkt, nicht mehr und auch nicht weniger.

Jetzt hat mich die Frau Ministerpräsidentin gerade darum gebeten, dass der Finanzminister als würdi-

ger Vertreter akzeptiert wird. Dem komme ich gerne nach.

In der verbleibenden Zeit würde ich nämlich gerne in einigen Punkten auf die Bemerkungen der Ministerpräsidentin eingehen:

Zum einen geht es um die schon viel zitierte mittelfristige Finanzplanung, und zwar die alte Fassung, wohlgemerkt, nicht das hübsche Exemplar in der aktuellen Fassung mit der Drucksachennummer 15/1001. Die alte mittelfristige Finanzplanung stammte aus dem September 2009. Wir wollen ja versuchen, mit einer gewissen Seriosität in diese Diskussion einzusteigen. 2009 haben wir in einem völlig anderen, jetzt Gott sei Dank erfreulich positiv veränderten, wirtschaftlichen Umfeld gestanden. 2009 sind wir von Wachstumsprognosen bzw. Schrumpfungprognosen von etwa 5 % ausgegangen. Deswegen ist es doch völlig logisch und nachvollziehbar, dass sich so etwas in einer mittelfristigen Finanzplanung auch zwingend abbilden musste.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist aber nicht der Punkt!)

Dass man bei den jetzigen Prognosen des Wirtschaftsministers – auf Kommando kommt er gerade zu seinem Platz zurück – von 3,4 oder 3,5 % natürlich eine mittelfristige Finanzplanung anders wird beurteilen und einschätzen müssen, das ist doch eine völlig klare Geschichte. Aber wir würden uns alle mit Blick auf die Sachlichkeit einen großen Gefallen tun, wenn wir diese mittelfristige Finanzplanung aus dem September 2009 mit den damaligen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch ins rechte Maß rücken würden.

Der zweite Punkt ist die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Wir haben uns hier schon vielfach darüber ausgetauscht. Sie wissen, dass die FDP-Fraktion und auch ich persönlich nach wie vor davon ausgehen – dafür gibt es ja auch hinreichend Anhaltspunkte, und der Wirtschaftsminister hat unter anderem auch in seinem Bericht ganz wesentliche Faktoren dazu bekanntgegeben –, dass von einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts bei den Parametern mit Blick auf Beschäftigung, auf Wachstum und auf Preisstabilität nun nicht weiter ausgegangen werden kann.

Ich will auch darauf hinweisen, dass auch die jetzige Verfassung die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts nicht als Normalfall begreift. Wenn man sich die Zahlen einmal anschaut – da will ich jetzt gar nicht nur auf die Zahlen von 2005 bis 2010 abstellen, sondern man kann auch die letzten 30 oder 40 Jahre nehmen –, dann wird man feststellen können, dass wir uns nach den Definitionen, die teilweise ja auch zum Thema „Produktionslücke“ im Rechtsstreit zur Begründung der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts vorgetragen

wurden, dann in einer Vielzahl der Jahre immer in einer sogenannten Störungslage befunden haben.

Meine Damen und Herren, die Verfassung hat das aber als Ausnahme definiert. Im Grundsatz und im Normalfall müssen alle Haushaltsgesetzgeber mit ihren Einnahmen auch die Ausgaben decken. Das ist der Regelfall. Nur im Ausnahmefall dürfen überhaupt Schulden, nämlich für Investitionen, aufgenommen werden. Wenn wirklich Störungslagen da sind, nur dann kann auch zur Abwendung darüber hinausgegangen werden.

Die Ministerpräsidentin hat das strukturelle Defizit ebenfalls angesprochen. Ich will hinzufügen: Mit Blick auf die Generationengerechtigkeit ist es für uns alle eine der vorrangigsten Aufgaben, dieses strukturelle Defizit abzubauen. Denn das kann und darf nicht sein. Das ist, lieber Kollege Körfges, auch aus meiner Sicht eine der ganz wesentlichen präventiven Maßnahmen mit Blick auf nachfolgende Generationen. Wir dürfen ihnen eben nicht eine exorbitante Schulden- und Zinslast hinterlassen und übertragen. Wir müssen es vielmehr als Aufgabe unserer Generation ansehen, die in unserer und in den Vorgenerationen aufgenommenen Schulden zu tilgen und nachfolgenden Generationen diese Belastungen zu ersparen. Das wäre einer der wesentlichen und wichtigsten Schritte zur präventiven Haushaltspolitik.

Gerade ist das Stichwort Konnexität gefallen. Darüber könnten und sollten wir uns bei der Frage „strukturelles Defizit“ in der Tat noch etwas intensiver austauschen: Haben wir denn überhaupt ein Finanzsystem, in dem den Vorgaben von Entflechtung, Wettbewerb und Finanzautonomie Rechnung getragen wird?

Das sind doch Diskussionen, die wir auch in diesem Haus schon mehrfach geführt haben. Die vielen kritischen Anmerkungen nicht zuletzt auch jetzt durch die Initiative der Länder Bayern, Hessen und Baden-Württemberg kann man ja im Einzelfall bewerten wie man das möchte. Aber ich glaube, wir müssen uns dieses Ausgleichssystem anschauen und die Frage, ob dort dem Konnexitätsgedanken und den einzelnen Finanzautonomien Rechnung getragen wird.

Aus dem, was uns ärgert, will ich auch kein Geheimnis machen. Das merkt man ja an dieser Debatte auch wieder. Die Ministerpräsidentin hat es vorhin angesprochen: Gerechte Einnahmen und gerechte Ausgaben. – Sie hat vorhin gesagt: Starke Schultern müssen mehr tragen.

Meine Damen und Herren, wir müssen doch zur Kenntnis nehmen, dass starke Schultern objektiv auch heute schon mehr tragen. Ich gehe gerne mit Ihnen in die Diskussion darüber hinein, ob der Spitzensteuersatz wirklich schon beim qualifizierten Facharbeiter mit vielleicht noch entsprechenden Überstunden angesetzt werden sollte. Ich habe da

jedenfalls meine Zweifel. Das sind zwar auch starke Schultern, aber die können und dürfen nicht die gesamte Last tragen.

Wir müssen endlich zu einer Steuersystematik kommen, die auch diese Lasten gerechter verteilt. Ich sage ausdrücklich: Das heißt dann auch, dass wir in besonderer Weise auch die mittleren Einkommen entlasten müssen. Das ist nämlich dann auch eine Frage von gerechten Einnahmen. Dieser Diskussion werden wir uns auch stellen.

Bei der Frage gerechter Ausgaben werden wir jetzt sicherlich in den Einzelplanberatungen sehr dezidiert noch die Diskussion darüber führen. Wir werden uns nach wie vor der Diskussion stellen müssen, ob denn alles das, was wir uns als Land über Jahre aufgebaut haben, tatsächlich zwingend in den Leistungskatalog der hoheitlichen Aufgaben des Landes Nordrhein-Westfalen hineingehört.

Ein letzter Aspekt, weil er ein nicht unwesentlicher in der ganzen Debatte ist – einer Diskussion darüber sehe ich entspannt und dennoch gespannt entgegen –: Ich glaube, wir werden nicht so weit kommen, dass es tatsächlich gelingt, Bildungsausgaben unter den Investitionsbegriff zu subsumieren. Herr Kollege Körfges, wir haben es im Ausschuss schon einmal ganz kurz angesprochen. Bislang hat das Bundesverfassungsgericht eine sehr eindeutige und sehr restriktive Auslegung des Investitionsbegriffs vertreten. Ob das noch zeitgemäß ist, muss man sicherlich auch immer wieder infrage stellen. Es entbindet uns trotzdem nicht von der Verlegenheit, tatsächlich eine restriktive Ausgabenpolitik zu praktizieren und Einsparungen vorzunehmen. Das ist die Aufgabe, der wir uns in diesem Haushaltsberatungsverfahren stellen müssen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Freimuth. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Herr Sagel.

Rüdiger Sagel (LINKE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste! Ich möchte meine Rede für die Linke heute etwas anders beginnen, als Sie es normalerweise von mir gewohnt sind.

Stéphane Hessel ist mittlerweile 93 Jahre alt. Er hat ein Buch geschrieben. Man könnte es auch Aufsatz nennen, weil es weniger umfangreich ist als ein Buch. Es heißt „Empört euch!“. Stéphane Hessel war in der Résistance gegen die Nazis. Er war im KZ Buchenwald. Er hat das KZ überlebt. Er war nach dem Krieg 1948 Sekretär der UN-Menschenrechtskommission und hat die Menschenrechtskonvention mit verfasst. Ich möchte Ihnen vorlesen, was Stéphane Hessel geschrieben hat:

Man wagt uns zu sagen, der Staat könne die Kosten dieser sozialen Errungenschaften nicht mehr tragen. Aber wie kann heute das Geld dafür fehlen, da doch der Wohlstand so viel größer ist als zur Zeit der Befreiung, als Europa in Trümmern lag?

Doch nur deshalb, weil die Macht des Geldes, die so sehr von der Résistance bekämpft wurde, niemals so groß, so anmaßend, so egoistisch war wie heute – mit Lobbyisten bis in die höchsten Ränge des Staates. In vielen Schaltstellen der wiederprivatisierten Geldinstitute sitzen Boni-Banker und Gewinnmaximierer, die sich keinen Deut ums Gemeinwohl scheren. Noch nie war der Abstand zwischen den Ärmsten und den Reichsten so groß. Noch nie war der Tanz um das goldene Kalb – Geld, Konkurrenz – so entfesselt.

Das Grundmotiv der Résistance war die Empörung.

Wir, die Veteranen der Widerstandsbewegungen und der Kampfgruppen des freien Frankreich, rufen die Jungen auf, das geistige und moralische Erbe der Résistance, ihre Ideale mit neuem Leben zu erfüllen und weiterzugeben. Mischt euch ein, empört euch! Die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft, die Intellektuellen, die ganze Gesellschaft dürfen sich nicht kleinmachen und kleinkriegen lassen von der internationalen Diktatur der Finanzmärkte, die es so weit gebracht hat, Frieden und Demokratie zu gefährden.

Zwei große neue Menschheitsaufgaben sind für jedermann erkennbar:

Erstens. Die weit geöffnete und immer noch weiter sich öffnende Schere zwischen Arm und Reich. Das ist eine Spezialität des 20. und 21. Jahrhunderts. Die Ärmsten der Welt verdienen heute kaum zwei Dollar am Tag. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Kluft sich weiter vertieft. Allein schon dies heißt, sich zu engagieren.

Zweitens. Die Menschenrechte und der Zustand unseres Planeten.

Dieses Buch haben mittlerweile 2 Millionen Menschen in Frankreich gekauft und wahrscheinlich noch viel mehr gelesen. Es ist in dieser Woche direkt auf Platz 1 der Bestsellerliste in Deutschland gekommen.

(Beifall von der LINKEN)

Vor einiger Zeit haben wir die Sarrazin-Debatte erlebt. Nach dem, was wir in dem Zusammenhang über den Zustand der Republik lesen konnten und welche Vergleiche gezogen wurden, ist es sehr wohltuend, was Stéphane Hessel schreibt.

Was Stéphane Hessel gesagt hat, hat sehr viel mit der Lebenswirklichkeit in Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen zu tun. Immer mehr Menschen sind empört darüber, was in Deutschland passiert. Wir reden in Deutschland mittlerweile auch von Wutbürgern. Immer mehr Leute finden es unerträglich.

Sie finden übrigens auch das Schauspiel eines Betrügers wie von Herrn zu Guttenberg unerträglich, wie wir es in den letzten Tagen erlebt haben.

Genau das trägt dazu bei, dass immer mehr Menschen in dieser Republik von Politik und von Politikern enttäuscht sind. Darüber sollten wir auch einmal nachdenken. Wir sollten überlegen, wie wir mit Geld umgehen und wofür wir Geld einsetzen. Wir sollten über die Situation der Finanzmärkte nachdenken und darüber, wie in Deutschland mit Geld umgegangen wird.

Ich möchte jetzt ein paar Punkte zu dem sagen, was wir in der heutigen Haushaltsdebatte erlebt haben. Durchaus im Sinne dessen, was ich gerade vorgelesen habe, setzen wir Linke uns sehr deutlich dafür ein, endlich wieder strukturell ausgeglichene Haushalte zu bekommen. Das betrifft natürlich auch Nordrhein-Westfalen.

Wir müssen endlich für deutliche Steuermehreinnahmen sorgen. Ich hoffe, es ist ernst gemeint, was vonseiten der Regierung, aber auch von den Vertretern der Minderheitsregierung von SPD und Grünen gesagt wurde, dass endlich Bundesratsinitiativen für mehr Steuergerechtigkeit gestartet werden. Wir werden den Haushalt in Nordrhein-Westfalen, die übrigen Haushalte in anderen Bundesländern und die kommunalen Haushalte sonst nicht auskömmlich finanzieren können.

Wir brauchen endlich wieder eine Vermögensteuer, eine Millionärssteuer. Wir brauchen endlich wieder einen höheren Spitzensteuersatz. Vielleicht erinnern Sie sich noch: Während der Regierungszeit von Herrn Kohl lag der Spitzensteuersatz noch bei 52 %. Mittlerweile liegt er bei 42 %.

(Beifall von der LINKEN)

Ich freue mich darüber, dass zumindest SPD und Grüne heute schon etwas anders klingen, als ich es noch vor einiger Zeit erlebt habe. Damals hatten wir einen Antrag eingebracht und genau solche Bundesratsinitiativen gefordert. Ich höre heute, dass Sie zumindest darüber nachdenken und das vielleicht auch aufgreifen wollen. Ich bin sehr gespannt darauf, ob wir in der Sache zusammenarbeiten und tatsächlich diese Initiativen starten. Von CDU und FDP ist da nichts zu erwarten. Das wissen wir.

(Beifall von der LINKEN)

Ich erwarte aber auch, dass wir die Möglichkeiten, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, nutzen und Initiativen starten. Das sage ich sehr deutlich.

Wir brauchen endlich wieder eine höhere Grunderwerbsteuer.

(Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Wir haben das vorgeschlagen. Wir haben auch einen entsprechenden Antrag eingebracht. Wir wollen die Steuer von 3,5 % auf 5 % erhöhen. Das würde

für das Land Nordrhein-Westfalen 450 Millionen € bringen.

Wir dürfen aber auch nicht lockerlassen, was die Initiativen für mehr Steuerprüferinnen und Steuerprüfer angeht. Wir haben im Nachtragshaushalt 300 Stellen – 200 Stellen plus 100 Ausbildungsplätze – geschaffen. Wir müssen aber auch ernsthaft an diesem Punkt weitermachen. Die veranschlagten Steuern müssen wir auch für Nordrhein-Westfalen vereinnahmen.

(Beifall von der LINKEN)

Als Linke sagen wir sehr deutlich: Wir müssen und wollen diese strukturelle Vorsorgepolitik betreiben, um die sozialen Lasten der Zukunft zu schultern und etwas im Sinne von Generationengerechtigkeit zu tun.

Ich sage das sehr deutlich vor dem Hintergrund dessen, was ich in den letzten Tagen in Nordrhein-Westfalen erlebt habe – ich habe das auch schon im Haushalts- und Finanzausschuss gesagt –: Die Landesregierung sollte keine angstgesteuerte Finanzpolitik betreiben. Was ich in den letzten Tagen gesehen habe, ist ein einmaliger Vorgang – das haben wir meines Wissens in Nordrhein-Westfalen noch nie gehabt –: dass gleichzeitig mit dem Haushalt schon eine erste Ergänzung eingebracht wird, in der Steuermehreinnahmen von 508 Millionen €, aber auch 222 Millionen € Kürzungen enthalten sind. Das macht sehr deutlich, dass die Angst vor dem, was in Münster entschieden wird, offensichtlich sehr groß ist.

Ich bin sehr gespannt, wie die Entscheidung in Münster am 15. März aussehen wird. Aber dass – das fordern CDU und FDP hier – der Haushalt noch viel später eingebracht wird und dass Sie hier offensichtlich in Arbeitsverweigerung verfallen wollen, das – das muss ich Ihnen sehr deutlich sagen – kann es doch wohl nicht sein.

(Beifall von der LINKEN)

Sie sind verpflichtet, sich hier auch als Opposition einzubringen und mitzuberaten. Ich erwarte wirklich mit großem Interesse – ich sitze schon etwas länger im Landtag –, genau wie die Ministerpräsidentin, die Ihnen das heute alles vorgehalten hat, Ihre Vorschläge, wie Sie einen anderen Haushalt gestalten wollen.

(Vorsitz: Präsident Eckhard Uhlenberg)

Man kann hier natürlich darauf hinweisen, dass 2009 die damalige schwarz-gelben Regierung bei der mittelfristigen Finanzplanung von einer anderen Situation ausgegangen ist. Aber – das muss man auch so deutlich sagen – wenn die Erholung dann vielleicht etwas eher kommt, ist das ein positiver Effekt. Sie jedoch haben das bis 2013 fortgeschrieben. Sie haben jedes Jahr, auch bei einer Erholung, die impliziert ist, die Neuverschuldung von 6,6 Milliarden € fortgeschrieben und damals auch schon

bewusst gesagt: Das werden verfassungswidrige Haushalte sein, denn die Investitionsquote ist natürlich deutlich niedriger.

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

Das steht genau in der Kontinuität dessen, was Sie auch in Berlin machen. In Berlin ist genau dieselbe Situation. Die Investitionsquote in Berlin ist prozentual niedriger als die hier in Nordrhein-Westfalen. Das ist die reale Situation.

Für Die Linke kann ich nur sehr deutlich sagen: Wir sind in der Tat dagegen – das Wort ist heute schon einmal gefallen; wir haben das gestern auch schon bei unserem Pressegespräch gesagt –, dass dieses Land „kaputtgespart“ wird.

(Beifall von der LINKEN)

Haushaltskonsolidierung lehnen wir als Linke ja nicht grundsätzlich ab. Aber wir wollen das durch Steuermehreinnahmen kompensieren. Wir wollen dafür sorgen, dass Haushalte wieder auskömmlich finanziert sind, indem wir über die Steuer tatsächlich eine Umverteilung von oben nach unten erreichen, und nicht weiter diese Politik von unten nach oben machen, wie Sie sie jahrelang betrieben haben.

(Beifall von der LINKEN)

Das wollen wir nicht. Deswegen sagen wir sehr deutlich: Wenn auf Bundesebene nicht tatsächlich etwas anderes beschlossen wird, dann werden wir gar nicht umhinkommen, hier eine Steuerverschuldungspolitik zu machen. Da gibt es dann überhaupt keinen anderen Weg, denn wir müssen hier Vorsorgepolitik betreiben.

(Beifall von der LINKEN)

Ich sage das auch vor dem Hintergrund des Gemeindefinanzierungsgesetzes, denn die Kommunen sind mindestens in einer so katastrophalen Situation wie das Land Nordrhein-Westfalen. Wir haben kürzlich bei der Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss gehört, dass im Moment 169 Kommunen in Nordrhein-Westfalen in der Haushaltssicherung sind. Deswegen ist es dringend notwendig, dass die ihren Anteil an dem, was an steuerlichen Einnahmen hereinkommt, erhalten – und natürlich auch ihren Anteil an der Grunderwerbssteuer, die wir hier einführen wollen. Wir werben dafür, dass Sie das mit uns konkret machen.

(Beifall von der LINKEN)

Ich möchte zumindest noch ein paar Sätze zu dem verlieren, was sonst noch hier passiert.

Wir haben natürlich die Situation mit der WestLB. Wir wissen – das haben wir die ganze Zeit sehr deutlich gesagt –, worauf das hinauslaufen wird. Wir haben immer gesagt: Die WestLB als Bank sollte erhalten bleiben. Wir wollen, dass es politische Verantwortung des Landes Nordrhein-Westfalen ist. – Wir haben aber auch immer gesagt: Wir wollen

Transparenz, wir wollen ein vernünftiges Controlling, wir wollen, dass die hochspekulativen Risikogeschäfte endlich beendet werden. – Dafür kämpfen wir seit Jahren, denn wir wollen eben nicht, dass Milliarden für Banker zur Verfügung gestellt werden, die dann noch mit Millionenboni und -abfindungen nach Hause gehen können.

(Beifall von der LINKEN)

Das ist eine völlig verfehlte und falsche Politik. Wir wollen auch, dass diese Banker endlich zur Verantwortung gezogen werden.

Aber was jetzt droht, ist die Zerschlagung und Privatisierung. Dazu sagen wir nach wie vor, dass wir das nicht nur kritisch sehen, sondern dass wir das grundsätzlich ablehnen.

(Beifall von der LINKEN)

Denn eines ist auch die Folge: Es wird bei der WestLB einen Personalabbau geben, Tausende von Stellen werden wegfallen. Das wird im Moment konkret gesagt, das wird auch vom Betriebsrat der WestLB selber in den Raum gestellt. Das wird die Konsequenz dieser völlig verfehlten Politik sein. Und dafür sind CDU und FDP in den letzten Jahren verantwortlich gewesen.

(Beifall von der LINKEN)

Denn Sie haben hier eine Politik gemacht, bei der die Banker haben machen können, was sie machen wollten. Sie haben die mit Millionenboni nach Hause geschickt. Sie haben die Verantwortung dafür. Sie können sich jetzt heute nicht einfach vom Acker machen und sagen: Damit haben wir nichts mehr zu tun; es gibt jetzt eine SPD-Grüne-Landesregierung, die gucken muss, wie sie klarkommt.

Ich kann nur noch einmal sehr deutlich machen: Wer die Haushaltslage in Nordrhein-Westfalen tatsächlich verändern will, wer an der Unterfinanzierung, die wir in den öffentlichen Haushalten seit Jahren haben, konkret etwas verändern will und wer wirklich auskömmliche Haushalte finanzieren will, der kommt nicht umhin, hier über Steuererhöhungen und nicht über Steuersenkungen zu reden.

(Beifall von der LINKEN)

Wenn ich sehe, was Sie in Berlin in den letzten Monaten und Jahren gemacht haben, dann kann ich nur sagen: Das war eine völlig verfehlte Politik – bis hin zu der Mövenpick-Geschichte, nämlich dass Sie für die Hoteliers letztlich 1 Milliarde € Steuersenkungen durchgesetzt haben.

(Beifall von der LINKEN)

Das ist die Realität.

Eines ist auch klar: Sie haben die Möglichkeit, mit uns hier eine vernünftige Haushalts- und Finanzpolitik zu machen, eine Politik, die Haushalte tatsächlich finanziert.

Wir – das sage ich noch einmal sehr deutlich – sehen im Landeshaushalt jetzt deutliche Defizite. Es ist viel versprochen worden. Wir haben uns natürlich sehr gut angehört, was Frau Kraft nach der Wahl gesagt hat: Jetzt werden die Wahlprogramme einem Realitätscheck unterzogen. – Ja, was heißt das denn? Heißt das, dass das, was Sie jetzt machen, der Realitätscheck ist, dass Sie zum Beispiel für ein Sozialticket gerade einmal 15 Millionen € zur Verfügung stellen? Damit können Sie ja nicht einmal das, was beim VRR beschlossen worden ist – und die haben sich schon darüber beklagt, dass das Land nicht die notwendigen Mittel zur Verfügung stellt –, finanzieren, geschweige denn ein landesweites Sozialticket, wie wir es fordern.

(Beifall von der LINKEN)

Da werden wir Ihnen auch weiter Druck machen. Wir wollen dieses landesweite Sozialticket. Wir wollen, dass Menschen, die nicht reich, sondern arm sind, die Möglichkeit zur Mobilität in diesem Land haben.

(Beifall von der LINKEN)

Es ist auch in vielen anderen Bereichen so, zum Beispiel beim Flüchtlingsrat und bei den Flüchtlingsinitiativen. Auch dafür ist keine Finanzierung im Haushalt. An vielen anderen Stellen und bei sozialen Initiativen in diesem Land gibt es keine auskömmliche Finanzierung.

Zum Thema „Studiengebühren“: Wir werden dazu noch mal unsere Anträge zur Abstimmung stellen. Eins ist klar: Die Studiengebühren werden abgeschafft. Die Linke hat dafür mit Ja gestimmt, es gibt hier eine klare parlamentarische Mehrheit dafür, die Studiengebühren abzuschaffen.

Aber diese Landesregierung von SPD und Grünen sorgt nicht für eine auskömmliche Finanzierung der Hochschulen; das ist die Realität. Sie haben das Problem hierbei erkannt, deswegen haben Sie einen Änderungsantrag verfasst. Darin haben Sie von „mindestens 249 Millionen €“ geschrieben. Aber es fehlt nach wie vor die Finanzierung. Jeder weiß, dass für eine Finanzierung der Hochschulen auf dem bisherigen Niveau mindestens 450 Millionen € eingestellt werden müssten. Das haben Sie aber nicht gemacht; im Hochschuletat haben Sie gerade einmal 113 Millionen € mehr eingestellt. Auch an der Stelle sage ich sehr deutlich: Wir setzen uns für eine vernünftige und auskömmliche Finanzierung der Hochschulen ein. Wir werden Ihnen da weiter Druck machen. Wir wollen, dass die Studierenden hier in Nordrhein-Westfalen auch zukünftig vernünftige Studienbedingungen haben.

(Beifall von der LINKEN)

Wir werden hier in den nächsten Wochen eine spannende Haushaltsdebatte führen. Wir als Linke werden natürlich alles sehr genau prüfen – wir hatten noch nicht die Möglichkeit, uns die Einzelhaus-

halte bis ins letzte Detail anzusehen – und sehr deutlich machen, wo wir Änderungsbedarfe sehen. Wir haben eine Menge Forderungen, die wir Ihnen stellen werden.

Aber wir sagen auch sehr deutlich: Wir stehen für eine auskömmliche Finanzierung der Haushalte. Wir wollen mehr Steuergerechtigkeit. Wir wollen, dass diejenigen, die in dieser Republik und in Nordrhein-Westfalen das Geld haben, dazu beitragen, dass wir hier tatsächlich Zukunftsvorsorge für die Menschen in Nordrhein-Westfalen betreiben und für eine Verbesserung der Lebensbedingungen sorgen können.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Landesregierung spricht Finanzminister Dr. Walter-Borjans.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Amüsante an der heutigen Debatte ist eigentlich, dass Herr Krautscheid meint, die Regierung sei noch nicht beim Regieren angekommen. Was man aber in allen Beiträgen gemerkt hat ist, dass die Opposition noch nicht beim Opponieren angekommen ist.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Gerade in den ersten Beiträgen gab es einen mimosenhaften Umgang damit, sich – bei nachweislich falschen Dingen – mit dem harten Vorwurf, auch einmal die Unwahrheit gesagt zu haben, auseinanderzusetzen zu müssen. Zum Beispiel zur Rede von Herrn Laumann: Wo sind denn von der schwarz-gelben Regierung tote Hühner über den Zaun geworfen worden, die dann wieder zurückgefliegen sind?

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Die sind auferstanden, wunderbar!)

– Ja, die Nachbarn haben sie zurückgeworfen, und die Lasten sind wieder beim Land. Was ist denn mit dem Verfassungsgerichtsbeschluss zum KiföG?

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Was ist mit dem Verfassungsgerichtsbeschluss zur Einheitslastenabrechnung 2006? Was ist mit dem Verfassungsgerichtsbeschluss zur KdU-Verteilung? Ich rede gar nicht von den 300 Millionen €, die auf andere verschoben worden und anschließend durch Gerichtsbeschlüsse oder andere Entscheidungen wieder in den Landeshaushalt zurückgeflossen sind.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Schauen Sie sich die Kampagne an, die in den letzten Wochen geführt worden ist! Ich habe heute Morgen schon im Haushalts- und Finanzausschuss

gesagt, dass wir den von Frau Freimuth in vernünftigem Ton angesprochenen Punkt auch in fünf Minuten hätten klären können.

Sie hatte Unmut darüber geäußert, dass der Finanzminister am 19. Januar an dieser Stelle die Zahl zum Haushaltsabschluss nicht genannt hat; nach seiner Auffassung deshalb nicht, weil es gar nicht Gegenstand der Tagesordnung war, sondern weil er über die Konsequenzen der einstweiligen Anordnung des Verfassungsgerichts berichtet hatte. Die Auffassung der Opposition aber war, das wäre eine interessante Zahl gewesen, die sie gern gehört hätte.

Daraus wurde aber eine Kampagne – das müssen Sie mal den Zuschauerinnen und Zuschauern auf der Tribüne erzählen –, in deren Verlauf über Wochen stundenlange Sitzungen des Haushalts- und Finanzausschusses abgehalten und akribisch der Frage nachgegangen wurde, ob der Finanzminister eine Abschlusszahl zum Jahr 2010 am 13., am 14. oder am 20. Januar kannte. Jedes Mal ist dann eine Pressemitteilung darüber herausgegangen, ob möglicherweise gelogen worden sei oder nicht. Und als man dann völlig entblättert war, sagte man: Nichts sagen ist auch gelogen. – Das war schon ein Verfahren, zu dem ich sagen muss, dass man in der Opposition noch nicht angekommen ist, wenn Opposition denn so verstanden wird, mit konstruktiven Beiträgen ein Spannungsfeld aufzubauen, um gemeinsam zu einem Ergebnis für dieses Land zu kommen.

(Beifall von der SPD)

Dass wir auf einem guten Weg sind, wird mir immer sehr deutlich, wenn ich auf der einen Seite CDU und FDP und auf der anderen Seite Die Linke höre. Wenn die einen sagen: „220 Millionen € einzusparen ist Angstsparen der Regierung“, und wenn die anderen sagen: „Das sind nur 600.000 €“, dann weiß ich: Wir sind auf der richtigen Spur. Wir handeln uns nämlich sozusagen erst mal auf beiden Seiten Kritik ein, weil wir sachgerecht und an der Realität orientiert damit umgehen.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: In der allergrößten Not bringt der Mittelweg den Tod!)

Ich will das an ein paar kleinen Beispielen zeigen, weil hier auch von Mitgliedern der früheren Regierung versucht wird, alles an Einsparungen als Klein-Klein zu bezeichnen bzw. zu sagen, das seien eigentlich keine Einsparungen, weil nur Ausgaben verschoben würden.

Ich weiß nicht, ob Sie es selbst mal erlebt haben oder aus dem Bekanntenkreis kennen, dass Menschen in einer Notlage eine Anschaffung verschieben mussten. Wer denen sagt, sie hätten nichts gespart, weil sie überlegten, etwas, was sie in diesem Jahr gern getan hätten, auf nächstes Jahr oder übernächstes Jahr zu verschieben, verkennet, dass

das natürlich eine Senkung des Ausgabenansatzes eines Haushalts ist. Das ist im Staat genauso wie auch im privaten Leben.

Wir haben eine ganze Reihe von Dingen aufgelistet: 6,65 Millionen sind Minderausgaben bei der Beschaffung im Bereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales. Verschiebungen und Einschränkungen im Projekt „Langzeiterfassung von Akten“ bringen 1 Million, obwohl sich das ziemlich trocken anhört. Minderausgaben im Bereich der Informationstechnik bringen zwei Millionen. Der Verzicht auf die Elternzeitung „Schulzeit“ im Bereich des Schulministeriums spart 300.000. All diese Dinge bezeichnen Sie als Peanuts oder als Klein-Klein; sie bringen aber aufsummiert etwa 130 Millionen und zusätzlich 100 Millionen globale Minderausgabe, die am Ende eine Einsparung sind und sich auch durchtragen werden. Das immer zu diskreditieren, ist das eine.

Auf der anderen Seite sagen Sie: Aber wir haben all das ganz toll gemacht. – Dann kommt immer das berühmte Jahr 2008 mit einer Nettokreditaufnahme von nur 1,1 Milliarden bei einem wirklich unglaublichen Rekord an Steuereinnahmen von 42,1 Milliarden. Nicht gesagt wird, dass die Neuverschuldung schon ein Jahr später – da war natürlich Krise – wieder bei 5,9 Milliarden war, also um 4,8 Milliarden höher ausfiel, obwohl die Steuern nur um 3,6 Milliarden zurückgegangen sind.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wenn man sich das über den weiteren Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung anschaut, Frau Freimuth, wird man Folgendes feststellen: Es stimmt, die mittelfristige Finanzplanung ist zu einem Zeitpunkt aufgestellt worden, als viele Parameter andere waren als heute. Nur: Diese mittelfristige Finanzplanung – die letzte, die wir von der damals von Ihnen gestellten Landesregierung übernommen haben – basierte auf Zahlen, in denen die Verschlechterung noch nicht enthalten war. Die Verschlechterung, die sich zuerst ergeben hatte, hätte dazu geführt, dass bis zum Jahre 2013 aus den geplanten stetigen 6,5 Milliarden neuen Schulden – das habe ich in Vermerken vorliegen –, über 8 Milliarden geworden wären. Da müssen wir in der Tat die bessere Steuerentwicklung wieder abziehen, und dann kommen wir sogar tatsächlich ein Stück unter 6,5 Milliarden, aber wir sind immer noch in einem Bereich, in dem wir weit davon entfernt sind, dass die Verfassungsgrenze einzuhalten gewesen wäre.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das hat die Ministerpräsidentin heute auch vorgelesen. Wir haben Vermerke von Mitte Herbst letzten Jahres, in denen gesagt worden ist: In der nächsten Legislaturperiode gibt es die Möglichkeit, die Verfassungsgrenze einzuhalten, nicht.

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

– Ja, aber es gibt eine wunderschöne Liste aus der Zeit der vorigen Landesregierung, die zum Haushalt aufgestellt und in der herunterdekliniert worden ist, was man aus einem Haushalt nicht streichen kann. Das war der Haushalt 2010 vor dem Nachtrag mit einem Volumen von 53 Milliarden €.

Dann kommt es: Voll umfänglich durch Einnahmen finanzierte Ausgaben, also das, was nur durch den Haushalt durchläuft, was man nicht einsparen kann: 3 Milliarden – die sind schon mal weg –; bundesgesetzliche Leistungen, die man nicht einfach abstellen kann: 4,6 Milliarden; Zinsausgaben, die man nicht einfach einstellen kann: 4,6 Milliarden; Versorgungsausgaben: 5,3 Milliarden. Man kommt dann von 53 Milliarden auf eine Zwischengröße von 34 Milliarden. Dann kommen Aktivitätsbezüge – Personal, das ich nicht von heute auf morgen raussetzen kann –: 13,4 Milliarden. Am Ende bleiben 19,5 Milliarden. Das geht so weiter – sage und schreibe – bis zu einem Wert von 120 Millionen, der am Schluss bleibt und den man kürzen könnte. Jetzt kann ich wieder sagen: Was für ein Zufall! Das sind am Ende die 123 oder 130 Millionen, die wir wirklich eingespart haben wollen. Wir sollten uns doch einfach gemeinsam bemühen, die Zahlen ernsthaft anzuschauen und dann zu streiten, wie es gehen kann.

Ich nenne noch das Beispiel Bund: Heute geht die Nachricht über die Agenturticker: Bundesminister Schäuble senkt wieder enorm die Neuverschuldung. Er kommt jetzt auf 40 Milliarden. – Herr Krautscheid hat mich gefragt: Wie macht er das? Schafft Ihr das auch? – Am Haushaltsvolumen von 305 Milliarden gemessen sind 40 Milliarden 13%. Genau das haben wir auch. Minister Schäuble ist also jetzt da angekommen, wo wir auch sind.

Die Frage, ob wir auch Steuermehreinnahmen eingerechnet haben, beantworte ich gerne mit Ja. Denn wir haben über die letzte uns zur Verfügung stehende Steuerschätzung vom November 500 Millionen Mehreinnahmen angesetzt, weil wir sicher sind: Das wird ein Stück mehr; das wird sich aus dem Jahr 2010 auch in 2011 fortsetzen. Deswegen ist das eine solide Grundlage. Auf dieser soliden Grundlage sollten wir ruhig gemeinsam in der Sache streiten. Aber die einzelnen verzerrten Zahlen, die dann zum Klamauk führen, sind echt nicht mein Ding.

(Beifall von der SPD)

Da mache ich lieber den Buchhalter und komme lieber mit Zahlen. Das ist für Finanzen ein deutlich besserer Job als Clownerie. – Danke.

(Beifall von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Wir sind damit am Ende des ersten Teils von Tagesordnungspunkt 1 – mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor – und kommen zum zwei-

ten Teil von Tagesordnungspunkt 1, zur Einbringung des GFG.

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Jäger das Wort.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorgelegte Entwurf zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 sieht eine der höchsten Finanzausgleichsmassen vor, die je in einem kommunalen Finanzausgleich gewährt wurden, obwohl die finanziellen Rahmenbedingungen des Staates nach wie vor schwierig sind, insbesondere wegen der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Dennoch muss man sagen, die nordrhein-westfälischen Kommunen in 2011 werden 323 Millionen mehr erhalten, das sind 4,3 %, als die Vorgängerregierung im Gemeindefinanzierungsgesetz 2010 für sie vorgesehen hatte.

Dieser Gesetzentwurf setzt Strukturverbesserungen fort, die wir bereits mit dem Nachtragshaushalt 2010 auf die Schiene gesetzt haben. Die Kommunen müssen sich nicht mehr an der Konsolidierung des Landeshaushalts beteiligen. Das war, um es offen zu sagen, für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen eine äußerst perfide Befrachtung der Vorgängerregierung.

(Beifall von Marc Herter [SPD])

Die Kommunen werden selbstverständlich auch, weil es Ihnen zusteht, zu vier Siebteilen am Aufkommen der Grunderwerbsteuer in diesem Jahr beteiligt. Trotz dieser hohen Verbundmasse, die den Kommunen zur Verfügung gestellt werden soll, hat der Gesetzentwurf bereits im Vorfeld einiges an Diskussionen in den Kommunen ausgelöst. Anlass hierfür ist die Aktualisierung der Grunddaten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich bitte zunächst ausführen, was es bedeutet, wenn eine Grunddatenaktualisierung im kommunalen Finanzausgleich vorgenommen wird. Ich schicke vorweg: Mit dieser Grunddatenaktualisierung sollen bestimmte Arten von Kommunen weder bevorzugt noch benachteiligt werden.

Für eine Grunddatenanpassung werden die statistischen Grundlagen für die Ermittlung der Steuerkraft und der fiktiven Bedarfe auf den aktuellen Stand gebracht. Das bedeutet im Umkehrschluss: Es werden keine Veränderungen an der Systematik des Gesetzes vorgenommen. Alles ist Ergebnis einer statistischen Berechnung, die auf aktuellen Daten beruht. Die Landesregierung hat richtig gehandelt, die diesjährige Ausschüttung in Höhe von 7,2 Milliarden € im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes an die Kommunen nicht mehr auf der Grundlage von elf Jahre alten Daten aus dem Jahre 1999 vorzunehmen.

Die Grunddaten, die aktualisiert werden sollen, sind insbesondere die Gewichtung der Einwohner in der Hauptansatzstaffel sowie die Gewichtung des Soziallastenansatzes. Darüber hinaus ist der fiktive Hebesatz für die Realsteuern, Grundsteuer A und B sowie die Gewerbesteuer, den aktuellen Entwicklungen angepasst worden. Im Übrigen: Der Schüleransatz konnte nicht aktualisiert werden, weil hierzu bedauerlicherweise auf absehbare Zeit die entsprechenden Daten aus den Kommunen nicht präzise vorliegen werden.

Die letzte Grunddatenanpassung hat vonseiten der rot-grünen Landesregierung im Jahre 2003 stattgefunden. Die Entwicklung in den letzten zehn Jahren insbesondere im Bereich der Soziallasten macht aber deutlich, dass eine solche Aktualisierung mehr als erforderlich gewesen ist. Dass dies durch die Vorgängerregierung nicht geschehen ist, ist letztendlich verantwortungslos, weil sie damit auf der einen Seite Kommunen zu Unrecht Defizite aufgebürdet und auf der anderen Seite anderen eine Welt vorgegaukelt hat, die mit der Realität draußen nur wenig zu tun hat.

(Beifall von der SPD)

Die schwarz-gelbe Vorgängerregierung hat die erforderliche Anpassung hinausgezögert und sich auf das Gutachten der ifo-Kommission berufen und das, obwohl der alte Landesregierung seit langem bekannt war, dass eine notwendige Anpassung längst hätte erfolgen müssen. Im Übrigen kam diese Grunddatenanpassung auch für die Kommunen nicht überraschend. Bereits am 6. November 2009 ist den Mitgliedern der ifo-Kommission, in der auch die kommunalen Spitzenverbände vertreten waren, mitgeteilt worden, dass auf Basis der damaligen Aufrechnung der Gewichtungsfaktor für Soziallasten auf 12,4 hätte angehoben werden müssen.

Meine Damen und Herren, es ist ein schweres Versäumnis, dass die schwarz-gelbe Vorgängerregierung diese Grunddatenaktualisierung während ihrer Amtszeit nicht ein einziges Mal vorgenommen hat. Diesem Vorwurf will sich diese Landesregierung nicht aussetzen. Diese Vorgehensweise ist im Übrigen rechtlich höchstproblematisch. Bereits elf Kommunen in Nordrhein-Westfalen klagen aktiv vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster gegen diese mangelnde Datenaktualisierung im Rahmen der Gemeindefinanzierungsgesetze 2008, 2009 und 2010.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das hat vor Ort zu erheblichen Verschiebungen geführt, für die letztendlich die Vorgängerregierung aufgrund ihrer Untätigkeit verantwortlich ist. Klar ist: Ein solches Versäumnis wird von uns nicht fortgesetzt. Künftige Grunddatenaktualisierungen werden in noch kürzeren Abständen erfolgen, als dies von der Vorgängerregierung der Fall war, nämlich, wenn es technisch möglich ist, Herr Löttgen, jährlich, spätestens aber alle zwei Jahre.

Meine Damen und Herren, niemand kann ernsthaft bestreiten, dass die Soziallasten in den letzten zehn Jahren dramatisch angestiegen sind. Folglich kann es auch nicht überraschen, dass sich diese Entwicklung in einer neuen, deutlich höheren Gewichtung des Soziallastenansatzes widerspiegeln muss. Die Landesregierung hat wegen der überaus großen Verwerfung eine Abmilderung in diesen Umverteilungswirkungen in zwei Schritten beschlossen. Statt von 3,9 auf 15,3 anzuheben, ist dieser Schritt halbiert worden. Es geht dabei letztendlich um Verteilungsgerechtigkeit. Auch wenn die zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichend und knapp sind, geht es darum, diese Verteilungsgerechtigkeit sicherzustellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich würde nun gerne auf die aktuelle Entwicklung im Zusammenhang mit dem sogenannten Hartz-IV-Kompromiss und der Entlastung der Kommunen von den Kosten der Grundsicherung eingehen. Dem Grunde nach ist diese Entscheidung durchaus zu begrüßen, auch im Sinne unserer 396 Kommunen, von denen 35 als überschuldet gelten, bzw. deren Überschuldung bereits in den nächsten Jahren eintreten wird. Klar ist aber auch: Diese Entlastung ist vonseiten der Bundesregierung in drei Stufen vorgesehen.

Eine Entlastung für die nordrhein-westfälischen Kommunen im Jahre 2011 wird nicht stattfinden. Stattdessen wird es in den Jahren 2012, 2013 und 2014 eine allmähliche Übernahme der Kosten der Grundsicherung durch den Bund geben, was – das kann man nur feststellen – nicht ausreichend ist, um die Defizite in den Haushalten unserer Kommunen zu begleichen. Es ist deshalb geboten, als Landesregierung, aber auch als Parlament, den Bund daran zu erinnern, was wir gemeinsam beschlossen haben, nämlich eine Soziallastenübernahme mindestens in der Größenordnung der Hälfte der anfallenden Kosten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß, dass dieser Gesetzentwurf zum GFG 2011 erst am 23. Dezember den kommunalen Spitzenverbänden zur Anhörung zur Verfügung gestellt worden ist. Das ist – das gebe ich zu – spät. Ich gelobe, dass dies für das Jahr 2012 sehr viel früher der Fall sein wird. Wir werden parallel zur Beratung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2011 bereits in den nächsten Wochen in die Beratung mit den kommunalen Spitzenverbänden für das GFG 2012 einsteigen. Ich bitte aber, zu bedenken, dass das der Situation geschuldet ist, dass es im letzten Jahr eine Wahl gab. Üblicherweise ist es so, dass nach einer Regierungsbildung Haushalte und damit auch das GFG zeitlich später eingebracht werden als sonst. Bei uns war es der 23. Dezember. Herr Löttgen, bei Ihnen war es damals im Jahre 2005 der Februar des Folgejahres.

(Angela Freimuth [FDP]: Das GFG wird doch erst heute eingebracht!)

– Das GFG wird heute eingebracht. Wir haben aber, Frau Freimuth, die kommunalen Spitzenverbände, wie es das Gesetz vorsieht, in der entsprechenden Frist zuvor angehört. Voraussetzung für diese Anhörung war, dass dieses GFG 2011 in seinen Eckwerten den kommunalen Spitzenverbänden zur Verfügung wird, was am 23. Dezember des letzten Jahres geschehen ist. Ich bitte zu berücksichtigen, dass das nicht wieder vorkommen wird. Aber es ist der Situation geschuldet, vor der jede Regierung nach einer Wahl im jeweiligen Haushaltsjahr steht.

Insgesamt glaube ich, dass dieses GFG die Kommunen in Nordrhein-Westfalen deutlich besserstellen wird, als es die alte Landesregierung vorgesehen hat. Damit sind längst nicht alle Probleme gelöst. Herr Kollege, es sind 323 Millionen € mehr, als Sie geplant haben.

(Bodo Löttgen [CDU]: Ja!)

Es sind 323 Millionen € mehr – die Sie übrigens den Kommunen vorenthalten haben. Das wird nicht alle Probleme lösen. Das ist als eine Soforthilfe zu verstehen.

Aber unser gemeinsames Interesse muss sein – ich hoffe, dass wir uns darin in den nächsten Wochen bei aller Schärfe im Rahmen der Haushaltsdebatten nicht auseinanderdividieren lassen –, dass der Bund stärker, als bis jetzt vereinbart, über die Übernahme der Grundsicherung hinaus für das, was er selbst durch Gesetzgebung veranlasst und den Kommunen finanziell aufbürdet, Verantwortung übernimmt.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Nur so ist es möglich, dass wir in den nächsten Jahren tatsächlich ausgeglichene Haushalte in den nordrhein-westfälischen Kommunen wiederherstellen können. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Wir treten nun in die Aussprache ein. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Löttgen das Wort.

Bodo Löttgen (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir nach den Reden des Finanzministers und der Ministerpräsidentin einige Vorbemerkungen: Gemeinsam mit etwa 76 anderen Tolleritäten aus ganz Nordrhein-Westfalen war gestern auch ein Prinzenpaar aus Bielstein, Prinz Michael II. und Prinzessin Rita, hier. Sie hatten am gestrigen Tag einen Antrag an den närrischen Landtag gestellt,

der lautete: „Freibier für alle“. Das war am gestrigen Tag goldrichtig.

Aber heute, zurück in der politischen Realität, habe ich bei den Reden des Finanzministers und der Ministerpräsidentin doch sehr stark den Eindruck gewonnen, dass sie alles getan haben, um diesen Antrag, der gestern gestellt wurde, heute hier zu begründen.

(Zuruf von der SPD: Sehr schwach! – Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, insbesondere der Finanzminister sollte sich den Satz zu Herzen nehmen, dass Menschen, die ihr Geld zusammenhalten, zwar eventuell unangenehme Zeitgenossen, aber sehr angenehme Vorfahren sein können.

(Vereinzelt Heiterkeit von der CDU)

Die heutigen Ausführungen von Herrn Priggen, dass die Vorgängerregierung und insbesondere der Innenminister eine zynische Haltung gegenüber den Kommunen eingenommen hätten ...

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

– Bevor Sie applaudieren, Herr Kollege Mostofizadeh, warten Sie ab, was kommt.

(Zuruf von Dennis Maelzer [SPD])

Dann sage ich Ihnen, was ich zusammen mit vielen kommunalen Vertretern tatsächlich für zynisch halte.

(Zuruf von der SPD: Ja, dann mal los!)

Am 22. Dezember sagte der Kommunalminister dieses Landes anlässlich der Auszahlung der sogenannten Soforthilfe von 300 Millionen € aus dem schuldenfinanzierten rot-grünen Nachtragshaushalt an die Kommunen – ich zitiere –:

„Heute haben wir einen ersten Baustein unseres Gesamtkonzeptes zur Verbesserung der Kommunalfinanzen auf den Weg gebracht.“

(Beifall von der SPD)

Was diese rot-grüne Landesregierung unter „Verbesserung der Kommunalfinanzen“ verstand, bekamen zwei Drittel unserer Städte und Kommunen bereits einen Tag später zu spüren. Mit der ersten Modellrechnung des Gemeindefinanzierungsgesetzes wurde 260 Kommunen Geld wieder aus der Tasche gezogen, das tags zuvor angeblich die Lage verbessern sollte.

(Zuruf von den GRÜNEN: Unverschämt!)

217 Kommunen verlieren sogar im Saldo aus Nachtragshaushalt 2010 und Entwurf des GFG 2011, 173 Kommunen davon sogar mehr als eine halbe Million Euro!

Weil die Ministerpräsidentin gemeinsam mit dem Kommunalminister bereits am 22. Dezember genau

wusste, welches GFG in der Schublade lag, haben sie mehr als der Hälfte unserer Kommunen in unserem Land bewusst an diesem Tag die Unwahrheit gesagt. Das, meine Damen und Herren, nenne ich zynisch.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Das ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht nur im Ergebnis rot-grüner Regierungsmurks in Reinkultur. Das ist auch von der Machart her perfide. Sie wollten die Notlage der Städte, Gemeinden und Kreise schamlos ausnutzen, um sich wenigstens an einem einzigen Tag als kommunale Heilsbringer und Gralshüter darzustellen.

(Zuruf von der SPD: Warten Sie mal ab!)

Spätestens jedoch Heiligabend 2010 war für viele Kommunale klar: Nur weil jemand einem freundlich lächelnd vors Schienbein tritt, wird der Schmerz nicht weniger.

Auch ein Satz des Oberbürgermeisters von Gelsenkirchen, Frank Baranowski, der am 18. November auf der Internetseite der SPD veröffentlicht wurde, kann jetzt endlich richtig interpretiert werden. Er sagte damals:

„Wer die Kommentare aus der Kommunalpolitik wahrnimmt, spürt die Veränderung durch den Regierungswechsel.“

Ja, meine Damen und Herren, der Veränderung durch das GFG 2011 folgte wahrlich eine Vielzahl von Kommentaren. Wenn die Ministerpräsidentin noch hier wäre, könnte man ihr sagen: Wir haben den Weg an die Basis gemacht, und die Basis, meine Damen und Herren, ist stinksauer über dieses GFG. Dem einsetzenden Sturm der Entrüstung, den Schreiben von Oberbürgermeistern, Bürgermeistern, Landräten und Kämmerern, den Resolutionen von Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten hatten Landesregierung und Regierungsfractionen nichts anderes entgegensetzen als das neue System „SPD“: Schönfärben, Pauschalieren und Davonstehlen.

Schlimmer noch, meine Damen und Herren: Die Art und Weise, mit der Sie sich hinter Ausreden, statistischen Rechnungen und Urteilen verstecken – wir haben es eben vom Herrn Kommunalminister noch einmal gehört –, möchte ich an zwei Beispielen erläutern.

Erstes Beispiel. Herr Kommunalminister, Sie sagen in einem Schreiben an alle Hauptverwaltungsbeamten vom 27.01.2011:

„Die Aktualisierung der Grunddaten ist nach der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs jetzt notwendig, ...“

Falsch, Herr Minister. Eine solche Verpflichtung ist dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs – VerfGH 16/96, VerfGH 7/97 – überhaupt nicht zu entnehmen. Verlangt wird lediglich – Zitat – eine regelmä-

ßige Überprüfung der Einschätzungen und Grundlagen des Gesetzgebers.

(Minister Ralf Jäger: Warum haben Sie das nicht gemacht? Fünf Jahre haben Sie das nicht gemacht! – Zuruf von Marc Herter [SPD])

Dass grundsätzlich eine Grunddatenanpassung erforderlich ist, bestreitet niemand von uns. Es existieren aber nicht, wie Sie insinuiieren wollen und der Städte- und Gemeindebund bestätigt, fixe Termine für diese Grunddaten.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Zum Inhalt reden! Was steht in dem Gesetz?)

Deshalb war die Anpassung jetzt nicht notwendig, sondern sie hätte durchaus in einem Guss in einem GFG 2012 erfolgen können.

Zweites Beispiel. Aus dem gleichen Schreiben des Kommunalministers ...

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Maelzer zulassen?

Bodo Löttgen (CDU): Aber selbstverständlich.

Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Herr Kollege Löttgen, Sie stellen immer darauf ab, dass der sogenannte ländliche Raum durch das GFG 2011 angeblich belastet würde. Wie wollen Sie denn meinem durchaus ländlich geprägten Wahlkreis Lippe III und der Stadt Horn-Bad Meinberg, die mit der Neufassung des GFG um 400.000 € besser gestellt ist – Horn-Bad Meinberg hat 18.000 Einwohner, ist also bei Weitem keine Großstadt –, wie wollen Sie den Menschen in meinem Wahlkreis erklären, die dadurch per Saldo um 1,3 Millionen € besser gestellt werden, dass Sie diese statistischen Daten auf die Zukunft verschieben und nicht die Realität anerkennen möchten, wie sie heute im Land existiert?

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, bitte schön.

Bodo Löttgen (CDU): Die Frage war so lang, dass ich den Anfang schon fast wieder vergessen habe. Aber ich bin mir durchaus sicher, dass ich verstanden habe, was Sie meinen, Herr Kollege. Ich werde im Laufe meiner Rede gerne darauf eingehen und speziell zu diesem Punkt sprechen.

(Marc Herter [SPD]: Ärgerlich, wenn die Realität nicht zu den Themen passt, Herr Löttgen!)

Ich hoffe, Sie können so lange warten. Dann wird sich das selbstverständlich erklären.

(Dennis Maelzer [SPD]: Darauf bin ich gespannt!)

– Es kommt tatsächlich. Tut mir leid.

Ein zweites Beispiel. Aus dem gleichen Schreiben des Kommunalministers, das ich eben schon erwähnt habe, stammt das Zitat: Das Gemeindefinanzierungsgesetz ist anzupassen, um Gerechtigkeit bei der Verteilung der Zuweisung zu gewährleisten.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Richtig!)

Das Zitat geht weiter, Herr Herter: Dies entspricht der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs NRW.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Richtig!)

Nun zitiere ich aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs: Der Verfassungsgerichtshof hat nicht zu prüfen, ob der Normgeber die bestmögliche oder gerechteste Lösung gewählt hat. – Wie passt denn zusammen, was Sie erzählen? Überhaupt nicht!

Da wir gerade bei Fehlern sind, meine Damen und Herren,

(Marc Herter [SPD]: Es gibt aktuelle Daten!)

die Sie aus meiner Sicht und aus Sicht der CDU zur Grundlage Ihres Handels gemacht haben: Es ist schon ein Zeichen unerhörter politischer Arroganz, dass Sie die Hilferufe der kommunalen Familie wissentlich überhören

(Lachen von Minister Ralf Jäger)

und das Gemeindefinanzierungsgesetz heute in unveränderter Form einbringen. Welchen Teil des Wortes „Nein“, das aus allen Resolutionen hervorgeht, haben Sie denn eigentlich nicht verstanden, Herr Kommunalminister?

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Alle?)

Wie abgehoben muss man sein, um bei 260 Kommunen, die Sie mit dem GFG zu Verlierern machen wollen, ausweislich der „Recklinghäuser Zeitung“ vom 4. Februar 2011, von „Einzelschicksalen“ zu sprechen? Wie weit weg von der kommunalen Realität muss man sein, um in Ihrem Schreiben vom 27. Januar 2011 von einzelnen Städten und Gemeinden zu sprechen, für die die Umverteilungswirkung erheblich sei?

Wie sehr Sie auf dem Holzweg sind, meine Damen und Herren, zeigt aber am besten eine Passage aus dem Schreiben des Fraktionsvorsitzenden der SPD im Landtag, Norbert Römer, vom 16. Januar 2011 an die lieben Genossinnen und Genossen der SPD im Land – ich zitiere –:

Für uns ist aber klar: Auch wenn die Anpassung in den Kommunen, die dabei weniger Schlüsselzuweisungen erhalten, selbstverständlich kaum mit Freude aufgenommen wird, steht dem das Recht der

bislang benachteiligten Kommunen auf eine korrekte Verteilung der Schlüsselzuweisungen gegenüber.

(Marc Herter [SPD]: So weit, so richtig!)

Nein, Herr Kollege Römer, nicht nur die bislang benachteiligten Kommunen, sondern alle Kommunen in NRW haben ein Recht darauf, dass ihnen die bislang insbesondere durch Bundessozialgesetze entstandenen strukturellen Defizite ausgeglichen werden.

(Wolfram Kuschke [SPD]: Okay! – Marc Herter [SPD]: Darin besteht Einigkeit!)

Dies hat der Landtag doch am 29. Oktober 2010 gemeinsam zum Ausdruck gebracht. Aber diese Kommunen haben kein Recht darauf – und das ist exakt das, was Sie machen –, dieses Geld von anderen Kommunen zu bekommen. Es geht hier nicht mehr nur um die Umverteilung von Schlüsselzuweisungen.

(Zuruf von Wolfram Kuschke [SPD])

Es geht um eine gerechten und der Konnexität entsprechenden finanziellen Ausgleich von kommunal erbrachten Sozialleistungen. Damit – das sage ich Ihnen heute voraus – ist das System der Gemeindefinanzierung in Nordrhein-Westfalen in der derzeitigen Form schlichtweg überfordert.

(Wolfram Kuschke [SPD]: Sie verstehen das System nicht!)

Sie befrachten den kommunalen Finanzausgleich durch die überproportionale Erhöhung des Soziallastenansatzes mit einer systemfremden, im vertikalen Finanzausgleich zwischen Bund und Land auf der einen und den Kommunen auf der anderen Seite zu lösenden Problematik. Sollten Sie weiterhin dem Gedanken folgen, die Soziallasten der Kommunen über das GFG auszusteuern, werden Sie zu Getriebenen Ihres eigenen, systematisch nicht zu realisierenden Anspruchs.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Mit der Übernahme der Grundsicherung hat die Bundesregierung erstmals gezeigt, dass der Bund gewillt ist ...

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Die hat der Bund nicht übernommen! Das stimmt doch gar nicht!)

– Lassen Sie mich doch ausreden, Herr Mostofizadeh. Bleiben Sie doch ganz locker.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ich bleibe nicht locker! Das regt mich auf!)

– Sie können doch gleich dazu Stellung nehmen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ihrer falschen Darstellung muss ich widersprechen!)

Die Bundesregierung hat erstmals gezeigt, dass der Bund gewillt ist, den Argumenten der kommunalen

Spitzenverbände und den Argumenten dieses Landtags zu folgen. Darüber wird morgen anlässlich der Unterrichtung der Landesregierung noch zu sprechen sein. Mit diesem Pfund im Rücken ändern Sie doch die Voraussetzungen für das GFG 2012 erheblich. Hören Sie einfach zu, Herr Mostofizadeh. Das ist vielleicht besser für die Gespräche, die wir noch führen müssen. Es ist nämlich keinesfalls mehr zulässig, weiterhin von einem Soziallastenfaktor von 15,3 Punkten für 2012 auszugehen.

(Minister Ralf Jäger: Wieso denn nicht?)

Ihrer eigenen Argumentation folgend, eine Steigerung nur zur Hälfte zu berücksichtigen, ist auch der Soziallastenansatz von 9,6 im jetzigen Gesetz nicht mehr zu halten.

(Minister Ralf Jäger: Wieso nicht?)

– Das habe ich eben begründet. Sie haben vielleicht nicht zugehört.

Ein weiterer bedenklicher Punkt ist, meine Damen und Herren, dass man beim Schüleransatz die von Ihnen neu eingeführte Gemeinschaftsschule überhaupt nicht findet, Frau Beer. Mit welchem Anteil für die Schülerinnen und Schüler sollen die Kommunen denn jetzt rechnen?

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist die Kassenlage von 2008, Herr Kollege!)

Mit 119 % analog zu den Hauptschulen, mit 88 % analog zu den Realschulen oder vielleicht mit 146 % wie bei den Gesamtschulen?

(Sigrid Beer [GRÜNE]: 2008 gab es die Gemeinschaftsschule noch nicht! Was soll das denn jetzt?)

Das ist ein grober handwerklicher Fehler, meine Damen und Herren, der Verunsicherung in der kommunalen Familie schafft.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das machen Sie doch!)

Ich kann die Landesregierung daher heute nur aufordern: Sehr geehrter Herr Kommunalminister, ziehen Sie diesen Gesetzentwurf zurück!

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Lassen Sie vor dem Hintergrund der Übernahme der Grundsicherung noch einmal neu rechnen, und überdenken Sie noch einmal die Anpassung des Schüleransatzes und die Erhöhung der fiktiven Hebesätze.

Zusammenfassend sage ich: Legen Sie uns ein Gemeindefinanzierungsgesetz vor, das statt der Spaltung der kommunalen Familie den größtmöglichen Konsens zur Folge hat! Dem vorliegenden

Gesetzentwurf wird die CDU in dieser Form nicht zustimmen.

(Beifall von der CDU und von der FDP –
Dennis Maelzer [SPD]: Vielen Dank für die
Antwort!)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Löttgen. – Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Herter.

Marc Herter (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Löttgen, Sie haben der Versuchung nicht widerstehen können, in der dramatischen finanziellen Situation, in der sich unsere Kommunen befinden, die heutige Einbringung des GFG dazu zu nutzen, die Kommunen gegeneinander auszuspielen. Das ist verantwortungslos und hilft auch den Kommunen, über die Sie hier so lange geredet haben, keinen Deut weiter.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir beraten heute mit dem GFG 2011 die Grundlage für den kommunalen Finanzausgleich. Eckpunkte sind hier von Herrn Minister Jäger vorgestellt worden. Ich möchte nur auf zwei Punkte eingehen.

Mit knapp 8 Milliarden € haben wir eine der höchsten Summen der Gesamtzuweisungen zu verzeichnen, die die Kommunen je erreicht haben. Das ist in diesem Fall nicht etwa der wunderbar laufenden Konjunktur im Betrachtungszeitraum, in den vier Quartalen, geschuldet, sondern ist vor allem dem geschuldet, dass die neue Landesregierung unter Hannelore Kraft Ernst gemacht hat, Wort gehalten hat und den Kommunen gut 300 Millionen € zusätzlich nicht nur in einem Jahr, sondern nachhaltig zur Verfügung stellt.

(Beifall von der SPD)

So viel übrigens zu Ihrem Vorwurf, Herr Löttgen, die neue Landesregierung würde den Kommunen Geld aus den Taschen ziehen. Den Kommunen wird in der Summe kein Geld aus den Taschen gezogen, sondern zusätzliches Geld in die Taschen gesteckt.

Trotzdem: Es stimmt, Herr Löttgen, Sie haben absolut Recht – der Gemeindefinanzausgleich in NRW ist chronisch überlastet. Es geht um das Phänomen der zu kurzen Decke. Da, wo in den Haushalten der Kommunen insgesamt – wir reden bei der Grunddaten Anpassung über die Haushaltsstatistik des Jahres 2008 – die Decke zu kurz ist, ist klar: Wenn man die Decke neu justiert, wenn man sie gerecht zieht, es so ist, dass den einen der Hals kalt liegt und den anderen die Füße kalt liegen.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Es ist das Phänomen der zu kurzen Decke, das wir in diesem Finanzausgleich miteinander, Herr Löttgen, zu konstatieren haben.

(Bodo Löttgen [CDU]: Bei 260 Kommunen ist es doch wohl eher der halbe Körper als nur Hand oder Füße!)

Aber das ist der Fall, gerade weil der Bund immer höhere Soziallasten auf die Kommunen abgewälzt hat. Gerade deshalb kommen die natürlich auch im Finanzausgleich des Landes Nordrhein-Westfalen an. Wo denn sonst? Der Soziallastenindex, der Soziallastenansatz ist dafür ein sensibler Indikator. Die Statistik lügt da nicht. Es reicht auch nicht aus, den Scheinwerfer einfach wegzunehmen und zu glauben, die Soziallasten seien nicht mehr da.

Sie haben diese Entwicklung ignoriert. Sie haben die entsprechenden Entscheidungen liegengelassen seit 2008. Darum ging es, Herr Löttgen. Es ging nicht darum, das muss zwangsläufig in diesem Jahr geschehen,

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

sondern es liegt daran, Herr Löttgen, dass Sie es im Jahr 2008 schon längst hätten machen müssen und sich darum herumgedrückt haben. Sie haben die Entscheidung liegengelassen.

(Beifall von der SPD)

Sie haben auch 2010 auf der Basis der Zahlen von 1999 abgerechnet und sich dabei wohlgefühlt.

Deshalb möchte ich das hier auch gar nicht verniedlicht sehen. Es sind nur die Grunddaten angepasst worden, es ist nichts an politischen Stellschrauben verändert worden, es sind lediglich aktuelle Daten aus der Statistik hineingenommen worden.

Sich jetzt hier hinzustellen, Herr Löttgen, mit dem Finger auf andere zu zeigen und sich selbst damals aus der Verantwortung gestohlen zu haben, das sollten Sie lassen. Sie sollten nicht die Dinge, die Sie versaut haben, hinterher anderen in die Schuhe schieben.

(Beifall von der SPD)

Ihre „Haltet den Dieb“-Rhetorik, die Sie heute an den Tag legen, steht in keinem Verhältnis dazu, dass Sie es waren, die nicht nur die Grunddaten Anpassung liegengelassen haben, sondern die in einem beispiellosen Raubzug durch die Kommunen – Herr Römer hat heute Morgen darauf hingewiesen – das Gegenteil von dem gemacht haben, was Sie heute hier propagieren, nämlich den Kommunen 3 Milliarden € in fünf Jahren aus den Taschen gezogen haben. Da haben wir solche Reden von Ihnen, Herr Löttgen, hier auch nicht gehört. Der Dieb bleibt derjenige, der den Kommunen das Geld wegnimmt,

(Bodo Löttgen [CDU]: Sie tun das!)

und nicht derjenige, der für einen fairen Ausgleich unter den Kommunen sorgt. Der Dieb bleibt derjenige, der den Kommunen das Geld wegnimmt!

(Beifall von der SPD)

Ich will an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, mit einer Legende aufzuräumen. Sie behaupten – Sie behaupten das sehr pauschal –, es würde eine Umverteilung aus dem ländlichen Raum ins Ruhrgebiet stattfinden.

(Bodo Löttgen [CDU]: Habe ich gar nicht behauptet!)

– Entschuldigung. Ich bin nicht derjenige, der hier mit 20 Zeitungsartikeln ankommt. Das überlasse ich lieber anderen. Aber die 20 Zeitungsartikel liefere ich Ihnen gern als Originalzitat nach, wer das alles gesagt hat.

(Bodo Löttgen [CDU]: Dann zitieren Sie doch mal!)

Ich liefere Ihnen auch gern nach, dass sich manch einer von Ihren Kollegen in seinem Wahlkreis gar dazu verstiegen hat, wir würden den SPD-Oberbürgermeistern entsprechende Millionenbeträge hinterherschieben.

(Bodo Löttgen [CDU]: Sie wissen es nicht!)

Da darf ich doch mal jemand anders sprechen lassen, jemand, der nicht im Verdacht steht, unser Parteibuch zu haben,

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

jemand, der nicht einmal im Verdacht steht – ich will hier ja nicht immer meinen eigenen Oberbürgermeister „verbrennen“ –, dem großstädtischen Raum anzugehören, sondern Dr. Martin Klein, seines Zeichens Hauptgeschäftsführer des Landkreistages. Der hat ausgeführt – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

„Aufgrund diverser Medienberichte könnte der Eindruck entstanden sein, dass eine große Summe Geldes vor allem an die Ruhrgebietsstädte fließt und die kreisangehörigen Gemeinden ausnahmslos auf der Verliererseite sind.“

Die Theorie haben wir heute gerade wieder gehört. – Herr Klein weiter:

„Tatsache ist jedoch: Die landesweit insgesamt neu zur Verteilung vorgesehenen etwa 133 Mio. Euro werden durchaus unterschiedlich ankommen. Von den 22 kreis- bzw. städteregionsfreien Städten erhalten nur 12 höhere Schlüsselzuweisungen, 10 hingegen verlieren. Auch bei den kreis- bzw. städteregionsangehörigen Gemeinden erhält etwa ein Drittel höhere Schlüsselzuweisungen. Im Gebiet von 12 der 31 Gebietskörperschaften der Kreise bzw. der Städteregion Aachen erhalten die Gemeinden sogar zusammengekommen höhere Schlüsselzuweisungen als bisher.“

Hört, hört! Da scheint die Realität dem überhaupt nicht Recht zu geben, was Herr Löttgen hier gerade ausgeführt hat.

(Beifall von der SPD)

Deshalb, Herr Löttgen, unterlassen Sie es einfach, die Kommunen an dem Punkt gegeneinander auszuspielen!

Den Praxistest für diese Theorie von Herrn Klein – nicht von mir – können wir übrigens auch noch machen.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter Herter, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Löttgen zulassen?

Marc Herter (SPD): Selbstverständlich.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Bodo Löttgen (CDU): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Kollege Herter, klipp und klar gefragt: Bestreiten Sie heute und hier, dass mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 260 Kommunen weniger Geld bekommen, als ihnen das nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2010 zugestanden hat?

(Minister Ralf Jäger: Es hat ihnen nicht zugestanden!)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, bitte schön.

Marc Herter (SPD): Ich bestreite nicht, dass sie weniger bekommen. Ich bestreite, dass es ihnen zugestanden hätte, und ich bestreite, dass es eine Richtung der Umverteilung gibt.

Das will ich Ihnen jetzt gern auf Ihre Frage am Beispiel des Märkischen Kreises deutlich machen. Ja, acht Städte im Märkischen Kreis verlieren durch die Grunddatenanpassung, übrigens 3,3 Millionen €. Das passt absolut zu Ihrer Theorie „Ländlicher Raum“. Dem gegenüber stehen sieben Städte im Märkischen Kreis, die durch die Grunddatenanpassung Zugewinn haben,

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

und zwar in der Größenordnung von 3,9 Millionen €. Unterm Strich ist das für die Kommunen im Märkischen Kreis – da ist der Kreis selbst noch gar nicht dabei –, im ländlichen Raum, ein Plus von 0,6 Millionen €. Und da, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Löttgen, sehen Sie sehr deutlich, dass Ihre Theorie von der Umverteilung in eine Richtung nicht stimmt.

(Bodo Löttgen [CDU]: Da haben Sie aber lange gesucht, um so einen Kreis zu finden!)

– Danach brauche ich nicht zu suchen; das habe ich gerade hier gehabt, wie Sie sehen. Also, hören Sie auf mit Ihrer Neiddebatte. Sie haben dafür keinerlei Berechtigung.

Lassen Sie mich noch einen Satz über das verlieren, was die Linken in der ersten Debatte anlässlich eines FDP-Antrags gesagt haben. Das hört sich so ein bisschen danach an: Niemandem darf es schlechter gehen, vielen aber wird es am Ende besser gehen. Soziallastenansatz rauf – ja. Umverteilung unter den Kommunen – nein. Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn im System zu wenig Geld ist, weil der Bund seiner Verpflichtung, die Soziallasten zu übernehmen, immer noch nicht nachgekommen ist, entbindet uns das als Landesgesetzgeber doch nicht davon, für eine faire und gerechte Verteilung der entsprechenden Lasten und Gelder, die wir zum Ausgleich für diese Lasten über das Gemeindefinanzierungsgesetz auskehren, zu sorgen. Nicht mehr und nicht weniger ist mit dem GFG 2011 beabsichtigt.

Letzter Hinweis: Das GFG 2011 steht mit seiner Grunddatenanpassung nicht allein auf weiter Flur. Auf die 300 Millionen € mehr im GFG ist bereits hingewiesen worden. 350 Millionen € kommen für den Stärkungspakt hinzu. Übrigens, Herr Löttgen, in 2011 – und nicht wie beim Bund in einer Staffelung, nach der es 2011 nichts und dann 2012 bis 2014 ansteigend über die entsprechende Übernahme vom Sozialgeld etwas gibt.

Wer den hohen Soziallastenansatz im GFG 2011 noch abfangen will, muss dafür sorgen, dass im Jahr 2011 vom Bund entsprechende Entlastungen kommen. Ich bin ganz ehrlich: Anlässlich dessen, was jetzt an unechtem oder echtem Vermittlungsergebnis – ganz sicher darf man sich nie sein – herausgekommen ist, rechnen wir damit nicht mehr.

Die Situation der Kommunen ist – darauf habe ich hingewiesen – zu ernst, als dass man sie jetzt gegeneinander ausspielen könnte. Ich möchte sehr an Sie appellieren, dass wir miteinander die Systematik des Gemeindefinanzierungsgesetzes nicht zerschießen. Lassen Sie uns gemeinsam über die Grunddatenanpassung als verfassungsrechtlich gebotenen, vorgezogenen Schritt diskutieren. Ich biete Ihnen an, sobald das Gutachten von Junkernheinrich vorliegt, durchaus in die Debatte um die Eckpunkte für einen Stärkungspakt einzusteigen, auch in die Eckpunkte über das, was wir im Moment noch sehr technisch „ifo-Gutachten“ nennen.

Lassen Sie uns zusammen dafür sorgen, dass wir einen fairen Ausgleich unter den Gemeinden über diese beiden Instrumente hinbekommen. So verstehen wir die Paketlösung, die unter dem Titel „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ inzwischen auch von allen kommunalen Spitzenverbänden sehr, sehr positiv bewertet wird. Das definieren Sie uns auch nicht auseinander, sehr geehrter Herr Löttgen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Herter. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Abgeordneter Mostofizadeh das Wort.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin schon beeindruckt, mit welcher Dreistigkeit der Kollege Löttgen von Datenbasis zu Datenbasis gesprungen ist, um eine absolut nicht haltbare These zu untermauern, dass nämlich den Kommunen im Haushalt für das Jahr 2011 Geld genommen würde. Das ist schon dreist und nicht mehr zu akzeptieren.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Diese Koalition hat als erste Maßnahme im Nachtragshaushalt 2010 300 Millionen € Grunderwerbsteuer und die Befrachtung des GFG weggenommen. Sie haben Zeter und Mordio geschrien und gesagt, das sei eine Verschuldungsverschiebung!

Wir haben im Nachtragshaushalt 150 Millionen € für den U3-Ausbau und 370 Millionen € für die KiföG-Auszahlung eingestellt; dafür sind Sie sogar zum Verfassungsgericht gelaufen. Bleiben wir bei der KiföG-Auszahlung. Ihre Landesregierung hat die Kommunen mehrfach – das ist sogar gerichtlich bestätigt – über den Leisten gezogen. Einheitslastenabrechnung: Sie haben selbst zugestanden, dass aufgrund des Verfassungsurteils die Kommunen 900 Millionen € zurückerstattet bekommen. Schwarz-Gelb hat also versucht, die Kommunen bei der Abrechnung der Einheitslasten um 900 Millionen € über den Tisch zu ziehen.

Man kann auch noch einmal nach Hessen gucken. Dort soll zur Konsolidierung des Landeshaushalts unter CDU und FDP im Jahr 2011 den Kommunen wieder einmal Geld weggenommen werden. Das ist die Handschrift, die Sie hier im Landtag sehr deutlich hinterlassen haben.

Kommen wir zu weiteren Rahmenbedingungen für das Jahr 2011: Sie tun so, als wäre das GFG unter Ihrer Handschrift größer gewesen als unter der Handschrift von SPD und Grünen. Das Gegenteil ist der Fall. Das sagen Sie aber Ihren Bürgermeistern überhaupt nicht. Sie sagen vor Ort, wir nähmen den Leuten Geld weg. Das ist nicht mehr zu fassen. Es geht – und das wissen Sie auch – doch darum, dass auf der Datenbasis des Jahres 2008 – das ist die neueste Kassenstatistik, die zur Verfügung steht – das GFG 2011 berechnet wird. Aufgrund der Regressionsmethode, also der tatsächlich entstandenen Kosten, wird der Soziallastenansatz im Verteilungsmaßstab umverteilt.

Herr Löttgen, nach Ihrer These heißt das doch auf Deutsch: Sie sind dafür, dass die Stadt Wuppertal ... Sie haben eben das Beispiel mit Pina Bausch angeführt. Das ist mangelnde Achtung vor Pina Bausch, wo doch gerade in Wuppertal das Theater geschlossen wird, weil CDU und FDP in Nordrhein-

Westfalen so erfolgreich regiert haben. Sie wollen, dass Wuppertal, Remscheid und die anderen Städte, die hohe Soziallasten zu beklagen haben, weniger bekommen. Darum geht es.

(Bodo Löttgen [CDU]: Das habe ich gar nicht gesagt. Sie unterstellen etwas!)

– Natürlich wollen Sie das. Was ist denn die Alternative? Wenn wir das Gesetz so lassen, wie es ist, wird es zu den Umverteilungseffekten kommen, die der Minister beschrieben hat und die Sie beklagt haben.

Offensichtlich wollen Sie das GFG um 300 Millionen € kürzen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Wer hat das gesagt?)

– Sie wollen das nicht? Gut, dann ist offensichtlich die erste Einigkeit, dass wir das GFG zumindest der Höhe nach gemeinsam zwischen CDU und Regierungskoalition verbuchen. 8 Milliarden € haben wir damit schon aus den Haushaltsberatungen herausgenommen. Das ist schon einmal ein wichtiger Punkt, an den wir einen Haken machen können.

Sie wollen aber doch den Anschein erwecken, dass SPD und Grüne die Kommunen schlechter behandeln.

(Minister Ralf Jäger: Unglaublich! – Bodo Löttgen [CDU]: Ja, natürlich!)

Der Altschuldenfonds, eine Entlastungsinitiative in Höhe von 350 Millionen €, ist für dieses Jahr auch vorgesehen.

Was macht denn Ihre Bundesregierung? Parallel zu unseren Haushaltsberatungen am heutigen Tage haben CDU und FDP erneut versucht, die Kommunen beim Hartz-Kompromiss über den Tisch zu ziehen. Sie wollten wieder die Kostenerstattung in die Länge ziehen.

Welche Kostenerstattung gibt es eigentlich bei der Grundsicherung? 2011 null Euro,

(Andrea Asch [GRÜNE]: Das ist so!)

2012 45 %, 2013 70 % und ab 2014 der komplette Anteil der Grundsicherung im Alter. Damit fehlen nach dem Junkernheinrich-Gutachten Nordrhein-Westfalen mal eben 1,5 Milliarden €, um dieses Konzept der Entschuldung der Kommunen umsetzen zu können. Das ist Ihre Handschrift und passt super zu dem, was Sie in den letzten fünf Jahren in Nordrhein-Westfalen abgezogen haben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

An dieser Stelle von Regierungsmurks zu sprechen, finde ich schon ein ziemlich hartes Stück. Sie sind also der Auffassung, dass die Anpassung der Grunddaten nicht hätte vorgenommen werden müssen. Das begründen Sie nur mit den Worten, wir hätten es ja 2012 machen können. Sie haben aber kein inhaltliches Argument gebracht, warum. Zwar

haben Sie gesagt, man könne es in einem Rutsch machen. Sie konnten aber nicht nachweisen, dass wir falsche Daten genommen haben und die Gewichtung falsch ist. Es bestreitet auch kein Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, dass es innerhalb der Verteilung des GFG zu einer deutlichen Anpassung der Soziallastenverteilung kommt.

Ich will Folgendes hinzufügen, weil ich das auch von jedem Bürgermeister vor Ort gesagt bekomme: SPD und Grüne haben dafür gesorgt, dass die Decke länger wird. Die Decke reicht aber nicht aus; das gestehe ich ausdrücklich zu. Und warum reicht die Decke nicht aus? Weil Ihre Kollegen in Berlin weiterhin der Auffassung sind – genau so wie viele Länderkollegen von Ihnen und Sie selbst, als Sie an der Regierung waren –, die Kommunen müssten nur mal ordentlich sparen; dann gebe es kein Finanzierungsproblem auf der untersten staatlichen Ebene. Das trennt uns fundamental von Ihnen.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Ich bin trotz des GFG 2011 der Auffassung – da teile ich das, was Herr Herter gesagt hat –, dass die Kommunen eigentlich 2 Milliarden € mehr brauchen, nämlich den Betrag, den Herr Junkernheinrich ausgerechnet hat.

Warum bekommen sie diese 2 Milliarden € nicht? Weil Sie das Wachstumsbeschleunigungsgesetz und andere Steuerentlastungsmaßnahmen beschlossen haben, die die Kommunen in NRW alleine mit 700 Millionen € jährlich belasten.

Nachdem Sie die Finanzierungsbasis der Kommunen auf Bundesebene und auf Landesebene kaputt gehauen haben, erklären Sie jetzt, der Umverteilungsschlüssel von 130 Millionen € sei das Ende der kommunalen Finanzierung. Das ist dreist und nicht mehr zu akzeptieren.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Außerdem haben Sie suggeriert, der Bund sei bei der Grundsicherung im Alter überaus großzügig. Jetzt nehmen wir nur einmal die Systematik, die Sie angewandt haben – darauf bin ich eben schon eingegangen –, gehen also davon aus, dass die volle Erstattung der Grundsicherung im Alter im Jahr 2014 erfolgt. Das muss natürlich irgendwie ins GFG eingerechnet werden. Also kann man davon ausgehen, dass wir 2016 erstmalig den vollen Effekt dieser Maßnahme haben – nicht im Jahr 2011, wie Sie zu suggerieren versuchen, oder im Jahr 2012, sondern vier Jahre später.

Das ist auch nur dann der Fall, wenn wir das System der Ermittlung der Daten umstellen. Bisher hatten wir immer einen Abstand von fünf Jahren. Sie haben in diesem Zusammenhang mittlerweile sieben Jahre lang nichts gemacht; seit 2003 ist nichts geschehen. Wir müssten also den Zeitraum von einer siebenjährigen auf eine zweijährige Rückbeurteilungslogik umstellen; denn nur dann kämen wir

frühestens im Jahr 2016 zu einer Änderung. Wenn wir Ihre Berechnungslogik anlegen würden, würden wir im Jahr 2020 erstmalig das, was im Bund heute verhandelt worden ist, berechnen.

Das macht deutlich, wie absurd Ihre Argumentation ist, die Sie heute vorgetragen haben. Sie wollen den Leuten Sand in die Augen streuen. Sie wollen leugnen, dass Sie sieben Jahre lang auf der Basis falscher Daten das GFG austariert haben.

(Bodo Löttgen [CDU]: Sieben Jahre?)

Nach vorne gerichtet, möchte ich Folgendes sagen: Selbstverständlich ist es nicht gut gewesen, das zu diesem Zeitpunkt am Ende des Jahres zu machen. Es wäre besser gewesen, wenn das zu einem anderen Zeitpunkt gegangen wäre. Zugestanden ist aber doch auch, dass es dann, wenn eine neue Regierungskoalition ins Amt kommt, etwas länger dauert, einen Haushalt vorzustellen. Wir sind im Zeitplan – absolut parallel zu dem, was 2005 bei der Regierungsübernahme von FDP und CDU passiert ist. Insofern kann man sich zwar sehr wohl dafür entschuldigen, wie das Verfahren gewesen ist; in der Sache ist es aber nach wie vor in Ordnung.

Sie haben jetzt auch noch versucht, zu suggerieren, der Faktor von 9,6 sei zu hoch. Sie haben doch in der ifo-Kommission gesessen und wissen daher, dass in der ifo-Kommission auf der Basis der Daten von 2007/2008 ermittelt wurde, dass ein Faktor von 12,4 erforderlich wäre, um die Soziallasten ausreichend im GFG abzubilden. Jetzt haben wir einen Faktor von 9,6. Das ist erkennbar weniger als das, was in der ifo-Kommission bereits bekannt ist. Sie sind sogar wider besseres Wissen unterwegs. Sie haben vom ifo-Institut einen Faktor genannt bekommen, der deutlich über dem jetzt im GFG verwendeten liegt, und behaupten trotzdem, wir würden das Ganze überstrapazieren. Das behauptet nicht einmal der Städte- und Gemeindebund.

(Minister Ralf Jäger: Nicht einmal der!)

– Nicht einmal der Städte- und Gemeindebund, der Landkreistag schon gar nicht. Die sagen nur – dafür habe ich ja Verständnis; jeder Lobbyverband muss natürlich für seine Position werben –: Lasst uns das Ganze strecken, damit es nicht so hart kommt. – In der Sache gibt es aber weder von den Basisdaten noch von der Systematik noch von dem Schlüssel her eine unterschiedliche Auffassung bei den kommunalen Spitzenverbänden.

Jetzt wird angefangen, zu leugnen, dass die Bedarfsgemeinschaften der geeignete Indikator sind. Die letzten Jahre sind wir damit gut gefahren. Plötzlich ist es ein Problem. Das kann ich nicht ganz ernst nehmen, Herr Kollege Löttgen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Das war in der ifo-Kommission schon die ganze Zeit so!)

Nach vorne gesagt: Wir werden die Probleme der Kommunen nur lösen, wenn die Soziallasten vom

Bund in ausreichendem Umfang übernommen werden. Das haben Sie selbst am 29. Oktober 2010 in diesem Landtag postuliert. Sie haben auch eine Größenordnung angegeben, nämlich 50 % der Soziallasten. Das wäre eine zusätzliche Entlastung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen in einer Größenordnung von 4 bis 5 Milliarden €.

Nicht einmal 1 Euro wird die Bundesregierung in diesem Jahr an Entlastung bringen. Auch die 900 Millionen € wird es nicht vor dem Jahr 2013 für Nordrhein-Westfalen geben.

Anstatt die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit dem Zirkus, den Sie hier veranstaltet haben, nervös und kirre zu machen, sollten wir uns doch gemeinsam in Nordrhein-Westfalen als Kommunalparteien

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE] – Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

– und ich spreche Sie persönlich an – auf den Weg machen und dem Bund gegenüber sehr klar sagen: Wir machen das nicht mehr mit. Wir lassen uns die Kommunen in Nordrhein-Westfalen nicht mehr kaputt sparen und kaputt machen, weil ihr im Bund nicht bereit seid, das zu überweisen, was notwendig ist. – Das müssten Sie mit uns gemeinsam durchziehen, anstatt dieses Spielchen vor Ort zu machen.

Ich nehme die FDP deswegen aus, weil die FDP bis zum heutigen Tage behauptet, die Kommunen müssten nur einen Mentalitätswechsel machen; dann werde schon alles gut.

(Ralf Witzel [FDP]: Auch!)

Die brauchen nicht mehr Geld. Herr Engel hat ja vorgerechnet, dass alles ein Tropfen auf den heißen Stein sei, um gleich wieder zu sagen, man brauche viel mehr. Manchmal braucht man viel weniger. Ganz zu verstehen ist die FDP-Position also nicht.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)

Dieses GFG 2011 werden wir uns in der Beratung natürlich sehr genau angucken. Wir werden das Thema „fiktive Hebesätze“ noch einmal genauer beleuchten, weil zu dem Zeitpunkt, zu dem der Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht wurde, viele Haushaltsberatungen abgeschlossen worden sind. Das werden wir uns selbstverständlich ansehen.

Wir werden auch – das habe ich bereits bei der Beratung der FDP-Antrags gesagt – systematisch die ifo-Beratung abschließen, das Junkernheinrich-Gutachten auswerten. Das gibt uns ja eine zusätzliche Aufgabe auf.

Junkernheinrich sagt: Wir brauchen 2,3 Milliarden € Zusatzfinanzierung für die Kommunen. Da kann man sich eine kleinkarierte Debatte über 50 bis 70 Millionen € Umverteilung aus meiner Sicht nicht leisten, sondern man muss an die großen Blöcke gehen und sagen: Ja, wir sind bereit, 600 bis 700 Millionen € seitens des Landes zusätzlich be-

reitzustellen. 300 Millionen € geben wir ja bereits strukturell. Und wir sind in der Lage und willens, dem Bund Beine zu machen, damit er mit ins Boot kommt. Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen.

Das GFG 2011 ist kein ausreichender, aber ein erster notwendiger Schritt, um zu einer besseren Kommunalfinanzierung zu kommen. Rot-Grün hat einen guten Aufschlag gemacht. Gott sei Dank sind FDP und CDU nicht mehr am Zuge, die die Kommunen weiter schröpfen wollten, die Verbundgrundlagen reduzieren wollten, um dann noch den Kommunen ins Gesicht zu sagen: Ihr seid selber schuld, weil ihr nicht vernünftig gespart habt. – Das ist nicht unsere Politik.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die FDP hat Kollege Engel das Wort.

Horst Engel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das erste selbstverantwortete GFG der rot-grünen Minderheitsregierung hat in den vergangenen Wochen in mehrfacher Weise traurige Berühmtheit erlangt. Das haben wir hier zum Teil schon gehört. Für uns ist es das kommunalfeindlichste GFG aller Zeiten, Herr Jäger,

(Beifall von der FDP und von der CDU)

eine Anmaßung der Regierung Kraft gegenüber der kommunalen Familie, eine einseitige Umverteilung von Finanzmitteln zulasten kreisangehöriger Städte und Gemeinden! Zu Recht haben die Ministerpräsidentin und Sie, Herr Jäger, Dutzende von Protestschreiben und Resolutionen empörter Bürgermeister und Ratsvertreter erhalten – und das parteiübergreifend.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Lesen Sie die Zuschriften mal, Herr Jäger und Frau Kraft. Vielfach sind es Ihre eigenen Leute, die Sie eindringlich dazu auffordern, von Ihrer kommunalpolitischen Brandrodung abzuweichen.

(Beifall von der FDP und von Armin Laschet [CDU])

Etliche Kommunalvertreter haben Sie persönlich aufgesucht. Sie haben versucht, Sie zu bekriegen, den GFG-Entwurf zurückzuziehen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Engel, darf ich Sie fragen, ob Sie eine Frage zulassen?

Horst Engel (FDP): Nein, ich trage im Zusammenhang vor, bitte keine Zwischenfragen.

Doch all dies – das ist klar – scheint an Ihnen abzu-perlen. Sie sind völlig unbeeindruckt. Mit nichtssagenden Briefen, mit windelweichen Formulierungen und dem Verweis auf angebliche Notwendigkeiten lassen Sie jedwede Kritik an sich abperlen.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Sie brechen dadurch mit allem, was Sie den Bürgerinnen und Bürgern im Wahlkampf versprochen haben. Mehr noch: Zunächst hat das Innenministerium in der zweiten Jahreshälfte 2010, Herr Jäger, Druck auf die Kommunen ausgeübt, Sie sollten Ihre Haushaltsberatungen zügig aufnehmen und möglichst noch vor Weihnachten abschließen. Dabei wurden Sie durch das SPD-geführte Innenministerium explizit angewiesen, die bislang gültigen Berechnungsgrundlagen für ihre Haushaltsplanung zu nutzen.

Selbstverständlich sind unsere Kommunen dieser Aufforderung nachgekommen. Mitte Dezember hatten die meisten Kommunen dann ihre Haushaltsplanungen für das Jahr 2011 abgeschlossen. Alles wäre gut gewesen. Aber einen Tag vor Heiligabend legten Sie, Herr Innenminister, mit Ihrem unsäglichem GFG-Entwurf auf einmal völlig veränderte Rahmenbedingungen vor. Einen Tag vor Weihnachten, Herr Jäger, haben Sie etlichen Bürgermeistern und Landräten mit Mittelkürzungen in Höhe von 50, 60, 80 und mehr Prozent auf den Gabentisch gelegt und sämtliche Haushaltsplanungen in die kommunale Tonne getreten.

(Beifall von der FDP – Ralf Witzel [FDP]: Tolle Bescherung!)

Das ist schon schlimm genug, aber noch nicht alles. Viele Kommunen werden in die Haushaltssicherung oder sogar direkt ins Nothaushaltsrecht gedrängt. Die Folgen sind verheerend. In Summe verliert der kreisangehörige Raum rund 133 Millionen.

Das Präsidium, Herr Jäger, des Städte- und Gemeindebundes wird in seiner morgigen Sitzung folgenden Beschlussvorschlag beraten – Sie kennen ihn auch, ich zitiere –:

Das Präsidium lehnt die von der Landesregierung geplante Grunddatenanpassung als isolierte Änderung zum Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) zum jetzigen Zeitpunkt ab. Es ist nicht akzeptabel, dass das Land die größtenteils abgeschlossenen Haushaltsberatungen der Kommunen dadurch entwertet, dass ohne Vorwarnung und akute Notwendigkeit die Zuweisungen an den kreisangehörigen Raum um 135 Millionen € gekürzt werden.

Ende des Zitats.

Weil die Stadt Horn-Bad Meinberg von dem Kollegen in die Debatte eingebracht wurde, möchte ich hier im Parlament auch einmal das Ranking der zehn Gewinner und der zehn Verlierer festhalten.

Ich zitiere aus der „Rheinischen Post“ von heute, sehr schön dargestellt:

(Zuruf von der SPD)

– Ich will es aber plenar festhalten.

Gewinner:

Köln	plus 64,7 Millionen
Mönchengladbach	plus 47,3 Millionen
Bielefeld	plus 25,3 Millionen
Wuppertal	plus 20,3 Millionen
Oberhausen	plus 22,4 Millionen
Remscheid	plus 22,4 Millionen
Lüdenscheid	plus 19,7 Millionen
Solingen	plus 13,9 Millionen
Gummersbach	plus 13,6 Millionen
Wesseling	plus 12,7 Millionen.

Verlierer:

Bochum	minus 39,4 Millionen
Bonn	minus 15,5 Millionen
Münster	minus 13,1 Millionen
Soest	minus 12,6 Millionen
Herford	minus 12,4 Millionen
Moers	minus 9,8 Millionen
Kerpen	minus 9,4 Millionen
Herzogenrath	minus 9,3 Millionen
Leverkusen	minus 8,6 Millionen
Bergheim	

– da bin ich zu Hause –

minus 8,2 Millionen

Das sind zehn Beispiele von Kommunen, die Gewinner oder Verlierer dieser gesamten Operationen sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Jäger!

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Engel, darf ich einen zweiten Versuch starten?

Horst Engel (FDP): Bitte?

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Dahm wollte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Horst Engel (FDP): Nein, ich habe gesagt: keine Zwischenfragen.

Noch vor wenigen Monaten haben Sie sich als Koalition der Einladung damit gebrüstet, sämtliche kommunalrelevanten Veränderungen mit den Spitzenverbänden partnerschaftlich abstimmen zu wollen. Dazu kann man nur sagen: versprochen, gebrochen. Ihre Koalition der Einladung ist zu einer Koalition der kommunalen Spaltung geworden, Herr Jäger.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Hui!)

Sie wissen, dass das Gemeindefinanzsystem im Ganzen zu überarbeiten ist. Ich sage noch einmal: Es gleicht über 90 % der fiktiven Bedarfe aus. Das ist bundesweit der höchste Wert. Deshalb muss man sehr sensibel damit umgehen und nicht einzelne Parameter herausgreifen.

Zu diesem Zweck, Herr Jäger – da befinden wir uns nach wie vor auf dem Boden der Verfassung –, hat die alte Landesregierung 2008 das Münchner ifo-Institut mit einem Gutachten beauftragt. Wir wollten das sehr behutsam vorbereiten. Sie, Herr Mostofizadeh und auch Herr Körfges, haben mit am Tisch gesessen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Und gesehen, wie Sie sich gedrückt haben!)

Der 450-seitige Endbericht mit den Kommissionsergebnissen, Herr Körfges, liegt seit Mitte März letzten Jahres vor. Nach bisherigen Planungen sollten diese Ergebnisse durch eine sorgfältige und vollumfängliche Reform in das Gemeindefinanzsystem einfließen und im Rahmen des GFG 2012 erstmalig zum Einsatz kommen. Von einer vorgezogenen Teilanpassung durch Verdrehen einzelner Werte im bestehenden System war hingegen nie die Rede.

(Beifall von der FDP)

Denn wie der vorliegende GFG-Entwurf zeigt, führt Rosinenpickerei, Herr Jäger, zu extremen Ungerechtigkeiten und endet im Chaos.

Ein weiteres Beispiel für Ihre kommunalfeindliche Politik sind die massiven Kürzungen bei der Abwassergebührenhilfe; Herr Dr. Papke hat das heute Morgen mit Recht erwähnt.

(Minister Ralf Jäger: Die haben Sie befristet! – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist doch nicht Ihr Ernst!)

Mit diesem Element des GFG sollen dünn besiedelte Flächengemeinden mit schwierigen topografischen Verhältnissen finanziell unterstützt werden.

(Minister Ralf Jäger: Warum haben Sie die befristet?)

Ohne die Abwassergebührenhilfe müssten diese Gemeinden ihre Bürgerinnen und Bürger aufgrund exorbitant hoher Infrastrukturkosten mit unzumutbaren Gebühren belasten. Damit vertiefen Sie die Spaltung der kommunalen Familie, Herr Jäger.

Die Einseitigkeit, mit der durch das GFG 2011 Politik gemacht werden soll, ist auch noch an anderen Stellen augenfällig. So sieht das GFG beispielsweise eine Anhebung der fiktiven Hebesätze für die Gewerbe- und Grundsteuern vor; das klang heute Vormittag auch schon an. Hierdurch werden speziell diejenigen Kommunen benachteiligt, die durch niedrige Realsteuerhebesätze eine wirtschafts- und einwohnerfreundliche Standortpolitik mit vielen wohnortnahen Arbeitsplätzen betreiben. Ausgerechnet bei

diesen Kommunen soll zukünftig eine höhere Steuereinnahmekraft angenommen werden, als tatsächlich vorhanden ist. Daraus folgen Kürzungen bei den Schlüsselzuweisungen, die durch Steuererhöhungen kompensiert werden müssen.

Zudem, meine sehr verehrten Damen und Herren, kommt Ihr GFG zur Unzeit. Wenn alles wie geplant läuft, wird der Bundesrat am kommenden Freitag den Kompromiss des Vermittlungsausschusses zur Neuregelung der Hartz-IV-Leistungen beschließen. Für die Gemeindefinanzierung ist dies ein Meilenstein.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Oh!)

Denn der Bund wird in diesem Zusammenhang bis 2014 schrittweise die gesamten Kosten für die Grundsicherung im Alter übernehmen.

(Beifall von der FDP – Özlem Alev Demirel [LINKE]: Das ist doch schon längst überfällig!)

Diese liegen derzeit bei etwa 3,5 Milliarden € im Jahr. Allein bis 2015 wird die Entlastungswirkung bundesweit bei 12,24 Milliarden € liegen. Zudem wird der Bund im Rahmen des Bildungspaketes seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung dauerhaft um 1,2 Milliarden € aufstocken. Das ist etwa ein Drittel der KdU-Leistungen.

Darüber hinaus stellt er befristet bis 2013 nochmals 400 Millionen € pro Jahr bereit, mit denen zum Beispiel die Jugendsozialarbeit ausgebaut oder das Essen in Kinderhorten bezahlt werden kann.

Damit nicht genug: Schließlich erwarten wir noch in der ersten Jahreshälfte ein Ergebnis der Gemeindefinanzkommission, in der der Bund, die Länder und die kommunalen Spitzenverbände gemeinsam über eine nachhaltige Lösung für die kommunalen Finanzprobleme verhandeln.

Alles in allem entlastet die schwarz-gelbe Bundesregierung die Kommunen bundesweit in Milliardenhöhe.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ist doch falsch!)

Halten wir doch auch parlamentarisch fest, Herr Mostofizadeh: Sie sind in der Schlussphase der Beratungen ausgestiegen.

Deshalb ist es jetzt umso wichtiger, koordiniert vorzugehen. Aus unserer Perspektive kann eine sinnvolle Entscheidung über ergänzende Hilfeleistungen des Landes erst dann erfolgen, wenn auch die Gemeindefinanzkommission zu einem Endergebnis gekommen ist. Und selbst dann bleibt der gewählte Weg der rot-grünen Landesregierung falsch, die Entlastung durch Umverteilung innerhalb der kommunalen Familie herbeizuführen, Herr Jäger.

Sollte ergänzend zu den erwarteten Bundesmitteln weiterer Entlastungsbedarf existieren, müssten die Kommunen hierfür vielmehr zusätzliche Mittel erhal-

ten, die durch Einsparungen im Landesetat zu erwirtschaften sind. Herr Jäger, Sie haben unsere Städte und Gemeinden nachweislich in die Irre geführt und die kommunale Familie in Gewinner und Verlierer gespalten. Ihr Vertrauensbruch ist beispiellos. Ziehen Sie das GFG zurück! – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Engel. – Für die Fraktion Die Linke spricht Frau Kollegin Demirel.

Özlem Alev Demirel (LINKE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Engel, Sie haben gerade gesagt: Alles in allem entlastet der Bund die Kommunen um mehrere Milliarden Euro. Darauf kann ich nur erwidern: Eines der wichtigsten Probleme bislang ist doch gewesen, dass die Bundesregierung die Kommunen ungerechterweise belastet hat.

(Beifall von der LINKEN)

Aber nun zum GFG der Landesregierung – das ist auch für uns befremdlich –: Die Landesregierung tut jetzt so, als sei das GFG 2011 eine zwangsläufige Folge unbeeinflussbarer Größen – der Statistik, der Mathematik und des Verfassungsgerichtes. Sicher ist eine Grunddaten Anpassung, Herr Minister Jäger, überfällig. Aber wann, wie und in welchen Schritten man es macht, ist eine Frage politischer und finanzieller Entscheidungen. Oder hat das Verfassungsgericht etwa auch vorgegeben, die Hauptansatztafel abzuflachen? Damit werden nämlich die von Ihnen so gepriesenen Wohltaten, die sich per Soziallastenerhöhung ergeben, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein müsste, konterkariert, auch bei den Ruhrgebietsstädten. Wir fordern im Gegensatz zu Ihnen einen Mindeststandard für alle Kommunen in Nordrhein-Westfalen.

Sie, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, aber auch von CDU und FDP, führen immer wieder sehr gerne den Begriff der kommunalen Familie im Mund, bei deren Unterstützung man sich parteiübergreifend auch so einig sei.

Und dann? Was passiert jetzt? Dann spielen jetzt FDP und CDU den ländlichen Raum gegen die Städte aus. SPD und Grüne machen es genau umgekehrt. Sie spielen die Städte gegen die angeblich so reichen Landkreise aus. Jeder tut das in der Hoffnung, dies sei zum Wohl seiner jeweiligen Klientel. Für eine solche parteitaktische Klientelpolitik, meine Damen und Herren, wie sie von Ihnen betrieben wird, steht die Linke nicht zur Verfügung.

(Beifall von der LINKEN)

Ich muss sagen: Als Neuling hier im Landtag bin ich einigermaßen entsetzt. Wir dürfen uns doch nicht auf der Landesebene instrumentalisieren lassen für

Landkreise gegen Großstädte oder für Großstädte gegen Landkreise.

Wir von der Linken sind nicht so populistisch wie Sie allesamt in dieser Frage in den vergangenen Wochen. Wir Linke schielen nicht darauf, wo unsere potenzielle Wählerschaft sitzt. Wir wollen die Situation in allen Kommunen verbessern. Denn abgesehen von ganz wenigen Kommunen geht es doch allen Kommunen dreckig. Auch die von Ihnen immer als reich dargestellten Städte stehen doch in der Regel mit dem Rücken zur Wand. Bis auf ganz wenige Ausnahmen, die man wahrscheinlich an einer Hand abzählen könnte, gibt es doch keine reichen Städte mehr. Überall wird massiv gekürzt, überall werden Gebühren erhöht.

Wir müssen doch das Wohl aller Kommunen im Auge haben. Denn es geht um die Lebensverhältnisse der Einwohnerinnen und Einwohner. Auch wenn eine Stadt mathematisch rechnerisch relativ reich ist oder besser dasteht als die andere, ist es doch so, dass in dieser Stadt auch wieder die Ärmsten diejenigen sind, die unter einer Kahlschlagpolitik ganz besonders leiden. Wenn es kein Schwimmbad mehr gibt, keine Bibliothek, keine kommunalen Wohnungsunternehmen mit sozialen Mieten gibt und wenn in einer Stadt der Preis für den ÖPNV immer weiter ansteigt, dann sind in dieser Stadt immer wieder die Armen und die Ärmsten der Armen benachteiligt.

(Beifall von der LINKEN)

Deshalb kann ich hier nur noch einmal unterstreichen: Wir brauchen einen Mindeststandard für alle Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Dies, meine Damen und Herren, bedeutet bekanntlich auch, mehr Geld in die Hand zu nehmen. Genau das haben wir Linke bereits zum Nachtragshaushalt 2010 gefordert und beantragt. Der Antrag wurde aber leider von allen Fraktionen hier im Hause abgelehnt.

Meine Damen und Herren, Sie haben alles in allem 133 Millionen € umverteilt, diese jedoch zwei Dritteln der Kommunen weggenommen. Dieses sture Festhalten an der Mangelverteilung, dieses sture Festhalten an der viel zu niedrigen Verbundmasse ist für mich nicht nachzuvollziehen.

Gerade kürzlich hat doch Finanzminister Walter-Borjans ganz urplötzlich insgesamt 1,3 Milliarden € mehr im Haushalt gefunden, und Sie alle hier im Hause waren bereit und sind bereit, Milliardenbeträge für die Bad Bank der WestLB aufzubringen.

Allein das Landesarchiv in Duisburg kostet 140 Millionen €, und weitere Millionen Euro werden wahrscheinlich hinzukommen, wenn die ganzen Schweinereien im Zusammenhang mit dem BLB erst einmal richtig aufgedeckt sind.

(Beifall von der LINKEN)

Ja, die CDU/FDP-Landesregierung hat noch vor Baubeginn – das ist ja auch der Hammer – des

Landesarchivs sogar einmal eben die gesamte Bausumme von 110 Millionen € an Hochtief überwiesen. Aber natürlich, das ist ja klar. Hochtief ist sicher notleidender als die Kommunen in Nordrhein-Westfalen.

Ja, meine Herren, wenn es nach Ihnen geht, sind die Unternehmen sowieso wichtiger als die Menschen und ihre Lebensstandards und ihre Lebensqualität. Deshalb gibt es auch bis heute noch keine Steuergerechtigkeit auf Bundesebene, aber dafür eine Schuldenbremse.

Meine Damen und Herren, Sie alle haben all diese Millionenbeträge in der Vergangenheit, ohne mit der Wimper zu zucken, verschoben. Da wollen Sie uns und mir allen Ernstes erzählen, Sie könnten für die Kommunen mit hohen Soziallasten nicht mehr ausgeben, ohne dafür andere Kommunen zu schröpfen, oder Sie könnten keinen Härteausgleich finanzieren? Doch, Sie können es. Das ist nur eine Frage des politischen Willens.

Sie könnten auch andere Wege beschreiten. Meine Damen und Herren der Landesregierung, schreiben Sie doch einfach die Grunddaten noch einmal für 2011 fort. Gleichen Sie die Lasten der stark von SGB-II-Haushalten betroffenen Kommunen aus, indem Sie beispielsweise für diese Kommunen zusätzliche 133 Millionen € in die Hand nehmen. Oder machen Sie es umgekehrt: Aktualisieren Sie die Grunddaten und gewähren Sie den dadurch drastisch und sehr kurzfristig von Kürzungen betroffenen Kommunen einen Härteausgleich.

Beides geht, meine Damen und Herren. Damit wäre allen gedient. Keine Kommune wäre schlechter gestellt als bisher. Die Ungerechtigkeit hinsichtlich der Soziallasten wäre nicht fortgesetzt, sondern gemildert.

Und dann? Dann wäre auch im Rahmen der Reform des kommunalen Finanzausgleichs und des GFG 2012 eine umfassende nachhaltige von allen Akteuren mitgetragene und mitberatene Lösung möglich, und zwar nicht Soziallasten auf Kosten des Hauptansatzes wie jetzt, sondern ein ausgewogenes GFG mit Parametern, die sicherstellen, dass es Mindeststandards gibt, die sozial und nachhaltig sind.

(Beifall von der LINKEN)

Meine Damen und Herren der FDP, wenn sich bis dahin auch der Bund bequemt, für die Kosten einzustehen, die er in den vergangenen Jahren den Kommunen aufs Auge gedrückt hat, umso besser. Darauf zielen Sie ja auch mit Ihrem relativ scheinheiligen Antrag ab.

Wir haben aber auch gerade bei dem unsäglichen Geschachere um Hartz IV auf Bundesebene erlebt, wie Sie als FDP zum Konnexitätsprinzip stehen und wie Sie die Kommunen über den Tisch ziehen wollen. Für das Bildungsmogelpaket von Frau von der Leyen erhalten die Kommunen 400 Millionen €

mehr, allerdings nur drei Jahre lang. Danach müssen die Kommunen es alleine tragen. Ab 2014 will der Bund dann die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sogar komplett übernehmen. Das ist aber schon längst überfällig, und das hat rein gar nichts mit dem Bildungspaket zu tun.

Meine Herren, die Frage der Kommunalfinancen wurde auch bei den Hartz-IV-Verhandlungen schon wieder zur taktischen Verhandlungsmasse. Wir können nicht darauf warten, bis die Bundes-FDP und die Bundesregierung zur Besinnung kommen. Denn den Kommunen geht es heute schlecht. Letztlich liegt ganz viel an der Bundes-FDP. Sie will den Kommunen ja bekanntlich die Gewerbesteuer nehmen. Das wäre fatal. Aber das kennen wir. Das ist die typische FDP-Klientelpolitik, die wir spätestens seit der Mövenpick-Affäre alle kennen.

(Beifall von der LINKEN)

Meine Damen und Herren aller vier Parteien, die jetzige Höhe der Verbundmasse wird von Ihnen allen einfach zum Naturgesetz erklärt. Das ist Unfug. Damit wollen wir uns nicht abfinden. Darin sind wir uns mit allen kommunalen Spitzenverbänden, mit vielen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und mit vielen Stadt- und Gemeinderäten einig.

Wir stellen fest: Die kommunalen Zuschussbedarfe sind zwischen den Jahren 1980 und 2006 um 144,5 % gestiegen, während die Schlüsselmasse im Verbund um 62 % stieg. Der Verbundsatz betrug bis 1983 28,5 %. Allein um die gewachsenen Bedarfe bis heute abzudecken müsste der Satz heute eigentlich sogar viel höher liegen. Tatsächlich aber wurde er über die Jahre hinweg auf 23 % reduziert.

Wir Linken sagen: Erhöhen Sie endlich die Verbundmasse. Kommen Sie Ihrer Verantwortung den Kommunen gegenüber nach.

(Beifall von der LINKEN – Minister Ralf Jäger: Machen wir gerne! Machen Sie einen Vorschlag!)

– Wir können gerne beraten, Herr Jäger. Laden Sie uns ein. Wir sind gerne zu Gesprächen mit Ihnen bereit. Wir wollen eine Erhöhung für die Kommunen.

(Minister Ralf Jäger: Nein, nein! Sie beraten das im Parlament!)

Der Investitionsstau in den Kommunen ist enorm. Die Investitionspauschale muss dringend angehoben werden. Dies hätte übrigens zwei Vorteile: Sie ist steuerkraftunabhängig und könnte damit allen Kommunen zugutekommen. Und: Für erhöhte Investitionsausgaben können auch höhere Kreditaufnahmen eingesetzt werden, Herr Walter-Borjans. Da steht Ihnen auch Münster nicht im Weg. Sie müssen es nur wollen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, erhöhen Sie die Grunderwerbsteuer und

beteiligen Sie die Gemeinden daran. Die Wiederbeteiligung der Kommunen an den Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer wurde von der Landesregierung als nachhaltige Verbesserung der Kommunalfinancen beim Nachtragshaushalt gepriesen. Das stimmt. Deshalb haben wir es auch begrüßt. Nun erklärt Herr Priggen auf einmal, dass bei einer Erhöhung der Grunderwerbsteuer, die wir Linken übrigens schon länger fordern, die Mehreinnahmen nicht an die Kommunen fließen sollen. Wie kommt es? Dabei war dies doch ein nachhaltiger Schritt, den wir explizit so benannt haben. Sollte es etwa so sein, dass das Thema Nachhaltigkeit bei den Grünen nicht unbedingt sehr nachhaltig ist?

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsparteien, wir nehmen Ihren Koalitionsvertrag wahrscheinlich ernster als Sie selbst. Darin erklären Sie selbst, Sie möchten – ich zitiere –: „für alle Kommunen eine verlässliche und aufgabenadäquate Einnahmebasis erreichen.“

Wenn Sie das wirklich ernst meinen, müssen Sie mehr Geld investieren. Der Gesetzentwurf der Landesregierung hat viel kommunales Porzellan zer schlagen. Die Landesregierung sollte diesen Scherbenhaufen beseitigen, ohne die Kommunen noch ein weiteres Jahr im Regen stehen zu lassen – weder die Städte noch die Kreise.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich fordere SPD und Grüne auf, unsere Vorschläge unvoreingenommen zu prüfen. Sie sprechen von der Koalition der Einladung. Dann müsste das auch passen.

Beweisen Sie stattdessen den Menschen, die vor Ort um den Erhalt ihrer Schwimmbäder, ihrer Jugendzentren und ihrer Theater kämpfen, dass Sie alle Kommunen wirklich nachhaltig entlasten wollen. Auch wenn wir 2011 ein kleines Superwahljahr haben: Betreiben Sie nicht einfach weiter schnöde Klientelpolitik. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Demirel. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mit Interesse das eine oder andere Argument verfolgt. Insbesondere bei der Argumentation von Herr Löttgen und Herrn Engel fällt mir unter anderem der überlieferte Spruch von Jupp Denzer, den wir heute Morgen geehrt haben, ein. Er sagte: So doof kann man doch eigentlich gar nicht sein.

(Beifall von der SPD)

Das kann auch nicht sein; denn es handelt sich um Abgeordnete des nordrhein-westfälischen Landtags. Ich stelle aber fest: So böseartig kann man sein. Böseartig in dem Sinne, dass Sie schlichtweg Realitäten leugnen und ganz offensichtlich Verwirrung stiften wollen.

Ich fange mit einem ganz banalen Beispiel an, Herr Engel. Sie erklären, Köln wäre Gewinner der Grunddatenaktualisierung. – Das ist falsch. Das ist schlichtweg falsch.

(Horst Engel [FDP]: Köln kriegt mehr!)

– Köln ist Verlierer der Grunddatenaktualisierung. Herr Engel, Sie vergleichen nicht Äpfel mit Birnen, sondern Sie vergleichen Äpfel mit U-Booten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Köln erhält im Jahr 2011 höhere Zuweisungen als 2010, weil die individuelle Steuerkraft Kölns im Vergleich zu allen anderen Kommunen Nordrhein-Westfalens gesunken ist. Hätten wir die Grunddaten Anpassung nicht gemacht, hätte Köln noch einmal zusätzlich rund 10 Millionen € erhalten. Herr Engel, wenn ich in Eurythmie ausgebildet wäre, würde ich Ihnen das gerne zur Not vortanzen, wenn das helfen würde, Ihnen zu erklären, wie das GFG funktioniert. Ich muss ganz ehrlich sagen, es macht mich ein wenig wütend, wenn Sie wider besseren Wissens schlichtweg die Unwahrheit erzählen.

Die beiden ehemaligen Regierungsfractionen treten hier als Rächer der Enterbten für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen auf. In der Eigenwahrnehmung hat sich in den letzten Wochen und Monaten offensichtlich einiges getan, Herr Löttgen. Ich kann mich noch sehr genau daran erinnern, dass Sie ganz persönlich ein Problem mit den kommunalen Finanzen in Nordrhein-Westfalen geleugnet haben. Das war allerdings vor dem 9. Mai letzten Jahres.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Nach dem Motto „Das Sein bestimmt das Denken“ haben Sie jetzt ganz offensichtlich ganz andere Wahrnehmungen.

Tatsache ist im Übrigen auch, dass wir etwas aus dem GFG 2010 übernommen und sofort geändert haben. Sie von den Regierungsfractionen CDU und FDP waren es, die den Raubzug durch die kommunalen Kassen betrieben haben. Sie haben vier Siebte bei der Grunderwerbsteuer für die Kommunen gestrichen. Trifft das nicht zu, Herr Löttgen?

(Bodo Löttgen [CDU]: Doch!)

– Das haben wir wieder nachgebessert.

Sie haben eine Befrachtung zur Konsolidierung des Landeshaushalts im GFG gehabt.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Das leugnen Sie hier jetzt alles? Sie spielen den Rächer der Enterbten für die Kommunen. Das kann doch wohl nicht wahr sein!

Bei der Abwassergebührenhilfe ist es letztendlich das Gleiche, Herr Engel. Sie ist nicht mehr im GFG 2011 enthalten. Stimmt. Wissen Sie eigentlich, warum das so ist? Sie haben die Hilfe befristet. Wenn Sie diese gerne wieder aufleben lassen möchten, empfehle ich Ihnen: Stellen Sie einen entsprechenden Antrag im Landtag.

(Bodo Löttgen [CDU]: Das werden wir auch tun!)

Es war der Auftrag dieses Parlaments, diese Abwassergebührenhilfe maximal bis zum Jahr 2010 zu begrenzen. Das war der gemeinsam von CDU und FDP gestellte Antrag. Machen Sie uns das bitte nicht zum Vorwurf.

Tatsache ist: Das GFG 2011 gibt den Kommunen 323 Millionen € mehr, als von Ihnen vorgesehen gewesen waren. Wir nehmen eine Grunddatenaktualisierung in der Größenordnung von gerade einmal 1,67 % vor.

Ich frage mich: Wollen Sie diesem Parlament ernsthaft empfehlen, ein GFG zu verabschieden, bei dem knapp 8 Milliarden € für die Kommunen auf der Datenbasis des Jahres 1999 verteilt werden sollen? Herr Engel und Herr Löttgen, das kann doch nicht Ihr Ernst sein. Es kann doch nicht sein, dass Sie nicht wahrnehmen wollen, welche Dynamik es in den letzten zehn Jahren insbesondere bei der Zunahme der Kosten für Soziallasten der Kommunen gegeben hat. Das wäre die Konsequenz daraus, wenn Sie das tatsächlich tun wollten. Im Jahr 2011 auf der Datenbasis des Jahres 1999 Geld zu verteilen, ist verantwortungslos. Sie wollen die Realität schlichtweg ausklinken.

Die Argumentation der Linken, Frau Demirel, finde ich wirklich klasse – das sage ich Ihnen als Kommunalminister –: die 133 Millionen nicht umzuverteilen, sondern obendrauf zu packen, damit keiner schlechtergestellt wird. Ich mache Ihnen den Vorschlag: Bringen Sie doch einen solchen Antrag ins Parlament ein.

(Özlem Alev Demirel [LINKE]: Wir werden noch viele Anträge einbringen!)

Stellen Sie mal dar, wie man die 133 Millionen € finanzieren kann, Frau Demirel. Ich als Kommunalminister wäre hochgradig erfreut, wenn das Parlament dem folgen würde.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Dann sind wir ja schon in einem Boot!)

Ich kann als Teil dieser Landesregierung aber bedauerlicherweise nicht erkennen, wo wir im Landeshaushalt 133 Millionen € herumliegen haben,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das haben wir auch nicht gesagt!)

mit denen wir dann nichts anderes tun, als Daten zu aktualisieren, was die ehemalige Landesregierung schlichtweg verpennt hat.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Am Ende des Wahljahres sagen wir Ihnen, wie es geht!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Minister Jäger, entschuldigen Sie.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Nein, ich würde zum Schluss gern noch Folgendes sagen: Würden wir diese Datenaktualisierung nicht vornehmen, meine Damen und Herren, würde das Verfassungsgericht vermutlich feststellen, dass wir rechtswidrig handeln. Es gibt bereits die Klage von elf Kommunen dagegen, dass die alte Landesregierung, Herr Engel, diese Datenaktualisierung nicht vorgenommen hat.

(Zuruf von Horst Engel [FDP])

Alle kommunalen Spitzenverbände sagen: Natürlich ist diese Datenaktualisierung notwendig. – Das sagt selbst der Städte- und Gemeindebund. Der hätte es nur gerne noch länger gestreckt, als Sie es getan haben.

(Zuruf von Horst Engel [FDP])

Sie sagen, wir wären nicht am Ohr der Basis. – Ich habe in den letzten Wochen viele Gespräche mit Kämmerern, mit Bürgermeistern in ganz unterschiedlichen Regionen dieses Landes geführt. Die Menschen im Münsterland sind natürlich nicht gerade darüber erfreut, dass sie weniger bekommen. Denen sage ich immer: Sie haben recht! Darüber würde ich mich auch nicht freuen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Nicht nur da!)

Aber ich muss gleichzeitig sagen: Hätte es eine normale Grunddatenanpassung gegeben, wie es immer – außer bei der alten Landesregierung – üblich war, würde man feststellen, dass sie lange mehr bekommen haben, als ihnen zugestanden hat. Das ist Tatsache.

Wenn ich ins Bergische Dreieck komme, sagen die Menschen mir: Wie kann es denn sein, dass diese Landesregierung feststellt, dass uns über Jahre Geld vorenthalten worden ist, weil die Daten nicht aktualisiert wurden, und dass uns diese Landesregierung unseren Anspruch nicht sofort zurückgibt, sondern das in zwei Schritten macht?

So unterschiedlich ist die Argumentation der Kommunen. Ich kann übrigens beide Seiten verstehen. Aber diese Landesregierung muss eine gerechte Verteilung vornehmen. Da sind wir wieder beieinander.

(Bodo Löttgen [CDU]: Dann handeln Sie danach!)

Herr Herter hat das Bild richtig formuliert: Die Decke ist schlichtweg zu kurz.

(Bodo Löttgen [CDU]: Die Decke brennt! Die ist nicht zu kurz!)

– Herr Löttgen, dass die Decke brennt, müssen Sie mir nicht erklären.

(Bodo Löttgen [CDU]: Aber Sie haben sie angezündet!)

Ich hätte mir gewünscht, Herr Löttgen, dass Sie diese Einsicht schon in der letzten Legislaturperiode gehabt hätten und dass wir dieses kommunale Finanzsystem viel früher unterstützt hätten, als das jetzt sozusagen in allerletzter Minute tun zu müssen.

Herr Löttgen, ich hatte Besuch der Arbeitsgemeinschaft der Kommunen mit ausgeglichenem Haushalt. Alle acht Bürgermeister waren da.

(Heiterkeit von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Acht von 396, Herr Löttgen! Das ist Ihr Erbe nach fünf Jahren Regierung, dass 167 Kommunen im Nothaushalt sind.

(Beifall von der SPD)

Herr Löttgen, das ist Ihr Erbe!

(Bodo Löttgen [CDU]: Das geht auf Ihr Konto! Vor 2005 hat es das nicht gegeben!)

Wir sollten uns nicht darüber streiten, ob es Sinn macht oder ob es verfassungsrechtlich geboten ist, Daten zu aktualisieren. Das muss sein.

Wir sollten zusammenkommen bei der Frage: Wie schaffen wir es, dass die Decke wieder länger wird, dass nicht bei einem die Füße herausgucken, die dann kalt werden?

Das, was jetzt im Rahmen des Hartz-IV-Kompromisses vereinbart worden ist, die Grundsicherungsübernahme, Herr Engel, ist viel Geld, fast 4 Milliarden €, aber nicht ausreichend. Wenn die drei Ausbaustufen abgeschlossen sind, kommt gerade mal 1 Milliarde € in Nordrhein-Westfalen an. Die Unterdeckung der kommunalen Haushalte liegt bei etwa 2,3 Milliarden €, und zwar nicht, weil da Geld zum Fenster herausgeschmissen wird – gute Beispiele dafür findet man immer –, sondern im Wesentlichen deshalb, weil die Städte und Gemeinden unter den Soziallasten ächzen.

Hören Sie auf, hier Spiegelfechten zu betreiben, ob Daten zu aktualisieren sind oder nicht. Lassen Sie uns vielmehr gemeinsam da weiterarbeiten, wo wir bei der Sondersitzung aufgehört haben, nämlich dass es die Notwendigkeit gibt, dass der Bund den Kommunen bei den Soziallasten stärker hilft. Das ist auch das, was jetzt als Vereinbarung auf dem Tisch liegt.

Wenn wir das gemeinsam tun, dann profitieren alle Gemeinden, auch die, die geringe Soziallasten haben. Das ist mein letzter Ausflug in die Systematik des Gemeindefinanzierungsgesetzes: Wenn wir das tun, dann sinken die Soziallasten, dann sinkt der Bewertungsfaktor im GFG für Soziallasten, und dann werden auch die mehr Geld bekommen, die geringe Soziallasten haben, Herr Löttgen. Daran sollten wir arbeiten, das muss das Ziel sein.

Hören Sie auf, hier wirklich Falsches zu erzählen, Äpfel mit U-Booten zu vergleichen und Dinge durcheinanderzuwerfen. Helfen Sie dabei mit, dass wir auf der Bundesebene ein offenes Tor finden, damit die kommunale Finanzunterstützung höher ausfällt als jetzt vereinbart. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Für die Fraktion der CDU hat jetzt der Kollege Biesenbach das Wort.

Peter Biesenbach (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Jäger, Sie haben meine Fantasie gerade angeregt, als Sie vorschlugen, es wäre vielleicht doch schön, wenn Sie Ihre Beiträge demnächst vortanzen könnten. Ich gebe Ihnen in einem recht: In der B-Note würden Sie wahrscheinlich recht hoch liegen. Bei der A-Note wäre das, glaube ich, wenn Sie das in der Qualität von heute machten, keine Zahl, derer Sie sich rühmen sollten.

Wenn Sie andersherum uns fragen, warum wir bei diesem Thema inzwischen so keck auftreten, kann ich Ihnen sagen: Niemand von uns hatte gehofft, dass Sie uns so schnell die Möglichkeit geben würden, im kommunalen Bereich wieder so zu punkten, wie Sie uns mit diesem Entwurf die Chance einräumen. Und wir werden sie nutzen.

Meine Damen und Herren, was wir heute inhaltlich gehört haben, ist wirklich ein dolles Beispiel für Realitätsverweigerung.

(Beifall von der CDU)

Der Kommunalminister versucht, uns zu erklären: Die Kommunen werden deutlich bessergestellt als bei der alten Landesregierung. – Der Kollege Mostofizadeh empfindet es als dreist, wenn der Kollege Löttgen hier vorträgt, Kommunen werde im Haushalt 2011 Geld genommen.

Ich will es nicht zu oft wiederholen, vielleicht lesen Sie es irgendwann einmal nach: 66 %, zwei Drittel der Kommunen, bekommen im nächsten Jahr dank Ihrer genialen Rechnung deutlich weniger, nämlich fast 40 %, also mehr als 1 Million – und das nicht, Herr Minister, weil sich die Steuerkraft verändert hat, sondern weil Sie versuchen, bei Grunddaten ein Stückchen zu verändern.

Ich habe leider nicht mehr so viel Redezeit. Ich muss Sie aber noch etwas dazu fragen – Sie haben Entsprechendes den Kollegen unterstellt –, was Ihre Ahnung vom GFG angeht. Ich will nicht behaupten, Sie hätten keine. Aber zumindest fragwürdig ist die Aussage, im Entwurf sei die Abwassergebührenhilfe nicht mehr enthalten. Nach meiner Kenntnis bleibt sie drin. Das Einzige, was zurückgenommen wird, ist die Erhöhung. – Lassen Sie uns also mit gegenseitigen Zuweisungen darüber, wer Ahnung hat und wer nicht, vorsichtig sein.

(Beifall von der CDU)

Was ich Ihnen aber vorhalte und was die Kollegen von SPD und Grünen nicht geklärt haben – Herr Kollege Körfges, vielleicht machen Sie es gleich –, ist die Frage zur Systematik. Denn Sie haben im Entwurf auch noch handwerklich schlecht gearbeitet. Sie gehen an die Grunddaten heran, haben aber die vom ifo-Institut vorgeschlagene Erhöhung des Flächenansatzes außen vor gelassen!

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Warum auch? Den Soziallastenausgleich tragen Sie wie eine hehre Fahne vor sich her. – Entschuldigung, aber der Soziallastenausgleich findet bereits im Hauptansatz Berücksichtigung. Darauf, dass Sie ihn zweimal aufwerten, geht auch keiner von Ihnen ein.

Dann sagen Sie ganz simpel, der Soziallastenansatz richte sich nach der Anzahl der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften.

(Minister Ralf Jäger: Stimmt doch gar nicht!)

Na prima, aber ein Drittel der Sozialausgaben – Herr Kollege Körfges, dazu würde ich gleich gern etwas hören – hat überhaupt keinen Bezug zu Bedarfsgemeinschaften, trotzdem auch hier: ein weiteres Drittel, eine weitere Erhöhung. – Ja, wo sind sie denn, die Situationen?

Den Schüleransatz werten Sie gegenüber dem Soziallastenansatz völlig ab, indem Sie ihn um 22 % senken. – Ist das die Bildungsinitiative, die die Ministerpräsidentin uns verspricht?

(Beifall von der CDU)

Frau Löhrmann müsste längst eingeschritten sein, denn da wird ihr das Geld weggenommen.

Wie sieht es bei den übrigen Dingen aus? – Schade, leider geht die rote Lampe an, und gleich wird die Präsidentin eingreifen.

(Zuruf von der SPD: Endlich!)

Die Chance der Rede – Herr Jäger, Sie schmunzeln, aber das muss ich noch loswerden – war für Sie heute das, was für einen Betrunkenen die Laterne ist, nach dem Motto: Sie haben nicht zu unserer Erleuchtung beigetragen, auch nicht der Wahrheit gedient, sich aber fest daran geklammert in der

Hoffnung, vielleicht noch ein bisschen weiter vernebeln zu können.

(Beifall von der CDU)

Prima, Karneval wird sein, aber danach werden Sie gezwungen werden, sich mit den Kommunen und den Bürgermeistern auseinanderzusetzen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Der Moment des Eingreifens ist gekommen.

Peter Biesenbach (CDU): Und die werden uns die Arbeit abnehmen, und darauf freue ich mich bereits heute.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Biesenbach. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt Kollege Körfges das Wort.

Hans-Willi Körfges (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin! Ich bedanke mich für die Mutmaßung, dass ich Ihnen jetzt vielleicht etwas erklären kann. Aber das setzt ja eine gewisse Aufnahmebereitschaft voraus. Wenn jemand tatsächlich beim Hören Probleme hat, kann man lauter sprechen oder es mit Gesten klarmachen.

(Zuruf von der CDU)

Nur, Kollege Biesenbach, wenn sich einer mit Absicht taub stellt, kann man so laut schreien, wie man will – Sie wollen da doch gar nichts verstehen.

(Beifall von der SPD)

Herr Kollege Engel, ich kenne Sie als Redner, der respektvoll und – anders als ich – immer in gemessenem Ton vorträgt. Ich habe den Verdacht, je lauter Sie sich hier artikulieren, umso mehr wollen Sie von einem Verlust, den Sie als FDP-Fraktion erleiden, der im Lande aber gemeinhin nicht als großer Verlust angesehen wird, ablenken. Ganz Nordrhein-Westfalen freut sich für die FDP, dass sich Herr Wolf neuen Herausforderungen stellt, und die kommunale Familie in Nordrhein-Westfalen feiert heute noch, dass Ingo Wolf nicht mehr Innen- und Kommunalminister ist.

(Beifall von der SPD)

Sich hier dann mit einer solchen Dreistigkeit hinzustellen – das bin ich, wie gesagt, nicht von Ihnen gewohnt, Herr Kollege Engel – und eine Landesregierung, die Kürzungen, welche Sie zu verantworten haben, zurückgenommen und die den Stärkungspakt Stadtfinanzen auf den Weg gebracht hat, die gemeinsam mit anderen – erstmalig – intensiv das Ziel verfolgt, das vom Bund einzufordern, was unseren Kommunen zusteht, vor dem Hintergrund Ihrer historischen Verantwortung für die Notsituation der

Kommunen auf eine solche Art und Weise zu beurteilen, das ist heftig, Herr Kollege Engel.

Ich darf an der Stelle versuchen, die Aufhellung ein wenig in Richtung der Kollegen von der CDU fortzusetzen. Regressionsanalyse heißt das. Der Kollege Schemmer hat sich immer über die Methodik in der ifo-Kommission aufgeregt. Ich gebe zu: Wenn man zu denjenigen gehört, die aufgrund des Verfahrens in ihrer eigenen – nicht wohlhabenden Kommune, die haben wir nicht mehr –, besser dastehenden Kommune durch jede Form von Umverteilung irgendeinen Schaden nehmen, dann muss man gegen die Methode sein.

Das, was sich auf Grundlage der Grunddaten Anpassung geändert hat – und das können wir Ihnen nachweisen –, bewegt sich im Bereich von 133 Millionen €. Das können Sie – der Innenminister stellt uns gerne die Tabellen nochmal zur Verfügung, damit wir sie Ihnen dann vorlesen – mithilfe einer großen Tabelle ausrechnen. Gleichzeitig können Sie daraus die Wirkung der unterschiedlichen Entwicklung der Steuerkraft in der Krise ablesen, denn da hat es bombastische Ausschläge gegeben.

Sie vermengen das jetzt munter miteinander, um die Menschen in unserem Land glauben zu machen, die Auswirkungen beim GFG würden ausschließlich auf der Grunddaten Anpassung beruhen. – Das ist üble Hütchenspielerlei und keine seriöse Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wenn sich dann Frau Demirel wie Özlem im Wunderland hier etwas wünscht, kann ich nur ganz deutlich den Innen- und Kommunalminister Jäger unterstützen: Ich würde mir auch wünschen, dass das Land die Möglichkeiten hätte, allen Kommunen noch wesentlich mehr zu helfen.

Zwei kleine Einwände: Wir sind dabei, unseren Teil beizutragen. – Vielen Dank im Übrigen, dass den Kommunen die 300 Millionen € verbleiben, die wir ihnen zusätzlich zudenken, und wenn es beim Stärkungspakt bleibt, muss der Kollege Laumann bei seiner neuen Dreisatzrechnung für den Haushalt schon mehr als 2,5 Milliarden € nachweisen, die er an anderer Stelle einspart.

Ich mache darauf aufmerksam, dass wir einige Hundert Millionen € mehr im Etat für unsere Kommunen an unterschiedlicher Stelle – dazu gehören die 320 Millionen € im GFG, der Stärkungspakt und auch die Dinge im Bereich der KITAS – zusätzlich zur Verfügung stellen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Körfges, möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Biesenbach zulassen?

Hans-Willi Körfges (SPD): Ja, natürlich. – Ich bin da doch ganz locker, Herr Kollege.

Peter Biesenbach (CDU): Vielen Dank, Herr Kollege Körfges. – Ich habe aufmerksam zugehört und werde auch gern weiter aufmerksam zuhören. Ich möchte Ihnen nur gern nochmal die Dinge anbieten, zu denen ich gern etwas hören würde.

Wodurch ist die Senkung des Schüleransatzes begründet? Und was sagen Sie dazu, dass Sie den Soziallastenansatz so hoch bewerten, obwohl ein Drittel der Sozialausgaben nichts mit den Bedarfsgemeinschaften zu tun hat und umgekehrt den Soziallastenausgleich doppelt annehmen, auch im Hauptansatz? – Das hat auch das Verfassungsgericht schon festgestellt. Deswegen bin ich ganz gespannt auf Ihre Antworten.

Hans-Willi Körfges (SPD): Das ist ganz schwierig. Wir haben in dieser ifo-Kommission über viele Monate zusammengesessen. Es gab Kollegen von Ihnen, die das mit dem Regressionsansatz und den kommunizierenden Röhren damals – ich sag mal – nicht wahrhaben wollten. Ich glaube, Sie unterliegen dem Irrtum, da seien Dinge geändert worden. Die haben sich aber infolge der Verschiebungen der anderen Parameter automatisch geändert, und zwar nach der Systematik des GFG. Was Sie nun von der Seite reinmengen – Flächenansatz – zeigt, Kollege Biesenbach: Sie haben das ifo-Gutachten erahnt, aber nicht gelesen.

(Beifall von Marc Herter [SPD])

Das ifo-Gutachten empfiehlt nämlich den Flächenansatz nicht. Ich rate, genau hinzuschauen und zu lesen. In dem Gutachten – wenn ich es dabei hätte, könnte ich Ihnen genau die Seite nennen – wird ausgeführt, man könne ihn aus politischen Gründen diskutieren.

Darüber hinaus, lieber Kollege Biesenbach, ist das ein netter Versuch, ifo und Grunddaten miteinander zu vermengen; nur, dieser Versuch ist falsch.

Ich komme, weil sich auch meine Redezeit allmählich dem Ende zuneigt ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Körfges, Entschuldigung, bevor Sie den Satzungssatz reden, habe ich noch zwei Kollegen, die gerne eine Zwischenfrage stellen würden: zum einen Herrn Schemmer und noch mal Herrn Biesenbach. Möchten Sie die Zwischenfragen zulassen?

Hans-Willi Körfges (SPD): Das verlängert meine Redezeit und den Spaß an der Sache. – Herr Schemmer.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Schemmer.

Bernhard Schemmer (CDU): Ich wollte ein bisschen zu unserem gemeinsamen Spaß beitragen. – Sie wissen ja, die Berechnung mittels Regressionsanalyse kommt zu dem Ergebnis: Wenn alle Mitglieder der ifo-Kommission 10.000 € im Jahr für Urlaub ausgeben, steht denen das auch zu.

(Heiterkeit von der SPD und von den GRÜNEN)

Insofern muss man die Regressionsanalyse hinterfragen, und für mich ergibt sich die klare Frage: Muss man nicht nach den realen Kosten vorgehen? Daraus wiederum ergibt sich – zweitens – die konkrete Frage: Wenn die Kommunen für die Bedarfsgemeinschaften zwischen 2.500 und 3.500 € – das ist unterschiedlich – ausgeben, aber die 657 € mal 9,6 round about 6.400 € ergeben, halten Sie es dann für angemessen, dass man für Bedarfsgemeinschaften gut das Doppelte von dem bekommt, was eine Bedarfsgemeinschaft eigentlich kostet?

(Zuruf von Minister Ralf Jäger)

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Kollege Schemmer, das passt wirklich ganz toll. Sie stellen mit Ihrer Frage den von keinem anderen Kollegen in der ifo-Kommission – ich weiß, Sie haben das Geschehen da verfolgt – angezweifelte Ansatz überhaupt der Erhebung und der Umverteilung infrage. Es gibt aus Sicht eines Mitglieds unseres Hauses, der auch kommunalpolitisch in einer relativ gut situierten Kommune unterwegs ist, sicherlich ein paar Gründe, sich hier zu profilieren. Aber ich kann Ihnen nicht recht geben, dass das System falsch wäre und zu ungerechten Ergebnissen käme. Das wird von allen kommunalen Spitzenverbänden anders gesehen als von Ihnen. Ich glaube, Sie wollen das nicht zur Kenntnis nehmen.

(Widerspruch von Bernhard Schemmer [CDU])

An der Stelle können wir nicht helfen. Da hilft auch ein weiteres Lesen des ifo-Gutachtens nichts. – Herr Biesenbach.

Peter Biesenbach (CDU): Herr Kollege Körfges, es war ein geschickter Versuch, den Flächenansatz nochmal eben reinzubringen. Nur, bei den Fragen an Sie habe ich den gar nicht angesprochen. Lassen wir ihn also draußen, weil er da nicht hingehört.

Stimmen Sie mir denn zu, dass Sie auch bei dem Soziallastenausgleich deutlich vom ifo-Gutachten abweichen? Denn der Gutachter sagt eigentlich: zehn Punkte. Nur wegen der Wirkung empfiehlt er allenfalls einen Anstieg auf 4,2.

(Minister Ralf Jäger: Nein!)

Aber Sie liegen jetzt schon bei fast zehn und wollen noch weiter.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Sie haben das Gutachten nicht gelesen; das ist das Problem!)

Sie merken, wir gehen ganz unterschiedlich mit Daten um. Wir sollten sie offenlegen, und dann kriegen wir das schon hin. Vielleicht liegt es nicht nur am Zuhören, vielleicht auch am Umgang mit Informationen.

Hans-Willi Körfges (SPD): Ich kann, wie gesagt, wirklich nur anbieten, dass wir allen, denen sie noch nicht vorliegen, die entsprechenden Seiten aus dem ifo-Gutachten rausziehen, weil es, Herr Kollege, tatsächlich nicht so ist, wie Sie es darstellen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Das steht genau so wortwörtlich drin! – Minister Ralf Jäger: Nein!)

– Nein, das würde aber, wie gesagt, tatsächlich den Rahmen einer GFG-Beratung sprengen. Vielleicht hat der Herr Minister, der sich genauso aufregt wie ich – ich weiß, Sie wissen es besser –, die Möglichkeit, kurzfristig nachschauen zu lassen. Dann kann ich Ihnen sogar die Seiten liefern.

Lassen Sie mich zum Ende kommen. Ich hatte dem Kollegen Engel und der FDP noch ein kleines Mitbringsel versprochen. Zeitgleich tagt der Rat der Stadt Mönchengladbach. Kämmerer in Mönchengladbach ist Bernd Kuckels; er ist Landesvorstandsmitglied bei der FDP. Er hat für unsere Stadt eine Resolution vorgelegt, die jetzt zeitgleich verabschiedet wird. Ich lese mal die Überschrift vor: Mönchengladbach hat ein Recht auf korrekte Schlüsselzuweisungen – Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 verabschieden.

Das zeigt mir: Das ist ein sehr großes Problem, dass es erst jetzt zu der Grunddatenanpassung kommt. Denn mein Kämmerer, der FDP-Kämmerer Bernd Kuckels, sagt mir zu Recht: Das bedeutet doch, dass wir seit fünf Jahren über den Leisten gezogen werden, wir Soziallasten für andere überproportional tragen und keinen Ausgleich kriegen.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Wir wollen zumindest, dass das jetzt in Ordnung gebracht wird.

Darüber jetzt noch eine Diskussion anzustreben, obwohl wir nur die Hälfte in Ansatz bringen, Herr Kollege Engel, das ist die Nummer, die die Kommunen gegeneinander aufbringt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Körfges.

Hans-Willi Körfges (SPD): An der Stelle kann ich Ihnen nur sagen: Sie wollen hier nichts lernen. Sie wollen Zwietracht in die kommunale Familie bringen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Ihre Redezeit ist erschöpft.

Hans-Willi Körfges (SPD): Ich denke, das wird Ihnen nicht gelingen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Körfges. – Die Zwischenfrage von Herrn Schemmer konnte ich damit nicht mehr zulassen. – Und Herr Abrusatz hat mich gerade darüber informiert, Herr Kollege Körfges, dass der von Ihnen angesprochene und geschätzte Kämmerer kein Landesvorstandsmitglied der FDP mehr ist.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Och! Ist er das nicht mehr! – Zurufe – Heiterkeit)

Dafür darf Herr Engel seinen zweiten Redebeitrag für die FDP liefern.

Horst Engel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Körfges, bestellen Sie Herrn Kuckels schöne Grüße. Der ist nach wie vor Vorstand in der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker und dort ein geschätzter Fachmann. Wahrscheinlich haben Sie etwas durcheinandergebracht.

Herr Jäger, Äpfel und U-Boote. Heftig!

(Minister Ralf Jäger: Angemessen!)

– Auch nicht angemessen. Aber ich buche das unter Spaß oder Ironie.

Um was geht es im Kern? Machen wir uns hier doch nichts vor. Die Kollegen, die noch ein kommunales Mandat wahrnehmen, wie Herr Körfges, dicht dran ...

(Britta Altenkamp [SPD]: Herr Körfges hat kein Mandat! – Hans-Willi Körfges [SPD]: Auch nicht richtig!)

– Mensch, da muss ich meinen Zettelkasten aktualisieren. Herr Körfges, warum nicht mehr?

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Engel, ich mache Sie darauf aufmerksam, dass es bei Zwischenfragen andersherum läuft, nämlich dass die Kollegen die Zwischenfragen stellen und nicht der Redner.

Horst Engel (FDP): In Ordnung, muss ja auch einmal gesagt werden.

Herr Innenminister, worum geht es? – Es geht auch um das Handwerk. Es geht auch um Vertrauen in den Prozess „Kommunalfinanzen“, „kommunale Haushalte“. Sehr viele Kommunen verabschieden ihre Haushalte traditionell im Dezember. Andere wiederum verlegen die Verabschiedung in das Frühjahr. Dafür gibt es auch Gründe. Kreise machen das oft. Die Verärgerung – das werden Sie doch wohl einräumen können, trotz der Äpfel und U-Boote – ist doch dort besonders groß gewesen, wo man die Haushaltsberatungen mit Akribie geführt hat. Da wird immer seit 30 Jahren der „Lendenschurz“ besprochen, denn die Decke ist zu kurz.

Wenn man es dann endlich mit all denjenigen hinkommen hat, die irgendwo als Destinatäre auf den einen oder anderen Euro hoffen können, wenn man die Operation geschafft hat und denkt, der Haushalt 2011 ist über die Bühne, jetzt haben wir Weihnachten und das neue Jahr steht bevor, dann kommt danach plötzlich der Erlass mit der Simulationsrechnung. Und der ist so aufgeschlagen: April, April, ihr könnt eure Beratungen mit den Daten in die Tonne treten. Bei dem einen oder anderen – bei uns war das auch so –, der seinen Haushalt ausgleichen konnte, ist plötzlich und über Nacht ein Defizit in Millionenhöhe entstanden. Darum geht es auch.

Deshalb sind Sie ja beim nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindebund sozusagen in der Ohrfeigenmaschine. Die sagen ja – vereinfacht ausgedrückt –: So geht es nicht. Das ist auch neu.

Nun konstatieren wir: Okay, eine neue Regierung braucht Einarbeitungszeit.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Aber die Kommunalfinanzen so anzugehen, wie Sie es gemacht haben, war handwerklich schlecht. Sie haben ja überhaupt kein Signal gesendet: Leute, es könnte etwas kommen! – Ganz im Gegenteil! Das ist der zweite Teil, den ich noch nachtragen möchte. Wir haben ja in der ifo-Kommission gerungen und Herr Schemmer – das ist uns allen in Erinnerung geblieben – hat in jeder Sitzung hartnäckig für seine Position geworben. Ich habe aber, Herr Jäger, Herr Körfges, Herr Mostofizadeh – klären Sie mich auf –, nicht ein Jota in Erinnerung, dass Sie schon dort das Signal gesendet haben, die Anpassung der Grunddaten müsse aus Verfassungsgründen mit dem nächsten Haushalt erfolgen. Da gab es nicht die Bohne eines Hinweises. Im Gegenteil! Es war Konsens, Herr Körfges: Wir gehen behutsam daran, warten die Ergebnisse ab, bewerten und gewichten sie gemeinsam mit der kommunalen Familie, und machen anschließend die Operation für das Haushaltsjahr 2012.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Davon sind alle ausgegangen. Sie haben es einfach anders gemacht. Das kritisieren wir. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herzlichen Dank, Herr Kollege Engel. – Der nächste Redner ist Herr Sagel. Anschließend hat der Innenminister das Wort. Bitte schön, Herr Sagel, Sie haben das Wort.

Rüdiger Sagel¹⁾ (LINKE): Danke schön. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer Schuldzuweisungen an andere macht, der sollte zunächst bei sich selber anfangen. Eines ist doch klar: Ihre Finanzpolitik in den letzten fünf Jahren, was die Kommunen angeht, hat dafür gesorgt, dass die Decke überall zu kurz ist. Das ist doch die Realität. Das muss man erst einmal feststellen.

(Beifall von der LINKEN)

Der Wolf macht sich jetzt vom Acker. Jetzt haben wir wieder den Engel da. Der macht es aber nicht wirklich besser. Das ist ja das Problem mit der FDP, das wir immer wieder haben. Einen konkreten Vorschlag haben Sie nämlich jetzt auch nicht gemacht.

Herr Minister, offensichtlich wollen wir dasselbe, nämlich etwas für die Kommunen tun. Aber es kann nicht sein, dass wir die Situation für ein Drittel der Kommunen verbessern, zwei Drittel der Kommunen jedoch das Leben schwerer machen. Es kann nicht sein, dass die, denen das Wasser schon bis zum Hals steht, auch noch unter Wasser gedrückt werden.

(Beifall von der LINKEN)

Der Soziallastenansatz ist durchaus richtig. Wir sind durchaus bei Ihnen, zu sagen: Wir brauchen eine neue Datenbasis, und auf der neuen Datenbasis muss das gemacht werden. – Sie haben jedoch ein Überfallkommando gemacht. Das habe ich bereits in der letzten Debatte gesagt. Sie haben einfach Mist gebaut. Herr Engel hat ja recht. Sie können nicht dann, wenn Haushalte verabschiedet sind, oder mitten in den Haushaltsberatungen, wie bei uns in Münster, mit so einer Geschichte um die Ecke kommen und überfallkommandoartig sagen, dass Millionen fehlen. So geht es nicht!

(Beifall von der LINKEN)

Insofern ist das ein Thema für die Haushaltsberatungen. Ich hoffe, dass Sie nicht beratungsresistent sind und sehen, dass wir dieses Problem lösen müssen. Da kommen natürlich immer nette Sprüche wie „Özlem im Wunderland“, aber es gibt nun einmal konkrete Möglichkeiten, etwas zu tun.

Einen konkreten Vorschlag haben wir bereits gemacht, nämlich die Erhöhung der Grunderwerbsteuer von 3,5 % auf 5 %. Hiervon würden die Kommunen entsprechend ihres Anteils profitieren.

Dann hätten wir schon einmal einen Teil dieser Summe zur Verfügung.

Wir können auch einmal ernsthaft darüber reden, was eigentlich beim BLB passiert, wenn wir da von 140 Millionen € hören. Auch das ist ein Thema.

(Beifall von der LINKEN)

Wir müssen nicht allen Leuten, vor allem nicht denjenigen, die sich auf krumme Art und Weise Grundstücke besorgt haben, das Geld hinterherschmeißen.

Wir können auch noch einmal über die Investitionsquote reden. Auch das wäre eine Möglichkeit, für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen etwas zu tun.

Wir bieten Ihnen also ein ganzes Paket von Möglichkeiten an. Darüber wollen wir mit Ihnen ernsthaft im Rahmen der Haushaltsgespräche reden. Sprüche helfen nicht weiter, sondern wir erwarten, dass diese Probleme konkret angegangen und gelöst werden. Denn sonst haben wir die Situation, dass die Kommunen, die sich noch gerade über Wasser halten können, auch noch in diese Problematik hineingeraten. Das kann es nicht sein.

Wir haben 169 Kommunen mit nicht mehr gesicherten Haushalten. Das sollen nicht noch mehr werden.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Für die Landesregierung hat nun noch einmal Herr Minister Jäger das Wort.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Ich bitte um Geduld, damit ich noch einige Dinge klarstellen kann, sodass die Diskussion nicht weiter mit völligen Fehlinterpretationen, Falschinformationen, Halb- bzw. Nichtwissen belastet wird.

Ich erkenne, dass Ihnen so langsam die inhaltlichen Argumente ausgehen und dass deshalb jetzt das Verfahren kritisiert wird. Ich habe Ihnen gesagt: Ich war auch unglücklich damit, dass am 23. Dezember erstmalig die Eckdaten an die kommunalen Spitzenverbände gesandt worden sind. Das wird übrigens in den Folgejahren nicht mehr der Fall sein.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Diese Situation war der Wahl geschuldet. Aber ich möchte Folgendes klarstellen: Wir haben es am 23. Dezember getan. Nach Ihrer Regierungsübernahme haben Sie es nach erheblichen Veränderungen in der Systematik erst im Februar 2006 vorgelegt, als die meisten kommunalen Haushalte schon längst beschlossen waren.

Wir haben es noch zwei Monate früher als Sie damals geschafft. Also hören Sie bitte auf, das zu kriti-

sieren. Das ist eine Folge der Wahlen alle fünf Jahre.

Zweitens. Ich will mit einer Mär aufräumen. Zur Frage, was das ifo-Institut vorgeschlagen hat, empfehle ich einen Blick in den Abschlussbericht.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Lesen! – Bodo Löttgen [CDU]: Welche Seite?)

Darin ist von einem Wert von 12,6 die Rede, der auf einer Datenbasis ermittelt wurde, die damals schon anderthalb Jahre alt war. Ich habe zunehmend den Eindruck, dass wir heftig miteinander darüber diskutieren. Warum ist das der Fall? Weil schlichtweg das nötige Wissen an vielen Stellen nicht vorhanden ist.

Das machen mir die Nachfragen von Herrn Schemmer und Herrn Biesenbach klar. Herr Schemmer, Sie fragten, warum im GFG eine Bedarfsgemeinschaft höher als mit den eigentlichen Kosten bewertet würde. Gleichzeitig fragt Ihr Kollege Biesenbach, warum in einer Bedarfsgemeinschaft alle Soziallasten eingerechnet würden. Dann wird klar, dass es offensichtlich eine große Unkenntnis über die Zusammenhänge des GFG gibt. Deshalb schlage ich Ihnen etwas vor: Wir machen eine Fortbildungsveranstaltung für die Abgeordneten des Hauses, die daran Interesse haben.

(Bodo Löttgen [CDU]: Oh!)

– Das ist ernst gemeint.

(Bodo Löttgen [CDU]: Wer gibt denn den Unterricht? Sie? Oberlehrer Jäger oder was? – Gegenruf von Marc Herter [SPD])

Um die hochkomplizierte Wirkungsweise des GFG kennenzulernen und sich erläutern zu lassen, steht das Ministerium für Inneres und Kommunales gern zur Verfügung und stellt das – meinerseits auch im Rahmen einer Ausschusssitzung – gern intensiv dar.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage? – Nein.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Ich bitte Sie um Folgendes: Hören Sie jetzt endlich auf, Halb- und Unwahrheiten zu verbreiten. Lassen Sie uns daran arbeiten, eine verlässliche Finanzausstattung für alle Kommunen in Nordrhein-Westfalen hinzubekommen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Für alle? Das wäre doch schön! Dann müssen Sie das GFG ändern!)

Wir tun als Land das, was wir leisten können, bis zur Grenze dessen, was vertretbar ist. Das reicht aber nicht, weil die Verantwortung beim Bund liegt.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Bodo Löttgen [CDU] – Gegenruf von Hans-Willi Körfiges [SPD])

Der Bund bürdet den Kommunen unabhängig von der parteipolitischen Zugehörigkeit seit Jahrzehnten Kosten auf, die die Kommunen nicht mehr stemmen können. Das müssen wir thematisieren. Da bin ich übrigens auch mit den Bürgermeistern des Münsterlandes einer Meinung. Da liegt die Ursache, die zu beheben ist.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Peter Biesenbach [CDU]: Herr Jäger, jetzt kneifen Sie!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Schluss der Beratungen zur Einbringung des GFG.

Wir kommen nun im Rahmen des Tagesordnungspunktes 1 zur ersten Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung „Gesetz zur Änderung des Wasserentnahmeentgeltgesetzes“ Drucksache 15/977. Ich eröffne die Beratung und erteile für die Landesregierung zur Einbringung Herrn Minister Remmel das Wort.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bringe hier und heute den Gesetzentwurf der Landesregierung zum Wasserentnahmeentgeltgesetz ein. Ich tue das verbunden mit einer Aufforderung im Rahmen der anstehenden parlamentarischen Beratungen. Die Landesregierung ist gern bereit, diesen Gesetzentwurf zurückzuziehen und darauf zu verzichten, wenn es eine Alternative aus dem Parlament gibt.

Es geht nämlich um die Finanzierung einer wichtigen Aufgabe. Mit den Einnahmen des Wasserentnahmeentgelts werden Maßnahmen gefördert, die dem Gewässerschutz und der Wasserqualität zugutekommen. Das müssen wir nicht aus eigenem Ermessen tun, sondern wir bewegen uns hierbei im Rahmen der europäischen Wasserpolitik. Hier gibt es Vorgaben der EU wie die europäische Wasserrahmenrichtlinie. Die Vorarbeiten sind dazu von beiden Vorgängerregierungen sowohl im Zeitraum 2000 bis 2005 als auch 2005 bis 2010 gemacht worden.

Man kann unterschiedliche Auffassungen über den Umfang der notwendigen Maßnahmen haben. Hierzu wird uns die EU wahrscheinlich noch den einen oder anderen Hinweis in den Folgejahren geben. Aber wir bleiben bei dem Maßnahmenvolumen, das

die letzte Landesregierung an die EU gemeldet hat. Diese Maßnahmen müssen finanziell unterfüttert bzw. finanziert werden.

Die Vorgängerlandesregierung unter Herrn Rüttgers hat seinerzeit einen Finanzbedarf bis zum Jahr 2027 angegeben, wobei ich nicht sicher bin, dass es gegenüber der EU ausreicht, einen solch langen Finanzierungszeitraum anzugeben. Bis 2027 wurde ein Gesamtfinanzbedarf von 2,1 Milliarden € für die Renaturierung der Gewässer ermittelt, wie gesagt, immer auf der Grundlage des Maßnahmenplans der alten Regierung. Ob das ausreicht, wird uns die EU noch mitteilen.

Diese 2,1 Milliarden € sind finanziell nicht unterlegt. Deshalb haben wir in Nordrhein-Westfalen mit dem Wasserentnahmeentgeltgesetz ein einzigartiges Instrument, um die Finanzierung dieser wichtigen Aufgabe sicherzustellen. Bis 2027 bedeutet dies, mindestens 80 bis 100 Millionen € im Jahr für die Renaturierung von Gewässern auszugeben. Insofern ist die jetzt anstehende Änderung des Wasserentnahmeentgeltgesetzes die logische Folge dessen, dass die Aufgaben tatsächlich ausfinanziert werden können.

Die Änderung des Wasserentnahmeentgeltgesetzes macht diese Aufhebung aus dem Jahre 2009, die Ihre Regierung für das Jahr 2018 angestrebt hat, rückgängig und beinhaltet eine angemessene Erhöhung, um auch die Anforderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinien an die Höhe zu erfüllen. Bezogen auf die Belastung vor der Abschmelzung des Gesetzes bedeutet die Erhöhung des Entgeltes für die Wirtschaft eine zusätzliche Ausgabe von rund 7 Millionen € pro Jahr. Bezogen auf ein Bruttoinlandsprodukt von rund 470 Milliarden € sind das gerade einmal 0,0015 %.

Wie gesagt könnten wir auf dieses Gesetz verzichten, wenn es eine Alternative gäbe. Insofern reiht sich das in die allgemeine Haushaltsdiskussion ein. Daher ist es auch richtig in der Haushaltsdebatte aufgehoben. Denn in der Tat wäre bei dem Volumen, das der Haushalt jetzt einschließlich der Nettoneuverschuldung umfasst, eine Alternative bei einer Aufgabe zu benennen, um die wir nicht herumkommen –

(Zustimmung von Lutz Lienenkämper [CDU])

es sei denn, der Finanzbedarf von 2,1 Milliarden € auf der Strecke würde bestritten. Aber das kann ich mir nicht vorstellen, da Sie den Finanzbedarf selbst entsprechend beziffert haben.

Das ist aus Sicht der Landesregierung also die einzige Möglichkeit, die Anforderung zu erfüllen. Wir bitten um eine positive Beratung dieser Gesetzesänderung. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Als nächster Redner spricht nun für die CDU-Fraktion Herr Kollege Lienenkämper.

Lutz Lienenkämper (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Unstreitig dürfte in diesem Haus sein, dass die Vorgaben der europäischen Wasserpolitik selbstverständlich auch in Nordrhein-Westfalen erfüllt werden müssen. Unstreitig ist auch, dass die Wasserrahmenrichtlinie umgesetzt werden muss. Unstreitig ist weiterhin, dass der Umfang, mit dem das gemacht wird, nicht nur zu Diskussionen, sondern auch zu irgendeinem Ergebnis führen wird.

Massiv streitig ist aber, ob die Wiedereinführung des Wasserentnahmeentgeltes bzw. der Ausstieg aus der Abschaffung des Wasserentnahmeentgeltes – je nachdem, wie man das bezeichnen will – eine geeignete Maßnahme ist. Dies gilt vielleicht für die Finanzierung; nach unserem Dafürhalten sendet diese Maßnahme aber ein völlig falsches Signal. Das ist die Fortsetzung der industriefeindlichen Politik der grün-roten Minderheitsregierung mit anderen Mitteln. Es ist die Fortsetzung der Verbraucherbelastung, die aus der Erhöhung der Grunderwerbsteuer und anderen Ideen zur Einnahmenerhöhung resultieren werden, wie wir heute Morgen in der Haushaltsdebatte gehört haben.

Wir sind der Auffassung, dass es nicht das richtige Signal ist, das Wasserentnahmeentgelt wieder einzuführen und an bestimmten Punkten moderat zu erhöhen. Darüber müssten wir noch diskutieren, weil das nämlich zum Teil gar nicht moderat, sondern wirklich sehr wirksam ist. Es ist sogar das völlig falsche Signal.

Die Industrie hat das Thema interessanterweise schon sehr eindeutig bewertet. Sie werden merken, dass die Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen, die hier gerade in den wasserentnahmeintensiven Industriezweigen zum Glück noch zahlreich vertreten sind, dadurch in Gefahr sind. Die Belastung für die Wirtschaft beträgt mindestens 45 Millionen €, die Belastung für die Verbraucher ungefähr 40 Millionen € im Jahr. Ihre Erhöhungen habe ich dabei noch nicht eingerechnet. Dadurch wird es bei beiden vermutlich etwas mehr.

Man merkt, dass es sich nicht um eine Lappalie handelt, sondern dass es sich in die Politik einreicht, die wir heute Morgen hinreichend besprochen haben. Weil ich meine, dass wir die Haushaltsdebatte heute Morgen wirklich hinreichend geführt haben, will ich die zugespitzte Auseinandersetzung nicht heute bei der Einbringung führen. Ich denke, das wird in den Ausschüssen diskutiert werden. Treffen Sie aber schon einmal Vorbereitungen für eine zugespitzte Diskussion im Plenum.

Ich bin folgender Auffassung: Wenn Sie machen würden, was wir heute Morgen von der Landesre-

gierung verlangt haben, nämlich wirklich vernünftig und ernsthaft zu sparen und nicht nur zu verschieben, sondern wirklich an die Ausgaben heranzugehen, brauchten Sie auch kein Wasserentnahmeentgelt.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Machen Sie doch Ihre Vorschläge!)

Machen Sie Ihre Hausaufgaben. Dann sehen wir, was passiert.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Minister Johannes Remmel: Nennen Sie doch Ihre Alternativen! Das ist alternativlos!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Lienenkämper. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Kollege Stinka.

André Stinka (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Lienenkämper, Ihre Ausführungen haben noch einmal deutlich gemacht, dass Sie zwar wohlfeile Sätze hinterlassen. Aber wenn es um konkrete Maßnahmen geht, bleiben Sie sehr wolkig.

Das passt auch zu den Ausführungen, die Sie heute Morgen in Bezug auf die Haushaltsführung gemacht haben. Sie sagen, dass die Maßnahmen schön und gut wären, aber bei der Finanzierung müsse man schauen.

Die SPD-geführte Landesregierung hat bereits 2004 entschieden, das Wasserentnahmeentgelt einzuführen, weil es aufgrund der EU-Richtlinien Maßnahmen gibt, die umzusetzen sind. Sie haben seinerzeit im Umweltausschuss Maßnahmenkataloge beschlossen – daran kann ich mich gut erinnern –, die im Grunde überhaupt nicht finanziert waren. Wenn wir über Kostenverlagerung reden, müssen Sie auch den Kreisen und kreisfreien Städten genau sagen, wie die Maßnahmen der Wasserrahmenrichtlinie, die Sie begrüßt haben, finanziert werden sollen. Dieser Antwort weichen Sie mit Allgemeinplätzen aus und stellen sich nicht den Anforderungen.

Wenn Sie auf die Industrie-feindlichkeit abstellen, macht das noch einmal mehr deutlich, dass Sie den Masterplan Wasser, mit dem sich die SPD-Fraktion in den letzten Jahren beschäftigt hat, anscheinend nicht kennen. Sie haben sich mit den Technologien, die beim Wasser und der Wasseraufbereitung in Nordrhein-Westfalen führend sind, nicht beschäftigt. Gerade weil wir wissen, dass das Gut Wasser einen ganz entscheidenden Beitrag für den Umweltschutz und auch für Arbeitsplätze leistet, gehen wir in diesen Bereich hinein.

Ich will mit der Mär aufräumen, Sie hätten das Wasserentnahmeentgelt abgeschafft. Der Ehrlichkeit halber muss man sagen, dass das Gesetz bis 2009 befristet war und komplett ausgelaufen wäre. Um

der Wirtschaft ein Signal zu geben, hätten Sie gar nichts tun müssen.

Sie haben aber das Gegenteil getan: Sie haben das zwar in Ihrem Wahlprogramm aus dem Jahr 2005 wohlfeil formuliert – ich habe das in der letzten Wahlperiode lange im Umweltausschuss begleiten dürfen –, aber kurz vor der Wahl durch die Abschmelzung des Gesetz wieder ins Laufen gebracht und suggerieren heute, Sie würden die Wirtschaft entlasten. Von dieser Legendenbildung sollte man ganz deutlich Abstand nehmen. Das Gesetz wäre 2009 ausgelaufen, Herr Lienenkämper.

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

– Dass Sie das nicht gerne hören wollen, ist mir klar, weil Sie der Wirtschaft suggerieren, Sie wären derjenigen, der die Belastung von der Wirtschaft nimmt.

Wenn Sie Ihren Blick in der Bundesrepublik Deutschland schweifen lassen, wissen Sie, dass andere Bundesländer – auch CDU-geführte Bundesländer – das Wasserentnahmeentgelt bzw. den Wassercent einführen oder eingeführt haben, weil eben die Verpflichtungen aus der Wasserrahmenrichtlinie bestehen.

Die SPD-Fraktion spricht sich dafür aus, dass diese im Rahmen der Haushaltsberatungen weiter verfolgt wird, die Ziele sinnvoll sind und wir ehrlicherweise gerade denjenigen, die vor Ort die Wasserrahmenrichtlinie umsetzen müssen und vor Ort auch einen Beitrag leisten werden, deutlich machen, wie es finanziert werden soll. Wir verlagern die Verantwortung eben nicht auf Kommunen und Kreise, wie Sie das in Ihrer letzten Wahlperiode getan haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Für die Grüne-Fraktion hat nun Herr Kollege Markert das Wort.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus der Sicht eines Parlamentsneulings ist das heute eine bemerkenswerte Debatte. Eine Sternstunde des Parlaments sollen die Haushaltsberatungen ja sein.

Nun erleben wir eine Opposition aus CDU und FDP, die den Haushaltsentwurf der Landesregierung angreift, erneut mit Münster droht, aber keinen einzigen Vorschlag mit Blick auf die Einnahmenseite macht oder dazu, wo man sparen könnte. Das ist Arbeitsverweigerung in Reinkultur, und diese „Dagegen-Folklore“ lassen wir Ihnen nicht durchgehen, denn sie ist der Würde dieses Hohen Hauses nicht angemessen.

(Beifall von den GRÜNEN – Josef Hovenjürgen [CDU]: Au, au, au!)

Ehrliche Politik definiert Ziele und benennt dann die entsprechenden Instrumente. Das gilt in besonderem Maße in der Haushaltspolitik.

André Stinka hat eben schon darauf hingewiesen, dass die Wasserrahmenrichtlinie allen Bundesländern das Ziel vorgibt. Das Wasserentnahmeentgeltgesetz in Nordrhein-Westfalen ist das Instrument, mit dem bereits zwei Vorgängerlandesregierungen dieses Ziel erreichen wollten. Das ist nicht umsonst deswegen ausdrücklich in § 9 des Wasserentnahmeentgeltgesetzes so definiert. Es geht darum, die jährlich rund 100 Millionen €, die die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie erfordert, in den großen Topf des Finanzministers hineinzubringen, damit man diese europäische Vorgabe in Nordrhein-Westfalen umsetzen kann.

Herr Lienenkämper, „Industriefeindlichkeit“ hören wir von Ihnen immer dann, wenn es um Umweltpolitik geht, wenn es um erneuerbare Energien geht.

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

Aber Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen steht bei dem Wassercent wahrlich nicht allein da. Wenn ich Ihnen jetzt folgen würde, dann müsste ich sagen: Die noch schwarz-gelbe Landesregierung in Baden-Württemberg ist ebenfalls industriefeindlich. Denn dort gilt bereits ein Wassercent von 5,1 Cent. Das heißt, die haben den Wert, den wir in der Höchstgrenze hier in Nordrhein-Westfalen erst einführen wollen, schon seit längerer Zeit. Also das industriefeindliche Land Baden-Württemberg?

Oder schauen Sie nach Schleswig-Holstein, auch noch schwarz-gelb-regiert. Da wird für die wasserintensiven Branchen als Einstieg 5 Cent gewählt, und dann wird das Ganze bis auf 11 Cent hochgefahren. Also, in Schleswig-Holstein ist eine Marge von 5 bis 11 Cent. Auch solch ein industriefeindliches Land?

Dagegen hebt sich dann die sehr moderate Staffe- lung in Nordrhein-Westfalen zwischen 3,5 Cent und 5 Cent doch sehr positiv ab, ganz in dem Sinne, wie Sie es hier vorgetragen haben, auch ganz im Sinne der wasserintensiven Industrie.

Aber ich will Ihnen auch sehr deutlich sagen, dass es nicht nur eine haushalterische und eine wirtschaftspolitische Seite gibt, sondern es auch noch eine ökologische und eine soziale Seite gibt, wie wir diese europäische Rechtsvorgabe zu bewerten haben.

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU] – Ralf Witzel [FDP]: NRW wird zum sozial-ökologischen Biotop!)

Auf der ökologischen Seite ist es sehr notwendig, dass wir Maßnahmen gegenfinanzieren, die der Gewässerqualität dienen, die der Instandhaltung der Gewässer und letztendlich auch dazu dienen, die Trinkwassergewinnung wieder sicherer zu machen. Denn ich will noch einmal daran erinnern: Hier im Rheinland wird in nicht unerheblichem Maße unser

Trinkwasser aus Uferfiltrat gewonnen. Insofern ist es ausgesprochen wichtig, dass wir hier unsere ökologischen Hausaufgaben machen, damit alle Menschen im Land, insbesondere im Ruhrgebiet, sauberes Trinkwasser genießen können, das wichtigste Lebensmittel, das allen Menschen zur Verfügung stehen muss, auch in vergleichbar hoher Qualität.

Aus umweltpolitischer Sicht – das sage ich Ihnen deswegen ganz deutlich – werden wir vonseiten der Grünen die Debatten der nächsten Monate auch dazu nutzen, noch einmal darüber nachzudenken, ob man nicht die vielen Ausnahmetatbestände, die es nach wie vor gibt, überdenken sollte.

(Beifall von den GRÜNEN und von Rüdiger Sagel [LINKE])

Was ist beispielsweise mit den Sümpfungswässern? An der Stelle müsste man doch auch für wirtschaftliche Gleichberechtigung sorgen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sehr richtig!)

Ich will Ihnen abschließend, weil der Minister das auch angeboten hat – das fand ich ein sehr faires Angebot –, hier sagen: Wenn Sie dieses Instrument ablehnen, dann müssen Sie letztendlich andere Vorschläge machen. Ich habe das in meinen Gesprächen mit der IHK und „unternehmer nrw“ genauso vorgetragen. Man hat mir dort zugesagt, dass man, wenn man bis zur Haushaltsberatung andere Instrumente hätte, uns die zusenden würde. Wir haben diese nicht zugesandt bekommen. Offensichtlich hat man seitens der Industrie keine anderen Instrumente. Dann kann die Not bezüglich dieser 7 Millionen € nicht ganz so groß sein.

Also, machen Sie konkrete Vorschläge! Benennen Sie nicht nur irgendwelche vagen Ziele und verschweigen uns die Instrumente, sondern nennen Sie uns auch Instrumente, wenn Sie schon unsere Ziele hier kritisieren! Wie gesagt, es handelt sich um europäische Rechtsvorgaben.

Last, but not least: Sorgen Sie dafür, dass am Ende nicht die Bürgerinnen und Bürger die Zeche für Ihre Art der Industriepolitik zahlen! Denn das wäre dann unsozial. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Markert. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Kollege Abruszat.

Kai Abruszat (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe schon gedacht, wir müssten diesen Gesetzentwurf heute gar nicht beraten. Auf diesen Gedanken bin ich heute Mittag gekommen, als ich Ihre aktuelle Presseinformation von heute gelesen habe, verehrter Herr Minister Remmel. Dort heißt es – ich

zitiere –: NRW ist Industrieland und soll es bleiben. Die deutsche Industrie ist das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie hat in der Finanzkrise den Aufprall abgefedert. Sie war maßgeblich dafür verantwortlich, dass der Aufschwung zügiger als in anderen Ländern erfolgte.

Jetzt kommt der schönste Satz:

NRW ist das Herzstück der deutschen Industrie.

Meine Damen und Herren, Minister Remmel wird hier in Nordrhein-Westfalen unter Rot-Grün auch noch einmal zum Wirtschaftsminister.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich jedenfalls deute es so, dass Sie den Gesetzentwurf zur Wassersteuer doch noch einmal überdenken möchten. Denn Sie haben sich so interessant zum Industriestandort eingelassen, dass ich nur staunen kann.

Meine Damen und Herren, weil Sie sich auf die Frage der Gegenfinanzierung eingelassen haben, will ich auch darauf eingehen, dass der Gesetzentwurf, den Sie eingebracht haben, überhaupt nichts zur Angabe von Kosten enthält. Es wird einfach global drauf verwiesen, dass es Mehrkosten für Verbraucher und die Wirtschaft gibt. – Wie hoch sollen diese Kosten sein? Warum steht das da nicht? Warum muss man erst kleine Anfragen stellen, damit man überhaupt die Informationen bekommt, die man braucht, um eine solche Gesetzentwurfsfassung zu bewerten?

Ganz besonders bemerkenswert, meine Damen und Herren, ist die Art und Weise, wie dieses Gesetz in die parlamentarische Beratung gelangt ist. Bisher war es immer so – zumindest habe ich das immer so empfunden; ich bin ja noch nicht so lange dabei –, dass man, wenn die Regierung einen Gesetzentwurf formal einbringt, vorher auch mal mit Verbänden spricht. Gerade für eine „Koalition der Einladung“ bzw. eine „Koalition des Dialoges“ wäre das eine konsequente Haltung. Das aber war – so ist es uns zugetragen worden – jedenfalls so nicht der Fall. Betroffene wurden eben nicht zu Beteiligten gemacht, sondern der Gesetzentwurf wurde am 23. Dezember – dieses Datum hatten wir im Übrigen bei der GFG-Geschichte eben auch – in den Landtag eingereicht. Über die Medien haben die Betroffenen erfahren, dass nicht nur der alte Zustand wiederhergestellt werden soll, sondern sogar eine massive Erhöhung auf die Betroffenen zukommt.

Das ist kein guter Stil, meine Damen und Herren, muss ich an dieser Stelle sagen. Es gibt darüber hinaus hier im Hause keine gesonderte Gesetzes-einbringung, sondern das Thema wird am großen Tag der Haushaltslesung mit in einen Topf geworfen. Wahrscheinlich hofft man seitens der Regierung, dass morgen nur etwas über die Rekordschulden in der Zeitung steht und die schlechte Per-

formance der Landesregierung in Sachen Haushalt, nicht aber über die Wassersteuer.

Einen weiteren Punkt, über den wir auch schon vor einigen Wochen gesprochen haben, muss ich an dieser Stelle ebenfalls erwähnen: Die Begründung lautet, man müsse das Wasserentnahmeentgelt so regeln, wie Sie das jetzt vorhaben, weil es angeblich gar nicht anders geht und weil das Geld, wie es der Gesetzentwurf vorsieht, gebraucht wird. Meine Damen und Herren, wir schmelzen das Wasserentnahmeentgelt bereits seit zwei Jahren ab. Trotzdem lag der Erlös immer noch über den geschätzten jährlichen Kosten für die Umsetzung der Wasser-rahmenrichtlinie von 50 Millionen €.

Deswegen ist das, was Sie mit dem Gesetz machen, nicht etwas ökologisch Sinnvolles, sondern es dient lediglich dem Umstand, dass Sie das Haushaltsloch mit neuen, massiven Steuer- und Abgabenerhöhungen an dieser Stelle ohne Einsparungen schließen wollen. Das ist in der Tat eine massive Erhöhung, meine Damen und Herren, insbesondere wenn man die vielen anderen kleinen Steuer- und Abgabenschrauben, an denen Sie drehen, einmal zusammennimmt: Jagdsteuer, Kies-Euro, Grunderwerbsteuer, fiktive Hebesätze. Das alles ist heute Morgen schon erwähnt worden. Meine Damen und Herren, das ist Ihre Mentalität, die an dieser Stelle greift und sich in diesem Gesetzesentwurf wiederfindet.

Wir freuen uns seitens der Freien Demokraten auf eine spannende weitere Beratung, hoffentlich mit mehr Beteiligung der Menschen, die von diesem Gesetzesentwurf betroffen sind und die uns an dieser Stelle natürlich an ihrer Seite haben. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Abrusatz. – Für die Fraktion Die Linke spricht nun Herr Kollege Sagel.

Rüdiger Sagel¹⁾ (LINKE): Herr Präsident! Damen und Herren! Wir sind ziemlich am Ende dieser ersten größeren Beratung zum Haushalt 2011. Ich bin schlichtweg entsetzt über die CDU/FDP-Opposition. Ich kann mich in meiner langen Zeit hier im Landtag nicht daran zurückerinnern, dass sich eine Opposition hinsetzt, keinen einzigen Vorschlag macht, wo gespart werden soll, sondern sich im Gegenteil völlig wegdrückt und sich auf der anderen Seite gegen Einnahmeverbesserungen jeder Art sperrt, aber trotzdem immer wieder konkrete Mehrforderungen erhebt. Das ist ideologische Fundamentalopposition mit heuchlerischem Charakter. Anders kann ich es nicht bezeichnen.

(Beifall von der LINKEN)

Das gilt vor allen Dingen dann, wenn man erlebt hat, was Sie in den letzten Jahren gemacht haben. Es ist schon zu Recht darauf hingewiesen worden: Sie haben damals – anders, als Sie es im Wahlkampf versprochen haben – das Gesetz nicht abgeschafft, sondern haben es über eine zeitlich längere Strecke ausgedehnt, weil Sie genau das gemacht haben, was Sie dieser Landesregierung jetzt vorwerfen. Sie wollten das Geld für haushalterische Zwecke einnehmen. Das ist letztlich auch der Hintergrund dafür gewesen, warum Sie das Gesetz nicht sofort abgeschafft haben, wie Sie es im Wahlkampf 2005 versprochen hatten. Das Geschäft, das Sie hier betreiben, ist wirklich heuchlerische Doppelmoral. Das muss man so deutlich sagen.

(Beifall von der LINKEN)

Wir haben uns den Gesetzentwurf zur Änderung des Wasserentnahmeentgeltgesetzes natürlich mit Interesse angesehen. Aus meiner und unserer Sicht ist er vom Ansatz her sehr richtig. Leider bleiben Sie mindestens auf halber Strecke stehen. Es ist nämlich überhaupt nicht nachzuvollziehen, warum das Gesetz im Charakter bestehen bleiben soll, ohne einer grundlegenden Revision unterzogen zu werden.

Ich kann nicht verstehen, warum – das Stichwort ist von den Grünen genannt worden – zum Beispiel die Braunkohlesümpfungswässer weiter ausgenommen sein sollen. Die Energiekonzerne machen Milliardengewinne, und die Aktionäre profitieren davon, also wieder mal die Besserverdienenden. Aber hier soll ein bestimmter Bereich, nämlich die Braunkohle, wieder ausgeklammert werden. Das ist aus unserer Sicht überhaupt nicht nachzuvollziehen.

Wir wollen eine weiter gehende Revision als das, was hier ja vorgesehen ist. Wir bieten der Koalition der Einladung auch Gespräche darüber an. Wir sind bereit, in die Richtung mitzugehen, die Sie vorschlagen, möchten aber gerne darüber hinausgehen.

Gerade haben wir lang und breit darüber diskutiert, dass wir in Nordrhein-Westfalen Einnahmedefizite haben. In der Tat haben wir hier viele Probleme, die tatsächlich im Sinne von Vorsorgepolitik gelöst werden sollen. Natürlich haben wir auch ökologische Vorsorgepolitik zu leisten. Da ist es überhaupt nicht nachzuvollziehen, warum hier wasserintensive Betriebe ausgeklammert werden sollen, die noch dazu Milliardengewinne machen. Deswegen fordern wir von der Minderheitsregierung auch eine weiter gehende Revision des Wasserentnahmeentgeltgesetzes ein.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Für die Landesregierung hat sich noch einmal Herr Minister Remmel zu Wort gemeldet.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Damit in der jetzt folgenden parlamentarischen Beratung vielleicht noch Klarheit über die Vorschläge der Opposition hinsichtlich der Finanzierung in Bezug auf die EU-Wasserrahmenrichtlinie gefunden werden kann, bitte ich erstens um Erläuterung der Vorschläge der CDU-Fraktion zur Finanzierung der Maßnahmen nach der EU-Wasserrahmenrichtlinie von ungefähr 80 bis 100 Millionen € pro Jahr.

Zweitens. Herr Abruszat, mich würde schon interessieren, wie Sie bezogen auf die Zeit bis 2027 ausgehend von Ihrer Zahl von 50 Millionen € einen Betrag von 2,1 Milliarden € finanzieren wollen. Wenn ich 16 mit 50 multipliziere, komme ich auf eine andere Zahl als die für die von Ihnen vorgesehenen Maßnahmen erforderlichen 2,1 Milliarden €. Es wäre schön, wenn Sie uns im Laufe der parlamentarischen Beratungen erklären könnten, wie Sie diese mathematische Gleichung hinbekommen. Vielleicht finden wir auf diesem Weg ja auch noch Geld für den restlichen Haushalt.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das weiß man bei diesem Finanzminister ja nie!)

Es wäre also sehr schön, wenn Sie uns da helfen würden. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind am Schluss der Beratungen zur ersten Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung Drucksache 15/977 und damit am Ende der heutigen Einbringung.

Somit kommen wir zur Abstimmung, die aus vier verschiedenen Abstimmungen besteht.

Erstens stimmen wir über das Haushaltsgesetz 2011 ab. Nach dem Vorschlag des Ältestenrates soll die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 15/1000** und der **Ergänzung Drucksache 15/1300** sowie der mittelfristigen **Finanzplanung 2010 bis 2014 Drucksache 15/1001** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – sowie an die zuständigen **Fachausschüsse** mit der Maßgabe erfolgen, dass die Beratung des **Personalhaushalts** einschließlich personalrelevanter Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter **Beteiligung** seines **Unterausschusses „Personal“** erfolgt. Wer stimmt dieser Überweisung so zu? – Das tun Sie alle. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Auch keine. Damit ist der Überweisungsempfehlung einstimmig gefolgt.

Zweitens kommen wir zur Abstimmung über das Gemeindefinanzierungsgesetz. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Druck-**

sachen 15/1002 und 15/1354 an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**. Wer stimmt der Überweisung zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Ebenfalls einstimmig überwiesen.

Drittens stimmen wir über den Antrag der FDP-Fraktion ab. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 15/1325** an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** – federführend – sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dem so zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit einstimmig überwiesen.

Viertens stimmen wir über das Wasserentnahmeentgeltgesetz ab. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 15/977** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend –, an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**. Gibt es Gegenstimmen gegen die Überweisung? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Einstimmig so überweisen.

Damit sind wir bei Tagesordnungspunkt

2 Strukturwandel im rheinischen Braunkohlerevier begleiten und gezielt fördern

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1316

Ich eröffne die Beratungen und erteile für die antragstellende Fraktion der CDU Herrn Kollegen Wirtz das Wort.

Josef Wirtz (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das rheinische Braunkohlerevier ist das größte Braunkohlerevier in ganz Europa. Aber der Braunkohlenabbau ist endlich. Irgendwann sind auch die letzten Tagebaue in unserer Region ausgekohlt. Für die Tagebaue Hambach und Garzweiler trifft dies nach heutigen Planungen im Jahr 2045 zu. Im Westrevier wird der Tagebau Inden ca. 15 Jahre eher ausgekohlt sein.

Für die betroffenen Regionen bedeutet das grundlegende strukturelle Veränderungen. Aktuell hängt hier ein Großteil der Wirtschaftskraft und der Arbeitsplätze direkt oder indirekt mit den Tagebauen zusammen.

Die Frage, die sich die Menschen vor Ort stellen, lautet: Was kommt nach dem Tagebau? – Ein grundlegender Strukturwandel ist unerlässlich. Hier-

für müssen bereits heute die Weichen gestellt werden. Über diesen Punkt sind wir uns wohl alle einig.

Die Frage ist jedoch, ob es Sinn macht, eine weitere übergeordnete Institution mit dieser komplexen Thematik zu betrauen, zumal in den einzelnen Regionen unterschiedliche Strukturen vorhanden sind. Ich stelle das einmal infrage – der Wirtschaftsminister hat ja so etwas angekündigt –; denn in den betroffenen Regionen sind bereits heute zahlreiche Akteure und Institutionen mit dem Thema „Strukturwandel“ befasst. Hier nenne ich beispielhaft den Braunkohlenausschuss mit eigener Geschäftsstelle bei der Bezirksregierung in Köln, die Kreise und Kommunen und selbstverständlich auch unser Wirtschaftsministerium in Nordrhein-Westfalen. Hinzu kommen weitere regionale Akteure wie im Westrevier die Entwicklungsgesellschaft Indeland oder aber die private Aachener Stiftung Kathy Beys.

Erste Früchte deren Arbeit sind bereits sichtbar. Beispielsweise entwickelt sich der auf einer ehemaligen Abraumhalde bei Inden erbaute Indemann mehr und mehr zum Wahrzeichen der Region.

Für die Zukunft gilt es, genau diese Akteure weiterhin aktiv einzubinden und auf weitere Institutionen zu setzen. Hier denke ich an das Forschungszentrum in Jülich oder die Industrie- und Handelskammer in Aachen; denn gerade Akteure vor Ort kennen die jeweiligen Gegebenheiten besser als irgendein übergeordnetes Gremium, dessen Vertreter alle paar Wochen zu einem Vor-Ort-Besuch vorbeikommen, um dann wieder in einen Büroturm zu verschwinden.

Neben den regionalen Akteuren ist und bleibt einer der Hauptbeteiligten in dieser Sache weiterhin zu beteiligen: der Tagebaubetreiber RWE Power. Das Unternehmen hat bereits mehrfach erklärt, dass es sich seiner Verantwortung bewusst ist. Aufgabe der Politik ist es nun, dafür zu sorgen, dass sich RWE dieser Verantwortung auch stellt. Das rheinische Braunkohlenrevier soll sich zu der neuen Innovationsregion in Nordrhein-Westfalen entwickeln. Hierzu gehört insbesondere auch eine innovative Energieversorgung, weg von den fossilen Brennstoffen. Als Energieerzeuger ist RWE Power geradezu prädestiniert, auch einen energetischen Strukturwandel zu forcieren.

Meine Damen und Herren, verschiedene Akteure zur Unterstützung des Strukturwandels einzubinden, ist das eine. Das andere, aus meiner Sicht aber viel Wichtigere ist, die betroffenen Menschen mitzunehmen. Das trifft im Besonderen auf die junge Generation zu, die von den Veränderungen auch tatsächlich betroffen ist. Es gilt deshalb, die Öffentlichkeitsarbeit zu intensivieren, denn gerade den jungen Menschen müssen wir sagen, welche Chancen sie in ihrer Heimat auch nach Beendigung der Tagebaue erhalten. Hierfür brauchen wir keine zusätzliche Bürokratie, sondern die regionalen Akteure, die nah bei den Menschen sind.

Den Strukturwandel im rheinischen Revier zu gestalten, ist in den nächsten Jahren eine der wichtigsten Aufgaben unseres Bundeslandes. Hierzu gilt es, bestehende Strukturen zu stärken und auf einen Dialog aller Beteiligten zu setzen. Doppelstrukturen helfen uns an dieser Stelle nicht weiter. Sie verkomplizieren die Sache nur und kosten zusätzliches Geld, das wir nicht haben.

Gestatten Sie mir abschließend, meine Damen und Herren, eine Feststellung. Das Thema eignet sich nicht zum Parteiengezänk. Dafür ist es viel zu wichtig. Bei all dem, was wir hierzu auf den Weg bringen, brauchen wir einen breiten Konsens der Politik, der Planer, der Verwaltungsleute, denn das sind wir den Menschen in der Region schuldig. Daran sollten wir arbeiten. Ich freue mich schon auf die weiteren Beratungen im Wirtschaftsausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU, von der FDP und von Reiner Priggen [GRÜNE])

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, lieber Kollege Wirtz. – Als nächster Redner spricht Herr Kollege Eiskirch für die SPD-Fraktion.

Thomas Eiskirch (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die CDU hat einen Antrag eingebracht zum Thema der Zukunft des rheinischen Reviers. Die Tatsache an sich können wir nur begrüßen. Herzlich willkommen im Klub, kann ich nur sagen. Die letzten fünf Jahre dem Thema nicht gewidmet,

(Widerspruch von der CDU)

jetzt dabei sein wollen – herzlich willkommen, machen wir gerne.

Die ehemalige CDU/FDP-Landesregierung hat sich für die strukturelle Entwicklung im rheinischen Revier gar nicht interessiert. Man findet weder im Koalitionsvertrag von 2005 noch im Regierungshandeln von 2005 bis 2010 irgendeinen Beitrag von Bedeutung aus den Reihen von CDU und FDP zur strukturellen Entwicklung im rheinischen Revier.

Mit dem Koalitionsvertrag vom Juli 2010 haben SPD und Bündnis 90/Die Grünen das Thema der Zukunft des rheinischen Reviers auf die landespolitische Agenda gesetzt. Die Landesregierung treibt es nun auch in ihrem Regierungshandeln voran. Am 10. Januar hat das Kabinett die Eckpunkte für ein Programm „Innovationsregion Rheinisches Revier“ beschlossen. Ich bedanke mich ausdrücklich bei der Landesregierung und dem federführenden Wirtschaftsminister, dem Ministerium für dieses Programm. Es beschreibt präzise die Herausforderungen, die sich in der Region stellen.

Erstens. Es geht um Prävention. Durch vorausschauendes, frühzeitiges Handeln soll in der Region dafür gesorgt werden, dass die einseitige Abhän-

gigkeit von der Braunkohleförderung in der Region für die Zukunft vermieden wird.

Zweitens. Es geht im rheinischen Revier nicht um die Ablösung eines Wirtschaftsbereichs durch einen anderen oder durch mehrere andere, sondern es geht darum, die bestehenden Strukturen und damit die mit ihnen verbundenen Stärken in der Region weiterzuentwickeln und zu nutzen, damit die Region und die Unternehmen in der Region auch unter veränderten wirtschafts-, energie- und umweltpolitischen Rahmenbedingungen wirtschaftlich stark bleiben und Arbeitsplätze sichern und schaffen können. Darum geht es. Ein solches Programm hat die Landesregierung vorgelegt, Kolleginnen und Kollegen.

Drittens. Es geht im rheinischen Revier auch um die Industrie im 21. Jahrhundert. Industrie ist heutzutage differenziert organisierte Wertschöpfung. Sie ist auch der Blaumann, aber es ist eben auch mehr. Sie ist zunehmend wissensbasiert mit vielen produktions- und marktorientierten Dienstleistungen, mit Forschung und Entwicklung eng verknüpft.

In einer Region, in der die RWTH Aachen, das Forschungszentrum Jülich, die Hochschulen von Köln, Mönchengladbach und Düsseldorf liegen, ist die Industrie des 21. Jahrhunderts sehr gut angesiedelt. Natürlich geht es auch um andere Dienstleistungen, auch um Landwirtschaft, auch um Tourismus. Im Mittelpunkt aber steht die industrielle Zukunft des rheinischen Reviers. Hier setzen Projekte wie Indeland im Kreis Düren, vor allem aber Projekte wie die Regionale 2010, Vorhaben „terra nova“, im Rhein-Erft-Kreis an.

Viertens. Es geht darum, dass die Region zusammenarbeitet, die Menschen miteinander in den Dialog kommen, für eine Region wirken: Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Wirtschaft und Wissenschaft, Politik und Bürger, auch die Unternehmen, Kammern und Verbände, die politische Ebene untereinander.

Die Landesregierung hat die Herausforderung erkannt und die „Innovationsregion Rheinisches Revier“ auf den Weg gebracht. Mit dem heutigen Antrag läuft die CDU dem fahrenden Zug hinterher. Herr Wirtz, nach Lektüre Ihres Antrages und nach Zuhören Ihrer Rede kann ich noch nicht so genau erkennen, ob Sie die Fahrt mitgestalten möchten oder ob Sie bremsen wollen. Ich hoffe, Sie wollen sie mitgestalten. Vom Bremsen muss man ausgehen, wenn Sie in einer Geschäftsstelle in der Region unnötige Bürokratie sehen. Es wäre völlig falsch zu glauben, man könnte die Herausforderungen nur mit bestehenden Strukturen im Kreis Düren bewältigen.

52 % aller derzeit mit der Energieerzeugung beschäftigten Menschen leben im Rhein-Erft-Kreis. Es geht also nicht nur um Ihre Heimat Düren, Herr Wirtz, es geht auch um die Schaffung von Bera-

tungs-, Koordinierungs- und Entwicklungsstrukturen für das ganze linksrheinische Revier, gerade angesichts einer Vielzahl lokaler Initiativen.

Fragen Sie doch mal bei den Cluster-Managern in den Landesclustern oder bei den Geschäftsstellen der Regionalen in Köln/Bonn, im südlichen Westfalen oder auch an anderen Stellen nach! Vielleicht wissen Sie von der CDU aber selbst noch nicht genau, ob sie mitgestalten oder bremsen wollen.

Der Vorteil ist: Sie werden in den nächsten Monaten in der Region und im Ausschuss genug Gelegenheit haben, an dieser Stelle für Klarheit zu sorgen. Die CDU-Kommunalpolitiker der Region mäkeln übrigens längst nicht mehr an Strukturen, sondern loben den Ansatz und arbeiten an den Inhalten.

Ich kann nur alle im Landtag vertretenen Fraktionen und Parteien auffordern, im Interesse der Menschen in der Region und weit darüber hinaus aktiv an dem Programm „Innovationsregion Rheinisches Revier“ mitzuarbeiten und teilzuhaben. – Vielen Dank. Lassen Sie uns den Weg gemeinsam gehen!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Eiskirch. – Für die Grünen-Fraktion spricht nun Frau Kollegin Brems.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Wirtz, Sie haben für die CDU einen Antrag vorgelegt, der zum Großteil endlich die Realität feststellt. Dazu gehört: Der Tagebau in Nordrhein-Westfalen ist ein Auslaufmodell; denn die bestehenden Tagebaue werden spätestens 2045 ausgekohlt sein. Die Region steht vor einem massiven Wandel.

Sie haben auch richtig erkannt: RWE spart massiv dadurch Geld, dass beispielsweise Inden nicht mehr komplett rekultiviert werden soll, sondern Restseen entstehen werden. Diese gesparten Mittel – das schreiben Sie ganz richtig – sollten der Region zugutekommen.

Und: Arbeitsplätze fallen durch den auslaufenden Bergbau weg.

Dann kommt, wie ich finde, die größte Erkenntnis in Ihrem Antrag – ich zitiere –:

„Regenerative Energien müssen ausgebaut werden, um die ambitionierten Klimaschutzziele einzuhalten und auch nach der Braunkohlegewinnung die Energieversorgung sicherzustellen.“

Beim Lesen dieses Satzes in einem Antrag der CDU wäre ich beinahe vom Hocker gefallen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Wir hätten Sie aufgefangan!)

Diesen Satz benutzen Sie in den kommenden Diskussionen zum Klimaschutz hoffentlich noch öfter.

(Dietmar Brockes [FDP]: Er ist aus dem Programm der Bundesregierung!)

Auf der anderen Seite fehlen Ihrem Antrag allerdings wichtige Aspekte. Sie sprechen von wegfallenden Arbeitsplätzen durch den auslaufenden Tagebergbau und fordern dann sogar folgerichtig, die erneuerbaren Energien auszubauen. Sie reden aber nicht von den Arbeitsplätzen, deren Anzahl bei den erneuerbaren Energien schon seit Jahren wächst und mittlerweile doppelt so hoch ist wie im Braunkohletagebau.

Sie fordern den Ausbau der erneuerbaren Energien, um die Energieversorgung auch nach der Braunkohlegewinnung sicherzustellen – das haben wir eben gehört –, halten sich aber sofort danach die Tür offen, weitere Großkraftwerke an den alten Standorten zu sichern. Dies wäre diametral zu den Zielen des Klimaschutzes.

Sie fordern, die Interessen der betroffenen Menschen, die seit Jahren mit den Tagebauen in direkter Nachbarschaft leben, zu berücksichtigen. Dann reden Sie aber bitte auch Klartext und klammern nicht gleichzeitig aus, welche Probleme es mit einem Wiederanstieg des Grundwasserspiegels nach Beendigung des Tagebaus jetzt schon gibt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Nach der Einstellung der Sümpfung in Korschenbroich sind 7.000 Häuser von Bauschäden betroffen. Die jetzt im Bau befindlichen Häuser werden in 60, 70 Jahren, wenn die Seen der Tagebaue vollgelaufen sind, nasse Keller, wenn nicht Schlimmeres bekommen.

Wenn es Ihnen um die Interessen der betroffenen Menschen geht, müssen wir auch darüber reden, größere Abstände zwischen Abbruchkante und Wohnbebauung zu haben, als derzeit geplant ist. Schließlich sollte man hier aus Erfahrungen beispielsweise aus Nachterstedt lernen.

Sehr geehrte Damen und Herren der CDU, an diesen und weiteren Stellen wird der Antrag der großen Herausforderung, vor der die Region steht, einfach nicht gerecht. Ihr Antrag enthält einige richtige Tatsachen, es fehlen wichtige Aspekte, und dann fordern Sie leider noch viele Selbstverständlichkeiten. Darum ist Ihr Antrag an vielen Stellen eigentlich überflüssig.

Natürlich ist der Strukturwandel notwendig, und natürlich gehört es dazu, die Interessen der verschiedenen Akteure und den Landtag einzubeziehen. Beides ist aber schon von der Landesregierung so vorgesehen. Die Notwendigkeit des Programms „Innovationsregion Rheinisches Revier“ haben Grüne und SPD schließlich schon im Koalitionsvertrag vereinbart. Da auch Sie anscheinend lieber zu den Gewinnern als zu den Verlierern zählen, wollen Sie

auf diesen fahrenden Zug noch aufspringen, um in dem Bild von Herrn Eiskirch zu bleiben. Als Teil der Koalition der Einladung halte ich Ihnen die Tür dafür gerne auf.

Zu guter Letzt zu Ihrem Vorwurf der Schaffung unnötiger Bürokratie: Nur die Zusammenführung und das Hochheben aller Akteure und Institutionen auf eine gemeinsame Plattform und damit die Bündelung der Ziele und Kräfte können all den so unterschiedlichen Forderungen gerecht werden. Die von Ihnen eingeforderte Einbindung aller Akteure ist doch gerade das Ziel der Schaffung des Programms „Innovationsregion Rheinisches Revier“.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, Ihr Antrag ist ein bunter Strauß ganz unterschiedlicher Forderungen und Feststellungen. Lassen Sie uns die verschiedenen Aspekte mit ihren spezifischen Problemen in aller Ruhe im Ausschuss diskutieren.

Da Sie in der Realität angekommen zu sein scheinen, freuen wir uns darauf, dass Sie die Bemühungen der Landesregierung unterstützen, eine nachhaltige und vor allem gemeinsame Zukunft für das rheinische Braunkohlerevier zu gestalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Kollege Brockes das Wort.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir debattieren heute über die Zukunft des rheinischen Braunkohlereviere nach der Auskohlung in den derzeitigen Tagebauen in Inden, Hambach und Garzweiler. Wir führen also eine Debatte über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bürger nach 2030 bzw. 2045 zwischen Aachen, Köln und Mönchengladbach.

Meine Damen und Herren, Gedanken über die Zeit nach dem Braunkohletagebau bestehen, und erste Steuerungsansätze wurden zum Beispiel durch die Gründung der Entwicklungsgesellschaft Indeland bereits vor vier Jahren vorgenommen. Herr Kollege Eiskirch, Indeland wurde vor vier Jahren von der FDP und der CDU ins Leben gerufen. – So viel dazu, wer welchem Thema hinterherläuft. Da kommen Sie leider einen Schritt zu spät.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Meine Damen und Herren, Sie sehen daran: Wir haben uns schon sehr lange mit dem Thema beschäftigt.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth)

Nun hat sich Gott sei Dank auch die rot-grüne Landesregierung mit der Zukunft des rheinischen Braunkohlereviere beschäftigt und im Koalitions-

vertrag die Entwicklung eines Programms „Innovationsregion Rheinisches Revier“ angekündigt, mit dem das in der Region vorhandene Potenzial an Technologie, Wissenschaft, Infrastruktur und gut ausgebildeten Arbeitnehmern für den Aufbau einer neuen, nachhaltigen Wirtschaftsstruktur genutzt werden soll.

Als Antwort auf die Kleine Anfrage des Kollegen Wirtz im vergangenen Herbst versicherte die Landesregierung, zeitnah gemeinsam mit der Region konkrete Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung und Arbeitsplatzschaffung zu ergreifen. Herr Minister Voigtsberger, ich erwarte, dass dieses Versprechen nun auch eingehalten wird.

Ein Vierteljahr später, also Anfang diesen Monats, teilte der Wirtschafts- und Energieminister mit, eine Geschäftsstelle unter Federführung der Industrie- und Handelskammer Aachen einzurichten, um ein Innovationsprogramm rheinisches Braunkohlerevier zu entwickeln. Die Geschäftsstelle soll laut Medienberichten in Jülich eingerichtet werden. Das ist sinnvoll. Denn es liegt zentral im Braunkohlerevier und hat auch die Nähe zum Forschungszentrum in Jülich.

Meine Damen und Herren, die FDP geht davon aus, dass die Geschäftsstelle nun in einem geordneten Verfahren besetzt wird und dass es hier eben nicht zu parteipolitischen Überlegungen kommt oder gar zu einem Versorgungsfall innerhalb der sozialdemokratischen Familie.

Ich betone noch einmal, dass es uns Liberalen wichtig ist, dass alle Betroffenen, die Kommunen, die örtliche Politik und Unternehmen in der Region, gleichermaßen eingebunden werden. Sie sollten daher alle an einem sogenannten Runden Tisch oder im geplanten Beirat sitzen und dabei gleiche Chancen der Ideeneinbringung für Maßnahmen und Projekte zur Strukturveränderung ohne vordiktierte Schranken im Rahmen des Innovationsprogramms haben.

Meine Damen und Herren, dabei darf es nicht zu Verzettelungen kommen, indem Bürokratismus aufgebaut und betrieben wird. Das ist unnötig und zudem auch noch kostenintensiv und teuer. Zur Haushaltslage haben wir heute schon einiges gehört. Deshalb: Parallelstrukturen sollten auf jeden Fall verhindert werden.

Meine Damen und Herren, viele Köche verderben nämlich bekanntermaßen den Brei. Deshalb sind wir Liberale der Ansicht, dass das Programm Innovationsregion rheinisches Revier nur erfolgreich sein kann, wenn die bürokratischen Strukturen schlank gehalten werden und somit überschaubar sind und ein effizientes Arbeiten auch möglich ist.

Wir stimmen der Überweisung des Antrags zu und freuen uns auf die weitere Beratung. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Brockes. – Für die Fraktion Die Linke spricht Herr Aggelidis.

Michael Aggelidis (LINKE): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Am 9. August 2007 feierte die RWE Power AG 100 Jahre Braunkohletagebau in Garzweiler. Der Umweltschutzverband BUND sagte dazu: Das ist kein Grund zu feiern.

Der Landesvorsitzende des BUND in NRW sprach seinerzeit die Umsiedlung zigtausender Menschen, den Raubbau an der Natur und die Schädigung unseres Klimas an. Das alles müsse endlich ein Ende haben, forderte er. Dieser Meinung sind wir Linken auch heute.

(Beifall von der LINKEN)

Etwa 20.000 ha uralter Kulturlandschaft mitsamt der Dörfer und Bodendenkmäler wurden durch die Braunkohlebagger der RWE Power AG von der Landkarte getilgt. Seit Mitte der 50er-Jahre wurden im Rheinland mehr als 30.000 Menschen aus ihren Dörfern und Häusern vertrieben.

Wer bleiben durfte, leidet unter hohen Feinstaubbelastungen. 3.000 Quadratkilometer, fast ein Zehntel der NRW-Fläche, sind von den Grundwasserabsenkungen betroffen. Noch immer werden jedes Jahr Millionen Kubikmeter wertvolles Grundwasser abgepumpt. Allein für Garzweiler II werden jährlich bis zu 150 Millionen Kubikmeter Grundwasser gesümpft, etwa das Dreifache des Düsseldorfer Jahresverbrauchs an Wasser.

Das hat nicht nur Folgen für die Wasserversorgung. Die europarechtlich geschützten grundwasserabhängigen Feuchtgebiete an Schwalm und Nette sind schon jetzt Biotop am Tropf. Die hydrologischen Folgen werden noch in 1.000 Jahren spürbar sein.

Der Braunkohletagebau ist eine ökologische und menschliche Katastrophe, und Sie wissen das alle, meine sehr verehrten Damen und Herren. Unabsehbar sind auch die Risiken, dass zerstörter Boden weiträumig einbricht. Darüber hinaus hat der Braunkohletagebau ein sehr geringes Potenzial in Sachen Arbeitsplätze.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, sagen wir Linken: Jeder weitere Tag Braunkohletagebau ist ein Tag zu viel.

(Armin Laschet [CDU]: Was sagen denn die Arbeitnehmer dazu?)

Deshalb kann ich mich nicht damit abfinden, dass im Antrag der CDU-Fraktion von weiteren Jahrzehnten des Braunkohletagebaus ausgegangen wird, in Garzweiler und Hambach bis 2045 und in Inden bis 2030.

Ihrer Meinung nach kann dieser wahnwitzige Raubbau an unserer Erde und an unserem Wasser also noch Jahrzehnte weitergehen. Ich fasse es nicht. Ihrer Meinung nach darf die Energieproduktion noch Jahrzehnte mittels eines Energieträgers erfolgen, der von allen fossilen Energieträgern bei Verbrennung für die weitaus stärkste CO₂-Emission sorgt. Dieser Klimakiller soll noch Jahrzehnte eingesetzt werden? Ich wiederhole es: Ich fasse es nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Nein, wir brauchen den Ausstieg jetzt. Alles andere ist ökologisch völlig unverantwortlich. Selbstverständlich dürfte ein solcher Ausstieg und der damit fällige Umbau nicht über die Köpfe der betroffenen Menschen hinweg erfolgen. Das muss vielmehr mit den betroffenen Menschen gemeinsam gestaltet werden.

Zukunftsträchtige und sinnvolle Erwerbsarbeit entsteht in ganz anderem Ausmaß, wenn wir endlich den Umbau der Industriegesellschaft in Angriff nehmen. Das ist eine gewaltige Aufgabe, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das geht weit über die Umstellung auf erneuerbare Energien hinaus. Das betrifft die Verkürzung der Wege, die Menschen zurücklegen müssen, die Umgestaltung des ländlichen Raums und die Verwandlung unserer Städte, damit sie wohnlich und den Menschen zuträglich werden.

Wir Linken in Nordrhein-Westfalen haben dazu bereits in unserem Wahlprogramm das Nötige gesagt. Wir fordern dort einen demokratisch kontrollierten Zukunftsfonds für den industriellen Umbau, damit Hunderttausende von Arbeitsplätzen mit guter statt prekärer Arbeit gesichert oder neu geschaffen werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Aggelidis. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Voigtsberger.

Harry Kurt Voigtsberger, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Warum solch eine Initiative für ein Programm „Innovationsregion Rheinisches Revier“? Herr Wirtz hat es eben gesagt. Ich möchte es kurz wiederholen. Sie wissen, die Tagebaue Hambach und Garzweiler II werden nach 2045 ausgekohlt sein. Der Tagebau Inden wird bereits 2030 enden. Das heißt, das rheinische Revier steht vor einer großen strukturellen Herausforderung. Das sollte uns einen.

Im rheinischen Revier arbeiten mehr als 12.000 gut ausgebildete Beschäftigte allein in der Braunkohleindustrie. Es gibt ein großes technologisches und wissenschaftliches Potenzial, wissenschaftliches Know-how. Wir wollen dieses Potential für eine strukturpolitische Offensive nutzen, die dieser Regi-

on zugute kommen soll und heute beginnt. Wir wollen nicht warten, bis Maßnahmen nur noch eine Art ausgleichenden Charakter haben; denn dass der Strukturwandel kommt, wissen wir. Wir sollten uns jetzt darauf vorbereiten.

Jetzt kommt es darauf an, die Chancen für das rheinische Revier herauszuarbeiten und effiziente strukturpolitische Maßnahmen umzusetzen. Wir wollen einen nachhaltigen Strukturwandel in der Region. Der Strukturwandel muss sozialen, ökonomischen und ökologischen Kriterien Genüge tun. Deshalb gehen wir sicherlich sehr frühzeitig an diesen Prozess heran. Wir brauchen aber einen langen Atem. Wir brauchen einen engen Dialog mit allen Akteuren vor Ort. Das ist auch völlig unstrittig.

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, mit Ihrem Antrag stellen Sie Ihre Sichtweise zur Entwicklung des rheinischen Braunkohlereviers dar und machen deutlich, welche Abbaumaßnahmen durch RWE Power in letzter Zeit stattgefunden haben. Sie zählen sie auch im Detail auf, Herr Wirtz. Das stimmt natürlich. Der Strukturwandel hat im Prinzip schon eingesetzt, er hat bereits begonnen.

Lassen Sie mich mit dem wesentlichsten, aber vielleicht auch dem selbstverständlichsten Punkt Ihres Antrags beginnen. Es geht um die Beteiligung von Parlament und Kommunen. Natürlich werden wir das Parlament über alle Entwicklungen informieren, die im Zusammenhang mit dem rheinischen Revier stehen. Ich halte das für eine Selbstverständlichkeit. Ich sage Ihnen deshalb auch gerne Ihrem Antrag entsprechend zu, dies in Form eines Sachstandsberichts bis spätestens Mitte des Jahres 2012 zu tun.

Davon abgesehen beabsichtigt die Landesregierung mit dem geplanten Innovationsprogramm Rheinisches Revier, die Chancen des Strukturwandels in der Braunkohleregion deutlich zu verbessern. Ich meine, es nicht zielführend, dies nur auf einen Teilraum des rheinischen Reviers zu beschränken, zum Beispiel auf das Indener Abbaug Gebiet im Kreis Düren. Wir wissen, das rheinische Revier geht weit darüber hinaus.

Da die bestehenden Stellen heute nur auf diese Teilräume ausgerichtet sind, müssen neue Strukturen entstehen, die für das ganze rheinische Revier zuständig sind. Diese neuen Strukturen müssen wir jetzt schaffen. Deshalb ist es sinnvoll, eine neue Geschäftsstelle zu installieren, die sich auf das gesamte rheinische Revier bezieht und die Gebiete Garzweiler II und Hambach einschließt.

Meine Damen und Herren, die Federführung dieser Geschäftsstelle soll übrigens die Industrie- und Handelskammer zu Aachen übernehmen. Das wurde schon erwähnt.

Es geht letztendlich nun darum, Aufgaben und Kompetenzen zu bündeln und Synergien zu schöpfen. Das sagt schon diese zentrale Geschäftsstelle. Wir wollen eben keine zusätzliche Bürokratie, wie

es der Antrag unterstellt. Wir wollen eine einheitliche und effektive Organisationsstruktur schaffen, die meiner Meinung nach dringend notwendig ist.

Die von der CDU in ihrem Antrag geforderte breite Beteiligung im Rahmen eines Beirats hat das Kabinett bereits Anfang Februar beschlossen. Das geplante Innovationsprogramm kann nur dann seine Wirkung erzielen, wenn es auf breite Akzeptanz in der Bevölkerung trifft. Dazu werden wir einen breiten Dialog initiieren. Dieser Beirat wird ein wesentliches Element sein. Ich sage ganz kurz, wer sich in diesem Beirat befinden wird: Es sind natürlich die Industrie- und Handelskammern, es ist RWE Power, es sind Kreise, Städte, Hochschulen, Institute, Gewerkschaften, Umwelt- und Naturschutzverbände. Es sind natürlich auch die Landtagsfraktionen in diesem Beirat vertreten.

Es wird dadurch möglich sein, ständig breit zu informieren.

Das Innovationsprogramm dient der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und der Erhöhung der Innovationskraft der Region. Damit dienen wir auch den Menschen in dieser Region. Herr Wirtz, dafür bräuchten wir diesen CDU-Antrag eigentlich nicht. Ich lade Sie aber gerne ein, sich an dieser Zukunftsarbeit zum rheinischen Revier zu beteiligen. Mich würde das freuen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Minister.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 15/1316 an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf Punkt

3 Zwangsouting in nordrhein-westfälischen Justizvollzugsanstalten beenden und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung stärken!

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1324

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Dr. Orth das Wort.

Dr. Robert Orth (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir Liberalen fordern, das Zwangsouting von HIV-infizierten Häftlingen zu beenden und die Persönlichkeitsrechte nicht weiter zu verletzen.

Outing oder Einzelhaft: Vor diese Wahl werden HIV-positive Insassen in den Gefängnissen von Nordrhein-Westfalen leider gestellt. – Wir hatten im letzten Jahr rund 130 Infizierte in Nordrhein-Westfalen; das sind jedenfalls diejenigen, die wir kennen. HIV-positive Gefangene in nordrhein-westfälischen Gefängnissen müssen ihre Erkrankung gegenüber Bediensteten und Mithäftlingen offenlegen, um am Gefängnisalltag teilnehmen zu können.

HIV-positive Gefangene werden nicht nur regelmäßig gegenüber Bediensteten, in Transport- und Begleitpapieren oder bei der Unterbringung in Gemeinschaftszellen geoutet. Um aus der Einzelhaft entlassen zu werden und an den Gemeinschaftszeiten im sogenannten Umschluss teilnehmen zu dürfen, müssen sie zu erkennen geben, dass sie sich mit dem Aidserreger infiziert haben. Wir finden, das ist diskriminierend und verstößt gegen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Diese Praxis muss durch die rot-grüne Landesregierung beendet werden.

Die Landesregierung hat indes durch eine völlig unbefriedigende Antwort auf eine Kleine Anfrage des Kollegen Romberg und von mir sowie in Pressestatements gezeigt, dass sie augenscheinlich nicht bereit ist, sich dieses sensiblen Problems anzunehmen, und dass sie das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der Betroffenen nicht ernst nimmt.

So schreibt etwa die „Frankfurter Rundschau“ von gestern – wenn ich zitieren darf –:

„Bislang aber will die rot-grüne Minderheitsregierung an dem Zwangsouting festhalten. ‚Wir halten diesen Weg für richtig‘, sagt Andrea Bögge, Sprecherin von Justizminister Thomas Kutschaty (SPD). Das Land müsse zwischen dem Schutzinteresse der Mitgefangenen und den Persönlichkeitsrechten der Infizierten abwägen. ‚In diesem Fall ist das Interesse der Zellennachbarn wichtiger‘, so Bögge. ... ‚Sie haben ja die Wahl, auf ihrer Zelle zu bleiben.‘“

Wir denken, dies ist ein Hohn, meine Damen und Herren.

Wenn ich dann noch auf die „NRZ“ von gestern kommen darf, in der Rüdiger Wächter, Sozialpädagoge in Duisburg, zitiert wird: „Er kennt die tägliche Praxis. ... Die Haltung des Justizministeriums sei eine Farce.“

„Wir wissen aus Erfahrung, dass geoutete Inhaftierte diskriminiert und gemieden werden“, sagt zum Beispiel auch Bärbel Knorr von der Deutschen AIDS-Hilfe.

Das Justizministerium kann uns nicht erklären, warum allein in Nordrhein-Westfalen diese Praxis herrscht, während in allen anderen Bundesländern eine solche Situation nicht vorliegt, meine Damen und Herren.

Wir sind der Ansicht, dass die rot-grüne Landesregierung die umstrittene Praxis nunmehr beenden muss. Wir sind auch der Ansicht, dass niemandem damit gedient ist. Denn eine Ansteckung ist beim Zusammenlegen in Gemeinschaftsräume faktisch ausgeschlossen. Nur bei ungeschütztem Geschlechtsverkehr oder wenn Spritzen für Drogen geteilt werden besteht ein Ansteckungsrisiko. Das Zwangsouting ist also eine brachiale Art, Menschen zu diskriminieren, ohne tatsächlich mehr Sicherheit zu bringen.

Deswegen sind wir der Ansicht, dass wir hier eine Änderung brauchen. Wir hoffen, dass der veraltete Erlass aufgehoben wird und appellieren hier insbesondere an die Grünen. Verena Schäffer, ehemals Sprecherin der Grünen Jugend und nunmehr Mitglied des Landtags, hat früher immer gesagt, dass viele Menschen, die mit HIV infiziert oder an Aids erkrankt sind, gleichzeitig Opfer gesellschaftlicher Ausgrenzung und Diskriminierung werden. Hier haben Sie von den Grünen heute die Gelegenheit, einen Beitrag zu leisten, Diskriminierung zu beenden. Ich würde mich freuen, wenn Sie diesen Weg gehen würden.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Was haben Sie in den letzten fünf Jahren gemacht, Herr Orth?)

– Frau Beer, Sie brauchen nicht dazwischenzurufen nach dem Motto „Was haben Sie gemacht?“. Der Erlass stammt nicht aus unserer Regierungszeit. Wir haben ihn auch nicht aufgehoben. Aber wir sind inzwischen der Ansicht, er sollte jetzt aufgehoben werden. Wir machen Politik nach vorne gewandt. Das erwarten wir auch von Ihnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Dr. Orth. – Für die CDU spricht jetzt Herr Giebels.

Harald Giebels (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In Deutschland sind gegenwärtig rund 67.000 Menschen mit HIV infiziert. Im Jahre 2009 ist die Krankheit in Deutschland bei 11.300 Personen ausgebrochen. In diesem Kalenderjahr kam es bundesweit zu 3.000 neuen Infektionen. Im Jahre 2010 waren in NRW rund 130 Inhaftierte mit HIV infiziert.

In der Tat: Derzeit müssen HIV-infizierte Häftlinge in NRW auf Befragung über ihre Erkrankung informieren. Erst wenn ein Mithäftling, mit dem ein HIV-

Infizierter den sogenannten Umschluss machen möchte, schriftlich bestätigt, davon zu wissen, darf der Betroffene an diesem Umschluss teilnehmen. Gleiches gilt für die dauerhafte Gemeinschaftsunterbringung mit anderen Gefangenen.

Meine Damen und Herren, der Staat muss zwischen dem Schutzinteresse der Mitgefangenen und Bediensteten einerseits und dem Persönlichkeitsrecht der Infizierten andererseits abwägen. Wer ein ansteckendes Virus in sich trägt, sollte dies jedenfalls dann offenbaren, wenn eine Ansteckungsgefahr für Dritte besteht.

Würde man unter diesen Umständen auf die Pflicht zur Offenbarung der Infektion verzichten, bestünde die Gefahr, dass sich Mithäftlinge in falscher Sicherheit wiegen und auf Schutzmaßnahmen verzichten würden. Ein Mithäftling kann über seine Zustimmung zum Umschluss nur dann verantwortlich entscheiden, wenn er alle entscheidungserheblichen Umstände kennt. Dazu gehört ganz klar auch eine HIV-Infektion des anfragenden Mithäftlings.

Neben dem Schutz der Mitinhaftierten spricht auch die Fürsorgepflicht des Staates gegenüber den Strafvollzugsbediensteten für eine Beibehaltung der geltenden Regelung.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Einschätzung dieser Problematik durch den Bund der Strafvollzugsbediensteten hinweisen, die in den letzten Tagen der Presse zu entnehmen war. Für Klaus Jäkel, dem Vorsitzenden des BSBD, steht die besondere Fürsorgepflicht des Staates für die Bediensteten und für die Gefangenen in diesem Punkt außer Frage.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Giebels, verzeihen Sie die Unterbrechung. Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Romberg?

Harald Giebels (CDU): Natürlich.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Bitte, Herr Romberg.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Sie haben eben auch die Sicherheit der Mithäftlinge angesprochen. Nun ist es bei einer HIV-Infektion so, dass der HIV-Erreger nach einer Ansteckung häufig erst nach längerer Zeit, zum Teil erst nach drei Monaten, im Blut feststellbar ist. Das heißt, wenn einer frisch infiziert in die JVA kommt, am Anfang vielleicht sogar eine Blutuntersuchung stattgefunden hat, besteht trotz alledem nie eine absolute Sicherheit für Mithäftlinge. Oder?

Harald Giebels (CDU): Herr Kollege Romberg, ich stimme Ihnen zu, dass es unser Ziel sein muss, in der Tat das Größtmögliche zu unternehmen, um ein Risiko zu verhindern. Das ist richtig. Dass man es nie ganz ausschließen kann, ist natürlich auch richtig.

(Zuruf von den GRÜNEN: Doch!)

Hinsichtlich der Fürsorgepflicht des Staates für die Bediensteten und die Gefangenen sagt der BSBD ganz klar, dass die jetzige Regelung sich bewährt hat und beibehalten werden sollte.

Auch Joe Bausch, vielen bekannt aus dem „Tatort“, aber im Hauptberuf Arzt in der JVA Werl, sagt als BSBD-Fachschaftsvertreter für den ärztlichen Bereich ganz klar, er sehe keinen Handlungsdruck, das sogenannte Outing abzuschaffen. In 23 Jahren als Gefängnisarzt in Werl habe er nicht einen Fall gehabt, in dem ein HIV-Patient deshalb über großen Leidensdruck geklagt habe. Wo, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist dann der Handlungsbedarf?

Es ist festzuhalten, dass es aus Sicht der Praktiker keine Notwendigkeit gibt, die bestehende Gesetzeslage zu ändern. Ich möchte aber betonen, dass auch die CDU-Fraktion dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung von HIV-erkrankten Personen einen hohen Stellenwert beimisst.

Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist zwischenzeitlich natürlich ein Grundrecht mit Verfassungsrang geworden; das heißt aber nicht, dass dieses etwa schrankenlos zu gewähren ist. Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ist in eine Abwägung zwischen Schutz der Interessen des Staates und anderer Grundrechtsträger einzubringen und unter Würdigung dieser auszulegen.

Der Staat und damit auch unser Bundesland Nordrhein-Westfalen ist in besonderem Maße schutzpflichtig gegenüber all denen, die in einer Justizvollzugseinrichtung inhaftiert sind oder zum Beispiel als Angehörige des allgemeinen Vollzugsdienstes oder auch der Fachdienste dort tätig sind.

Außerdem sagen wir ganz klar: Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der betroffenen Häftlinge muss in dieser konkreten Situation und Konstellation hinter dem Recht auf Leben und Gesundheit der Mitinhaftierten, der Strafvollzugsbediensteten und der Beschäftigten des Strafvollzuges zurücktreten.

Angesichts der unübersehbaren Gesundheitsgefahren, die durch die besonderen Umstände und Bedingungen des Haftalltags auch von einer HIV-Infektion ausgehen, lehnen wir eine Änderung der bestehenden Rechtslage ab.

Vor diesem Hintergrund freuen wir uns auf einen intensiven Austausch in den Beratungen der Fachausschüsse. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Giebels. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Wolf.

Sven Wolf (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem heutigen Antrag wird ein hochsensibles Thema aufgegriffen. Die Anregung zu diesem Thema stammt – das sollte hier der Vollständigkeit halber erwähnt werden – von der Aidshilfe NRW.

Eine grundsätzliche Frage, die wir diskutieren: Wie gehen wir in den Gefängnissen mit den HIV-Infizierten um? Die Frage des Umgangs mit Infizierten bleibt aber auch außerhalb des Vollzugs ein ständiges Thema. Das zeigt auch sehr eindrucksvoll die aktuelle Kampagne der Aidshilfe, bei der Infizierte als Testimonial in Alltagssituationen auftreten und für den Abbau von Vorurteilen werben.

Nicht erst seit dem Antrag der FDP sprechen wir in unserem Rechtsarbeitskreis über die Fragen des Umgangs mit Infizierten in den Gefängnissen in Nordrhein-Westfalen. Wie wird derzeit Aids- und Drogenberatung organisiert? Wie erfolgt die medizinische Behandlung von Infizierten? Das sind nur einige Frage, die wir uns auch schon gestellt haben.

Ich rege an, diese Diskussion in einem sachlichen Umfeld zu führen. Ich meine, dabei ist die Verwendung des Begriffs „Zwangsouting“ vielleicht nicht wirklich hilfreich. Ich will nicht bestreiten, dass sich bei einer Regelung aus dem Jahr 1988 die Frage stellen muss, ob die bisherige Praxis noch immer zeitgemäß ist. Die medizinische und wissenschaftliche Entwicklung zum HI-Virus hat sich seit den 1980er-Jahren deutlich geändert. Nicht zuletzt der Beginn erfolgreicher antiviraler Medikationen seit Mitte der 1990er-Jahre hat glücklicherweise dazu beigetragen.

Die Lebenserwartung steigt, und somit stellen sich nun immer wieder auch alltägliche Fragen für Infizierte, eben auch in den Gefängnissen. Die Übertragungswege des Virus sind heute deutlich bekannter. Auch dass eine Übertragung mit anderen Viren leichter möglich ist, gehört heute wohl zum Allgemeinwissen.

Ein wirksamer Schutz kann generell nur die Vermeidung von erhöhten Übertragungsrisiken sein. Und der künftige Schwerpunkt sollte auf der Vermeidung dieser Risiken und auf einer zeitgemäßen Aufklärung liegen. Wir sollten in der weiteren Diskussion im Ausschuss genauer betrachten, wer betroffen ist, wie die Betroffenen empfinden, wie die praktische Erfahrung in den Justizvollzugsanstalten und die Praxis in den anderen Bundesländern ist. Dabei sollten wir aber auch die Sorgen der nichtinfizierten Gefangenen und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Vollzug im Blick haben. Herr Giebels, Sie haben das angesprochen.

Dafür lässt sich meiner Meinung nach mit einer aktuelleren Aufklärung sorgen. Was Sie vorgetragen haben, zeugt eher von wenig Fachwissen und wenig intensiver Beschäftigung mit dieser Thematik.

(Armin Laschet [CDU]: Beschäftigen Sie sich mal mit dem Alter in der JVA!)

Sie sehen, Herr Giebels – und da sind wir uns wohl einig –, wir brauchen in dieser Debatte, wenn wir sie wirklich sachlich und fachlich führen wollen, im Rechts- und auch im Gesundheitsausschuss fachliche Unterstützung von außen; alleine werden wir das nicht meistern können.

Einen Vorwurf in dem Antrag der FDP muss ich doch deutlich zurückweisen, nämlich den Vorwurf, die Regelung verstieße gegen die ärztliche Schweigepflicht oder Vorschriften des Strafrechts. Es gibt für die Weitergabe von Informationen über Krankheiten der Gefangenen eine konkrete gesetzliche Grundlage im Strafvollzugsgesetz, die ein solches Verhalten erlaubt. Und dieser Punkt geht deutlich über das Ziel hinaus.

Im Ergebnis halte ich fest: Lassen Sie uns gemeinsam die bisherigen Regelungen überdenken. Das Ziel muss sein, die Ausbreitung dieser und auch anderer Krankheiten nach dem jeweils aktuellen Stand der Medizin zu verhindern und dabei die Rechte der einzelnen Betroffenen zu wahren. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Wolf. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Hanses.

Dagmar Hanses (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben schon einiges zum Thema gehört. Ich möchte Sie bitten, eine kleine Zeitreise mit mir zu machen – zurück in das Jahr 1988, aus der der umstrittene Erlass stammt.

Es begab sich also zu einer Zeit, als Helmut Kohl noch Bundeskanzler war,

(Minister Ralf Jäger: Das waren noch Zeiten!)

Johannes Rau noch Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, die Mauer in Berlin noch stand und Thomas Gottschalk zum ersten Mal „Wetten, dass ...?“ moderierte.

Und plötzlich war in dieser Zeit Küssen verboten. 1988 verbreitete sich die Krankheit Aids, und sie verbreitete auch eine große Panik in Deutschland und der ganzen Welt. Der Unterschied zwischen HIV und Aids war den meisten Menschen nicht bekannt. Auch die Übertragungswege waren noch unerforscht, es wurde von einer „Schwulenseuche“ gesprochen, die auch durch Küssen übertragen

werden sollte. Der „Spiegel“ titelte: Die Schwulenpest hat die Hürde zu den Heteros übersprungen.

Unter diesen Voraussetzungen, vor diesem Hintergrund und in diesem Geiste wurde der Erlass verfasst; das sollten wir wissen.

Heute, 23 Jahre später, wissen wir zum Glück mehr über die Krankheit Aids – und das nicht erst seit gestern. Liebe FDP, es wundert uns auch, dass Sie sich in der letzten Legislaturperiode nicht um das Thema gekümmert haben, obwohl Sie selbst den entsprechenden Staatssekretär gestellt haben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Aber vielleicht – nach den Äußerungen von Herr Giebels – hätte das der ehemalige Koalitionspartner nicht mitgemacht.

(Zuruf: Unsinn!)

Oder Sie wollen mal wieder die Opposition der Einladung sein. Wie dem auch sei: Wenn Sie weitere verstaubte Erlasse finden – Immer her damit! Wir finden den Antrag gut.

Seit mehreren Jahren ist bekannt, dass sich das HI-Virus nicht durchs Küssen übertragen lässt. Hierzu müsste man schon mehr als 5 l Speichel eines positiven Menschen aufnehmen. Stattdessen wird das HI-Virus durch den Austausch anderer Körperflüssigkeiten übertragen: Sperma, Scheidensekret oder auch Blut.

Den Begriff „Zwangsouting“ finde übrigens auch ich nicht glücklich gewählt. Aber über den Inhalt des Antrags können wir gerne im Ausschuss sprechen.

Wir Grünen stellen uns zusätzlich die Frage, ob das von Ihnen beschriebene Verfahren tatsächlich überall noch gängige Praxis ist. Dazu haben wir unterschiedliche Informationen. Aber seit 1988 hat sich selbst für die Justizverwaltung die Welt weitergedreht; auch da ist etwas passiert.

Erstens. Aus dem Jahr 1998 stammt zum Beispiel der sogenannte Kondom-Erlass, der unmissverständlich regelt, dass zur Verhütung von Infektionen allen Inhaftierten im geschlossenen Jugend- und Männervollzug Kondome und wasserlösliche Gleitmittel kostenlos zur Verfügung zu stellen sind.

Zweitens. Der sogenannte Drogenerlass, ebenfalls aus dem Jahr 1998, regelt weitere Bereiche der Infektionsprophylaxe.

Drittens. Aus Ihrer Zeit, aus dem Jahr 2007, stammt das Informationsblatt für die Gefangenen zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Infektionskrankheiten.

Keine Frage: Alles, was diese Bereiche betrifft, sollten wir überarbeiten, uns noch einmal anschauen, es aktualisieren und auf den richtigen Stand bringen.

Ich muss mich beeilen und sage noch ganz schnell, dass es mir auch um weitere Krankheiten geht, nicht nur um HIV, sondern auch um Hepatitis C, Syphilis und andere übertragbare Infektionskrankheiten.

Um herauszufinden, wie die Handhabung in den einzelnen Justizvollzugsanstalten und auch in anderen Bundesländern abläuft, welche Ängste unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestehen und wie dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung auf der einen Seite und dem Recht auf körperliche Unversehrtheit bzw. der Fürsorgepflicht des Staates auf der anderen Seite am besten nachgekommen werden kann, möchte ich mich gerne dem Vorschlag meines Kollegen Sven Wolf anschließen, möglicherweise eine Anhörung, ein Expertengespräch durchzuführen.

Und Sie wissen ja: Helmut Kohl ist weg, Johannes Rau ist leider verstorben, und Gottschalk geht auch dieses Jahr. Deshalb können wir den Erlass gerne überarbeiten.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Hanes. – Für die Fraktion Die Linke spricht Frau Conrads.

Anna Conrads (LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der heute völlig zu Recht von der FDP thematisierte Erlass stößt auch in unserer Fraktion aus mehreren Gründen auf absolute Ablehnung.

Zunächst muss ich feststellen: Auch wir haben die Antwort auf die Kleine Anfrage der FDP zur Kenntnis genommen und waren sehr erstaunt, dass die Landesregierung offenbar keine Probleme mit der Diskriminierung der HIV-infizierten Gefangenen hat.

(Beifall von der LINKEN)

Zu keinem anderen Schluss kann man kommen, wenn man sich diese Frechheit von Antwort durchliest. Das muss man mal ganz klar sagen. Es ist auch sehr interessant, dass ausgerechnet eine Landesregierung, die von den Grünen mit geführt wird – die Grünen bieten sich bei jedem Welt-Aids-Tag und bei jedem CSD als engster Partner der Aids-Hilfen an –, auch nicht in der Lage war, in dieser Antwort Unrecht Unrecht zu nennen. Oder machen Sie jetzt nur noch Politik für HIV-Negative?

(Beifall von der LINKEN)

Ich will aber auch die Kolleginnen und Kollegen aus der CDU-Fraktion nicht vergessen, weil es mich schon sehr erstaunt hat, was Herr Giebels gerade gesagt hat. Dass Ihre Partei für alles andere als für einen toleranten Umgang mit HIV-Positiven steht, das ist wohl nicht unbekannt. Es war Ihr Partei-

freund Peter Gauweiler von der CSU, der 1987 das Bundesseuchengesetz auf HIV-Infizierte anwenden wollte. Dieses sah zum damaligen Zeitpunkt unter anderem Zwangsvorladungen und Zwangsuntersuchungen für Betroffene vor, außerdem Berufsverbote und Absonderung von Personen mit HIV.

(Beifall von der LINKEN)

Allein aufgrund dieser Debatte, die Ende der 80er Jahre geführt wurde, in der sogar die Zwangstätowierung von HIV-Infizierten gefordert wurde, müsste Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere aus den Regierungsfractionen, einleuchten, dass der Erlass der SPD-Landesregierung von 1988 ganz dringend zurückgenommen werden muss und durch nichts zu rechtfertigen ist.

(Beifall von der LINKEN und von den GRÜNEN)

Sie haben hier und heute die Gelegenheit, sich bei den Inhaftierten dafür zu entschuldigen, die seit 1988 Opfer dieser einfach nur überflüssigen Regelungen wurden. Nehmen Sie die Chance wahr, und setzen Sie ein Zeichen für einen toleranten und an den medizinischen und wissenschaftlichen Erkenntnissen orientierten Umgang mit HIV-Häftlingen! Denn dadurch schützen Sie sowohl die Beschäftigten als auch die anderen Häftlinge.

Herr Giebels, ich schenke Ihnen gleich im Anschluss eine Broschüre der Aids-Hilfe „Arbeitsschutz in der Drogen- und Aids-Hilfe“, weil ich das Gefühl habe, dass Sie von dem Thema überhaupt keine Ahnung haben.

(Beifall von der LINKEN)

Zu meinem Bedauern – da gebe ich der FDP recht und Herrn Wolf unrecht – gibt es noch einen weiteren Skandal, den wir heute in diesem Zusammenhang thematisieren müssen. Die deutsche Aids-Hilfe besitzt Informationen darüber, dass Justizbedienstete in NRW generell über HIV-Infektionen bei Gefangenen informiert werden – unabhängig von der Einwilligung der Betroffenen. Auf dem PC-Schirm der Bediensteten erscheint die Information: Blutkontakt vermeiden. – Und das heißt: HIV-positiv.

Mich interessiert es, meine Damen und Herren von der Landesregierung, wie Sie diesen eindeutigen Verstoß gegen die informationelle Selbstbestimmung und gegen die ärztliche Schweigepflicht rechtfertigen wollen. Vor diesem Hintergrund erscheint die Aussage der Landesregierung in der Antwort auf die Kleine Anfrage der FDP wie blanker Hohn, dass sie dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung von HIV-Positiven einen hohen Stellenwert beimessen würde. – So, so.

Meines Erachtens ist aufgrund der teilweise skandalösen Zustände in den NRW-Haftanstalten vielleicht auch mal ein Einschalten des Landesdatenschutzbeauftragten angebracht, wenn das nicht schon geschehen ist. Ich kann Sie alle als Mitglieder des Landtags nur dazu auffordern, sich über die Infekti-

onswege – das hat Frau Hanses gerade schon angesprochen – des HI-Virus grundlegend zu informieren. Denn es überträgt sich nur durch den Austausch von Blut und Spermien und nicht durch das gemeinsame Trinken oder Benutzen von Besteck.

Es gibt fernab von der heutigen Debatte jedoch auch Realitäten in den Gefängnissen, die wir zur Kenntnis nehmen müssen. Es ist ein offenes Geheimnis, dass in den Justizvollzugsanstalten Drogen konsumiert werden und dass es zu sexuellen Kontakten unter Inhaftierten kommt. Verstärken Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, daher den Gesundheitsschutz und die Prävention in den Gefängnissen! Tragen Sie Sorge für eine offene Debatte und für eine Enttabuisierung! Damit schützen Sie alle Beteiligten.

Ein erster Schritt wäre beispielsweise die anonyme Vergabe von Spritzen und eine verstärkte Substitution von Heroinkonsumenten in den Haftanstalten zum Beispiel mit Diamorphin. Auch sollten alle Gefangenen anonymen Zugang zu kostenlosen Kondomen und Gleitgel erlangen können. Das ist bereits in einigen Haftanstalten die Regel, aber es gibt auch andere. Ich kenne Leute aus den Fachdiensten, die mir erzählt haben, dass die Kondomvergabe überhaupt nicht klappt.

Wir stimmen natürlich der Überweisung in den Ausschuss zu, freuen uns auf die Debatte und können nur an die Damen und Herren von der CDU appellieren, dass der Erlass endgültig zurückgenommen und beerdigt wird. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN und von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Conrads. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Kutschaty.

Thomas Kutschaty, Justizminister: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Frage des vollzuglichen Umgangs mit Gefangenen, von denen aufgrund einer vorliegenden HIV-Infektion eine Ansteckungsgefahr für Mitgefangene und Bedienstete ausgeht, berührt existenzielle Bereiche der Freiheitsrechte sowie des staatlichen Gesundheitsschutzes. Die notwendige Güterabwägung hat sich unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit unter anderem dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung zu widmen.

Dabei stellt sich die Vollzugspraxis aufgrund eines Erlasses vom 13. Januar 1988 zu Maßnahmen zur Aidsfrüherkennung und Behandlung in Justizvollzugseinrichtungen im Wesentlichen wie folgt dar:

HIV-infizierte Gefangene sind grundsätzlich in Einzelhaftsräumen unterzubringen; eine gemeinschaftliche Unterbringung kommt ausnahmsweise aber in Betracht. Wesentliche Voraussetzung hierfür ist die Zustimmung des nicht infizierten Gefangenen. Dies

gilt gleichermaßen für einen kurzzeitigen, gemeinschaftlichen Aufenthalt auf einem Haftraum, den sogenannten Umschluss von Gefangenen.

Diese Vollzugspraxis ist 23 Jahre alt, beruhte damals auf Feststellungen, wissenschaftlichen Erwartungen, Vermutungen aus dem Jahre 1988 und ist selbstverständlich 23 Jahre nach dem Erlass zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.

Wenn aber dieser Erlass tatsächlich so rechtswidrig ist, Herr Dr. Orth, dann stellt doch Frau Hanses zu Recht die Frage, warum Sie in den letzten fünf Jahren diesen Erlass akzeptiert haben und ich in den letzten fünf Jahren, in Ihrer Regierungszeit, in diesem Hause keine Bemühungen habe feststellen können, dieses zu verändern.

In der Praxis stellt es sich heute wie folgt dar:

HIV-Infizierte sind in vollem Umfang in das gesamte vollzugliche Geschehen integriert. Das betrifft sowohl den Arbeitsbereich, die schulische Bildung als auch die angebotenen Freizeitaktivitäten. Eine Offenlegung der HIV-Infektion durch den Infizierten gegenüber Mitgefangenen ist dabei nicht erforderlich und findet nicht statt. Bei derartigen Sozialkontakten sind Infektionsübertragungen weitgehend auszuschließen.

Eine andere Situation besteht bei der gemeinschaftlichen Unterbringung und dem sogenannten Umschluss. Hier sind die Inhaftierten über Nacht oder über mehrere Stunden in enger räumlicher Gemeinschaft in verschlossenen Hafträumen untergebracht und können während dieser Zeit selbstverständlich nicht ununterbrochen beaufsichtigt werden. In dieser Situation sind Aktivitäten möglich, die grundsätzlich geeignet sind, Infektionen zu übertragen. Nur beispielhaft seien in diesem Zusammenhang das Tätowieren und ungeschützte Sexualkontakte genannt.

Erkenntnis aus der Praxis ist auch, dass nicht 100%ig sichergestellt werden kann, dass bei allen Inhaftierten ein ausreichend verantwortliches Verhalten im Hinblick auf die eigene Person und auf Dritte sowie die Beachtung grundlegender Hygieneregeln unterstellt werden kann.

Hier besteht die Möglichkeit und Notwendigkeit, durch intensive Aufklärungsangebote das eigenverantwortliche Verhalten zu stärken. Denn gerade die hohe Anzahl auch anderer Infektionen – 80 bis 90 % der intravenös Drogenabhängigen in Freiheit sind Hepatitis C positiv – zeigen, dass wir alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen müssen, um den Schutz der Gefangenen möglichst umfassend zu gestalten. Dabei ist auch in Erwägung zu ziehen, dass die bisherigen Maßnahmen im Sinne der Fürsorgepflicht nicht das angestrebte Ziel erreichen. Auch diejenigen, die nicht von ihrer Infektion wissen, werden von den bisherigen Maßnahmen nicht erreicht.

Meine Damen und Herren, das Recht Infizierter auf informationelle Selbstbestimmung, das als hohes Rechtsgut anerkannt ist, kann in besonderen Situationen zum Zwecke der Gesundheitsvorsorge auch Grenzen haben, wenn dadurch das Schutzziel erreicht wird. Ob dies bei der bisherigen Praxis der Fall ist, gilt es zu überprüfen.

Lassen Sie mich klarstellend zum vorliegenden Antrag der FDP Folgendes sagen: Die im Antrag unterstellte generelle Information von Bediensteten über eine HIV-Infektion von Gefangenen entspricht nicht den tatsächlichen Gegebenheiten. Nach § 182 Strafvollzugsgesetz ist der Anstaltsarzt verpflichtet, die Anstaltsleitung unverzüglich zu informieren, wenn gesicherte Erkenntnisse für eine HIV-Infektion eines Gefangenen vorliegen. Nach derselben Vorschrift ist die Anstaltsleitung gehalten, im Rahmen einer Güterabwägung weitere Bedienstete über die Infektion eines Gefangenen zu informieren. An diesen Vorgaben orientiert sich die vollzugliche Praxis. Es findet daher weder das von der FDP-Fraktion behauptete Zwangsouting noch eine generelle Information von Bediensteten über eine HIV-Infektion von Gefangenen statt.

Meine Damen und Herren, wir werden die geltenden Regelungen hinsichtlich eines Umschlusses infizierter Gefangener überprüfen. Insoweit ist angedacht, auch eine Erhebung bei anderen Bundesländern durchzuführen. Nach Auswertung der Erhebung ist dann zu entscheiden, wie eine Regelung einen gleichwertigen Schutz der nicht infizierten Gefangenen bei einer gemeinschaftlichen Unterbringung, insbesondere in einer Umschlusssituation, sicherstellen kann. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Minister.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 15/1324** an den **Rechtsausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer möchte dieser Empfehlung zustimmen? – Alle. Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

4 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 41 der Landesverfassung

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1311

Die Beratung eröffnet die antragstellende Fraktion durch Herrn Sagel.

Rüdiger Sagel¹⁾ (LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben mit der WestLB eine unendliche Geschichte. Die Linke hat schon durch meine Person vor anderthalb Jahren einen Antrag für einen Untersuchungsausschuss zur WestLB gestellt. Dieser Antrag ist damals abgelehnt worden.

Vor einiger Zeit gab es eine Initiative der Grünen, bei der auch die CDU großes Interesse geäußert hat, einen Untersuchungsausschuss einzurichten. Wir stehen diesem Anliegen sehr positiv gegenüber. Leider ist dazu von den anderen Fraktionen kein Antrag vorgelegt worden.

Nichtsdestotrotz haben wir uns entschlossen, erneut einen Antrag zur Untersuchung der Geschehnisse bei der WestLB zu stellen. Wir haben natürlich auch mit Interesse gelesen, dass die CDU insbesondere daran interessiert ist, nicht nur einen kurzen Zeitraum zu untersuchen, sondern auch die Entwicklungen in den letzten zehn Jahren hinsichtlich des Geschäftsmodells. Auch diesen Aspekt haben wir aufgegriffen.

Wir wissen, dass die Krise und das Ausmaß der Krise bei der WestLB wesentlich gravierender als ursprünglich gedacht sind. Am Anfang – ich kann mich noch gut erinnern – hat der damalige Finanzminister Linssen immer davon gesprochen, dass es sich um einige hundert Millionen € handele, die auf das Land zukommen würden. Da hat er sich ziemlich verschätzt. Mittlerweile reden wir über hohe einstellige oder gar zweistellige Milliardensummen.

Aus unserer Sicht ist es dringender denn je geboten, das Handeln, das zu diesen Milliardenbelastungen geführt hat, intensiver zu untersuchen. Wir wollen daher einen längeren Zeitraum beleuchten. Wir wollen untersuchen, in welchem Ausmaß bei Entscheidungen des Vorstands und des Aufsichtsrates eine Abwägung im Rahmen des internen Risikomanagements der Bank vorgenommen wurde und in welchem Verhältnis die Risikobereitschaft zur Risikoanalyse gestanden hat. Wir wollen natürlich genau wissen, welches Controlling stattgefunden hat, wie die Abstimmung zwischen dem Vorstand, dem Aufsichtsrat und den beteiligten Stellen abgelaufen ist. Wir wollen natürlich auch wissen, welche Konsequenzen aus dem Finanzdesaster gezogen wurden und welche Ergebnisauswirkungen seitens der internen Risikomanagement- und Überwachungsfunktion im Rahmen von Szenarioanalysen simuliert wurden.

All diese Aspekte, die zu beleuchten aus unserer Sicht dringend notwendig ist, haben wir in diesen Untersuchungsauftrag gekleidet. Wir sind sehr gespannt, wie sich die anderen Fraktionen zu dieser Thematik aufstellen. Man muss den Eindruck haben, dass sie, nachdem sie kurzfristig in die Offensive gegangen sind, jetzt offensichtlich schon wieder kalte Füße bekommen haben und doch nicht

aufgeklärt wissen wollen, was tatsächlich bei der WestLB abgelaufen ist.

Daher sind wir sehr gespannt, wie Sie sich zu diesem Antrag konkret verhalten werden.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Sagel. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Weisbrich.

Christian Weisbrich (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Untersuchungsausschuss zur WestLB wäre ganz sicher ein mehr als spannendes Projekt. Allerdings frage ich mich, warum Sie den Untersuchungszeitraum auf die letzten zehn Jahre beschränken wollen. Die grundlegenden Probleme der Bank entstanden nämlich in der Dekade davor, in der Zeit des „roten Paten“ Friedel Neuber, in der Zeit der aggressiven Bilanzausweitung und der hemmungslosen weltweiten Expansion.

Die Bank hatte damals ein hervorragend funktionierendes Geschäftsmodell. Ausgestattet mit Anstaltslast und Gewährträgerhaftung konnte sie preiswerter als jeder private Wettbewerber Geld aufnehmen, die riskantesten Finanzierungen weltweit durchführen und ihren privaten Mitbewerbern immer schneller Marktanteile abnehmen.

Damit Herr Neuber ein noch größeres Rad drehen konnte, damit er noch mehr Industrieunternehmen beherrschen und den politisch-industriellen Komplex als sozialdemokratische Machtbasis noch stärker festigen konnte, verschoben Heinz Schleußer und Johannes Rau 1992 das Wfa-Vermögen in die WestLB und erhöhten deren haftendes Kapital auf diese Weise um 2 Milliarden €.

Dieser Schritt brachte schließlich beim Verband der privaten Banken das Fass zum Überlaufen. Sie klagten in Brüssel. Das Ergebnis ist uns allen bekannt: ein Dauerstreit mit der Europäischen Kommission, an dessen vorläufigem Ende die Landesbanken, aber auch die völlig unschuldigen Sparkassen die Privilegien von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung verloren. Als Dreingabe landeten Landesbanken und Sparkassen sogar dauerhaft auf der Watchlist der Brüsseler Wettbewerbschüter.

Mit dieser europarechtlichen Entscheidung war das bis zu diesem Zeitpunkt so erfolgreiche Geschäftsmodell der Landesbanken zerstört.

Ein neues, funktionierendes Geschäftsmodell wurde bei der Aufspaltung in die NRW.BANK als Förderinstitut und die WestLB AG als Wettbewerbsinstitut nicht entwickelt.

Im Gegenteil! Es war ein gravierender Fehler des damaligen Finanzministers Steinbrück, dass er für eine möglichst lange Übergangszeit beim Auslaufen

von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung gekämpft hat. Das bremste den Anpassungsdruck, verleitete die WestLB dazu, sich noch bis Juli 2005 mit billiger Liquidität vollzusaugen und sie dann in höher verzinsliche Wertpapiere zu investieren. Mittlerweile gelten diese damals angeschafften Wertpapiere als hochtoxisch.

Parallel dazu wurde mit dem Gründungsgeschäftsmodell der WestLB AG ab 2002 die weltweite Expansion forciert, weil damals 70 % der Erträge aus dem Ausland und nur 30 % aus dem Inland stammten. Auch das, meine Damen und Herren, war ein schlimmer Fehler, der schon in der Startphase der AG von 2002 bis 2004, also zu rot-grünen Regierungszeiten, zu Verlusten in Höhe von 4,8 Milliarden € führte – nicht virtuell, sondern bar –, einen dramatischen Wertverlust der Bank auslöste und das stärkere Engagement der Sparkassen, das diese heute, wie wir alle wissen, verfluchen, ursächlich ausgelöst hat.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Insgesamt mussten der Bank seit 2003 mehr als 7,5 Milliarden € frisches Kapital in bar außerhalb der Garantien, die uns alle bekannt sind, zugeführt werden. Namen wie Boullioun – das ist keine Brühe, sondern der Name einer gescheiterten Leasinggesellschaft für Flugzeuge – oder Boxclever, die von der berühmten Robin Saunders zulasten der WestLB finanzierte Vermietungsgesellschaft für Fernsehgeräte, stehen für dieses Finanzdebakel. Es endete schließlich mit einem vernichtenden Prüfbericht der BaFin, der im Sommer 2003 zur Ablösung des damaligen Vorstandschefs Jürgen Senger führte.

Meine Damen und Herren, ich könnte die Geschichte des Leidens der WestLB noch lange vor dem Regierungswechsel stundenlang fortsetzen. Ich will mich aber nur noch auf einen zentralen Aspekt konzentrieren, nämlich auf die Verluste während der Finanzmarktkrise. Dazu möchte ich an den alten Bankengrundsatz erinnern: Bad loans are made in good times – schlechte Risiken werden in guten Zeiten eingegangen.

Daten der Bundesbank zeigen, dass die Landesbanken in dem von Herrn Steinbrück erkämpften Übergangszeitraum ihre staatlich garantierten Verbindlichkeiten um rund ein Viertel – das sind rund 100 Milliarden € – ausgeweitet haben.

Dazu zählen auch die giftigen Anlagen im sogenannten Phoenix-Portfolio, die nach verbindlicher Auskunft des Vorstandsvorsitzenden der Bank vom 19. Dezember 2008 auf eine im Juni 1998 eingerichtete Ankaufslinie zurückgehen und zum Zeitpunkt des Regierungswechsels bereits zu 78 % angeschafft waren. Allein von 2004 bis 2006 verdoppelte sich das Volumen der Wertpapiere in der Bilanz der WestLB.

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, sieht die CDU-Fraktion dem Untersuchungsausschuss, den die Linken beantragt haben, mit großer Gelassenheit entgegen. Wir werden ihn nicht verhindern. Wir glauben allerdings, dass die Bank in ihrem derzeitigen Überlebenskampf Ruhe weitaus dringender braucht als einen Untersuchungsausschuss. Deshalb wird sich die CDU-Fraktion der Stimme enthalten. Nachdem die Grünen lautstark mit einem Untersuchungsausschuss gedroht haben, mag die Minderheitskoalition über seine Einsetzung entscheiden. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU – Lachen von Reiner Priggen [GRÜNE] – Rüdiger Sagel [LINKE]: Weise! – Bärbel Beuermann [LINKE]: Eigentlich ist das feige! Sie sollten zustimmen! – Weitere Zurufe)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Weisbrich. – Für die SPD-Fraktion hat nun der Kollege Zimkeit das Wort.

Stefan Zimkeit (SPD): Ein Untersuchungsausschuss zum jetzigen Zeitpunkt könnte für die Bank sehr negative Auswirkungen haben.

(Lachen von Rüdiger Sagel [LINKE])

Diese Äußerung, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, stammt nicht von mir und nicht von der SPD-Fraktion. Sie stammt von Doris Ludwig, der Vorsitzenden des Betriebsrats der WestLB. Die Betriebsratsvorsitzende fährt fort – ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident –:

Weitere öffentliche Debatten wären wenig hilfreich gerade jetzt in einer kritischen Phase, wo es für uns Beschäftigte um alles oder nichts geht.

In dieser Situation, in der die Beschäftigten der WestLB tief besorgt sind, stößt die Fraktion die Linke zum wiederholten Mal eine solche öffentliche Debatte an, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als schädlich empfinden.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Die SPD, nicht die Arbeitnehmer!)

Damit handeln Sie, werde Kolleginnen und Kollegen, gegen die klaren und deutlichen Interessen der Kolleginnen und Kollegen der WestLB.

(Beifall von der SPD)

Der Antrag widerspricht nicht nur den Interessen der Beschäftigten, er widerspricht zum jetzigen Zeitpunkt den Interessen des Landes, der Sparkassen und der Kommunen als Eigentümer.

Wir alle wissen, welche erheblichen Risiken mit der Lösung der WestLB-Frage verbunden sind. Wir wissen, wie schwierig dieser Prozess ist. Deshalb ist es notwendig, sich mit aller Kraft auf die Schaffung einer tragfähigen Lösung für die WestLB zu konzent-

rieren: eine Lösung, die Schaden vom Land und von den Kommunen abwendet. Wenn dies gelungen ist, können wir gerne in Ruhe diskutieren, ob ein Untersuchungsausschuss sinnvoll ist.

(Lachen von der LINKEN)

Zum jetzigen Zeitpunkt wäre er eine erhebliche Belastung bei der Suche nach einer tragfähigen Lösung für die WestLB. Deswegen lehnen wir ihn ab. Wenn Sie darüber lachen, Herr Sagel, weise ich nur darauf hin, dass das nicht unsere Position, sondern die Position des Betriebsrats und der Beschäftigten der WestLB ist.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Des Vorsitzenden der SPD!)

Wenn Sie das lächerlich finden, zeigt das, wie Sie mit diesem Thema umgehen.

(Beifall von der SPD)

Ich gebe gerne zu, dass ich auch aus parteipolitischer Sicht durchaus Interesse hätte, viele Fragen in diesem Zusammenhang zu klären: insbesondere die Frage, wer die Verantwortung dafür trägt, dass die Risiken bei der WestLB angehäuft wurden, die die Bank in die Schieflage gebracht haben. Aus unserer Sicht spricht alles dafür, dass dies hauptsächlich in den letzten fünf Jahren geschehen ist.

Darum ist für mich auch deutlich, Herr Weisbrich, warum Sie ein solches Geeiere an den Tag legen.

(Beifall von der SPD)

Sie entziehen sich der Verantwortung, indem Sie sagen: Wir enthalten uns und überlassen es anderen. – Sie haben doch in Wirklichkeit Angst davor, dass sich die Legende, an der Sie gerade gestrickt haben, in einem Untersuchungsausschuss auflösen und Ihre Verantwortung klar würde.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Deswegen drücken Sie sich doch vor dieser Entscheidung.

(Christian Weisbrich [CDU]: Wir machen es gern, wenn ihr wollt!)

Aber wir sollten in dieser Situation nicht über Schuldzuweisung reden. Wichtig ist jetzt die Problemlösung.

Es gibt aber noch einen weiteren Grund, warum wir den vorliegenden Antrag in seiner jetzigen Form ablehnen. Der Antrag beinhaltet nämlich nicht nur die Forderung nach der Einrichtung eines Untersuchungsausschusses, sondern gleichzeitig schon den Abschlussbericht dieses Ausschusses. Wer zu Beginn einer Untersuchung meint, das Ergebnis schon feststellen zu müssen, dem geht es nicht um die Sache, sondern um die Schlagzeile. Dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die Angelegenheit zu ernst.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Es geht um eine tragfähige Lösung für die WestLB, die die Belastungen für das Land, für die Sparkassen, für die Kommunen und die Beschäftigten in vertretbaren Grenzen hält. Der vorliegende Antrag widerspricht diesen Zielen zum jetzigen Zeitpunkt. Deswegen lehnt ihn die SPD-Fraktion ab.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Zimkeit. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun Herr Kollege Mostofizadeh das Wort.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Jetzt haben die Grünen auch kalte Füße!)

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Allein, wenn man sich den Antragstext ansieht, braucht man nicht länger zu überlegen, wie man über dieses Begehren abstimmt. Man kann den Antrag eigentlich nur ablehnen.

(Lachen von Rüdiger Sagel [LINKE] – Ralf Witzel [FDP]: Herr Priggen will den doch! Hat er doch angekündigt! – Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

– Ja, wir wollen den. Herr Witzel, wir werden gleich sehen, was Sie dazu sagen.

Hier ist nicht einmal ein Untersuchungsgegenstand und auch kein ordentlicher Zeitraum beschrieben.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das steht da alles drin! Zehn Jahre! – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE] – Rüdiger Sagel [LINKE]: Schwätzer! Wird immer schlimmer mit den Grünen!)

Alles, was Herr Kollege Weisbrich eben vorgetragen hat, würde mit dem Untersuchungsauftrag, der hier beschrieben ist, überhaupt nicht abgedeckt werden, also weder in der Sache noch in der Logik des Antrags. Insofern: Wenn wir diesen Antrag beschließen würden, würden wir alles und nichts untersuchen, und das würde nach geltender Rechtsprechung dazu führen, dass der Ausschuss im Prinzip gar nicht zustande käme.

Jetzt noch etwas zum Zeitpunkt. Da stimme ich Herrn Zimkeit ausdrücklich zu. Wir müssen zunächst einmal zusehen, dass die Risiken der WestLB, die ein erhebliches Risiko für den Landeshaushalt bedeuten können – der Finanzminister hat das ausführlich in mehreren Debatten, aber auch im Haushaltsausschuss vorgetragen – begrenzt werden. Dazu gehört auch, dass das, was jetzt in Brüssel vorliegt, ordnungsgemäß vollzogen werden kann. Es liegt ja noch genug Spannung in der Luft, wie das vonstattengehen kann.

Da es sich Herr Kollege Weisbrich nicht hat nehmen lassen, hier seine Sicht der Dinge zu schildern, will ich das nicht auch noch tun. Ich will nur darauf hin-

weisen, dass verschiedene Vertreter der CDU-Fraktion genau zu den Zeitpunkten, die Sie eben geschildert haben, im Gremium der Bank gesessen haben und nicht „Hallo!“ und „Stopp!“ geschrien haben. Daran kann zumindest ich mich nicht erinnern. Insofern würden auch wir einem Untersuchungsausschuss mit großer Gelassenheit entgegentreten.

Ich sage noch einmal: Das war an der Stelle kein Gerede von Herrn Priggen, sondern wir werden zu gegebener Zeit sehr genau einen Untersuchungsauftrag formulieren und dann mit den anderen Fraktionen schauen, welches der geeignete Zeitraum ist, was der geeignete Gegenstand ist und wie wir es operativ am sinnvollsten aufstellen können. Das nachzuvollziehen, was falsch gelaufen ist, was wir nach vorne besser machen müssen und wo auch die Konsequenzen zu ziehen sind, da ist auch kein Stück zurückzunehmen von dem, was Herr Priggen an der Stelle gesagt hat.

(Lachen von Rüdiger Sagel [LINKE])

Herr Weisbrich, das will ich mir nun auch nicht nehmen lassen. Ich habe mir noch einmal herausgezogen, was Ihr ehemaliger Finanzminister Linsen am 2. Juli 2010 im Haushaltsausschuss zum Thema „Risikoabsicherung WestLB“ gesagt hat, weil Sie ja immer so tun, als wenn es eine rot-grüne Erfindung wäre, was jetzt in Münster diskutiert wird.

Da ist unter „3. Vorsorge und Nachhaltigkeit 2006 bis 2010“ zu lesen:

„Neben der Haushaltskonsolidierung war es von herausragender Bedeutung, für künftige Haushaltsbelastungen noch besser vorzusorgen. Auch dies ist in beeindruckendem Umfang gelungen. Die seit 1999 bestehende Versorgungsrücklage des Landes wurde in den Jahren 2007 (925 Millionen €) und 2009 (300 Millionen €) in einer Größenordnung von zusammen 1,225 Milliarden € zusätzlich aufgestockt.“

In Klammern: kreditfinanziert.

„Der Vermögensbestand der Versorgungsrücklage beträgt aktuell insgesamt 3,2 Milliarden € (Stand Juni 2010). Außerdem wurde zum 01.01.2006 ein Versorgungsfonds eingerichtet. In diesen Fonds zahlt die Landesregierung für jeden neu eingestellten Beamten über 500 € pro Monat ein.“

Darin liegen jetzt 372 Millionen €. – Jetzt in dem Zusammenhang noch ein ganz wichtiger Punkt.

„Vorsorge wurde zudem für Risiken aus der Finanzmarktkrise getroffen. Die WestLB ist – auch bedingt durch die Finanzkrise – in schweres Fahrwasser geraten. Um die künftigen Haushaltsbelastungen abzufedern, wurde ein Sondervermögen gegründet, das Sondervermögen ‚Risikoabschirmung WestLB‘.“

In den Jahren 2008 – ich kürze das ab – wurden insgesamt 1,231 Milliarden € dem Sondervermögen zugeführt. In Klammern: kreditfinanziert. Ende Juni 2010 hat das Sondervermögen einen Bestand von 1,156 Milliarden €. Er resümiert dann, dass das eine geniale Risikovorsorge gewesen ist, die dafür sorgt, dass künftige Haushaltsjahre abgesichert werden.

Das ist genau die Begründung gewesen, mit der die Landesregierung und der Landtag sich im Gerichtsverfahren aufgestellt haben. Er sagt im Umkehrschluss, es wäre haushaltspolitisch absolut kurz-sichtig und unverantwortlich gewesen, wenn man genau das nicht gemacht hätte. Wenn aber SPD und Grüne das machen, ist das haushaltspolitisch natürlich völlig unverantwortlich und nicht zu machen.

Zurück zum Antrag, der heute hier vorliegt: Wir werden dem Antrag nicht zustimmen. Ich stelle aber klar in Aussicht, dass wir uns über den Untersuchungsgegenstand sehr wohl unterhalten, einen geeigneten Zeitraum suchen und uns sehr wohl über einen Untersuchungsauftrag einigen können.

Was wir aber nicht machen werden, das habe ich auch schon an anderer Stelle gesagt. Die Linksfraktion hat immer, wenn sie das Wort „Untersuchungsausschuss“ auch nur hört, den Reflex „Jetzt müssen wir einen Antrag stellen“ und bringt das dann durch das Plenum. Das ist weder sachgerecht noch politisch geboten. Das war bei der Loveparade nicht anders, und bei jedem anderen Gegenstand, den Sie sich suchen, ist es genauso. Die Qualität des Antrags unterschreitet sogar manchmal das Niveau, was Sie heute vorgelegt haben. Das machen wir nicht mit. Deswegen lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Frau Kollegin Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat kann man dem Aufklärungsinteresse, das in dem Antrag auf Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zum Ausdruck kommt, den uns die Fraktion Die Linke heute hier vorgelegt hat, sicherlich einige Sympathien entgebringen.

Leider kommt der Antrag am Anfang nicht ohne ein paar pauschale Schuldzuweisungen aus, natürlich nur gegen die anderen Fraktionen. Auch wenn möglicherweise Verantwortlichkeiten an vielen Stellen zu finden sind, ist der Ansatz, der mit diesem Antrag vorgelegt wird, sicherlich kein vernünftiger und zielorientierter Einstieg in eine gemeinsame Untersuchung des Parlaments mit allen Fraktionen dieses Hauses.

(Beifall von Reiner Priggen [GRÜNE])

Die Geschichte der WestLB hat inzwischen ein nicht besonders erfreuliches Kapitel erreicht. In den 80er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts wurde die Bank als Instrument der Industriepolitik Nordrhein-Westfalens gegründet, und sie half in der Tat bei Unternehmenssanierungen und Fusionen ganz im Sinne einer nordrhein-westfälischen Strukturpolitik.

Leider wurde die WestLB anschließend weniger durch Standortfördermaßnahmen bekannt, sondern eben durch Skandale und Affären. Prominente Beispiele sind gerade schon genannt worden: Flugaffäre oder bis vor kurzem noch gerichtlich in der Klärung Boxclever. Aktuell gehört die WestLB in eine ganze Reihe von Banken, im Übrigen auch in die Reihe zahlreicher, im öffentlichen Eigentum oder in öffentlicher Beteiligung befindlicher Banken, die am stärksten von der Finanzkrise betroffen sind.

Dennoch – daraus will ich gar keinen Hehl machen –, ein allgemeines Unbehagen bezüglich vieler Fragen im Zusammenhang mit der WestLB besteht. Auch beim anhängigen Verfahren in Brüssel ist man keineswegs geneigt, dieses Unbehagen in irgendeiner Form zu entkräften.

Die WestLB, ihre Mitarbeiter, der Finanzplatz Nordrhein-Westfalen und auch die Eigentümer der Bank stehen vor großen Herausforderungen. In dem Kontext liegt heute dieser Antrag auf Einrichtung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses vor. Viele der im vorliegenden Antrag angesprochenen Themen haben wir im Plenarsaal bereits mehrfach diskutiert. Auch im Haushalts- und Finanzausschuss waren einzelne Aspekte immer wieder Gegenstand der parlamentarischen Beratung und Debatte. Auch die dritte Gewalt musste sich schon mit einzelnen Aspekten beschäftigen.

Es bleibt natürlich die Frage zulässig, ob und wie ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss in jedem Einzelfall zur Aufklärung der Vorgänge sinnvoll ist. Als Abgeordnete müssen wir uns bei der Einrichtung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Ziele bewusst sein. Ein berechtigtes Aufklärungsinteresse, das die Eingriffe unter anderem in die Grundrechte Betroffener rechtfertigen kann, müssen wir klar definieren. Dafür ist der Antrag aus Sicht der FDP-Fraktion eindeutig nicht präzise genug.

Wir lehnen auch die pauschalen Schuldzuweisungen an alle Fraktionen, außer natürlich den Linken, im zweiten Absatz des Antrags ab. Mit einem solchen Einsetzungsbeschluss braucht man gar nicht erst anfangen. Damit werden die Untersuchungen von Beginn an in unsäglich Weise vorbelastet.

Bevor wir die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ernsthaft in Erwägung ziehen, müssen wir uns allerdings auch politisch über einige Details tatsächlich noch im Klaren werden. Das gilt zum Beispiel für den Untersuchungszeitraum, über den wir uns sinnvollerweise verständigen. Wir sind der Mei-

nung, dass eine Untersuchung der Fehlentwicklungen bei und im Zusammenhang mit der WestLB in einem größeren Zeitrahmen zu sehen ist als die angegebenen zehn Jahre. Ich halte zudem auch die Frage für nicht ausreichend beantwortet, auf welche Weise zum Beispiel nach der Ausgliederung von sogenannten toxischen Wertpapieren und ganzen Geschäftsfeldern gegebenenfalls auch die erste Abwicklungsanstalt in die Untersuchungen einbezogen sein muss.

Gerade hat Kollege Zimkeit schon seine unverhohlene Neugierde kenntlich gemacht in der Frage, wann möglicherweise welche toxischen Papiere angeschafft worden sind. Interessant ganz sicher. Im Haushalts- und Finanzausschuss habe ich aber schon gesagt: Viel Spaß, ich glaube, dass das ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss im Einzelfall bei jeder einzelnen Transaktion wohl kaum wird leisten können.

Ich will durchaus kein Geheimnis daraus machen, dass wir den Zeitpunkt des Antrags für nicht gerade sonderlich glücklich halten. Ich könnte es auch anders sagen: Ich halte den Zeitpunkt für völlig daneben. – Wir sind in einer Situation, in der sich die WestLB, die Eigentümer und die Mitarbeiter in einem großen Restrukturierungsprozess befinden. Wir haben, weiß Gott, noch keine Klarheit, ob die Bank im Ganzen, nur Teile bzw. einzelne Geschäftsfelder möglicherweise doch verkauft werden. All das ist Gegenstand eines Verfahrens vor und gemeinsam mit der EU-Kommission. Die Beschäftigten haben völlig zu Recht hinterfragt, ob ein Untersuchungsausschuss in einem solchen Restrukturierungsprozess, der – lassen Sie es mich einmal so formulieren – nicht unbedingt eine konstruktive Begleitung dieser Restrukturierungsprozesse erwarten lässt, in der Tat zum jetzigen Zeitpunkt hilfreich ist.

Ich will deswegen für die FDP-Fraktion klar sagen: Wir wollen diesen Antrag nicht unterstützen, weil er viele Punkte nicht erfüllt, die aus unserer Sicht für eine sachdienliche und notwendige Aufarbeitung der Fragenkomplexe rund um die WestLB AG sinnvoll erscheinen. Ich will aber auch ganz klar sagen: Wir wollen einen solchen Untersuchungsausschuss auch nicht verhindern und sehen grundsätzlich ein Aufklärungsinteresse.

Deswegen werden wir diesem Antrag heute nicht zustimmen, sondern uns der Stimme enthalten, weil wir durchaus den Gesprächen entgegensehen, dass wir vielleicht zu einer sinnvollen Verständigung für einen Untersuchungsauftrag kommen können. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die linke Fraktion spricht nun Herr Kollege Aggelidis.

Michael Aggelidis (LINKE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Krise der WestLB ist offenbar noch schlimmer, als vor dem 15. Februar bekannt war. Es dürfte doch in diesem Hause unbestritten sein, dass die Zockerei im globalen Finanzcasino dafür eine ganz entscheidende Rolle gespielt hat.

Ich muss mich über die Reaktionen der anderen Parteien doch sehr wundern: Herr Kollege Weisbrich hat gerade noch gesagt, der Zeitraum könne anders gestaltet werden. Darüber kann man mit uns reden. Das ist eigentlich überhaupt nicht das Problem. Dann haben Sie alle Argumente genannt, und dann kneifen Sie. Das finde ich schon eine sehr interessante Aussage.

Zur SPD muss man sagen: Herr Kollege Zimkeit, Sie haben, so finde ich, das Klassenziel auch nicht erreicht. Sie haben gesagt, Sie sähen ein Zeitproblem. Ihnen ist aber doch auch klar: Wenn wir diesen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss jetzt beschließen, sind doch – bis er sich konstituiert hat und wir die Akten gelesen haben – die entscheidungsrelevanten Wochen längst vorbei. Dann können die Informationen, die möglicherweise dabei rauskommen, der Zukunft der WestLB kaum noch schaden.

Im Übrigen und prinzipiell: Wie kann denn in einer Demokratie die Wahrheit über solche ungeheuerlichen Vorgänge in irgendeiner Weise schädlich sein? Das muss man mir erst einmal erklären.

(Beifall von der LINKEN)

Herr Kollege Mostofizadeh, ich kann mir den Vorwurf an Sie nicht ersparen, dass Sie hier nicht ernsthaft diskutiert haben. Ihr Versuch, unser Anliegen ins Lächerliche zu ziehen, wird der Ernsthaftigkeit der Sache nicht gerecht.

(Beifall von der LINKEN)

Ihre Formulierung, Sie würden einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss mit Gelassenheit entgegensehen, ist ein wenig verräterisch. Sie ist eigentlich erbärmlich. Ich frage mich, ob Sie die Aufklärung befürchten oder ob Sie sie wollen. Dann müssen Sie aber auch konsequent sein und dafür stimmen.

(Beifall von der LINKEN)

Die Stellungnahme der FDP hat auch nicht mehr viel dazu beigetragen, die Dinge zu klären. Bei der WestLB handelt es sich doch um ein öffentliches Bankinstitut. Es gehört den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Sie sind es, die letztlich mit ihrem Geld für ein Desaster geradestehen, das sie gar nicht angerichtet haben.

(Beifall von der LINKEN)

Die Menschen unseres Landes haben daher ein Recht auf rückhaltlose Aufklärung, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wie wollen Sie vermit-

teln, dass den Banken Milliarden nachgeworfen werden, während kein Geld für notwendige Zukunftsinvestitionen, für den ökologischen Umbau und für die Herstellung elementarer sozialer Gerechtigkeit vorhanden sein soll?

(Beifall von der LINKEN)

Völlige Klarheit über die Gründe für die Entstehung einer riesigen Masse sogenannter schlechter Papiere ist doch das mindeste demokratische Recht der Bevölkerung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, falls Sie aber deshalb nicht für unseren Antrag für einen Untersuchungsausschuss zur WestLB stimmen wollen, weil Sie das schlicht nicht für opportun halten, möchte ich Sie an die 80er-Jahre erinnern. Glasnost und Perestroika, Transparenz und grundlegende Umgestaltung – beides war notwendig, konnte aber im Rahmen der Sowjetunion nicht verwirklicht werden. Auch deshalb ist die Sowjetunion untergegangen.

Wir brauchen ebenfalls völlige Transparenz und eine grundlegende Umgestaltung der Wirtschaftsordnung – weg vom Kasino-Kapitalismus. Wenn Sie sich dem verweigern, werden Sie dafür auf Dauer einen hohen Preis bezahlen.

Ich ziehe ein Fazit: Alle sind für den Untersuchungsausschuss. Alle wollen ihn – aber jetzt nicht, so nicht, irgendwie anders. Ich glaube, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen sich auf diese Ungereimtheiten ihren Reim machen werden. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Aggelidis. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Die Fraktion Die Linke hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Inhalt des **Antrags Drucksache 15/1311**. Wer ist für diesen Antrag? – Die Fraktion Die Linke. Wer ist gegen diesen Antrag? – SPD und Grüne. – Wer enthält sich? – Es enthalten sich CDU und FDP.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Ralf Michalowsky [LINKE]: Der Anfang ist gemacht!)

Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

5 Organspende – positive Entwicklung der Transplantationen in NRW muss gefördert werden

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1315

Ich eröffne die Beratungen und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Kleff das Wort. Bitte schön.

Hubert Kleff (CDU): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn in Deutschland rund 12.000 Menschen auf ein neues Herz, eine Niere oder eine Lunge warten und wenn jedes Jahr rund 1.000 Menschen aus Mangel an einem verfügbaren geeigneten Organ sterben – das sind täglich drei Menschen –, dann ist das Grund genug, dass alle Beteiligten alle Anstrengungen unternehmen, um hier Abhilfe zu schaffen – besser gesagt: um Leben zu retten.

Exportweltmeister Deutschland ist bei der Versorgung mit lebensrettenden Organen auf Importe angewiesen. Das bedeutet, dass die Menschen in den Beneluxstaaten oder Österreich mehr Organe spenden als die Menschen in Deutschland. Hier stellt sich neben der Frage, warum das so ist, auch die Frage nach der Solidarität.

Nun aber zu Nordrhein-Westfalen: Das bevölkerungsreichste Bundesland war noch 2006 eines der Schlusslichter in Deutschland und Mitteleuropa bei der Zahl der Organspender. Mit großer Kraftanstrengung konnte während der schwarz-gelben Regierungszeit – hier ist der persönliche Einsatz von Karl-Josef Laumann besonders hervorzuheben –

(Beifall von der CDU)

die Zahl der Organspender von 196 im Jahre 2005 auf 259 im Jahre 2009 erhöht werden. Die Zahl der gespendeten Organe stieg im gleichen Zeitraum von 622 in 2005 auf 839 in 2009.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Nicht unerwähnt bleiben darf hier die Anstrengung der Deutschen Stiftung Organtransplantation, in Nordrhein-Westfalen mit der Geschäftsführenden Ärztin Frau Dr. Ulrike Wirges an der Spitze.

Leider ist im Jahr 2010 die Zahl der Spender und der gespendeten Organe wieder rückläufig. Die Steigerungen von 2006 bis 2009 sind unter anderem auf viele Aktionen und eine intensive Öffentlichkeitsarbeit zurückzuführen. Hier einige Beispiele:

August 2006: 230 katholische Krankenhäuser starten eine Initiative zur Förderung der Organspende.

Oktober 2006: Karl-Josef Laumann trifft sich mit Krankenhausleitern aus der Region Siegen zum Thema „Organspende“.

November 2006: 600.000 Landesbedienstete und Pensionäre erhalten einen Brief mit einem Spendeausweis.

2007: Krankenhausgestaltungsgesetz und Verpflichtung der Krankenhäuser mit einer Intensivstation zur Bestellung eines Transplantationsbeauftragten. An

4.400 Apotheken wurde 1 Million Spenderausweise verteilt. Es gibt eine Vielzahl von Ausstellungen zum Thema „Organspende“. Minister Laumann zeichnet neun Kliniken in Nordrhein-Westfalen aus.

2009: Traumpass-Kampagne mit dem LandesSport-Bund.

Die sich in 2010 abzeichnende rückläufige Entwicklung dürfen wir im Interesse der auf lebensrettende Spenderorgane wartenden Menschen so nicht hinnehmen. Wir fordern die Minderheitsregierung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und allen voran Sie, Frau Ministerin Steffens, persönlich auf, alles zu tun, um den Menschen zu helfen, die dringend auf ein Spenderorgan angewiesen sind.

Die Voraussetzungen in Nordrhein-Westfalen sind gut. 74 % der Bevölkerung sind grundsätzlich bereit, nach ihrem Tod Organe zu spenden. In den Krankenhäusern haben wir beste Voraussetzungen, um die Zahl der Organspenden zu erhöhen. Neben der professionellen Unterstützung der Deutschen Stiftung Organtransplantation haben auch die beiden großen Kirchen bereits 1990 in einer gemeinsamen Stellungnahme zur Organspende ausdrücklich Ja gesagt.

Dieses sensible Thema kann nur durch ständige Aufklärungsarbeit zum Erfolg geführt werden. Bereits in den Schulen muss den Schülerinnen und Schülern auf sachliche Art und Weise die Problematik verdeutlicht werden. Das kann im Rahmen des Berufspraktikums, des Erste-Hilfe-Kurses oder auch später im Zusammenhang mit der Führerscheinprüfung geschehen. Es ist einfach wichtig, die Organspende aus dem Bereich der Tabus herauszuholen.

In die Überlegungen müssen wir ebenfalls einbeziehen, ob Krankenhäuser, die bei der Organspende besonderes Engagement zeigen, neben der ideellen Förderung beispielsweise der Auszeichnung durch die Ministerin auch eine besondere Investitionsförderung im Bereich der Intensivstationen erhalten. Einen höheren finanziellen Anreiz lehnen wir allerdings ab, weil das bei den Menschen zu einer noch reservierteren Haltung in Sachen Organspende führen könnte.

Ich appelliere an die Medien, das Thema „Organspende“ immer wieder in die Öffentlichkeit zu tragen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kleff. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Garbrecht das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Günter Garbrecht (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will beim letzten Appell anfangen, Herr Kollege. Ich sehe hier keine Medien. Es mag der Gestaltung der Tagesordnung und den

Zwängen unterliegen, dass wir dieses Thema heute hier zu später Stunde debattieren. Dennoch ist dieses Thema wichtig. Ich sage unumwunden: Ich danke auch der CDU-Fraktion für diese Initiative.

Ich fange einmal damit an: Es geht immer darum, mit guten Beispielen voranzugehen. Hat denn jeder seinen Organspende-Ausweis auch bei sich? Ich meine, mit einem guten Beispiel voranzugehen, ist gerade bei diesem Thema sehr wichtig.

In der letzten Legislaturperiode hat die SPD diese Diskussion angestoßen. Nicht zuletzt aufgrund unseres Anstoßes – da will ich Sie korrigieren, jedenfalls die Aussagen in dem Antragstext –, und der folgenden Diskussion ist es bei der Verabschiedung des Krankenhausgestaltungsgesetzes einvernehmlich zu einer Änderung des Transplantationsausführungsgesetzes Nordrhein-Westfalen gekommen, meine Damen und Herren.

An dieser Stelle möchte ich gerne Ihre Erinnerung auffrischen: Es war mitnichten die Initiative der damaligen schwarz-gelben Landesregierung in dieser Frage. Wenn Sie meinen Ausführungen nicht glauben, gucken Sie einfach noch einmal in das Protokoll auch der Ausschussberatung zu dem jeweiligen Thema! Sei es drum. Es geht hier nicht um Urheberrechte,

(Beifall von Hubert Kleff [CDU])

sondern es geht darum, das Thema Organspende voranzubringen.

Ich sage eindeutig: Die SPD-Fraktion unterstützt alle Aktivitäten nachhaltig, die dazu führen, dass wir die Anzahl der Organspenden gerade in Nordrhein-Westfalen erhöhen. Wenn ich an das letzte Jahr zurückdenke, so hat insbesondere die Lebendspende unseres Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag, Frank-Walter Steinmeier, dem Thema Organspende eine ganz andere Aktualität und Durchschlagskraft gegeben, als wir es heute mit der Beratung im nordrhein-westfälischen Landtag schaffen.

Von daher hat die Lebendspende von Frank-Walter Steinmeier noch einmal die öffentliche Diskussion über die Frage Organspende angestoßen und neu eröffnet. Jetzt gilt es auch, diese Chance aufzugreifen und die Weichen politisch und gesellschaftlich richtigzustellen, denn wir haben – das stellt der Antrag richtig dar – immer noch ein Missverhältnis zwischen dem Bedarf an Spenderorganen und dem Spendenaufkommen insgesamt.

Ich will auf die Situation nicht weiter eingehen. Sie ist hinreichend beschrieben, wobei die Ministerin sicherlich gleich auf die aktuellen Zahlen, Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen eingehen wird. Ich glaube, da bedarf es einer gewissen Korrektur. Unterm Strich bleibt die Feststellung richtig – das muss in der Politik dazu führen, alles zu unternehmen –: 12.000 Menschen warten auf ein Spenderorgan. Es ist so, dass fast über 1.000 Menschen aufgrund der

Nichtverfügbarkeit eines Spenderorgans versterben. Das nimmt uns auch in die Pflicht.

Ich möchte einen Vergleich wagen. Ich weiß, Vergleiche sind immer schwierig. Es geht um – ich blicke zurück – das Thema „Nichtraucherschutz“; wir werden diese Frage irgendwann auch hier noch einmal aufgreifen. Da ging es darum, dass 3.000 Menschen aufgrund des Passivrauchens jährlich versterben. Wir haben uns der Sache sehr intensiv angenommen. Aber tausend Menschen versterben auch aufgrund des Mangels an Organspenden. Ich würde mir wünschen, dass ein Drittel der Energie, der Aufmerksamkeit, die für den Nichtraucherschutz in der Gesellschaft freigesetzt wird, auch bei diesem Thema freigesetzt würde, meine Damen und Herren. Das würde uns sicherlich weiterbringen.

Nun ist es so, dass das Spenderaufkommen in Nordrhein-Westfalen geringfügig angestiegen ist. Wir haben uns vom Schlusslicht in die Mitte vorgearbeitet, aber Spitze im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, aber auch zu anderen Bundesländern sind wir nicht. Von daher geht es darum, das Spenderaufkommen zu erhöhen. Ich glaube, dass die Frage, ob die derzeit geltende Zustimmungsregelung ausreicht, dazu geführt hat, dass viele, der Ethikrat, aber auch der Deutsche Ärztetag, gesagt haben: Wir müssen zu einer Widerspruchslösung kommen. Ich erinnere daran.

Wir haben diese Blockade dadurch aufgelöst, dass sowohl Frank-Walter Steinmeier

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

als auch der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Kauder, jetzt von einer Entscheidungslösung reden. Ich glaube, diese Entscheidungslösung würde uns auch weiterbringen. Ich habe nachgeschaut: In den früheren Beratungen hat die damalige Abgeordnete Steffens

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

und heutige Gesundheitsministerin diesen Weg schon vorgeschlagen. Sie hat das leider damals nicht mit der Begrifflichkeit Entscheidungslösung verbunden. Von daher, Frau Ministerin, gebührt Herrn Steinmeier und Herrn Kauder das Geburtsrecht, wobei ich glaube, dass wir mit dieser Entscheidungslösung weiterkommen. Ich stimme zu, dass der Antrag an den Ausschuss überwiesen wird. Die Ausschussberatung ist der Sache angemessen. Die Menschen, insbesondere die Menschen, die auf ein Spenderorgan warten, erwarten, dass wir hier zu einer fraktionsübergreifenden vernünftigen Lösung für Nordrhein-Westfalen kommen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit und für den Langmut der Präsidentin.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Garbrecht. – Es wäre auch anzustre-

ben, das Ende der Redezeit zu beachten. Das ist wohl aufgrund des leidenschaftlichen Engagements bei diesem Thema hintanzustellen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun der Kollege Ünal das Wort. Bitte schön, Herr Ünal.

Arif Ünal (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bei der Organspende handelt es sich um ein ethisch besonders sensibles Thema, das bei den betroffenen Angehörigen oft mit viel Unsicherheit und auch Schmerz verbunden ist. Dabei teilen wir grundsätzlich die Zielsetzung des CDU-Antrags, die Zahl der Spenderorgane zu steigern und damit die Not derer, die dringend auf ein Spenderorgan angewiesen sind, zu lindern. Einvernehmen besteht, dass den Krankenhäusern und vor allem der Ärzteschaft eine zentrale Bedeutung bei der Steigerung der Organspenden zukommt.

Die CDU verweist in ihrem Antrag auf die Steigerung der Zahl der Organspender in NRW seit 2005 um mehr als ein Viertel. Diese Entwicklung begrüßen wir. Erfreulicherweise ist die aktuelle Zahl der Organspenden in NRW entgegen der Aussage des CDU-Antrags – 228 – nicht rückläufig. In 2010 lag die Zahl mit 256 Organspendern in NRW fast so hoch wie in 2009. Erfreulich ist auch, dass seit Dezember 2010, also auch im Januar und Februar 2011, weiterhin eine steigende Tendenz zu verzeichnen ist.

Dennoch sind weitere Verbesserungen dringend notwendig: Neben einer Sensibilisierung der Bevölkerung und der Verbesserung des Zugangs zu Organspenderausweisen muss vor allem auf die Umsetzung der gesetzlichen Regelungen in Kliniken mit Intensivbetten hingearbeitet werden. Fast alle Krankenhäuser haben Transplantationsbeauftragte bestellt, aber die tatsächliche Umsetzung der Aufgaben weist erhebliche Defizite auf, so zum Beispiel:

Erstens kümmert sich nur jedes zweite Krankenhaus um die Dokumentation potenzieller Organspenderinnen und -spender und um eine gemeinsame Auswertung mit der Deutschen Stiftung Organtransplantation (DSO).

Zweitens hat bisher nur rund ein Drittel der Transplantationsbeauftragten an einer zertifizierten Fortbildung teilgenommen.

Drittens. Bisher haben nur rund 75 % der Kliniken schriftliche Handlungsanweisungen für den Ablauf eigener Organspenden aufgelegt.

Sie sehen, bei der Umsetzung gibt es enorme Defizite. Insoweit begrüßen wir natürlich auch, wenn seitens der Landesregierung nachdrücklich auf eine Verbesserung hingearbeitet wird.

Herr Garbrecht hat daran erinnert, dass die Transplantationsbeauftragten in den Kliniken in der letzten Wahlperiode auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrags aller Fraktionen in 2007 aufgenom-

men wurden. Dabei haben wir eine besondere Aufgabe darin gesehen, die Angehörigen bei der schwierigen Entscheidung zu begleiten, die die angemessene Möglichkeit des Abschiednehmens einschließt.

Bei allen Bemühungen um die Steigerung der Bereitschaft zu einer Organspende müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass wir bei diesem Thema auch auf viele Ängste und Ablehnungen stoßen. Die Ablehnungsgründe seitens der Angehörigen gegenüber einer Organspende sind oft vielfältig.

So führt die Unsicherheit über den mutmaßlichen Willen des Verstorbenen oft zur Ablehnung. Natürlich beeinflusst die Form des Gesprächs, das Intensivmedizinerinnen und Intensivmediziner mit den Angehörigen führen, auch deren Entscheidung bezüglich einer Organspende. Eine einfühlsame Gesprächsführung ohne Zeitdruck in einer abgeschirmten Umgebung ist dringend notwendig. Dabei muss die Beratung ergebnisoffen durchgeführt werden.

Bei den ethischen Fragen, die Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen als oberstes Gebot der Menschenwürde zur Grundlage haben, muss man im Zweifel auch damit leben können, dass sich jemand ausdrücklich gegen eine Organspende entscheidet. Dies ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass sich die Angehörigen in ihrer Situation angenommen fühlen können.

So wie es gerade formuliert wurde, ist es auch seinerzeit in dem gemeinsamen Antrag niedergelegt worden. Dabei hat der Transplantationsbeauftragte im Gesetz die Aufgabe erhalten, die Angehörigen ergebnisoffen zu beraten. Hierzu sollen entsprechende Unterstützungs- und Fortbildungsangebote verstetigt und weiterentwickelt werden. Oft ist die Realität von diesem Anspruch aber noch weit entfernt. Hier müssen wir auf Verbesserungen hinwirken.

Wir freuen uns auf die gute Beratung im Fachausschuss und würden uns ebenso darüber freuen, wenn wir auch diesmal zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen könnten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Ünäl. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Dr. Romberg das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Romberg.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie schon in den vergangenen Jahren gibt es viel Übereinstimmung bei dem Thema Organspende. Herr Kleff hat noch

einmal ausdrücklich auf den hohen Bedarf an Spenderorganen und eindrucksvoll auf die Not der Menschen, die auf ein Spenderorgan warten, hingewiesen. Es ist auf die Maßnahmen 2007 hingewiesen worden, zum Beispiel den Transplantationsbeauftragten, die Einführung klinikinterner Handlungsanweisungen für den Ablauf von Organspenden und die richtige Begleitung von Angehörigen.

Zwar haben 98 % aller Krankenhäuser mit Intensivbetten inzwischen offiziell einen Transplantationsbeauftragten bestellt, doch existieren in der Umsetzung der Aufgabe – Herr Ünäl hat es schon angesprochen – nach wie vor erhebliche Defizite. So kommt nach Informationen unseres Gesundheitsministeriums nur jedes zweite Krankenhaus der Verpflichtung nach, die Fälle, in denen der Patient an einem Hirntod verstorben ist, zu dokumentieren und mit der Deutschen Stiftung Organtransplantation auszuwerten.

Hier ist wirklich nach Gründen zu fragen. Da reicht es auch nicht aus, pauschal Personalnot zu vermuten. Denn die andere Hälfte der Krankenhäuser schafft es ja, diese Aufgabe zu erfüllen. Naheliegender wären organisatorische Probleme vor Ort, die dringend behoben werden müssen.

Die mangelnde Fortbildungsaktivität in den Krankenhäusern ist als weiteres Problemfeld zu werten. Erst ein Drittel der gesetzlich vorgeschriebenen Transplantationsbeauftragten hat bislang eine Fortbildung bei den Ärztekammern wahrgenommen. Das ist sicher auch entschieden zu wenig. Deshalb besteht auch hier dringender Handlungsbedarf.

Inwiefern es die Zahl der Organspenden erhöht, wenn die Totenscheine im Krankenhaus um Angaben zur Organspendemöglichkeit erweitert werden, hat sich mir jetzt nicht erschlossen.

Für problematisch erachte ich auch den Vorschlag der Union, die Wertschätzung der Spende dadurch zu erhöhen, dass wir die Bestattungskosten übernehmen. Zum einen ist nicht klar, wer jetzt wirklich auch Kosten übernehmen soll. Zum anderen haben wir ja das Transplantationsgesetz, das ausdrücklich sagt, dass Organspenden nicht von wirtschaftlichen Überlegungen abhängig sein dürfen.

Dazu noch einmal konkret die Frage: Ist dort eine konkrete Gesetzesänderung Ihr Ziel? Es hat sich mir noch nicht ganz erschlossen, wo da der Weg hingeht, den Sie eigentlich wollen.

Aus diesem Grund ist es eben nicht möglich, die Bestattungskosten eines Organspenders zu übernehmen. Andererseits ist weder die Bereitschaft zur Organspende noch die Organentnahme selbst für den Betroffenen oder für dessen Angehörigen mit Kosten verbunden. Sämtliche Kosten, die durch eine Organtransplantation entstehen, entfallen auf die Krankenkassen oder andere Träger.

Aus Sicht der FDP ist ein weiterer Aspekt wichtig. Herr Garbrecht hat den Fraktionsvorsitzenden der SPD im Bundestag häufiger benannt. Wir setzen uns seit Langem für eine Erleichterung bei den Lebendspenden ein, um noch mehr Menschenleben zu retten. Wir denken dabei an die Möglichkeit zur Cross-Over-Spende, das heißt zum Beispiel eine Spende zwischen zwei Ehepaaren, die kein besonderes Näheverhältnis haben.

Außerdem wollen wir erreichen, dass die Vorrangigkeit der postmortalen Spende vor einer Organlebenspende aufgehoben wird. Die Erfahrungen machen deutlich, dass Lebendspenden statistisch eine bessere Erfolgsaussicht haben.

Allerdings geht das für uns Hand in Hand mit einer besseren versicherungsrechtlichen Absicherung der Personen, die zu einer Lebendspende bereit sind. Gerade weil eine Lebendspende mit gesundheitlichen Risiken verbunden ist, darf die Person, die dennoch dazu bereit ist, das Leben eines anderen auf diese Weise zu retten, im Falle von Folgeerkrankungen keine Nachteile erleiden.

Wichtig ist natürlich auch eine vollständige entsprechende Aufklärung des Spenders. Es wäre wünschenswert, wenn wir auch in diesem Bereich fraktionsübergreifend etwas bewegen können.

Herr Garbrecht hat uns brav seinen Spenderausweis vorgezeigt. Das kann ich natürlich auch tun. Es fällt gleich auf, dass der anders aussieht. Das macht sicher eine Schwierigkeit aus – ein undurchsichtiges System alleine bei den Organspendeausweisen. Deshalb ist der Vorschlag, generell Menschen abzufragen im Rahmen von Dokumenten, die offiziell jeder bekommt, zum Beispiel den Personalausweis, glaube ich, schon ein Vorschlag, der die Spendenbereitschaft deutlich erhöhen würde.

Ich stelle fest: Es gibt im Bereich der Organspenden noch viel zu tun. Deshalb hoffe ich, dass wir auch dieses Jahr fraktionsübergreifend vielleicht einen zusätzlichen Schub in Nordrhein-Westfalen bekommen, um vielleicht noch mehr Organspenden zu erreichen. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Romberg. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Die Linke der Abgeordnete Zimmermann das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Zimmermann.

Wolfgang Zimmermann (LINKE): Danke schön. – Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Linke hat immer betont, gerade in Bezug auf die Frage der Organspenden – ich muss sagen: auf der Bundesebene natürlich, im Bundestag –, dass fraktionsübergreifendes Handeln in der Tat gefragt ist, also eine interfraktionelle Zusammenarbeit notwen-

dig ist. Aus diesem Grunde stehen wir durchaus auch der Initiative der CDU-Fraktion positiv gegenüber.

Es ist tatsächlich so – da haben Sie völlig Recht –: Es gibt zu wenig postmortalen Organspender. Da ist NRW innerhalb des Bundes im Übrigen auch nicht in einer Sonderrolle. In Deutschland überhaupt gibt es im Vergleich mit den europäischen Nachbarn eine viel zu geringe Zahl gespendeter Organe.

Andererseits steigt allerdings die Zahl der Menschen in Deutschland, die zu einer Organspende bereit sind. Sie dokumentieren das ja mit einem Organspendeausweis. Das ist eine positive Entwicklung. Aber trotzdem geht die Zahl der Organtransplantationen bundesweit seit 2008 merklich zurück. Das wiederum ist natürlich keine gute Entwicklung. Nach wie vor warten rund 12.000 Menschen auf ein lebensrettendes Organ.

Wie im Antrag steht, müssen wir in der Tat die Krankenhäuser mehr fordern. Aber die Krankenhäuser müssen natürlich auch mehr gefördert werden. Das kostet wiederum Geld. Woher das Geld kommen soll, zeigen Sie nicht auf. Heute Morgen noch hat es Klagen darüber gegeben, dass von dieser Landesregierung im Haushaltsentwurf zu viel Geld ausgegeben wird, beispielsweise für die Abschaffung der Studiengebühren.

Aber man muss das ja nun irgendwie erklären: Wenn man die Situation der Krankenhäuser verbessern will, um dieser Aufgabe gerecht zu werden, wenn man sie mehr fördern will, wenn man die Öffentlichkeit mehr aufklären will, dass Organspenden notwendig sind, dann kostet das auch Geld. Das gibt es alles nicht umsonst. Deshalb muss man benennen, dass dafür finanzielle Mittel notwendig sind. Wenn man das nicht erwähnt, dann handelt man erst einmal ziemlich inkonsequent.

(Beifall von der LINKEN)

Organtransplantationen sind sehr aufwendig und erfordern ausreichende personelle und auch technische Kapazitäten. Beispielsweise müssen Transplantationsbeauftragte ausreichend qualifiziert und in den Krankenhäusern freigestellt sein. Dafür müssen ebenfalls finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Organspenden dürfen nicht zum Geschäft werden. Sie dürfen die Kliniken und die dort arbeitenden Ärztinnen und Ärzten jedoch auch nicht zusätzlich zu der Arbeitsüberlastung belasten, denen Ärztinnen und Ärzte und andere Berufsgruppen ohnehin ausgesetzt sind. Das haben wir schon bei der Beratung entsprechender Anträge diskutiert. Die Politik muss an dieser Stelle in der Tat Weichen stellen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Appelle an die Bevölkerung nicht ausreichen. Es muss eine institutionelle Aufklärungsarbeit geben, die auch gefördert wird.

Ich hoffe, wir können im Ausschuss darüber diskutieren, wie wir dieses Problem der Zurverfügungstellung von finanziellen Mitteln klären, damit wir glaubwürdig bleiben. Wenn wir etwas fordern, müssen wir auch sagen, woher wir das Geld dafür nehmen.

Wir werden dem Antrag auf Überweisung in diesem Sinne selbstverständlich zustimmen, damit wir das alles im Ausschuss diskutieren können. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Zimmermann. – Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Steffens das Wort. Bitte schön, Frau Ministerin.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Einige der Vorredner haben es eben schon gesagt, und ich glaube, es ist wichtig, das fortzusetzen: Wir versuchen, bestimmte Themen – und dazu gehört das Thema der Organtransplantation – aufgrund ihrer Bedeutung und ihrer Wichtigkeit im Konsens mit allen Fraktionen zu diskutieren und auf den Weg zu bringen.

Es ist wichtig, sich intensiv mit dem Grund für die in Nordrhein-Westfalen bestehende Situation zu beschäftigen. Auch wenn es der eine oder andere Vorredner eben schon gesagt hat, möchte ich zur Klarstellung sagen: Die Situation ist nicht so schlimm, wie sie im CDU-Antrag dargestellt wurde. Die Zahlen sind nicht so drastisch. Im Jahr 2010 hatten wir keinen massiven Rückgang auf 228 Organspenden. Die Zahl ist von 259 im Jahr 2009 auf 256 in 2010 gesunken. Das heißt, es waren drei Organspenden weniger. Sie haben die Zahlen aus dem Dezember wahrscheinlich nicht einbezogen. Wenn man den Dezemberwert zu Ihren 228 Spenden hinzurechnet, kommt man auf die richtige Zahl. Den in Ihrem Antrag genannten massiven Einbruch hat es also nicht gegeben.

Falsch ist auch die Schlussfolgerung, dass wir in Nordrhein-Westfalen fast den Bundesdurchschnitt erreicht hätten. Wenn man sich den Zahlenverlauf der letzten Jahre genau ansieht, kann man erkennen, dass Nordrhein-Westfalen immer in den Jahren selbst höhere Zahlen hatte, als es einen bundesweiten Anstieg gegeben hat. In den Jahren, in denen es einen Abfall auf Bundesebene gab, war dies in Nordrhein-Westfalen ebenso; Nordrhein-Westfalen lag prozentual vielleicht einmal etwas höher.

Nordrhein-Westfalen hat sich also nicht erheblich verbessert. Das heißt, wir haben keine massiven Erfolge. Woran liegt das? Diese Frage ist viel entscheidender. Wir hatten eine Zunahme im Dezember. Im Januar hatten wir mit 29 Organspendern

auch wieder einen Anstieg. Im Grunde genommen haben wir in Nordrhein-Westfalen fast jeden Tag eine Organspende. Von daher ist die Situation nicht so schlimm, wie sie von Ihnen beschrieben wurde.

Worin liegt der Grund für die fehlenden Spenden? Noch von der Vorgängerlandesregierung wurde im Jahr 2009 eine Prüfung zur Umsetzung der gesetzlichen Verpflichtung auf den Weg gebracht. Das Abschlussergebnis der Befragung lag erst Anfang November 2010 auf dem Tisch. Bis November 2010 hatten erst rund 93 % befragten Kliniken überhaupt geantwortet. Es waren insgesamt 312 Kliniken. Wir haben noch einmal nachgehakt, um herauszufinden, was mit den Kliniken ist, die noch nicht geantwortet haben.

Wenn man sich die Zahlen ansieht, kann man unter dem Strich sagen: Die Umsetzung des Gesetzes ist katastrophal in manchen Bereichen, sie ist mangelhaft in vielen Teilen, und eine ganze Menge muss behoben werden. Die Umsetzung der Aufgabe ist in ganz vielen Punkten massiv zu verbessern. Die Dokumentation potenzieller Organspender und Auswertungen gemeinsam mit der DSO findet nur in circa jedem zweiten Krankenhaus statt. Die Teilnahme an einer zertifizierten Fortbildung findet nur in etwa einem Drittel der Bereiche statt. Schriftliche Handlungsanweisungen für den Ablauf einer Organspende gibt es nur in 75 % der Kliniken. Das heißt: An ganz vielen Stellen kann man sagen, das Verfahren ist defizitär.

Wir haben seitdem massiv Maßnahmen eingeleitet. Meinen Sie nicht, allein der Vorgänger hätte durch öffentliche Termine etwas getan. Wir haben Aufforderungen an vier Krankenhäuser ohne Transplantationsbeauftragte geschickt, dass sie bis zum 1. März 2011 der Verpflichtung nachkommen. Wir haben die Bezirksregierungen angeschrieben, damit die 173 Transplantationsbeauftragten ohne Fortbildung aufgefordert werden, sich bei der Ärztekammer oder der DSO für eine curriculare Fortbildung registrieren zu lassen. Dies muss bei uns wieder rückgemeldet werden. Wir haben mit dem gleichen Schreiben die 129 Kliniken ohne Dokumentation von Hirntodfällen und Auswertungen mit der DSO aufgefordert, der gesetzlichen Verpflichtung nachzukommen. Diese Bestätigungen sollen bis zum 1. Juli 2011 bei uns vorgelegt werden.

Des Weiteren haben wir den schriftlichen Hinweis auf die gesetzliche Aufgabenwahrnehmung an rund 50 leistungsfähige, aber inaktive oder kaum aktive Kliniken mit Bitte um Stellungnahme bis zum 1. April 2011 herausgeschickt. Auch an dieser Stelle haben wir also nach und wollen Antworten haben.

Kurz gesagt, wir müssen dafür sorgen, dass das, was im Gesetz steht, wirklich umgesetzt wird. Das ist bisher nicht geschehen. Das machen wir jetzt. Daneben brauchen wir natürlich auch die Diskussion darüber, wie wir die Öffentlichkeit motivieren und mobilisieren und wie wir die Akzeptanz der Organ-

spenden erhöhen können. Wir glauben nach wie vor, dass es sinnvoll ist, in irgendeiner Form eine andere Art der verpflichtenden Erklärung zu haben, ein Erklärungsmodell. Ob man das über die Gesundheitskarte oder anders machen kann, werden wir weiter weiterhin diskutieren müssen.

Herr Kleff, ich komme zu einem letzten Punkt. Sie tun immer so, als ob wir als Land keine Ehrungen vornehmen oder vergleichbare Dinge tun und dies nur eine Angewohnheit von Minister Laumann gewesen sei. Nein, beispielsweise habe ich über die bewährte Organspendekampagne „Traumpass“ mit dem Landessportbund geredet und schon lange zugesagt, dass wir diese Kampagne fortsetzen. Auch werden weiterhin die Krankenhäuser ausgezeichnet, die sich besonders engagieren. Die nächste Ehrung findet am 25. Mai statt. Das können Sie gerne schon einmal in Ihrem Kalender vormerken.

Es gibt also weder einen Einbruch bei den Spenderzahlen noch einen Einbruch beim Engagement. Das Einzige, was nun zusätzlich stattfindet, ist, dass wir gucken, dass die Gesetze auch wirklich umgesetzt werden. Das ist in der Vergangenheit nicht geschehen. Ich hoffe, dass wir da in der Zukunft auf einem noch besseren Weg sind.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin. Offensichtlich war auch das Engagement im Zusammenhang mit der Redezeitüberschreitung. Aber das sei zu dieser Stunde zugestanden.

(Günter Garbrecht [SPD]: Wie kann denn die Einbringung zu einem solchen Punkt nur fünf Minuten lang sein!?)

– Herr Kollege Garbrecht, die Regelung treffe nicht ich, sondern darauf verständigen sich die Fraktionen untereinander. Ich bitte nur darum, sich an diese Vorgaben zu halten.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Die Landesregierung kann immer so viel reden, wie sie reden will!)

– Selbstverständlich, Frau Kollegin Beer, kann die Landesregierung zu jeder Zeit das Wort ergreifen. Nur haben wir hier genauso den Usus, dass auch die Landesregierung auf das Ende ihrer Redezeit hingewiesen wird und dass auch sie sich an die Verabredung über Redezeiten gebunden fühlt. Das ist im Normalfall ja auch völlig unproblematisch. Auch heute Abend gibt es dazu kein Problem. Man kann es nur, glaube ich, einfach einmal feststellen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Empfehlung des Ältestenrates, den **Antrag Drucksache 15/1315** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration** zu überweisen. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Gibt es hierzu Ge-

genstimmen? – Enthaltungen? – Dann darf ich die einstimmige Annahme der Überweisungsempfehlung feststellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe auf Tagesordnungspunkt

6 Gesetz zur Anhebung des Eingangs- und des Spitzenamtes in der Laufbahn des Justizwachtmeisterdienstes des Landes Nordrhein-Westfalen und zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/1268

erste Lesung

Zur Vorstellung und Begründung des Gesetzentwurfes erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Kutschaty das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Thomas Kutschaty, Justizminister: Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung legt Ihnen heute einen Gesetzentwurf vor, mit dem wir die Besoldung im Justizwachtmeisterdienst in Nordrhein-Westfalen verbessern wollen. Angedacht ist die Anhebung des Eingangsbesoldungsamtes von A3 auf A4. Und wir schaffen die rechtlichen Möglichkeiten, ein Spitzenbesoldungsamt zu erhöhen von A6 auf A7.

Warum machen wir diesen Vorstoß, meine Damen und Herren? Uns ist klargeworden, dass die gegenwärtige Besoldung der Justizwachmeisterinnen und Justizwachtmeister in Nordrhein-Westfalen den Aufgaben und der gestiegenen Verantwortung nicht mehr gerecht wird. Lassen Sie mich das an einigen Beispielen verdeutlichen.

Zu den Aufgaben des Justizwachtmeisterdienstes gehören unter anderem die Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit in den Justizgebäuden einschließlich der dazu erforderlichen Maßnahmen im Rahmen des Sicherheitskonzeptes, die Wahrnehmung des Sitzungsdienstes, die Vorführung der Gefangenen zu Terminen und Sitzungen sowie die zwangsweise Vorführung anderer Personen, die Bewachung der vorgeführten Inhaftierten oder auf besondere Anordnung zu beaufsichtigenden Personen innerhalb der Justizgebäude, das Festhalten, die vorläufige Festnahme, die Vorführung oder Verhaftung von Personen sowie Durchsuchungen oder Beschlagnahmen nach entsprechender Anweisung und die Hilfestellung bei solchen Maßnahmen.

(Unruhe von den GRÜNEN)

Dabei sind die Anforderungen an die Beamtinnen und Beamten in den letzten Jahren stetig gestiegen.

Das gilt insbesondere auch für die zunehmenden Aufgaben bei der Abwehr von Gefahren. Hierfür werden vor allem jüngere, körperlich besonders tüchtige Kolleginnen und Kollegen herangezogen. Wenn man die Besoldungsstruktur im Justizwachmeisterdienst ...

(Fortgesetzt Unruhe von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Pscht!

Thomas Kutschaty, Justizminister: Wenn wir hier im Saal Justizwachmeister hätten, würden die für Ordnung und Ruhe sorgen. Das machen die bei Gericht auch.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Insofern sehen Sie die wichtige Bedeutung und Funktion von Justizwachmeistern. Diese wollen wir angemessen besolden.

Im Vergleich dazu liegt in der Besoldungsstruktur beispielsweise von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Justizvollzugsdienstes die Eingangsamtssituation bei A7 und die des Spitzenamtes seit 2009 bei A11. Insofern ist bei teilweise identischen Aufgaben eine Anhebung im Justizwachmeisterdienst geradezu ein notwendiger, zwingender Schritt.

Wir wollen die Möglichkeit schaffen, dass Leiterinnen und Leiter großer Justizeinrichtungen, größerer Gerichte die Möglichkeit haben, die Besoldungsstufe A7 zu erreichen. Dabei handelt es sich häufig um Leiter von Wachtmeistereien mit 30, 40, 50, 60 Beschäftigten. Ich glaube, die Verantwortung ist heute viel zu groß, als dass wir es noch irgendwie rechtfertigen könnten, dies mit der Besoldungsgruppe A6 zu bezahlen. Insofern ist es zwingend notwendig, auch hier eine Verbesserung vorzunehmen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassend festhalten: Die Besoldung im Justizwachmeisterdienst ist nicht mehr amtsangemessen. Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir Ihnen zunächst Vorschläge für Verbesserungen im Eingangs- und im Spitzenamt unterbreiten.

Diese Gesetzesinitiative greift der anstehenden Dienstrechtsreform nicht vor. Die Fürsorge für die Beamtinnen und Beamten dieser Laufbahn erfordert es aber schon jetzt, die angesprochenen Maßnahmen umzusetzen. Die seit Langem erforderlichen Besoldungsverbesserungen im einfachen Dienst werden damit in einem ersten Schritt verwirklicht.

Mir ist bewusst, dass mit dem Gesetzentwurf nur eine geringfügige Verbesserung für den Wachtmeisterdienst erreicht werden kann. Deshalb werden wir die Besoldung im Justizwachmeisterdienst auch im Rahmen der Dienstrechtsreform auf den Prüfstand stellen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss anmerken, dass der Justizwachmeisterdienst eine wichtige Berufsgruppe in der Justiz verkörpert. Die Angehörigen dieser Laufbahn stehen für die Sicherheit und Ordnung in den Gerichten und Staatsanwaltschaften unseres Landes, ja, sie sind die Visitenkarte der Justiz. Sie sind die Ersten, mit denen die Bürgerinnen und Bürger beim Eintritt in das Gebäude in Kontakt treten. Es muss uns daher allen ein Anliegen sein, hier für eine gerechte Besoldung dieser Berufsgruppe einzutreten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Ich danke dem Minister für die Einbringung. – Eine weitere Beratung ist heute nicht vorgesehen, sodass wir am Schluss der Beratung sind.

Wir können zur Abstimmung über die Empfehlung des Ältestenrates kommen, den **Gesetzentwurf Drucksache 15/1268** an den **Rechtsausschuss** – federführend – sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss** zu **überweisen**. Darf ich die Zustimmung der Fraktionen feststellen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Zum Tagesordnungspunkt

7 Gesetz zur Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe im Besoldungs- und Versorgungsrecht

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/1269

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung. – Zur Vorstellung und Begründung des Gesetzentwurfs erteile ich für die Landesregierung nun dem Finanzminister Herrn Dr. Walter-Borjans das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem Gesetzentwurf zur Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe – und zwar im Besoldungs- und Versorgungsrecht – setzt die Landesregierung einen wichtigen Punkt des Koalitionsvertrages um.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Es geht darum, die für Eheleute geltenden Regelungen im Besoldungs- und Versorgungsrecht analog auf die eingetragenen Lebenspartnerschaften anzuwenden. Das betrifft vor allem den Familienzuschlag und die Hinterbliebenenversorgung. Die Re-

gelung soll rückwirkend zum 3. Dezember 2003 wirksam werden.

Das hat auch Gründe. Zum einen hat es im Oktober 2010 eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts gegeben, wonach eingetragene Lebenspartnerschaften mit der Ehe vergleichbar sind. Unter anderem steht den eingetragenen Lebenspartnerschaften seit dieser Entscheidung auch der sogenannte Ehegatten- oder Familienzuschlag zu.

Das hatte dazu geführt, dass bereits vom 3. Dezember 2003 an auch die Auslandszuschläge zu zahlen waren, die Familienzuschläge am 1. Juli 2009. Es gab noch eine zweite Entscheidung aus dem Jahr 2000, und zwar die EU-Gleichbehandlungsrahmenrichtlinie, die wiederum auch am 3. Dezember 2003 in nationales Recht hätte umgesetzt sein müssen, sodass sich dieser 3. Dezember 2003 als Frist dafür anbot, all die anderen Leistungen rückwirkend zu vereinheitlichen.

Wir wollen eine echte und umfassende Gleichstellung, die diesen Namen verdient. Deswegen soll es auch keinen Wirrwarr von unterschiedlichen Eintrittszeitpunkten der einzelnen Gleichstellungsregelungen geben, sondern diesen zentralen Termin des 3. Dezember 2003.

Im Haushaltsjahr 2011 wird das Gesetz Ausgaben von etwa 10,3 Millionen € hervorrufen. Das liegt daran, dass 8,3 Millionen € für die rückwirkende Zahlung in Ansatz zu bringen sind und etwa 2 Millionen € für die Zahlungen für das Jahr 2011.

Alle angehörten Gewerkschaften und Verbände haben dem Ziel des Gesetzentwurfs zugestimmt. Die kommunalen Spitzenverbände haben angesichts der Situation der kommunalen Haushalte einige Bedenken gegen die Rückwirkung vorgebracht, was man hier erwähnen muss. In Anbetracht der geschätzten finanziellen Auswirkungen für den gesamten Rückwirkungsbetrag für alle Kommunen in einer Größenordnung von 2,1 Millionen € halten wir die Belastungen aber für hinnehmbar.

Dieser Gesetzentwurf ist ein wichtiges Signal, um gleichberechtigtes Zusammenleben in unserem Land zu erreichen. Bundesweit wird NRW mit dem Termin 2003 ein Land sein, das diese Regelung weit rückwirkend einführt – in Hamburg ist es sogar schon der 1. August 2001, in Berlin und Sachsen-Anhalt ebenfalls der 3. Dezember 2003 und in Bremen auch 2001. In den übrigen Bundesländern liegt der Termin eher etwas später.

Ich bitte um Überweisung federführend in den Haushalts- und Finanzausschuss und mitberatend in den Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Eine weitere Beratung ist heute

nicht vorgesehen, sodass wir am Schluss der Beratung sind und zur Abstimmung über die Überweisungsempfehlung kommen können.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 15/1269** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation**. Gibt es hierzu Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann stelle ich auch hier die einstimmige Zustimmung des Hauses und aller Fraktionen zu dieser Überweisungsempfehlung fest.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zu:

8 In den Ausschüssen erledigte Anträge

Übersicht 6
gemäß § 79 Abs. 2 GeschO
Drucksache 15/1326

Die Übersicht 6 enthält insgesamt zehn Anträge, die vom Plenum nach § 79 Abs. 2 Buchstabe c an die Ausschüsse zur abschließenden Erledigung überwiesen wurden, sowie einen Entschließungsantrag und einen Änderungsantrag. Das Abstimmungsverhalten der Fraktionen geht aus der Übersicht hervor.

Ich lasse nun über die Bestätigung des **Abstimmungsverhaltens** der Fraktionen in den Ausschüssen entsprechend dieser **Übersicht 6** abstimmen. Wer dieses Abstimmungsverhalten bestätigen möchte, den darf ich jetzt um das Handzeichen bitten. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der FDP und der Fraktion Die Linke. – Damit sind die in der **Drucksache 15/1326** enthaltenen Abstimmungsergebnisse der Ausschüsse **bestätigt**.

Meine Damen und Herren, wir sind dann bei Tagesordnungspunkt

9 Beschlüsse zu Petitionen

Übersicht 15/9

Ich frage, ob hierzu das Wort gewünscht wird. – Nein. Ist jemand mit den Beschlüssen nicht einverstanden? – Auch das ist nicht der Fall.

Dann stelle ich gemäß § 91 Abs. 8 unserer Geschäftsordnung fest, dass die **Beschlüsse zu Petitionen** in der **Übersicht 15/9** damit **bestätigt** sind.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung.

Ich berufe das Plenum für morgen, den 24. Februar 2011, 10 Uhr, wieder ein und wünsche Ihnen einen angenehmen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 20:07 Uhr

^{*)} Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht
überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.